



UNTER DER FAHNE DER REVOLUTION

Theoretisches Journal der Liga der Sozialistischen Revolution | österreichische Sektion der Liga für die 5. Internationale

Ausgabe 4 | März 2009

Preis € 4

Politisch-ökonomische Perspektiven für Österreich

Thesen der 20. Konferenz der LSR

SPÖ: Von der Diktatur des Proletariats über die Sozialpartnerschaft zur Neoliberalisierung

Roman Birke

Der Jännerstreik 1918 und die österreichische Rätebewegung: eine historische Aufarbeitung

Roman Birke

Norbert Leser: Der Sturz des Adlers

Eine Rezension

Roman Birke

Der Verrat der „Linken“ im Gaza Krieg

Michael Pröbsting

ARCHIV DES MARXISMUS

Leitsätze über die Kommunistischen Parteien und den Parlamentarismus

Kommunistische Internationale (1920)

Thesen zum Aufbau der Vierten Internationale

Internationale Kommunisten Deutschland (1937)

FAREV#4 Inhalt

Die kapitalistische Krise akzeptiert keine „Insel der Seligen“. Politisch-ökonomische Perspektiven für Österreich 2009	S.3
Thesen zur Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie	S.13
Norbert Leser: Der Sturz des Adlers. Eine Rezension	S.22
Der Jännerstreik 1918 und die österreichische Rätebewegung.	S.25
Der Verrat der ‚Linken‘ im Gaza-Krieg	S.39

ARCHIV DES MARXISMUS

Kommunistische internationale: Leitsätze über die Kommunistischen Parteien und den Parlamentarismus (1920)	S.50
IKD: Thesen zum Aufbau der IV.Internationale. Vorbereitungsdokument für die Gründung der IV.Internationale (1937)	S.54
Wer wir sind und was wir wollen?	S.59

Kontaktadressen

www.sozialistische-revolution.org

sozialistische-revolution@gmx.net

Stiftgasse 8, 1070 Wien

Tel.: 0650/4068314

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck, Redaktion: "Gruppe Arbeiterstandpunkt" (ASt), Stiftgasse 8, 1070 Wien. Konto: 237-112-957/00, BLZ 12000, Bank Austria. Offenlegungspflicht nach §25-Mediengesetz Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckwerkes "ArbeiterInnenstandpunkt" ist zu 100% die Partei "Gruppe Arbeiterstandpunkt" (ASt) Amerlinghaus, Stiftg. 8, 1070 Wien. Die Partei ist von anderen Parteien und Vereinen politisch und finanziell unabhängig. Grundlegende Richtung des Druckmediums: Auseinandersetzung mit historischen und aktuellen Fragen der Politik der Arbeiterbewegung.

Editorial

Die 4. Ausgabe von „Unter der Fahne der Revolution“ (FAREV) – dem theoretischen Journal der Liga der Sozialistischen Revolution (LSR) – steht vollständig im Zeichen der vordringlichsten Frage der Arbeiterbewegung: nämlich der Führungskrise. An der Spitze der österreichischen Arbeiterbewegung steht faktisch seit ihrem Anbeginn die Sozialdemokratie. Mit dem endgültigen Überlaufen der Parteibürokratie ins Lager der Kapitalistenklasse zu Beginn des ersten Weltkrieges 1914 wurde zur entscheidenden Frage, ob es der Arbeiterbewegung gelingt, eine neue Führung aufzubauen, die sich den Sturz des Kapitalismus und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zum Ziel setzt. Im Kampf für eine solche Führung, eine revolutionäre Arbeiterpartei gab es eine Reihe wichtiger Ansätze – v.a. die Kommunistische Partei in ihrer Frühphase vor der stalinistischen Degeneration und die trotzkistischen Kräfte in den 1920er und 1930er Jahren. Doch letztlich konnte sich der SPÖ-Apparat mit Hilfe der Kapitalistenklasse die Vorherrschaft über die Arbeiterbewegung sichern. Daher erlitt das Proletariat bislang unzählige Niederlagen (1918-20, 1927, 1934, 1950, der hemmungslose Sozial- und Bildungsabbau in den vergangenen Jahrzehnten). Daher erscheinen das FAREV Nr. 4 mehrere Artikel, die die Frage der geschichtlichen Entwicklung des Reformismus in Österreich bis heute behandeln. Eine Analyse der politischen Perspektiven in Österreich ergänzt diese Artikel. Der Artikel über die Rolle der Linken im Gaza-Krieg zeigt, wie weit diverse linke Gruppen davon entfernt sind, eine politische Alternative zur Sozialdemokratie aufbauen zu können.

Abschließend veröffentlichen wir zwei historische Dokumente der revolutionären Arbeiterbewegung, die ebenfalls den Unterschied zwischen marxistischer und pseudo-marxistischer Politik beleuchten.

Wien, 22.3.2009
FAREV-Redaktion

DIE KRISE AKZEPTIERT KEINE „INSEL DER SELIGEN“

Politisch-ökonomische Perspektiven für Österreich 2009

Dokument der 20. LSR-Konferenz

Im folgenden veröffentlichen wir das auf der 20. LSR-Konferenz am 20./21.12.2008 beschlossene Dokument zu den politisch-ökonomischen Perspektiven für Österreich 2009. Wir haben das Dokument nur leicht stilistisch überarbeitet, einige Verweise auf andere Arbeiten hinzugefügt und in zwei Fällen aktuellere Zahlen eingefügt.

Insgesamt denken wir, daß sich bereits jetzt die allgemeine Linie unserer Analyse bewahrheitet. Dies betrifft nicht nur die Analyse der Verschärfung der kapitalistischen Wirtschaftskrise und der Angriffe durch das Kapital. Auch unser Hinweis auf mögliche MigrantInnenbewegungen fand bereits eine Woche nach der LSR-Konferenz ihre Bestätigung durch die wochenlangen – v.a. von MigrantInnen getragenen – Massenproteste gegen den Gaza-Krieg. Ebenso sehen wir jetzt auch, wie der Vorteil der massiven Auslandsinvestitionen österreichischer Kapitalisten in Osteuropa nun zu einer massiven Gefahr für diese wird.

Insgesamt hoffen wir, mit der Veröffentlichung dieses Dokuments einen Anstoß zu einer breiteren Diskussion des österreichischen Klassenkampfes angesichts der historischen Krise des Kapitalismus zu leisten.

FAREV-Redaktion
Wien, 20.3.2009

i. Unser Kampf für die Befreiung der ArbeiterInnenklasse muß in der kommenden Phase folgende wesentliche, objektive, miteinander verbundene, Faktoren in Rechnung stellen:

ii. Der grundlegendste Faktor der gegenwärtigen Weltlage und auch der Lage in Österreich ist die schwerste Wirtschaftskrise seit 1929.

iii. Daraus ergeben sich massive ökonomische und politische Angriffe der Bourgeoisie auf die ArbeiterInnenklasse und die unteren Mittelschichten. Dies geht einher mit einer zunehmenden politischen Legitimationskrise des bürgerlichen Parlamentarismus (der politischen Elite) und einer instabilen politischen Parteienlandschaft (erstmalig gewinnt keine Partei mehr als 30% der Wählerstimmen), deren grundlegende Ursache in der strukturellen Wandlung der österreichischen Wirtschaft in den letzten 20 Jahren zu sehen ist und durch die Wirtschaftskrise weiter verstärkt wird.

iv. Die Wirtschaftskrise 2008-2010 wird Österreich auch deswegen voll treffen, weil die österreichische Wirtschaft sehr offen und nach „außen“ gerichtet ist – sogar mehr noch als Deutschland, wie eine Analyse, die im Sommer 2008 in der Presse zitiert wurde, nachwies. Während im Gegensatz dazu etwa noch in den 1980er Jahren es gerade umgekehrt war – damals war Österreich noch stärker binnenmarktorientiert als Deutschland. Daraus folgt, dass bei günstiger internationaler Lage der Ökonomie Österreich mehr profitiert als Deutschland – so war etwa die Arbeitslosigkeit 2006 bis 2008 viel geringer. Umgekehrt: bei ungünstigen internationalen Bedingungen wird Österreich schwer getroffen, das werden wir in den nächsten beiden Jahren sehen. Auch das Engagement der österreichischen Kapitalisten in Osteuropa wird hier kein Schutzschild sein, sondern vielleicht sogar ein Bumerang, das kann heute bereits in der russischen Föderation beobachtet werden: Wer hier stark involviert ist, hat nun einfach ein großes Problem. Nach Osten hin war die Richtung des Kapitaleports, aber nach Westen hin war die Richtung des Warenexports und der bricht seit dem Herbst 2008 zusammen (siehe Automotivindustrie). Das soll hier gleich deswegen zu Beginn angeführt werden, weil dieses Leitthema der Internationalisierung die Politik und die Bedingungen des Klassenkampfes hierzulande weiter stärker prägen wird: Die

Perspektiven für Politik und Wirtschaft in Österreich können gar nicht eingeschätzt werden ohne die internationale Lage.

v. Die radikale Verschärfung der Klassegegensätze drängt zu einem Umbruch in der Form des Klassenkampfes: statt einseitigem Klassenkampf von oben drängen die objektiven Verhältnisse mehr denn je auf eine klassenkämpferische Antwort von unten. Dies beinhaltet sowohl mögliche Kämpfe der organisierten Kernschichten als auch von Schichten, die weniger von der Bürokratie kontrolliert werden (Jugend, MigrantInnen, prekär Beschäftigte). Der Klassenkampf kann aufgrund der Krise auch durchaus plötzlich-auf tretende, scharfe Form annehmen.

vi. Ein interessantes Phänomen kann der Einfluss der MigrantInnen auf den Klassenkampf werden. Gerade MigrantInnen, deren „Heimatland“ eine kämpferische Tradition des Klassenkampfes kennt, oder sich im Zuge der jetzigen Weltwirtschaftskrise in diese Richtung entwickelt, gerade die MigrantInnen aus solchen Ländern können einen positiven Effekt in der Bereitschaft der Organisierung von Kämpfen auch hier in Österreich spielen. Eine solche Rolle spielen zum Beispiel die MigrantInnenbewegungen in den USA, indem sie in den letzten Jahren den 1. Mai in den USA wiederbelebt haben (der Labor Day ist dort nämlich seit Jahrzehnten erst im November) und dem Kampf um Bleiberecht somit einen internationalen Charakter verliehen. (Hintergrund dazu ist, dass in Mexiko der 1. Mai sehr wohl noch die Tradition als Kampftag der ArbeiterInnenbewegung erfüllt). Insbesondere vermehrte Kriegseinsätze und eine schärfere Vorgehensweise des Imperialismus können dieses Potential noch verstärken, und zum Entstehen einer beachtlichen MigrantInnenbewegung führen.

vii. Durchführung der kapitalistischen Angriffe auf der allgemein-politischen Ebene auf klassenkollaborationistische Form, d.h. mittels der Integration der Spitzen der SPÖ- und ÖGB-Bürokratie. Diesen objektiven Entwicklungen zu einem Aufbrechen des Klassenkampfes steht die starke Integration der SPÖ- und Gewerkschaftsbürokratie in den Staatsapparat gegenüber. Diese Integration eines (reformistischen) subjektiven Faktors der Arbeiterbewegung kann eine starke entgegenwirkende Tendenz zu den objektiven Entwicklungen darstellen. Die Durchführung der kapitalistischen Angriffe auf der allgemein-politischen Ebene mittels klassenkollaborationistischen Formen kann jedoch auch zu Differenzierungsprozessen innerhalb von Partei und Gewerkschaft führen.

viii. Aus dem Zusammenprallen der objektiven Entwicklungsgesetze mit der Integration der reformistischen Arbeiterbewegung ergibt sich ein extremer Spagat, der die Möglichkeit von tiefen Rissen in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie und somit die Frage einer Basisbewegung sowie einer politischen Alternative auf die Tagesordnung setzt.

ix. Parallel dazu und verbunden damit steigt auch die Gefahr des Anwachsens rechtsradikaler, rassistischer – insbesondere der FPÖ – bis hin zu faschistischen Kräften.

x. Die drastischen ökonomischen und politischen Umbrüche führen zu ebensolchen Durchrüttelungen und Umbrüchen auf ideologischer Ebene. Neue ideologische Konzepte auf bürgerlicher und kleinbürgerlicher Ebene tauchen auf, ebenso aber auch ein Aufschwung des Sozialismus und Marxismus. Dieser Aufschwung an marxistischen Ideen wird Hand in Hand gehen mit einer massiven Verstümmelung der Lehre von Marx in der Öffentlichkeit, sei dies durch die Kampfansage der bürgerlichen Ideologen an den Marxismus und der damit einhergehenden falschen Darstellung marxistischer Ideen oder durch populärer werdende Theorien einer Symbiose des Marxismus mit anderen

(in erster Linie kleinbürgerlichen) Ideologien.

xi. Aus all dem ergeben sich nicht nur neue Möglichkeiten, sondern auch die historische Notwendigkeit für die Herausbildung einer Basisbewegung in den Gewerkschaften, einer radikalen Jugendbewegung, neuer politischer Formationen und v.a. auch den Aufbau der revolutionären ArbeiterInnenpartei.

xii. Aus all dem ergeben sich nicht nur neue Möglichkeiten, sondern auch wichtige Aufgaben für die Arbeiterklasse, um die Abwälzung der Krise auf ihre Schultern abzuwehren. Kernelemente einer solchen Strategie werden die Zurückdrängung der Bürokratie in den Gewerkschaften durch Basisbewegungen und der Kampf für radikale Maßnahmen (Demonstrationen, Streiks, Betriebsbesetzungen, Fabrikkomitees, Selbstverteidigungskomitees, etc. bis hin zu einer Arbeiterregierung) sein. Gleichzeitig werden die ArbeiterInnen im Kampf für solche spontan entstehenden Organisationsformen nicht automatisch die richtigen Schlussfolgerungen auf der politischen Ebene ziehen. Die Erklärung der Rolle der Bürokratie in Gewerkschaft und Partei und die Anwendung von Taktiken, die Illusionen in diese Schichten aufzubrechen vermögen, werden deshalb die wichtigsten Elemente der Arbeit revolutionärer Organisationen sein, um dem Aufbau einer revolutionären Partei einen Schritt näher zu kommen.

Hintergrund

1. Die dramatischen Umbrüche in der Weltlage und die Eröffnung einer neuen historischen Periode – deren wichtigster Faktor gegenwärtig die schwerste Weltwirtschaftskrise seit 1929 ist – stellt für MarxistInnen die Grundlage zum Verständnis der innenpolitischen Lage dar. Diese Entwicklung bestätigt das marxistische Verständnis der kapitalistischen Krise als eine letztlich durch Überakkumulation des Kapitals und dem tendenziellen Fall der Profitrate hervorgerufene Krise. Diese Überakkumulation drückt sich in Überproduktion, Kapazitätsunterauslastung, Unterkonsumtion sowie Drang zur Spekulation und Kapitalexport aus. 1

2. Die Weltwirtschaftskrise trifft das heimische Kapital dreifach, da es zusätzlich zu seiner eigenen Überakkumulation auch durch seine starke Exportorientierung sowie seinen sehr hohen Kapitalexport (v.a. nach Osteuropa) getroffen wird. Der Kapitalexport nach Osteuropa hat in den letzten Monaten noch eine dämpfende Wirkung auf das Voranschreiten der Krise in Österreich gehabt. Es ist allerdings eine Illusion zu glauben, dass dies so bleibt.

3. Die veränderte Weltlage betrifft Österreich auch insofern, als die Krise zu einer Verschärfung der inner-imperialistischen Widersprüche – v.a. den USA und der EU, aber auch mit Rußland und China – führen wird. Dies und die Schwere der Krise wiederum führen sowohl zu einem verschärften Druck auf Vorantreiben des europäischen Integrationsprozesses – also der Herausbildung eines supranationalen imperialistischen EU-Staates – als auch zu wachsenden Widerständen dagegen. 2 Den damit verbundenen politischen und ideologischen Folgen kann sich Österreich nicht entziehen.

4. Die Bedeutung der globalen Entwicklung für Österreich gilt ebenso für den Klassenkampf. Vorrevolutionäre Situationen (wie wir sie gegenwärtig in Griechenland erleben), Zuspitzung von Klassenkämpfen (Generalstreiks in Italien) aber auch die Proteste von Jugendlichen können einen stimulierenden Effekt haben.

5. Ebenso ist Österreich von politischen und militärischen Entwicklungen in der halbkolonialen Welt betroffen: Sei es der imperialistische Krieg gegen den Terror, die Unterdrückungspolitik des Staates Israel, ein möglicher Angriff auf den Iran oder auch mögliche krisenhafte Entwicklungen in Afrika, die imperialistische Interessen Österreichs direkt treffen können (z.B. Tschad).

6. Schließlich nehmen auch die internationalen ideologischen Entwicklungen einen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklungen in Österreich. Insbesondere sei hier die Diskussion über Alternativen zum Neoliberalismus genannt: seien

dies Konzepte des staatskapitalistischen Etatismus gepaart mit offenem rechten Chauvinismus oder sozialimperialistischem EU-Chauvinismus, reformistischen Utopien a la ATTAC oder Europäischer Linkspartei bis hin zum weltweit wieder populär werdenden Marxismus.

7. Auch andere internationale Aspekte werden untrennbar Bestandteil der Auseinandersetzung in Österreich sein: Weiteres Anwachsen der Islamophobie als Mainstream-Chauvinismus, der auch von den Staaten der EU betrieben wird.

Die Angriffe der Bourgeoisie

8. Aus der Tiefe der Krise ergeben sich massive ökonomische und politische Angriffe der Bourgeoisie auf die ArbeiterInnenklasse und die unteren Mittelschichten. Wir haben es hier nicht mehr mit dem „üblichen“ Sozialabbau zu tun, den wir in der Vergangenheit beobachten konnten. Trotzki hielt einmal in seiner Analyse des Verhältnisses von Wirtschaft und Politik fest, daß die grundlegenden Entwicklungen der Wirtschaft die wesentlichste Ursache für politisch-gesellschaftliche Veränderungen sind. 3 Für die heutige politische Lage bedeutet dies, daß die neue Qualität der verschärften Krise des Kapitalismus zwangsläufig zu einer neuen Qualität des verschärften Angriffs der Kapitalistenklasse auf unsere Klasse führt.

9. Im konkreten bedeutet dies massive Angriffe der Kapitalisten auf die ArbeiterInnenklasse auf betrieblicher Ebene:

i. Massiver Arbeitsplatzabbau und Kündigungen im öffentlichen bzw. ehemaligen öffentlichen Sektor (Post, Telekom, AUA etc.)

ii. Ebenso kommt es bereits zu zahlreichen Kündigungen sowie Betriebsschließungen im privatkapitalistischen Sektor

iii. Lohnkürzungen (siehe den Vorstoß vom Präsidenten der Industriellenvereinigung, Veit Sorger, nach einem 25% „Lohnverzicht“), Zunahme der unbezahlten Überstunden usw.

iv. Ausweitung der prekären Beschäftigungsverhältnisse

v. Verstärkter Einsatz billiger Arbeitskräfte, z.B. MigrantInnen aus Osteuropa

10. Ebenso ergeben sich aus der Krise und dem durch die staatskapitalistischen Maßnahmen verursachten Ansteigen der Staatsverschuldung massive Angriffe auf den Sozial- und Gesundheitssektor. Dies sprechen bürgerliche Kommentatoren auch offen aus: „Denn das Duo Faymann/Pröll muss, meint es einige Ansagen im Arbeitsprogramm ernst, nach einer kräftigen Erhöhung des Budgetdefizits zwecks Konjunkturbelebung später tiefe Einschnitte an verschiedenen Stellen im Haushalt (Schule, Gesundheit, Verwaltung), aber auch im Pensionssystem vornehmen.“ 4 Auch wenn es so kurz nach der Bildung der neuen Regierung nicht möglich ist, die Angriffe der Bourgeoisie im Detail vorausszusehen, so lassen sich nichtsdestotrotz eine Reihe von Angriffslinien bestimmen. 5

i. Rigide Sparmaßnahmen, höhere Selbstbehalte usw. im Gesundheitssektor

ii. Erhöhung des Pensionseintrittsalters und Senkung der Pensionen

iii. Massiver Abbau im öffentlichen Dienst auf regionaler und kommunaler Ebene im Zuge einer Staatsreform sowie Privatisierung von kommunalen und regionalen öffentlichen Unternehmen.

iv. Angriffe im Bildungssektor: Schärfere Selektion am Studienbeginn und während der einzelnen Stufen im mehrgliedrigen Hochschulsystem (Bakkalaureat/Master/Phd), Alternativen zur Studiengebühr etc.

11. Ebenso werden wir eine Intensivierung der Unterdrückung und Ausbeutung der MigrantInnen erleben. Gerade in Zeiten der Krise braucht das Kapital billige Arbeitskräfte. Zum Teil sucht das Kapital qualifizierte Facharbeiter, die aus dem Ausland als billigerer Ersatz für einheimische Arbeitskräfte geholt werden (Rot-Weiß-Rot Card). Gleichzeitig sind migrantische Beschäftigte, vor allem in unqualifizierten Tätigkeiten, auch oftmals sehr schnell von Stellenstreichungen betroffen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung (MigrantInnen als Lohndrücker, Anwachsen der Arbeitslosigkeit sowohl unter ÖsterreicherInnen als auch MigrantInnen) müssen wir mit einer Verschärfung

des Rassismus rechnen, denn gerade in Phasen der Verschärfung der Klassengegensätze bedarf das Kapital mächtiger ideologischer Nebelgranaten, um von den wahren Schuldigen abzulenken.

12. Gleichzeitig gibt es auch bestimmte Versuche von Teilen der Bourgeoisie, die Klassendifferenzierung innerhalb der MigrantInnen voranzutreiben und eine relevante migrantische Mittelschicht herauszubilden (ähnlich wie das in den USA nach 1968 geschah). In diesem Sinne müssen Versuche der Integration von MigrantInnen im Polizeidienst und anderen öffentlichen Institutionen verstanden werden.

13. Auch Jugendliche, insbesondere junge ArbeiterInnen und Lehrlinge werden in einem besonderen Ausmaß von Angriffen betroffen sein. Allein dieses Jahr schon ist der Anteil der Jugendarbeitslosigkeit im Vergleich zum durchschnittlichen Anstieg der allgemeinen Arbeitslosigkeit um ein dreifaches größer. Dieser Trend wird sich fortsetzen und zu einer massiven Verarmung auch unter der Jugend führen. Ähnlich wie in Deutschland kann es zu einer wachsenden Schicht verarmter Jugendlicher kommen, deren Organisation weder von Gewerkschaften noch von SchülerInnen- oder StudentInnenvertretungen angeführt wird. Aus diesem gesellschaftlichen „Pool“ heraus können sowohl kämpferische linke als auch rechtsradikale Kräfte einen zusätzlichen Aufschwung erfahren.

14. Wir haben wiederholt festgestellt, daß sich die traditionelle Herrschaftsform des Kapitalismus in Westeuropa – der bürgerliche Parlamentarismus – in einer Legitimationskrise befindet. Die etablierten Parteien, die unterschiedliche Instrumente der herrschenden Klasse sind, und ihre Politik verlieren zunehmend an Glaubwürdigkeit. Zum ersten Mal seit 1918, seit der Abschaffung der Monarchie, erringt keine einzige Partei mehr als 30% der Wählerstimmen. Dies zeigt, daß die langjährige Offensive der Bourgeoisie und der offensichtliche Betrug der etablierten Parteien bei gleichzeitiger zunehmender Verbürgerlichung der Sozialdemokratie zu einer weitgehenden Entfremdung zwischen den Werktätigen und den regierenden Parteien geführt hat. Angesichts der Krise braucht die Bourgeoisie jedoch stabile politische Verhältnisse, denn wenn es eine relative Einheit zwischen den Parteien gibt, können unpopuläre schwere Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse leichter durchgesetzt werden.

Hinzu kommen noch die Anforderungen der österreichischen und europäischen Monopolbourgeoisie, daß der österreichische Staat eine verlässliche Rolle innerhalb der EU spielt. Daher gibt es starke Interessen innerhalb der Monopolbourgeoisie, im Zuge einer Staatsreform ein reaktionäres Mehrheitswahlrecht durchzusetzen und damit die kleineren Parteien ohne starke lokale, organisierte Verankerung auf parlamentarischer Vertretungsebene geschwächt werden würden. (Bei der gegenwärtigen Wahlkreisordnung wären bei einer solchen Reform heute nur SPÖ, ÖVP und BZÖ im Parlament vertreten.) Ohne irgendwelche Illusionen in die gegenwärtige parlamentarische Ordnung zu säen, bekämpfen wir eine Änderung in Richtung Mehrheitswahlrecht als reaktionären Angriff auf demokratische Rechte.

15. Die Verschärfung der sozialen und politischen Klassengegensätze führen dazu, daß der bürgerliche Staatsapparat die beiden Seiten der kapitalistischen Herrschaft – die Ebene der ideologischen Manipulation und des Drucks auf der einen Seite und die der Repression auf der anderen Seite – intensiviert. Rassismus, Hetze gegen „Faule“, „Sozialschmarotzer“ und „Asoziale“, Extremisten und Terroristen sowie die Einschränkung demokratischer Rechte und der Ausbau des Polizeistaates sind die Folgen. Daher auch der Ausbau der Online-Durchsuchungen und die Bestrafung der Teilnahme an „Terror-Camps“ im Regierungsprogramm. Daher auch der Vorstoß der Videoüberwachung in Schulen und der absehbare weitere Ausbau der Überwachung an öffentlichen Plätzen usw. Es ist daher unausweichlich, daß der verschärfte Druck der herrschenden Klasse sich auch gegen die antikapitalistischen Kräfte im Allgemeinen und die sozialistischen RevolutionärInnen im Besonderen richtet. Insofern ist auch die Hetze gegen die LSR (und die AIK) im Nachrichtenmagazin „profil“ oder das Warnen vor „rechts- oder linksextremen politischen Radikalinskis“ (FORMAT) symptomatisch für die künftige ideologische Atmosphäre. Insbesondere im Zusammenhang mit der verstärkten Orientierung an der Teilnahme imperialistischer EU-Projekte auf militärischem Gebiet, sollen antiimperialistische Kräfte von Anfang an mundtot gemacht werden.

16. Eine verstärkte Verarmung der Bevölkerung, insbesondere der Jugend, bietet auch einen fruchtbaren Boden für autonome Strukturen. Gerade die Verelendung kann zu einer Stärkung der anarchistischen Kräfte in einer neuen, für Öster-

Entwicklung der Verteilung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen

	Gini-Koeffizienten									
	1995	1996	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Lohnsteuerpflichtige	0,431	0,433	0,445	0,448	0,442	0,443	0,445	0,447	0,451	0,452
Männer mit ganzjährigen Bezügen	0,345	0,350	0,360	0,367	0,354	0,355	0,356	0,358	0,362	0,365
Arbeitnehmer	0,410	0,414	0,429	0,433	0,429	0,432	0,436	0,437	0,441	0,443
Männer mit ganzjährigen Bezügen	0,302	0,303	0,313	0,320	0,310	0,312	0,311	0,312	0,316	0,319
Ohne Bezüge gem. §67 Abs. 3 bis 8	0,293	0,293	0,299	0,302	0,302	0,304	0,303	0,304	0,309	0,312
Arbeitnehmer gesamt	Einkommensanteile in %									
1. Quintil	2,9	2,8	2,6	2,5	2,5	2,4	2,3	2,3	2,2	2,2
2. Quintil	10,9	10,8	10,3	10,2	10,0	9,9	9,7	9,7	9,5	9,5
3. Quintil	17,7	17,6	17,5	17,4	17,4	17,4	17,4	17,3	17,2	17,1
4. Quintil	24,1	24,1	24,0	24,2	24,3	24,4	24,5	24,5	24,5	24,5
5. Quintil	44,4	44,7	45,5	45,7	45,8	45,9	46,1	46,2	46,5	46,7

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen.

ich bisher unbekanntem Qualität beitragen. Vermehrte Konflikte mit dem Repressionsapparat können dies auch verstärken.

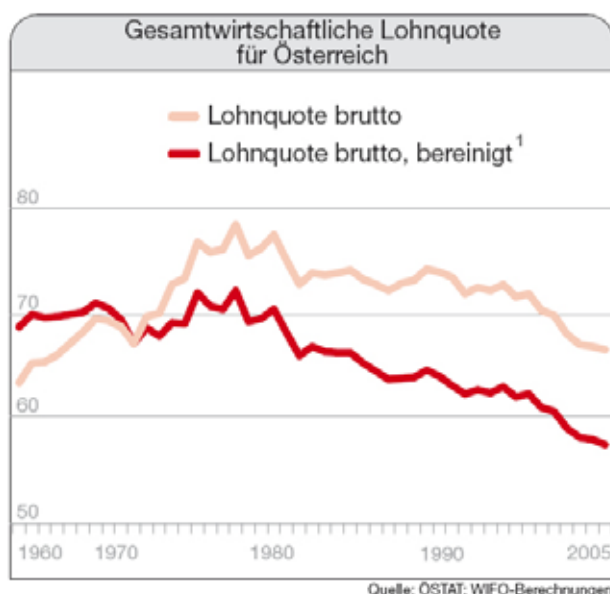
17. Weiters können Ideologien eines „gerechteren, moderaten“ Kapitalismus auch seitens des bürgerlichen, linksliberalen Lagers in Zukunft verstärkt gepusht werden. So finden sich seit neuestem im Standard aber auch durchaus auf orf.at vermehrt Berichte über Positionen von ATTAC u.a. Diese werden sogar auf gleichberechtigter Ebene mit den Positionen der etablierten Parteien angeführt. Auf Grund der Angst der Bourgeoisie vor radikalen Bewegungen sowie einer Weiterentwicklung des Klassenbewußtseins der ArbeiterInnenklasse werden Gruppen wie eben ATTAC in Zukunft wohl noch weitaus präsenter in der Öffentlichkeit als Alternative dargestellt werden.

Auswirkungen der Krise auf das Klassengefüge

18. Die Krise wird zu wichtigen sozialen Umschichtungen innerhalb der Klassen führen. Innerhalb der Bourgeoisie wird der Monopolisierungsprozeß massiv voranschreiten, das Großkapital wird sich also v.a. auf Kosten des Klein- und Mittelkapitals stärken. Dies ist gerade in Österreich ein wichtiger Prozeß, da hier relativ viele klein- und mittelständische Betriebe existieren. So haben von den 260.000 Betrieben („Arbeitgeberbetriebe“) ca. drei Viertel weniger als 5 Beschäftigte, während nur ca. 3% der Betriebe mehr als 50 Beschäftigte haben. 6 Schon jetzt – im Herbst 2008 – sind die meisten Privatkonkurse Neugründungen von Kleinstfirmen, die im Schnitt über 100.000 Euro Schulden haben.

19. Ebenso wird es zu einer Polarisierung und einem teilweisen sozialen Niedergang von Teilen der Bauern und des städtischen Kleinbürgertums sowie der Mittelschichten kommen. Dieser Verelendungsprozeß wird sowohl Teile der Bauernschaft (knapp die Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe sind reine Familienbetriebe)⁷ betreffen ebenso wie Ärzte, die im Zuge der bevorstehenden Gesundheitsreform unter die Räder kommen werden oder diverse Selbständige im krisengeschüttelten Finanzwesen oder anderen Bereichen. Das gleiche gilt für Lohnabhängige Mittelschichten (z.B. im Finanzsektor, der Medien- und Werbebranche oder anderen Branchen, wo massive Einsparungen getätigt werden). Die Verelendung solcher kleinbürgerlicher Schichten bietet das Potential für eine reaktionäre bis hin zu einer faschistischen Bewegung, was allerdings verhindert werden kann, wenn die ArbeiterInnenklasse als aktive und führende Kraft die Arena des Klassenkampfes betritt.

Arbeitnehmerentgelte in Prozent des Volkseinkommens



¹) Bereinigt um die Veränderung der Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 1970.

20. Auf universitärer Ebene werden weitere Angriffe folgen, die vor allem die unmittelbare Verwertbarkeit der erlangten Qualifikationen für die kapitalistische Wirtschaft in den Vordergrund stellen werden. Die Umsetzung des auf europäischer Ebene initiierten Bologna-Prozesses ist hierin ein Schlüsselement. Bologna versucht zum einen die finanzielle Autonomie der Universitäten und die Vereinheitlichung des Bildungssystems voranzutreiben. Damit einher geht eine immer größer werdende Bedeutung für die Universitäten, sich auf private Sponsoren zu stützen. Die weitere Umstellung diverser Studienrichtungen auf das mehrgliedrige Schulsystem soll durch das Bakkalaureat die Möglichkeit schaffen, nach der Matura in kurzer Zeit noch eine Zusatzqualifikation zu erhalten, um auf die höheren Qualifikationsanforderungen des österreichischen Kapitals zu reagieren.

21. Verarmung, verstärkter Kampf um das tagtägliche Überleben und Perspektivlosigkeit wird sich unter der Studentenschaft ausweiten, wobei es hier zu einer verstärkten Differenzierung zwischen bessergestellten Elitestudenten und der breiten Masse an StudentInnen, die sich auf die Erlangung eines Bakkalaureats bzw. eines einfachen Abschlusses konzentrieren und daneben 20-40 Stunden in der Woche prekär arbeiten müssen. Die politischen Folgen dieser Pauperisierung und Proletarisierung kann einerseits eine verstärkte Orientierung auf individuelle Meisterung der Hürden (also mehr Individualismus und Strebertum) sein. Andererseits aber ist auch eine Erschütterung des sich aus der erhofften Aufstiegsperspektive ergebenden studentischen Standesbewußtseins und eine mögliche Annäherung eines Teils an und Orientierung auf die ArbeiterInnenklasse möglich.

22. Innerhalb der ArbeiterInnenklasse können wir mehrere Prozesse beobachten. Erstens ein weiteres Vorantreiben der Ungleichheit innerhalb der ArbeiterInnenklasse. So sank der Anteil der unteren 60% der Lohnabhängigen am gesamten lohnsteuerpflichtigen Einkommen der ArbeitnehmerInnen zwischen 1976 und 2006 von 35.8% auf 28.8%, während andererseits der Anteil des obersten Fünftel von 40.2% auf 46.7% anstieg.⁸

23. Dafür verantwortlich ist u.a. das massive Anwachsen der prekär Beschäftigten, wovon v.a. Frauen, Jugendliche und MigrantInnen betroffen sind. Insgesamt sind $\frac{3}{4}$ aller neuen Jobs, die seit 2004 geschaffen wurden, Teilzeit-Arbeitsplätze. Insgesamt sind bereits 23.4% aller Lohnabhängigen Teilzeitbeschäftigte. Dies sind überwiegend Frauen. 42.6% aller lohnabhängigen Frauen sind teilzeitbeschäftigt, jedoch nur 6.4% der lohnabhängigen Männer.⁹ 255.000 Lohnabhängige sind bereits geringfügig beschäftigt und ihre Zahl wächst im Durchschnitt um jährlich 10.000. Schließlich kommt noch eine wachsende Schicht von rund 80.000 Leiharbeitern hinzu. Das Anwachsen des prekär beschäftigten Teils der Arbeiterklasse wird sich in der Krise massiv beschleunigen.

24. Zweitens wird die Verarmung der unteren Schichten dramatisch zunehmen. 100.000 Arbeitslose mehr in den kommenden drei Jahren werden die Arbeitslosenrate auf ein neues Rekordniveau hochschnellen lassen. Eine wachsende Schicht der ArbeiterInnenklasse wird dauerhaft aus dem Produktions- und Reproduktionsprozeß ausgeschlossen werden. Das Beispiel der Arbeitslosenbewegung in Deutschland zeigt, welche kämpferische Potential solche Schichten haben können. Ebenso besteht aber auch die Gefahr einer Demoralisierung. Dieser Verarmungsprozeß wird gerade auch MigrantInnen sowie Frauen und Jugendliche in den unteren Schichten der Arbeiterklasse betreffen. Um das kämpferische Potential dieser Schichten zu realisieren, bedarf es einer Koordination, die versucht, Kämpfe gegen die kommenden Angriffe voranzutreiben und in Verbindung mit Arbeitslosen zu bringen. Der Kampf in den Gewerkschaften für radikale Protestmaßnahmen und gleichzeitiger Integration von Schichten, die bis jetzt kaum organisiert sind (u.a. Arbeitsloser) wird deshalb zentral sein.

25. Drittens betrifft die Krise aber auch die Kernschichten der ArbeiterInnenklasse, wie die anstehenden Massenkündigungen bzw. Streichung von Arbeitsplätzen im Transportsektor oder der Autozulieferindustrie zeigen. Ebenso betrifft die Krise jedoch auch wichtige Schichten der Arbeiteraristokratie wie z.B. im

Banken- und Versicherungssektor oder in der IT-Branche. Damit werden Schichten angegriffen, die zu den wichtigsten Bastionen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zählen.

26. Ein wichtiger Faktor, der dem österreichischen Imperialismus in den vergangenen 15 Jahren half, waren die Extraprofite, die das Kapital einerseits aus seinem massiven Kapitalexport in Osteuropa einstreifen konnte. Und andererseits die Extraprofite, die aus der Überausbeutung der wachsenden Anzahl von MigrantInnen im Inland stammen. Diese Extraprofite werden auch in der Zukunft existieren, jedoch wird die heimische Bourgeoisie auch an dieser Front durch die Rezession in Osteuropa betroffen.

27. Insgesamt sind die Auswirkungen der Krise höchst bedeutungsvoll. Die relative Stabilität der kapitalistischen Klassenherrschaft in Österreich nach 1950 beruhte historisch gesehen im Wesentlichen auf einem durch die sozialdemokratische Bürokratie vermittelten Klassenkompromiß, der im Wesentlichen zwei wichtige Elemente beinhaltete. Erstens die Existenz einer sehr gut bezahlten Arbeiteraristokratie sowie relativ sicher beschäftigter Kernschichten. Zweitens der Existenz eines gewissen sozialen Netzes, das die völlige Verarmung und Subproletarisierung einer breiten Unterschicht der ArbeiterInnenklasse verhinderte. Beide Faktoren – welche schon in den letzten zwei Jahrzehnten unterminiert wurden – werden nun durch die Folgen der Krise in den kommenden Jahren nachhaltig erschüttert.

Vom Klassenkampf von oben zum Klassenkampf von unten

28. Die radikale Verschärfung der Klassengegensätze drängt zu einem Umbruch in der Form des Klassenkampfes: statt einseitigem Klassenkampf von oben drängen die objektiven Verhältnisse mehr denn je auf eine klassenkämpferische Antwort von unten. Die möglichen Felder der zukünftigen Klassenkämpfe sind vielfältig und lassen sich nicht per Kristallkugel vorhersagen. Darum geht es jedoch auch nicht, sondern vielmehr darum, sich der verschiedenen möglichen Felder des Aufbrechens der sich verschärfenden Klassengegensätze bewußt zu sein und sich dementsprechend in unserer Arbeit taktisch und organisatorisch vorzubereiten.

29. Einerseits haben wir zentrale, große Sektoren der Wirtschaft und damit der ArbeiterInnenklasse die sich ganz

bzw. teilweise im staatskapitalistischen Eigentum (Post, Telekom, ÖBB, OMV, voestalpine) oder vollständig in privater Hand befinden (Magna, AUA, Banken). In den meisten dieser Sektoren verfügt die ArbeiterInnenklasse über etablierte Vertretungsstrukturen (ein breites Netz an Betriebsräten, relativ hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad), die jedoch gleichzeitig stark verbürokratisiert sind und deren Spitzen oft in die Aufsichtsräte integriert und somit in außergewöhnlich hohem Maße korrumpiert sind. Der Arbeitskampf bei der Post zeigt, daß es in diesen Bereichen, die über viele Jahre hinweg im Feuer der kapitalistischen Offensive stehen werden, zu wichtigen Klassenkämpfen kommen kann, die rasch eine allgemeine, politische Dimension erhalten können. (Frage der Liberalisierung zentraler Dienstleistungen, Frage öffentlicher Subventionen für Großkapitalisten wie Stronach, Frage der SPÖ-Regierungspolitik u.ä.)

30. Weiters sind auch die ArbeiterInnen in kleineren Unternehmen von der Krise betroffen, oft werden ganze Betriebe zugesperrt. Der Kampf der ArbeiterInnen bei Glanzstoff zeigt, daß Klassenkämpfe auch in solchen kleineren, oft in ländlichen Gebieten gelegenen, Betrieben möglich sind. Allerdings sind die Bedingungen für Kämpfe hier oft schwieriger (scheinbare Aussichtslosigkeit des Kampfes, schwache Strukturen der Arbeiterbewegung etc.) Wenn es zu Konflikten kommt, stehen die ArbeiterInnen aufgrund der existentiellen Bedrohung relativ rasch vor der Frage, ob sie zu radikalen Formen des Kampfes – wie Besetzungstreiks – greifen sollen (wie dies vor kurzem in Chicago und Schleswig-Holstein passiert ist und bei Glanzstoff leider nicht).

31. Eine wichtige Frage der kommenden Klassenkämpfe werden die Angriffe auf den Soziallohn sein – d.h. diverse Sozialleistungen, Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung und Pensionen. Hier sind schwere Angriffe vorprogrammiert und – wie die Streiks gegen die Pensionsreform 2003 oder die Proteste gegen die angedrohten Gesundheits- und Pensionsreformen 2008 zeigten – politische und gewerkschaftliche Mobilisierungen dagegen möglich.

32. Der Bildungssektor ist ebenso ein wichtiger Bereich für kommende Klassenkämpfe. Die Abschaffung der Studiengebühren wird zwangsläufig dazu führen, daß die Bourgeoisie neue Angriffe starten wird. Dies könnte ein Studentenkreditsystem ala England oder Australien beinhalten. Darüberhinaus wird es si-

Geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede

	Einkommen der Frauen in % des Einkommens der Männer									
	1980	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Obergrenze des 1. Quartils										
Erwerbstätige	61,8	64,6	63,9	60,9	60,6	60,5	60,1	60,1	60,4	60,6
Arbeiter	57,7	60,6	58,2	54,0	53,8	53,4	53,4	53,6	53,6	54,0
Angestellte	62,3	61,3	61,1	58,7	58,4	58,1	57,1	56,9	56,8	56,5
Median										
Erwerbstätige	64,9	67,8	68,8	67,0	67,1	67,2	67,2	67,3	67,1	67,1
Arbeitszeitstandardisiert ¹	71,2	76,5	80,6	81,2	81,5	82,2	81,9	85,7	86,2	87,1
Arbeiter	61,5	64,5	64,5	61,9	61,7	61,5	61,7	61,8	61,5	61,8
Angestellte	59,8	60,3	61,1	59,9	59,8	59,5	59,5	59,2	58,9	58,5
Obergrenze des 3. Quartils										
Erwerbstätige	65,2	68,3	70,2	69,1	69,1	69,1	69,5	69,3	69,3	69,1
Arbeiter	62,3	65,3	65,9	64,7	64,9	65,1	65,4	65,4	65,1	65,3
Angestellte	62,1	64,6	64,7	62,3	62,0	62,3	62,3	61,9	61,0	60,8

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistisches Handbuch, Statistik Austria, Mikrozensus, WIFO-Berechnungen.

1) Bereinigt um die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit.

2) Revidierte Daten der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit aus dem Mikrozensus, Bruch.

cherlich zu verschärften Selektionsmechanismen am Beginn des Studiums und zwischen den Stufen im mehrgliedrigen Hochschulsystem kommen. Proteste dagegen sowohl im SchülerInnen- als auch StudentInnenbereich sind möglich.

33. Ebenso kann es auch um demokratische Fragen wie Polizeirepression oder Rassismus zu wichtigen Mobilisierungen kommen, ebenso wie der Kampf gegen die wieder auftretende faschistische Gefahr.

34. Schließlich kann ein nach wie vor im Raum stehender imperialistischer Angriff auf den Iran, eine Eskalation des Krieges in Afghanistan oder z.B. auch Schwierigkeiten für die EU-Kolonialtruppen im Tschad zu einer Wiederbelebung der Anti-Kriegsbewegung führen.

Klassenkampf von oben mittels Klassenkollaboration

35. Waren die letzten Monate der Großen Koalition mit Schlagworten wie „Stillstand“, „Streit“ und „Blockieren“ behaftet, so darf nicht darüber hinweggetäuscht werden, dass trotz dieser nicht zu bestreitenden Probleme in der Stabilität des politischen Herrschaftsapparates, zentrale Vorhaben der österreichischen Bourgeoisie umgesetzt wurden. Die fortgesetzte Flexibilisierung der Arbeitszeit, die Zustimmung zum EU-Reformvertrag und die weitergehende Militarisierung inkl. Teilnahme am imperialistischen Einsatz der EU-Truppen im Tschad, waren wichtige Meilensteine für die strategische Ausrichtung des österreichischen Kapitalismus. Zum einen müssen die Angriffe auf die Arbeiterklasse in Form der Aushöhlung traditioneller Beschäftigungsverhältnisse ausgeweitet werden, zum anderen will das österreichische Kapital eine zentrale Rolle im imperialistischen Projekt EU spielen. Um ein Aufbrechen der Klassenkämpfe im Rahmen der Umsetzung dieser strategischen Projekte zu verhindern, hat die Bourgeoisie schon 2006 auf eine Große Koalition gedrängt.

36. Daher hat die Großbourgeoisie auch nach den letzten Wahlen auf die Bildung einer Koalition von SPÖ und ÖVP bestanden und innerhalb der ÖVP die mit Blau/Orange sympathisierende Schlüssel-Fraktion weitgehend zur Seite geschoben. Wie wir bereits in der Analyse der Faymann/Pröll-Regierung festgestellt haben, liegt die Bedeutung der Großen Koalition darin, daß das Monopolkapital dadurch die (sozialdemokratische) Arbeiterbürokratie in die Regierungsgeschäfte miteinbeziehen kann. Insbesondere die Einbeziehung der Gewerkschaftsbürokratie über zwei Ministerposten (Hundstorfer – Sozialminister und ex-ÖGB-Chef; Stöger – Gesundheitsminister und Metall-Gewerkschafter) mit all den damit verbundenen Posten und Privilegien übt eine

enorme integrative Kraft aus. Man konnte dies bereits beim Post-Arbeitskampf sehen, wo die christlich-sozialen Gewerkschaftsbürokraten einen „kämpferischeren“ Kurs fuhren als ihre sozialdemokratischen KollegInnen.

37. Die zentrale Bedeutung der SPÖVP-Koalition liegt nicht darin, daß diese Regierungsform das kleinere Übel wäre als eine Bürgerblock-Regierung (wie es die linken Sozialdemokraten glauben und weswegen sich SJ-Chef Moitzi nicht traute, im SPÖ-Vorstand gegen die Regierungsbildung oder selbst auch nur das Programm zu stimmen). Der reaktionäre, gefährliche Charakter der Regierung liegt darin, daß die Durchführung der kapitalistischen Angriffe auf der allgemein-politischen Ebene in klassenkollaborationistischer Form stattfindet, d.h. mittels der Integration der reformistischen Bürokratie. Dies vergrößert die materielle Bindung der Bürokratie an die Regierung und erschwert somit die Mobilisierung der ArbeiterInnenbewegung – die von dieser Bürokratie beherrscht wird – für den Klassenkampf. Gleichzeitig erleichtert die Regierungsbeteiligung der reformistischen Bürokratie deren Entlarvung und das Hineintreiben eines Keils zwischen der Bürokratie und der Basis.

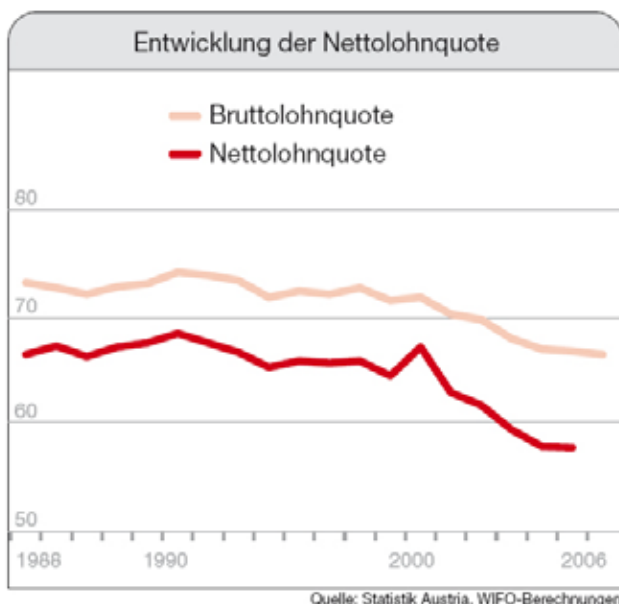
38. Diverse bürgerliche Kommentatoren meinen, daß es mit der Beteiligung der beiden ÖGB-Bürokraten in der Regierung wieder eine Sozialpartnerschaft in Österreich gebe. Das ist völliger Unsinn. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder betont, daß die Sozialpartnerschaft nicht bloß ein System der Klassenkollaboration ist, wie es in vielen Ländern besteht, sondern einen besonders intensiven und institutionalisierten Charakter besitzt: „Wir definieren den Klassencharakter der Sozialpartnerschaft folgendermaßen: Die Sozialpartnerschaft ist eine äußerst intensive und institutionalisierte Form der Klassenzusammenarbeit unter bürgerlich-demokratischen Verhältnissen, bei der die Vertreter des Kapitals und der ArbeiterInnenbürokratie in einer institutionalisierten Form regelmäßig und intensiv alle wesentlichen Probleme der politischen und ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus beraten und entscheiden. Das System der Sozialpartnerschaft geht also weit über die auch in vielen anderen kapitalistischen Ländern existierende Klassenzusammenarbeit hinaus. Diese Klassenzusammenarbeit bindet die ArbeiterInnenklasse an das Kapital, ordnet sie ihm unter und ist daher eine reaktionäre Waffe des Kapitals gegen die ureigensten proletarischen Klasseninteressen. Die Arbeiterbürokratie erhielt für diese Unterordnung der Masse des Proletariats Zugang zu einer Unzahl von Posten und Privilegien sowie eine Besserstellung ihrer materiellen Basis, der Arbeiteraristokratie.“¹⁰ Jetzt hingegen sehen wir mit der neuen Regierung die Beteiligung der Spitze der Gewerkschaftsbürokratie an der weitgehenden Schwächung nicht nur der sozialen Errungenschaften der ArbeiterInnenklasse, sondern auch an den traditionellen Bastionen der Gewerkschaft. Darüberhinaus gibt es auch kein Wiederaufleben der intensiven Zusammenarbeit zwischen Kapital und Gewerkschaftsbürokratie auf den unteren politischen und betrieblichen Ebenen und v.a. sind diese Formen der Zusammenarbeit nicht der politische Kern der Entscheidungsprozesse, sondern dienen höchstens dem Abnicken von Entscheidungen, die bereits von den führenden Kapitalvertretern bzw. der Regierung getroffen wurden.

Die ArbeiterInnenbewegung, ihre verrottete Führung und mögliche Bruchlinien

39. Einer der wichtigsten Faktoren der Lage der ArbeiterInnenbewegung ist ihre dramatische Führungskrise. An der Spitze unserer Klasse steht eine verrottete Bürokratie und die linken Scheinalternativen zu dieser (post-stalinistische Europäische Linkspartei, Zentristen) sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Die Kräfte hingegen, die auf der Grundlage eines Programms der sozialistischen Revolution stehen, sind hingegen noch äußerst schwach.

40. Die Neoliberalisierung der Sozialdemokratie und die damit verbundene Entfremdung von immer größeren Teilen der ArbeiterInnenklasse, die wir in den letzten Jahren feststellen konnten, haben zum schlechtesten Wahlergebnis der SPÖ seit 1918 geführt. Gleichzeitig machte jedoch Faymann eine wichtige „Errungenschaft“ der Ära Gusenbauer rückgängig, nämlich die

Nettolohn- und Gehaltssumme in % des Nettovolkseinkommens



Schwächung der Gewerkschaftsbürokraten im engsten Führungszirkel der Partei und Regierung. Dies (und das schlechteste Wahlergebnis der ÖVP) waren wichtige Gründe dafür, daß Faymann die Partei nun wieder kurzfristig stabilisieren konnte.

41. Doch die Tatsache, daß die Faymann-SPÖ und führende ÖGB-Bürokraten in den kommenden Jahren als Regierungsmanger der Krise und den damit verbundenen Angriffen auf die ArbeiterInnenklasse fungieren, wird die Partei einem gewaltigen Spagat aussetzen. Ungeachtet der Einbeziehung der ÖGB-Spitze ist Faymann und die Parteispitze entschlossen, die Politik der Vergangenheit fortzusetzen: angefangen mit der Privatisierung und Liberalisierung des staatlichen Sektors und des Sozialabbaus, über die enge Allianz mit der Kronen-Zeitung bis hin zur Verwandlung der Partei weg „von ideologischen Formeln“ hin zur „Partei der professionellen Serviceleister“ (siehe dazu auch das Projekt des steirischen Parteichefs Voves). Dies könnte auch Wiederbelebungsversuche des „Dritten Weges“ beinhalten, einer „Synthese zwischen Liberalismus und alten Werten der Sozialdemokratie“ als pan-europäisches Projekt. Damit einher geht auch ein reaktionär-populistisches „Verständnis für die Probleme“, die Inländer mit Migranten haben.¹¹ Kurz und gut, die Faymann-Führung möchte die SPÖ weiter in Richtung Entideologisierung, „Volksnähe“ im Sinne eines reaktionären Populismus entwickeln und ihre Ausrichtung als Partei für den EU-Imperialismus beibehalten.

42. Wir können gegenwärtig keine Anzeichen dafür erkennen, daß Faymann die organischen Verbindungen mit der Gewerkschaftsbürokratie kappen möchte. Im Gegenteil, Faymann hat die Schritte Gusenbauers in diese Richtung rückgängig gemacht. Denkbar wäre auch eine Entwicklung der SPÖ in die Richtung, daß die Partei ihre organischen Verbindungen mit der Bürokratie aufrechterhält und gleichzeitig die Klassenbasis auf relativ schmale aristokratische und Kernsektoren des Proletariats einschränkt. (In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß unmittelbar nach der Wahl Teile der FSG-Spitze in der Bauarbeitergewerkschaft eine Koalition der SPÖ mit der FPÖ forderten.) Ein wichtiger Knackpunkt für das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften ist die Tatsache, daß die Krise und die Angriffe gerade auch Kernbereiche der österreichischen ArbeiterInnenbewegung betreffen, die zentrale Bastionen der Gewerkschaften betreffen (Post, Telekom). Daher liegt hier ein großes Spannungspotential, das zu enormen Konflikten zwischen Gewerkschaften und SPÖ bzw. innerhalb der Gewerkschaften führen kann.

43. Es ist daher sehr wahrscheinlich, daß die innerparteiliche Euphorie um Faymann bald wieder ihr Ende findet und die alten Widersprüche neu auftauchen. Diese Widersprüche können sich zuerst um einzelne politische Fragen drehen wie z.B. die Pensionsreform (siehe die erste „Ermahnung“ des SPÖ-Pensionistenverbandes an den neuen Sozialminister). Oder im Bereich der Bildung (interessanterweise war der VSStÖ die einzige Struktur, die im Vorstand gegen das Regierungsprogramm stimmte) und SJ und VSStÖ haben nun Faymann ein Forderungspaket überreicht. Besonders interessant können die Verhandlungen über die Post-Universaldienstverordnung im ersten Halbjahr 2009 werden, wo es zu Konflikten zwischen der Gewerkschaft und der Regierung kommen kann.

44. Ebenso gilt es, auf mögliche Bruchlinien innerhalb der Gewerkschaften zu achten. Das permanente Nachgeben der Gewerkschaftsführung könnte dazu beitragen, daß gewisse eigenständige Strukturen entstehen wie z.B. das Netzwerk kritischer Betriebsräte in der Postgewerkschaft in Wien und Oberösterreich. Eine Vertiefung solcher Entwicklungen wäre für Österreich von herausragender Bedeutung und könnte erstmals Ansätze dazu bieten, die absolute bürokratische Kontrolle in den Gewerkschaften aufzubrechen. Ebenso können sich bestimmte Gewerkschaftsströmungen profilieren, die in Opposition zur Spitze stehen (z.B. die KIV unter den Gemeindebediensteten oder eventuell der FCG bei der Post). Gleichzeitig ist es jedoch notwendig in solchen Differenzierungsprozessen keinen Automatismus zwischen kämpferischen Basisstrukturen und politisch richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Das bewusste Intervenieren im Falle solcher Entwicklungen und die Kritik an ökonomistischen

Konzepten, muss einem ignoranten Abseitsstehen und einer opportunistischen Anpassung entgegengestellt werden.

45. Der Zentrismus (Funke, SLP, KI, Linkswende, RSO u.a.) hat sich angesichts der Krise im Allgemeinen bislang konservativ und rückständig verhalten. Symbolisch für die politische Rückständigkeit dieses Milieus war ihre feige Ablehnung unserer Enteignungslosung während des Wahlkampfes: D.h. er ist weder kühner in seiner Propaganda und seinen programmatischen Vorschlägen geworden noch sind von ihm bislang irgendwelche interessanten organisatorischen Initiativen ausgegangen. 12 Daher legen wir keinen – über die übliche praktische Zusammenarbeit bei konkreten Einheitsfrontmobilisierungen hinausgehenden – besonderen Schwerpunkt auf eine Orientierung auf das zentristische Milieu. Allerdings sollten wir dieses Milieu trotzdem aufmerksam beobachten, denn die Verschärfung der Krise kann durchaus auch zur Entwicklung einzelner zentristischer Gruppen nach links bzw. zum Aufbrechen von scharfen Gegensätzen innerhalb zentristischer Organisationen führen und somit die Möglichkeit eröffnen, daß sich Teile von ihnen in eine marxistische Richtung entwickeln. In einer solchen Situation werden wir natürlich energisch versuchen, diesen GenossInnen bei einer konsequenten Entwicklung hin zum Bolschewismus zu helfen.

46. Eine mögliche Entwicklungslinie kann allerdings auch eine wachsende Popularität von zentristischen Organisationen sein, sofern sie sich aus ihrem jetzigen Stadium der relativen Passivität hinausbewegen. Gerade wenn dies der Fall ist, kann es zu verstärkten Rufen nach einer „Einigung“ mit diesen Kräften kommen, kann der Wunsch nach einer geeinten Linken populärer werden. Als Antwort auf solche Entwicklungen stellen wir in den Vordergrund die Notwendigkeit gemeinsamer Aktionsbündnisse. Gleichzeitig aber werden wir die ideologische Auseinandersetzung mit diesen Gruppen forcieren, um die entscheidenden Differenzen aufzuzeigen.

Die wachsende Gefahr des rassistischen Rechtspopulismus und der Nazis

47. Ganz allgemein gilt, daß in einer Periode der verschärften Klassengegensätze nicht nur antikapitalistische Kräfte profitieren, sondern auch radikale reaktionäre Kräfte. Die Verarmung von kleinbürgerlicher und Mittelschichten sowie rückständiger Teile der weißen Arbeiterklasse bieten dafür auch einen potentiell günstigen Boden. Es wäre allerdings falsch, die Stärkung der Rechten in einer Periode der Krise als eine Art Automatismus zu sehen. Im Gegenteil, die Stärkung der Rechten ist in der Regel die Strafe für das politische Versagen der ArbeiterInnenbewegung. Wie stark die rassistische Rechte wird, hängt im wesentlichen also davon ab, wie sehr es der ArbeiterInnenklasse gelingt, als kämpferischer Faktor das politische Geschehen zu betreten und somit zum Anziehungspol für die Empörten und Verzweifelten zu werden.

48. Da die SPÖ in der Regierung und die FPÖ in der Opposition ist, ist es wahrscheinlich, daß es den Freiheitlichen gelingt, von der wachsenden Enttäuschung vieler über die Sozialdemokratie zu profitieren. Bereits jetzt ist die FPÖ bei den Wahlen die zweitstärkste Partei innerhalb der ArbeiterInnenklasse und v.a. bei den jüngeren ArbeiterInnen. Dies gelingt ihr mit einer Mischung aus Sozialpopulismus, „Globalisierungskritik“ sowie Rassismus und Islamophobie. Es wäre natürlich Unsinn, die Mehrheit der proletarischen FPÖ-Wähler als eingefleischte Rassen zu sehen. Vielmehr treibt sie die Enttäuschung über etablierte Politik der Bourgeoisie und das Fehlen jeglicher politischer Alternative. (Deswegen verließen 2/3 der FPÖ-Wähler von 2000 diese Partei bei den Wahlen zwei Jahre später) Doch das mindert nicht im Geringsten die Gefahr, die von dieser Partei ausgeht, denn die FPÖ ist eine bürgerliche Partei, die ihre Forderungen nach mehr Privatisierungen mit reaktionären Angriffen auf demokratische Rechte und auf die Rechte von MigrantInnen kombiniert.

49. Das BZÖ wird sich auf die Konsolidierung ihrer Machtposition in Kärnten konzentrieren. Nach dem Tod von Haider ist es wahrscheinlich, daß es einen Kompromiß mit der

FPÖ anstrebt (z.B. nach dem CDU/CSU-Modell, wo das BZÖ eine Regionalpartei in Kärnten wäre und die FPÖ den Rest des Landes abdeckt). Aber wahrscheinlich wird sich das alles erst nach den Landtagswahlen 2009 entscheiden, denn dann ist das wirkliche Kräfteverhältnis zwischen den beiden Parteien klar. Eine geeinte Rechtspartei wäre jedenfalls ein noch gefährlicherer Gegner.

50. Schließlich gilt es die Gefahr eines Erstarkens der Nazi-Szene zu berücksichtigen. Die Erfolge in Deutschland, das gestärkte Selbstbewußtsein auch in Österreich im Fahrwasser der FPÖ haben bereits zu einem stärkeren Auftreten der Nazis geführt. Nun wollen sie sogar 2009 erstmals eine 1. Mai-Demonstration in Linz durchführen. All diese Entwicklungen zeigen, daß der Kampf gegen Rassismus und Faschismus eine immer wichtigere Aufgabe für die ArbeiterInnenbewegung wird. Die LSR wird einerseits in ihrer Propaganda und Agitation die Lügen der Rechten entlarven, die Mitverantwortung der reformistischen Bürokratie für die Misere aufzeigen und mittels der Einheitsfronttaktik für die möglichst breite Mobilisierung sowohl der Organisationen der ArbeiterInnenbewegung als auch der MigrantInnen und Jugendlichen eintreten. Wie die vor kurzem erfolgten Angriffe von Faschisten auf linke Kräfte in Schweden oder auf die Demonstration der italienischen Protestbewegungen gegen die reaktionäre Schulreform zeigen, kann durchaus auch mit einem aggressiveren Auftreten von Faschisten in Europa gerechnet werden. Die Frage von Selbstverteidigungseinheiten wird somit eine zentrale Schlüssellosung zur effektiven Abwehr faschistischer Übergriffe gegen die Arbeiterbewegung, linke Kräfte und MigrantInnen sein.

Umbrüche auf ideologischer Ebene

51. Die drastischen ökonomischen und politischen Umbrüche führen zu ebensolchen Durchrüttelungen und Umbrüchen auf ideologischer Ebene. Die bislang dominierende Ideologie der Bourgeoisie – Neoliberalismus, Individualismus, „Geiz ist geil“ – kommt von mehreren Seiten unter Beschuß. Erstens taugen sie nur noch beschränkt für die Bourgeoisie selber, braucht sie doch in Zeiten der schweren Krise wirtschaftspolitische Doktrin, die staatskapitalistisches Eingreifen rechtfertigen und ideologisieren. Zweitens hat sich der Neoliberalismus in den Augen der ArbeiterInnenklasse und der unteren Mittelschichten diskreditiert.¹³

52. Es werden daher neue ideologische Konzepte auf bürgerlicher und kleinbürgerlicher Ebene auftauchen. Auf bürgerlicher Ebene können dies Ideologien sein, die stärker staatskapitalistische Regulation, EU-Imperialismus (gepaart mit der Überlegenheit der europäischen Werte) und Sozialchauvinismus (gegenüber den MigrantInnen von „draußen“) betonen. Die verschärfte Konkurrenz zwischen den imperialistischen Staaten und aufstrebenden Regionalmächten wird zu einer engeren staatsmonopolistischen Verbindung von Staat und Kapital sowie deren ideologischen Widerspiegelungen führen. Gleichzeitig stellen diese neuen Konzepte jedoch noch keine grundlegende Absage an den Neoliberalismus dar, sondern können vielmehr als Pragmatismus des Kapitals innerhalb eines neoliberalen Rahmens beschrieben werden. Nach wie vor steht das ideologische Dreigestirn der Flexibilisierung, Deregulierung und Privatisierung im Vordergrund, wengleich es durch staatliche Eingriffe zur Rettung bestimmter Kapitalgruppen ergänzt wird. Von einem Ende des Neoliberalismus kann deshalb nicht gesprochen werden, wengleich offene ideologische Vorstöße in diese Richtung sicher zurzeit nicht in den Vordergrund gerückt werden. Nichtsdestotrotz gibt es jetzt deutlich mehr staatskapitalistische Interventionen in die Wirtschaft – ein Phänomen, das mit Dauer und Tiefe der Krise zunehmen wird. Mittel- bzw. langfristig ist daher ein Aufkommen neuer ideologischer und ökonomischer Konzepte durchaus wahrscheinlich, insbesondere im Zusammenhang mit Vernichtung von Kapital in der Krise. Auch die relative Schwächung des US-Imperialismus bedeutet eine Schwächung neoliberaler Konzepte, da der US-Imperialismus eine wichtige Rolle als zentraler Hegemon gespielt hat, um solche neoliberalen

Konzepte voranzutreiben.

53. Ebenso jedoch kommt es zu einem Aufschwung des Sozialismus und Marxismus. Es ist kein Zufall, daß das Kapital neuerdings Verkaufserfolge erzielt, daß der Standard über ‚Kapital‘-Leserkreise auf der Uni berichtet usw.¹⁴ An diesem neuen Interesse können sozialistische RevolutionärInnen ansetzen. Ebenso notwendig ist jedoch auch der entschlossene ideologische Klassenkampf gegen alle pseudo-marxistischen und kleinbürgerlichen Strömungen, die neue Schichten in die Irre führen, die sich nach Alternativen umschaun. Dies können kleinbürgerlich-utopische Konzepte sein wie die Neue-Geld-Theorie und die Welt der Tauschkreise. Damit gepaart religiöse und esoterische Strömungen des Rückzugs nach innen.

Die Herausforderungen für die sozialistischen RevolutionärInnen

54. Der Schlüssel der gegenwärtigen Lage – weltweit und in Österreich – ist der Aufbau der revolutionären Kampfpartei. Mit anderen Worten: die strategische Aufgabe besteht im Zusammenschluß der Arbeiteravantgarde auf der Grundlage eines Programms der sozialistischen Revolution. Daher die zentrale Bedeutung des Aufbaus der Liga für die 5. Internationale und der LSR in Österreich. Diese Notwendigkeit gewinnt in der neuen historischen Periode in der wir uns befinden, mit ihrer Verschärfung der Klassengegensätze und vermehrten vor-revolutionären, revolutionären und konterrevolutionären Möglichkeiten, zusätzliche Dringlichkeit.

55. Die Aufgabe der Partei besteht darin, alle Schritte zu unterstützen, die dem Proletariat und den unterdrückten Schichten (Jugend, Frauen, MigrantInnen usw.) in seinem Kampf für die politische und ideologische Unabhängigkeit von der Bourgeoisie voranbringen, um so besser den Kapitalismus stürzen zu können. Aus dieser Herausforderung leiten sich die verschiedenen Taktiken ab. Dazu gehören der Aufbau einer Basisbewegung in den Gewerkschaften gegen die Bürokratie, die Bildung einer revolutionären Jugendbewegung, einer proletarischen Frauenbewegung usw. All diese Bewegungen können jedoch nur dann dauerhaft eine zielgerichtete, fortschrittliche Rolle spielen, wenn sie eingebettet sind in eine Strategie des revolutionären Kampfes, wenn sie also auf der Grundlage eines Programms der sozialistischen Revolution und unter der Führung einer revolutionären Partei als organisatorischer Ausdruck dieses Programms kämpfen.

56. Die gegenwärtige Periode zeichnet sich dadurch aus, daß das Tempo der Verschärfung der Krise und der Klassengegensätze sowie der Verbürgerlichung der Sozialdemokratie deutlich schneller ist als das Tempo des Aufbaus der revolutionären Partei. Mit anderen Worten: wir stehen einer historischen Führungskrise des Proletariats gegenüber. Daraus ergibt sich einerseits die Notwendigkeit, beharrlich den Aufbau der Organisation voranzutreiben und uns in der ArbeiterInnenklasse und der Jugend zu verankern.

57. Andererseits gilt es, verschiedene Lehren der revolutionären ArbeiterInnenbewegung zu berücksichtigen, die immer wieder mit ähnlichen Problemen konfrontiert war. So z.B. führte eine Führungskrise des Proletariats die Trotzlisten in den 1930er Jahren dazu, mit höchster organisatorischer Flexibilität für das revolutionäre Programm zu kämpfen und Taktiken zu wählen, die den Aufbau der revolutionären Partei mittels verschiedener organisatorischer Hilfsmittel vorantrieb (zuerst Fraktionsarbeit in der stalinistischen Komintern, dann Block der Vier, dann Entrismus in nach links gehenden sozialdemokratischen Parteien, Fusionen mit und Entrismus-Taktiken in zentristischen Parteien, Arbeiterpartei-Taktik in den USA usw.) Welche Taktiken in der gegenwärtigen Periode angebracht sind, hängt natürlich von einer konkreten Analyse ab. Aber alle Taktiken sind legitim, wenn sie helfen, nach links gehende ArbeiterInnen und Jugendliche für das Programm der sozialistischen Revolution zu gewinnen und den Aufbau der Partei voranzutreiben.

Einige grundsätzliche Überlegungen über Entwicklungsformen und Tempo des Klassenkampfes in Österreich

58. Einige abschließende Überlegungen über die Formen und das Tempo des Klassenkampfes in Österreich. Als sozialistischer Revolutionär in diesem Land scheint es manchmal so unheimlich schwierig, an eine „Normalisierung“ – also „Europäisierung“ der Klassenkampfverhältnisse zu glauben. Dies ist auch ein wichtiger Faktor des ideologischen Drucks der Bourgeoisie, die in der Linken zu so viel Skeptizismus gegenüber dem Proletariat, theoretischer Schlendrian und Passivität in der Praxis, Verhöhnung des Konzepts der bolschewistischen Kampfpartei und einem allgemeinen Anpaßertum an die Bürokratie und den bürgerlich-liberale Intelligenzija in Fragen der Weltanschauung, der Strategie und Taktik geführt hat.

59. Es ist daher für sozialistische RevolutionärInnen wichtig, sich der Methode der marxistischen Weltanschauung – der materialistischen Dialektik – zu vergegenwärtigen. In seinen philosophischen Heften bemerkte Lenin einmal: *„Die Einheit der Gegensätze ist bedingt, zeitweilig, vergänglich, relativ. Der Kampf der einander ausschließenden Gegensätze ist absolut, wie die Entwicklung, die Bewegung absolut ist.“*¹⁵ Daraus ergibt sich, daß nicht das Gleichgewicht, der scheinbare Ruhezustand, der eigentlich dominierende Aspekt der Wirklichkeit und somit auch der Klassengesellschaft ist, sondern vielmehr der Prozeß der Bewegung, der Veränderung. Gerade diese Herangehensweise betonte auch Engels in seiner „Dialektik der Natur“: *„Die einzelne Bewegung strebt dem Gleichgewicht zu, die Masse der Bewegung hebt das einzelne Gleichgewicht wieder auf. (...) Alles Gleichgewicht nur relativ und temporär.“*¹⁶

60. Oft tendieren durchschnittliche Linke dazu, nur die sichtbare Oberfläche politischer Prozesse – ihre Erscheinungsform – zu sehen und nicht auf die dahinter liegenden Prozesse zu achten. Dadurch ignorieren sie die „unterirdische“ Entwicklung der dem gegenwärtigen Entwicklungsstadium des Kapitalismus innewohnenden Klassengegensätze, ihre widersprüchliche, sich aus der Einheit der Gegensätze ergebende Selbstbewegung und erkennen diese Entwicklungen erst ab dem Moment, wo diese – nach Umschlagen der Quantität in Qualität – sich dem oberflächlichen Beobachter zum nach außen hin sichtbaren Ergebnis als vollendete Tatsache präsentieren. Durch eine solche Haltung sind diese undialektischen, mechanistischen Linken unfähig, rechtzeitig Taktiken zu entwickeln und in den Prozeß der Entwicklung der Gegensätze einzugreifen und dadurch dem proletarischen Klassenkampf zum Sieg zu verhelfen.¹⁷

61. In der Tat ist es so, daß der Prozeß der Verschärfung der ökonomischen Klassengegensätze, daraus folgend die Verbitterung und Wut der Massen, daraus folgend der Ausbruch zu offenen Klassenkämpfen, daß dieser Prozeß in der Regel nicht parallel, sondern mit Verzögerungen verläuft. Trotzki bemerkte einmal zu dazu: *„Die Parallelität der politischen Ereignisse und der ökonomischen Veränderungen ist natürlich sehr relativ. Als Faustregel kann man sagen, daß der ‚Überbau‘ neue Formationen des ökonomischen Bereichs erst mit einer beträchtlichen Verzögerung registriert und widerspiegelt.“*¹⁸

62. Die scharfe ökonomische Krise weltweit und auch in Österreich muß daher früher oder später auch in Österreich zu dramatischen politischen Umbrüchen und einem Aufsprengen der bleiern schweren Klassenkampfruhe führen. Tatsächlich findet der Prozeß der wachsenden sozialen Ungleichheit, der Verarmung breiter Teile der ArbeiterInnenklasse und der unteren Mittelschichten in ganz Europa statt und ist auch eine zentrale Triebfeder für die vor-revolutionären Entwicklungen in Griechenland. Aufmerksame bürgerliche Kommentatoren haben bereits festgestellt, daß die Entwicklungen in Griechenland auf dem gesamten Kontinent passieren könnten: *„Vor dem Hintergrund des Winters der Unzufriedenheit, dem sich Europa nähert, können die Brände von Athen die ersten Ausbrüche der Wut der Massen sein, die auf dem ganzen Kontinent angesichts der schweren Zeiten der Furcht und Verzweiflung anschwillt.“*¹⁹

63. Doch hat sich in Österreich der Prozeß der Klassenpolarisierung bislang nur in sporadischen Ausbrüchen von Klassenkämpfen ausgedrückt (v.a. die Massenproteste und Streiks 2000 bzw. 2003). Die politische Verbitterung und soziale Empörung finden in den letzten Jahren v.a. in historischen Wahlniederlagen der SPÖ und ÖVP, niedrigen Wahlbeteiligungen und einem allgemeinen Mißtrauen gegenüber den Institutionen des bürgerlich-demokratischen Kapitalismus, einer breiten Ablehnung des EU-Vertrages sowie eines Wahlerfolges der rassistischen Rechtspopulisten ihren Niederschlag.

64. Die konterrevolutionäre Rolle der sozialdemokratischen Bürokratie – v.a. ihr eiserner Griff auf die Gewerkschaften – ist hauptverantwortlich dafür, daß es bislang nicht zu mehr Klassenkämpfen gekommen ist. Doch die Neoliberalisierung der Sozialdemokratie, die Abwendung wachsender Teile der Arbeiterklasse, die Suche von Teilen der Arbeiteravantgarde nach einer politischen Alternative führen dazu, daß die Möglichkeit der sozialdemokratischen Bürokratie zur Niederhaltung des Klassenkampfes geringer wird. Gleichzeitig kann es auch zur Zunahme von politischen Spannungen innerhalb des gewerkschaftlichen Apparates kommen. Die Herausbildung eines Netzwerkes kritischer Betriebsräte in der Postgewerkschaft in Wien und Oberösterreich ist ein interessanter Indikator dafür.

65. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die zunehmende Perspektivlosigkeit der Jugend und eines großen, wachsenden Teils der ArbeiterInnenklasse – der MigrantInnen. Hinzu kommen noch die prekär Beschäftigten. Diese Schichten sind von den Folgen der kapitalistischen Krise besonders hart betroffen. In diesem Sinne sind auch in Österreich Entwicklungen nicht auszuschließen, von denen *„politische Radikalinskis“* profitieren könnten, wie der Chefredakteur des Nachrichtenmagazins FORMAT beunruhigt zur Kenntnis nimmt: *„Und doch gibt es Parallelen zwischen Paris und Athen: Junge Leute, schlecht ausgebildet und/oder ohne Chance auf einen halbwegs entsprechenden Arbeitsplatz, begehren leicht auf gegen eine ihnen als korrupt und undurchlässig erscheinende Gesellschaft – und werden auch leicht zum Spielball politischer Radikalinskis, rechts- oder linksradikaler, die entweder zum Sturm gegen „die Ausländer“ oder gegen „den Kapitalismus“ aufrufen, besonders erfolgreich in Zeiten von Globalisierung und Wirtschaftskrise. Österreich ist noch meilenweit von solchen Zuständen entfernt. Und doch sollte man rechtzeitig gegensteuern: Die Jugendarbeitslosigkeit nimmt wieder zu, in etlichen Regionen explodiert die Zahl jugendlicher Schul- oder Lehrabbrecher, nicht nur, aber vorrangig Angehörige einer ersten oder zweiten Migrantengeneration. (...) Wir können es uns nicht leisten, jährlich Tausende Jugendliche perspektivenlos abdriften zu lassen. Nicht nur aus humanitären Gründen, nicht nur wegen dabei verloren gehender einzelner Begabungen. Sondern auch aus Gründen des schlichten Eigenschutzes: In dieser Hinsicht lassen die Brände von Athen und Paris warnend grüßen.“*²⁰

66. Tatsächlich wird der österreichische Sonderstatus – Insel fast ohne Klassenkampf – immer unhaltbarer. Genau genommen wurde dieser Status bereits 2000 und 2003 aufgebrochen. Der dramatische Einbruch der wirtschaftlichen Verhältnisse des österreichischen Kapitalismus muß notwendigerweise in der einen oder anderen Form, früher oder später, einen politischen Dammbbruch auf der politischen und ideologischen Ebene hervorrufen. Die veränderten objektiven Verhältnisse werden dazu führen, daß das österreichische Proletariat endgültig aus seinem *„historischen Schlaf“* erwacht.²¹ Es wäre im höchsten Maße unnatürlich, würde eine Zerrüttung des ökonomischen und sozialen Klassenverhältnisses ohne tiefgreifende Auswirkungen auf das politische und ideologische Klassenverhältnis bleiben. In diesem Sinne wäre es daher kurzsichtig, würden wir im Zuge der gesamteuropäischen Klassenkampfdynamik die Möglichkeit der Entstehung von vor-revolutionären Entwicklungen in Österreich in den nächsten Jahren ausschließen (auch wenn dies in der nächsten Zukunft unwahrscheinlich ist).

67. Unsere strategische Aufgabe besteht darin, die Organisation auf die politischen und organisatorischen Herausforderungen dieser Periode vorzubereiten, um einen qualitativen Schritt vorwärts in der Verankerung in der politischen Avantgarde der ArbeiterInnenklasse zu erreichen.

Fußnoten

1 Eine ausführlichere Darlegung unserer Analyse der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise findet sich in u.a. in Markus Lehner: Bankendämmerung (Neue Internationale 127, März 2008, <http://www.arbeitermacht.de/ni/ni127/weltwirtschaft.htm>); Richard Brenner: Von der Immobilienblase zur Bankenkrise (Neue Internationale 129, Mai 2008, <http://www.arbeitermacht.de/ni/ni129/weltwirtschaft.htm>); Markus Lehner: Kapitalismus am Ende? (Neue Internationale 133, Oktober 2008, <http://www.arbeitermacht.de/ni/ni133/finanzkrise.htm>); Darüberhinaus haben wir in unserem theoretischen Organ Revolutionärer Marxismus Nr. 39. folgende Analyse veröffentlicht: Richard Brenner: Die Marxsche Krisentheorie. Ein kurzer Überblick (<http://www.arbeitermacht.de/rm/rm39/rm39krisentheorie.htm>); Michael Pröbsting: Imperialismus, Globalisierung und der Niedergang des Kapitalismus (<http://www.arbeitermacht.de/rm/rm39/rm39imperialismus.htm>); Markus Lehner: Finanzkapital, Imperialismus und die langfristigen Tendenzen der Kapitalakkumulation (<http://www.arbeitermacht.de/rm/rm39/rm39finanzkapital.htm>); Richard Brenner: Globalisierung und der Mythos von der neuen langen Welle. Metazyklische Trends, „lange Wellen“ und das umstrittene Vermächtnis Leo Trotzki (<http://www.arbeitermacht.de/rm/rm39/rm39globalisierung.htm>)

2 Eine ausführlichere Darlegung unserer Analyse der Europäischen Union und eines möglichen EU-Staates findet sich in folgenden Arbeiten: Michael Pröbsting/Martin Suchanek: EU in der Krise. Soziales oder sozialistisches Europa? (Revolutionärer Marxismus Nr. 35, <http://www.arbeitermacht.de/rm/rm35/europa.htm>); Markus Lehner: Europäisches Monopolkapital (Revolutionärer Marxismus Nr. 35, <http://www.arbeitermacht.de/rm/rm35/monopol.htm>); Michael Pröbsting: „Amerikanisierung“ oder Niedergang. Widersprüche und Herausforderungen für das imperialistische Projekt der europäischen Vereinigung (Revolutionärer Marxismus Nr. 35, <http://www.arbeitermacht.de/rm/rm35/amerikanisierung.htm>); Michael Pröbsting: Die Frage der Vereinigung Europas im Lichte der marxistischen Theorie. Zur Frage eines supranationalen Staatsapparates des EU-Imperialismus und der marxistischen Staatstheorie. Die Diskussion zur Losung der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa bei Lenin und Trotzki und ihre Anwendung unter den heutigen Bedingungen des Klassenkampfes. (Unter der Fahne der Revolution Nr. 2/3 <http://arbeiterinnenstandpunkt.net/phpwcms/download.php?3aa8e9fc2632e19f63e69f5b48b1d747>)

3 „... die Quintessenz des Marxismus zu verstehen, der die Gründe für Änderungen im Bereich des sozialen Überbaus bei den Änderungen der wirtschaftlichen Basis sucht und sonst nirgendwo.“ (siehe Leo Trotzki: Die Kurve der kapitalistischen Entwicklung (1923); in: Die langen Wellen der Konjunktur, Berlin 1972, S. 130)

4 FORMAT, Nr. 48, S. 19f.

5 Für detailliertere Verweise auf das Regierungsprogramm siehe unsere Analyse in BEFREIUNG Nr. 171

6 Siehe Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz: Bericht über die soziale Lage 2003 – 2004 (2004), S. 246

7 Siehe György Benoist/Pol Marquer: Struktur der Landwirtschaft in Österreich 2005 (in: Statistik kurz gefasst, 11/2007, Landwirtschaft und Fischerei)

8 Siehe Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz: Sozialbericht 2007 – 2008. Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen (2009), S. 265. Es sei an dieser Stelle angemerkt, daß diese bürgerliche Statistik natürlich nicht mit marxistischen Klassenbegriffen operiert. Daher sind hier alle formal lohnbeziehenden Beschäftigten inkludiert, also auch die lohnabhängigen Mittelschichten. Gerade unter den obersten Fünftel der Einkommensbezieher finden sich viele von letzteren.

9 Statistik Austria: Teilzeit und Teilzeitquote im Zeitver-

gleich seit 1974 (2008). Interessant ist hier auch, daß die Teilzeitquote der lohnabhängigen Männer in den letzten Jahren rasant zunimmt. Alleine seit 1999 hat sich die Teilzeitquote verdoppelt. Auch wenn also die Teilzeitbeschäftigung für Arbeiter auch in der kommenden Periode weitaus geringer sein wird als für Arbeiterinnen, so wird die prekäre Beschäftigung zunehmend auch zu einem „männlichen Phänomen“.

10 Die historisch reaktionäre Rolle der Sozialpartnerschaft für die Arbeiterklasse; in: LSR-Broschüre „Neoliberale SPÖ: Ursachen und Alternativen“ (2007), S. 41

11 Alle Zitate stammen vom steirischen SPÖ-Chef und Landeshauptmann Voves, der im Auftrag von Faymann ein Strategiepapier für die SPÖ erstellt. (Kleine Zeitung, 14.11.2008)

12 Als die LSR-Sprecherin Nina Gunić bei einer Pressekonferenz für die die „Enteignung der Superreichen“, waren sich die Linksreformisten und Zentristen einig in der Empörung über eine solche „ultralinke, steinzeitkommunistische“ Losung. Siehe dazu u.a. „Wer hat Angst vor der Forderung nach Enteignung der oberen 10.000?“ Stellungnahme der Liga der Sozialistischen Revolution (LSR), 23.7.2008, <http://arbeiterinnenstandpunkt.net/phpwcms/index.php?id=30,482,0,0,1,0>

13 Trotzki merkte zum Verhältnis der ökonomischen Umbrüche zu den politischen und ideologischen Umbrüchen an: „Es ist bereits a priori möglich zu behaupten, daß Epochen der raschen kapitalistischen Entwicklung ein anderes Aussehen besitzen müssen – in der Politik, der Gesetzgebung, der Philosophie, der Literatur – scharf unterschieden von dem der Epoche der Stagnation oder des wirtschaftlichen Niedergangs. Noch mehr, ein Übergang von einer derartigen Epoche zu einer andersartigen, muß natürlicherweise die größten Erschütterungen in den Beziehungen zwischen den Klassen und den einzelnen Staaten hervorbringen.“ (Leo Trotzki: Die Kurve der kapitalistischen Entwicklung (1923); in: Die langen Wellen der Konjunktur, Berlin 1972, S. 126f.)

14 „Kapitallesekreis statt Bibelrunde“, <http://derstandard.at/?url=/?id=1227287703211>

15 W.I. Lenin, Zur Frage der Dialektik; in: LW 38, S. 339

16 Friedrich Engels: Dialektik der Natur; in: MEW 20, S. 511f (Hervorhebung im Original)

17 Karew – einer der führenden Philosophen der materialistisch-dialektischen Schule in den 1920er Jahren in der Sowjetunion – formulierte treffend: „Für den Materialisten und Dialektiker ist die Verletzung des Gleichgewichtszustandes eines Körpers, seine Bewegung, nicht nur ein Ergebnis der äußeren Einwirkung seiner Umgebung, sondern auch der ihm im Inneren eigenen Bewegung, seiner Selbstbewegung.“ (N.A. Karew: Die Theorie des Gleichgewichts und der Marxismus; in: Wilhelm Goerdts (Hrsg.): Die Sowjetphilosophie. Wendigkeit und Bestimmtheit. Dokumente, Darmstadt 1967, S. 141)

18 Leo Trotzki: Die Kurve der kapitalistischen Entwicklung (1923); in: Die langen Wellen der Konjunktur, Berlin 1972, S. 131

19 Ian Traynor: A perfect storm of grievance, scandal and rage (10.12.2008), The Guardian, <http://www.guardian.co.uk/world/2008/dec/10/greece-riots-government-analysis>

20 Peter Pelinka: Athen & Paris als Warnung: Warum man mehr in Bildung investieren muss; in: FORMAT 50/08 (11.12.2008), S. 7

21 Wie erlauben uns, hier einen von Lenin für das politische Erwachen der ArbeiterInnenklasse des Ostens am Beginn des 20. Jahrhunderts verwendete Begriff zu übernehmen.

* Die abgebildeten Tabellen in diesem Artikel haben wir dem Sozialbericht 2007-2008 entnommen

DIE HISTORISCHE ENTWICKLUNG DER SOZIALDEMOKRATIE

SPÖ: Von der Diktatur des Proletariats über die Sozialpartnerschaft zur Neoliberalisierung

Von Roman Birke

A) Einleitung

1. Nachdem die SPÖ bei den letzten Nationalratswahlen das schlechteste Wahlergebnis seit 1918 eingefahren hat, die Landtagswahlen in Salzburg und Kärnten als klare Verliererin beendet hat und auch die bisher geschlagenen AK-Wahlen keinen Durchbruch brachten (Verluste in Vorarlberg und Tirol, Stagnation auf hohem Niveau in Salzburg), lohnt es sich, einen genaueren Blick auf die Geschichte der Sozialdemokratie zu werfen. Dabei soll – nach einer kurzen Darstellung der historischen Wurzeln der SPÖ – der Schwerpunkt auf der zweiten Republik liegen.

2. Es geht hier keineswegs darum, eine Chronologie zu schreiben. Vielmehr soll die materielle Grundlage für den Reformismus in Österreich untersucht und die sich in den letzten Jahren ergebenden Veränderungen benannt werden. In einem Artikel wie diesem ist es natürlich keineswegs möglich, alle Aspekte zu beleuchten. Vielmehr sollen die großen Entwicklungsstränge – und hier insbesondere die Eigenheiten des österreichischen Nachkriegskapitalismus – unter die Lupe genommen werden. Für ein Verständnis des Aufstiegs der SPÖ in den Nachkriegsjahren, deren Dominanz innerhalb der Arbeiterbewegung, aber auch deren zunehmende Krisenhaftigkeit kann sich die Analyse nicht auf das eine oder andere politische Programm beschränken. Vielmehr muss die Frage gestellt werden, welche besondere politische Herrschaftsform der österreichische Kapitalismus bedurfte und welche Rolle die SPÖ darin zu spielen hatte. Der Artikel versucht darauf eine Antwort zu geben.

3. Gleichzeitig bedarf es auch einer klaren methodischen Herangehensweise zur Bewertung politischer Parteien. Für uns ist der zentrale Gradmesser für die Charakterisierung einer Partei die von ihr verteidigte Eigentumslogik, d.h. wessen Eigentumsverhältnisse und daher der Macht welcher Klasse dient sie. Ohne jedoch auch die genaue soziale Zusammensetzung einer Partei und deren Verhältnis zu den gesellschaftlichen Klassen in eine Analyse miteinzubeziehen, muss diese unvollständig bleiben.

B) Die SPÖ als bürgerliche Arbeiterpartei

1. Möchte man den politischen Charakter der SPÖ benennen, so sind die nächsten Begriffe wohl „bürgerlich“, „pro-kapitalistisch“ oder auch „neoliberal“. Wenngleich all diese Begriffe die *Politik* der Sozialdemokratie in den letzten Jahren und Jahrzehnten durchaus treffend beschreiben, so fällt trotzdem die konkrete *Zusammensetzung* der Partei und ihrer Basis aus dem Blickfeld, würde man die Analyse der SPÖ auf oben genannte Begriffe beschränken. Die Charakterisierung einer Partei muss im Allgemeinen auf Grundlage der von ihr verteidigten Klasseninteressen und Eigentumsverhältnissen vorgenommen werden. Andernfalls kann der widersprüchliche Charakter von Parteien, deren Politik und soziale Zusammensetzung in zwei unterschiedlichen Klassenlagern einzuordnen ist, nicht verstanden werden.

2. Daraus ergibt sich eine nicht enden wollende Fehlerquelle für die Anwendung diverser Taktiken, angefangen von der Wahltaktik bis zur Frage der Fraktionsarbeit innerhalb bestimmter Parteien (Entrismus-Taktik). Welche realen Auswirkungen das haben kann, sieht man unter anderem sehr deutlich am CWI und deren österreichischer Sektion, der SLP. Diese machte in den

1990er Jahren ein 180 Grad-Wendung in der Analyse der Sozialdemokratischen Partei indem sie von der Charakterisierung der SPÖ als Arbeiterpartei mit reformistischer Politik (die jedoch mittels parteiinterner Reformen zu einer sozialistischen Partei umgewandelt werden könne) zur Definition der SPÖ als „eine bürgerliche Partei, wenn auch mit einer speziellen Geschichte“. In relativ kurzer Zeit wurde das Projekt des Entrismus eingestellt. An sich stellt eine rasche Beendigung der Entrismus-Taktik keinen Fehler dar, sondern kann auf Grund der Entwicklungen notwendig werden. Falsch ist vielmehr die politische Erklärung der Anwendung der Taktik seitens der SLP. Die SLP rechtfertigt das plötzliche Einstellen ihrer Entrismus-Taktik mit der Behauptung, dass „die Richtung der Entwicklung eindeutig und die Rückgewinnung der SPÖ durch die ArbeiterInnen mehr als unwahrscheinlich ist.“¹ Das bedeutet, dass der Entrismus des Vorwärts begründet war in der Annahme, die sozialdemokratische Partei sei bis in die 1990er Jahre hinein hin zu einer wirklichen, also revolutionär-sozialistischen, Partei der ArbeiterInnen veränderbar gewesen. Offensichtlich sind 80 Jahre an Geschichte der marxistischen Arbeiterbewegung spurlos an der SLP vorbeigezogen. Denn die „Rückgewinnung der Sozialdemokratie durch die ArbeiterInnen“ erklärten Lenin, Trotzki und Luxemburg bereits seit 1914 als unmöglich – mit 1991 bzw. 1993 kommt die Erkenntnis der SLP gelinde gesagt etwas spät. Offensichtlich ist für eine SLP die Einschätzung des Klassencharakters von Parteien mehr Hütchenspiel als marxistische Methode.

3. In diesem Sinne ist die richtige Einschätzung der Sozialdemokratie von entscheidender Bedeutung für MarxistInnen. Die heutige Sozialdemokratie ist eine durchaus bürgerliche Partei, die alles daran setzt das Privateigentum als Kern der kapitalistischen Produktionsweise und damit die Macht der Kapitalistenklasse zu verteidigen. Gleichzeitig ist sie einerseits aufgrund der sozialen Zusammensetzung ihrer Mitglieder-, Anhänger- und Wählerbasis und andererseits ihrer organischen Verbindung zur organisierten Arbeiterbewegung nach wie vor eine Arbeiterpartei. 2 Gerade diese Zusammensetzung jedoch ist für uns, als Organisation mit dem Ziel des Aufbaus einer proletarisch-revolutionären Partei, von höchster Bedeutung, da die Sozialdemokratie – trotz nicht zu übersehender Krisenhaftigkeit – einen wichtigen Teil der Arbeiterklasse organisiert und ideologisch indoktriniert. Das entscheidende Bindeglied zwischen der zum Gutteil proletarischen Basis und dem kapitalistischen Staat ist die Arbeiterbürokratie – also jene bürokratische Schicht, die Partei und Gewerkschaft beherrscht und über unzählige Posten und Privilegien mit dem Staatsapparat und z.T. auch dem Kapital selber verbunden ist. Diese Bürokratie verdankt ihre Position dem kapitalistischen Staat und ist daher auch von ihren eigenen, materiellen Interessen an dessen Verteidigung gegen revolutionäre Klassenkämpfe (z.B. wie z.B. die revolutionären Entwicklungen in Österreich 1918-1920, 1927, 1934, 1950) interessiert.

4. Historisch ist die SPÖ (bei ihrer Gründung hieß sie „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“, SDAP) ein Resultat des organisatorischen und politischen Erstarkens der österreichischen und deutschen 3 Arbeiterbewegung. Schon vor der Parteigründung 1889 in Hainfeld bestanden diverse proletarische Organisationen. Darunter befanden sich Gewerkschaften und diverse Bildungsvereine, die vor allem nach den Liberalisierungen des Vereinsrechtes durch die Staatsgrundgesetze 1867 einen starken Zuwachs verzeichnen konnten 4. Die Gründung der Partei war

somit ein wichtiger Schritt, um der Arbeiterklasse ein Instrument zur politischen Artikulation und zur Organisation der Klassenkämpfe zu geben. Anfänglich stand die Sozialdemokratie auch auf einem durchaus revolutionären Programm 5 und verstand ihre Aufgabe darin, „das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten“.⁶ Im ersten Teil des Programms bekannte sie sich auch klar zur Überwindung des Kapitalismus und zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung: „Der Einzelbesitz an Produktionsmitteln, wie er also politisch den Klassenstaat bedeutet, bedeutet ökonomisch steigende Massenarmut und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten. (...) Der Übergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des arbeitenden Volkes bedeutet also nicht nur die Befreiung der Arbeiterklasse, sondern auch die Erfüllung einer geschichtlich notwendigen Entwicklung.“⁷

5. Vor allem im ausgehenden 19. und im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts setzten jedoch auf unterschiedlichen Gebieten Veränderungsprozesse ein. Politisch gesehen hat die SDAP sich schon relativ früh (nach der Badenischen Wahlrechtsreform 1896) auf bürgerliche Wahlen konzentriert und die Führung der SDAP wurde immer mehr in den (damals noch Habsburger) Staat integriert (z.B. Posten für Karl Renner im Direktorium für das „Amt für Volksernährung“ im Dezember 1916 8). Statt einer radikalen antikapitalistischen Opposition wurde sie immer mehr zu einem wichtigen Träger des Staates und somit zum Verteidiger der ökonomischen Ordnung und ihres politischen Herrschaftsausdruckes. Dies zeigte sich unter anderem im konkreten Verhalten zum Ersten Weltkrieg. Auch wenn der SDAP ein 4. August rein formell erspart blieb 9, so kapitulierte sie vor dem heimischen Imperialismus genauso wie ihre deutsche, französische u.a. Schwesterparteien und rührte dementsprechend die Kriegstrommeln. Mit Artikelüberschriften wie „Nach Paris!“ oder „Sturm! Hurra! Vorwärts!“ 10 stellte die Arbeiter-Zeitung (das tägliche Parteiorgan der SDAP) sogar manch bürgerliche Zeitung in den Schatten. Gleichzeitig haben auch die Gewerkschaften „die gewerkschaftlichen Vertrauensmänner in Österreich aufgefordert, die gesetzlichen Bestimmungen und behördlichen Verfügungen genauestens zu beachten und ‚Lohnbewegungen‘ für die gesamte Kriegsdauer zu unterlassen.“ 11 Man hat sich somit ideologisch dem Prinzip der Vaterlandsverteidigung des kapitalistischen Habsburger-Staates untergeordnet, sich organisatorisch an die verschärfte Gesetzgebung während dem Krieg angepasst und die objektiven Interessen der Arbeiterklasse politisch verraten. Ideologisch wurde dies mit der Argumentation der Not-

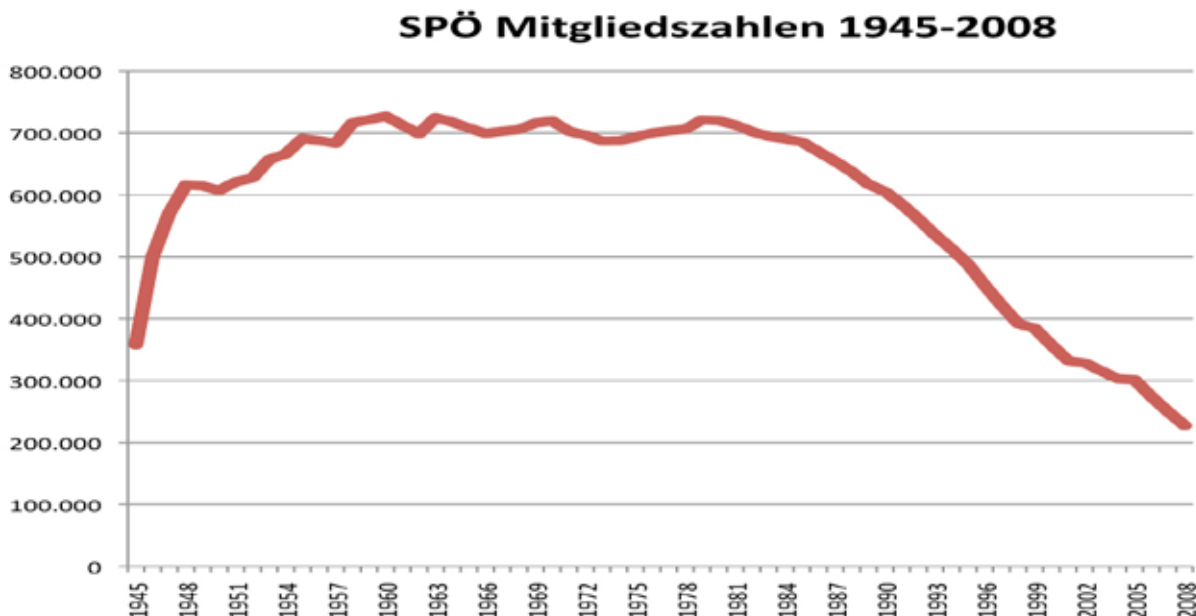
wendigkeit einer demokratischen Front gegen den reaktionären russischen Zarismus gerechtfertigt. Karl Renner – ein Vertreter des rechten Parteiflügels – ließ sich sogar dazu hinreißen, der Donaumonarchie einen prinzipiell liberalen Charakter zuzusprechen: „Das Völkergemeinde der Donaumonarchie erhält und befreit die Völker, jenes Rußland erdrückt und saugt die Völker aus.“ 12

6. Gegen Ende des Ersten Weltkrieges und vor allem im Jahr 1918 erreichte die Integration in den bürgerlichen Staatsapparat eine neue Dimension. Zum ersten Mal hat die SDAP an einer bürgerlichen Regierung teilgenommen und sich durch ihre Regierungsverantwortung zu einem nützlichen, direkten Instrument für die herrschende Klasse gemacht. Auch auf ideologischem Gebiet hat sich die SDAP immer weiter von marxistischen Grundsätzen entfernt und die revisionistischen Theorien des graduellen, friedlichen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus durch Erringung einer Mandatsmehrheit von 51 Prozent im Parlament voll übernommen. Der durch die Verteidigung des imperialistischen Krieges vollzogene Übergang zum Reformismus wurde somit endgültig besiegelt. 13

7. Zentrale Ursache für die ideologischen Veränderungen ist die immer mehr zunehmende materielle Bindung einer Schicht der Arbeiterklasse an den bürgerlichen Staatsapparat. Vor allem durch den parasitären Charakter der österreichischen Bourgeoisie gegenüber den anderen Kronländern der Habsburger-Monarchie, konnten Extraprofitelukriert werden, mit denen gewisse Zugeständnisse an Teile der Arbeiterklasse gemacht werden konnten. Auf dieser materiellen Grundlage bildete sich eine privilegierte, oberste Schicht des Proletariats – eine Arbeiteraristokratie – heraus. Deren Ausdruck innerhalb der Partei war die Entstehung einer bürokratischen Schicht mit loser werdender Verbindung zur Basis. Die monarchische Herrschaftsform war somit nicht nur eine wichtige Stütze für Kaiser und Grafen, sondern auch für die Führer der Sozialdemokratie, die mittlerweile durchaus gute Beziehungen zum habsburgischen Herrschaftshaus pflegten. Es ist somit kein Wunder, dass man immer mehr dazu überging, eine Reform statt eine Zerschlagung des Habsburger-Staates zu fordern.

8. Die Zeiten kurz vor Zusammenbruch der Monarchie und der Ersten Republik sind in erster Linie gekennzeichnet durch ein Zurückschrecken vor Klassenkämpfen und Beruhigung der Arbeitermassen zur Rettung der bürgerlichen Ordnung. So hat man den Jännerstreik 1918 nicht unterstützt, sondern ihn durch Weisung von oben beendet, die Revolte gegen das Schatendorf-Urteil 1927 in geordnete Bahnen gelenkt und den Widerstand gegen Faschismus und das autoritäre Dollfuß-Regime

Graphik 1: Mitgliederzahlen der SPÖ von 1945-2008



1933/34 schlicht und einfach boykottiert und sabotiert. Die Strafe für die sozialdemokratische Politik des Verrats und der Befriedung von (vor)revolutionären Entwicklungen war das bonapartistische Dollfuß-Regime und die endgültige Zerschlagung der österreichischen Arbeiterbewegung durch den „Anschluss“ 1938.

9. In der zweiten Republik verzichtete die sozialdemokratische Führung selbst auf klassenkämpferische Rhetorik weitgehend. Zwar ist im ersten Programm der 2. Republik (Aktionsprogramm von 1947) noch von Klassenkämpfen die Rede, dies wird jedoch sofort wieder durch die Aussage relativiert, dass unter Klassenkämpfen zu verstehen ist *„die Mehrheit des Volkes und mit ihr die Macht im Staat zu gewinnen, die sie, gestützt auf das Vertrauen des Volkes, unter allen Garantien der Demokratie ausüben wird.“* 14 Damit einher ging auch eine Veränderung im ideologischen Selbstverständnis der Partei. Man versuchte immer mehr zu einer Volkspartei zu werden, anstatt die Interessen der Arbeiterklasse zu repräsentieren. Der SPÖ Zentralsekretär Schieder meinte etwa 1985: *„Die Partei (...) muß ein Spiegelbild der großen Gruppen der Bevölkerung sein.“* 15 Nach wie vor bestanden jedoch enge Verbindungen mit den Arbeiterorganisationen und vor allem den Gewerkschaften bzw. um genauer zu sein mit der obersten Bürokratie in diesen Institutionen. Man ging jedoch immer mehr daran den Einfluss der Basis zurückzudrängen und die Partei zu entdemokratisieren. Auch die Aktivitäten der einzelnen Sektionen der SPÖ weisen langfristig einen Niedergang auf. Waren es 1953 pro Organisationseinheit durchschnittlich noch 5,5 Versammlungen / Exkursionen / Schulungen / etc. pro Jahr, waren es 1958 nur mehr 4,3 und 1964 gar nur mehr 2,3. 16

C) Krisenhaftigkeit der Sozialdemokratie

1. Insgesamt verlor die Partei ihre starke Verbindung zur Arbeiterklasse jedoch nicht, auch wenn diese Verbindung im Laufe der Entwicklung immer brüchiger wurde und größere Risse aufwies. Schon in den 50er Jahren sind die Anzahl der Treffen sozialdemokratischer Basisstrukturen rückläufig. Es gelang kaum noch die Parteimitglieder für politische Themen zu interessieren bzw. selbige zu aktivieren. 1986 gaben gar 60 Prozent aller einfachen Mitglieder an, im Wahlkampf nicht mitzuhelfen und dies auch *auf keinen Fall* in Zukunft zu tun. Noch bemerkenswerter ist die Tatsache, dass auch 10 Prozent der Funktionäre dieselbe Einstellung zur Parteiarbeit haben, 18 Prozent können sich weiters auf keinen Fall vorstellen an einem Informations- oder Schulungskurs der Partei teilzunehmen. 17 Trotz der geringen Aktivität und der voranschreitenden Entpolitisierung der Mitglieder konnte die SPÖ ihre Mitgliedszahlen bis in die 1970er Jahre regelmäßig steigern. Dies liegt einerseits daran, dass Arbeiter nach dem Zweiten Weltkrieg wieder massiv in die Partei zurückgeströmt sind, andererseits bedurfte der österreichische Kapitalismus aufgrund der relativ schwachen Position der Bourgeoisie auch eines Transmissionsriemens zwischen dem bürgerlichen Staat und der Arbeiterklasse. Die SPÖ erfüllte durch ihre starke Verbindung mit der Arbeiterklasse über lange Zeit hinweg eine solche Rolle. Dies entsprach auch dem Nachkriegsmodell der verstaatlichten Industrie und der Institutionalisierung des Klassenkampfes durch die Sozialpartnerschaft.

2. Ohne weiters kann man die sich in den letzten Jahren weiter verschärfende Krise der SPÖ als eine Krise historischen Ausmaßes einschätzen. Gleichzeitig darf man darin jedoch keinen abrupten, sondern muss einen langfristigen Prozess sehen, der seit Ende der 70er Jahre eingetreten ist. In den letzten 30 Jahren hat die SPÖ massiv an Mitgliedern verloren. Hatte sie 1979 noch 719.881 Mitglieder waren es 2005 nur mehr 301.251. Auch wenn für die letzten Jahre keine genauen Zahlen vorliegen, können wir annehmen, dass dieser Prozess des Mitgliederverlustes sich während der Regierungsbeteiligung 2006-2008 nicht nur fortgesetzt, sondern auch noch beschleunigt hat. Setzt man den durchschnittlichen prozentualen Mitgliederverlust der letzten Jahre fort (ohne dabei von einer Beschleunigung auszugehen), so steht die SPÖ derzeit bei einem Mitgliedsstand von ca. 227.500. Seit 1979 hätte sie somit fast 69 Prozent ihrer Mitglieder verloren.

(siehe Graphik 1) 18

3. Dieser starke Verlust an Mitgliedern ist ein Resultat der quantitativen Bedeutungszunahme des bürgerlichen Charakters der Partei. Wenngleich die SPÖ nach wie vor als eine bürgerliche Arbeiterpartei bezeichnet werden muss, kann eine quantitative Bedeutungszunahme ihres bürgerlichen gegenüber ihres Arbeitercharakters festgestellt werden. Versteht man das Verhältnis zwischen bürgerlicher Politik und sozialer Zusammensetzung der Mitgliedschaft als Equilibrium zweier Achsen, so können in beide Richtungen Verschiebungen stattfinden, ohne dass sich der Gesamtcharakter der Partei qualitativ verändert. Mit anderen Worten, wir haben eine quantitative Veränderung – eine Verbürgerlichung der Sozialdemokratie – ohne dass es bereits zu einem qualitativen Umschlagen gekommen wäre. Die SPÖ ist daher keine „normale“ bürgerliche Partei (wie ÖVP, FPÖ, BZÖ oder Grüne), sondern noch immer eine bürgerliche Arbeiterpartei.

4. Die Ursache für zunehmende *Verbürgerlichung* der Sozialdemokratie ist in der stärkeren Notwendigkeit des Angriffes auf die Arbeiterklasse zu suchen, die für die Bourgeoisie vor allem aufgrund der auch in Österreich stärker einsetzenden Niedergangstendenzen der kapitalistischen Produktion seit Mitte der 1980er Jahre auch immer schärfere Formen des Angriffes erforderte.

D) Wirtschaftliche Nachkriegsentwicklung und Institutionalisierung des Klassenkampfes

1. Die Wirtschaftsentwicklung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges lässt sich grob in drei Phasen unterteilen, die zwar ihre inneren Zyklen aufweisen, grob jedoch folgendermaßen unterteilt werden können (siehe auch Tabelle 1):

- Expansives Wachstum zwischen 1946 und 1952
- Kontinuierlicher Aufschwung zwischen 1953 und 1973
- Eintreten in eine stagnierende Phase ab Mitte der 70er Jahre, die sich in den 80er Jahren weiter verschärft hat und bis heute andauert.

Die Tabelle verdeutlicht oben angeführte Tendenzen. Die Phase der unmittelbaren Nachkriegsjahre zeichnet sich durch ein überdurchschnittlich hohes Wirtschaftswachstum aus, das im Durchschnitt auch über den Wachstumsraten der USA und der OECD Länder liegt. 19 Dies ist vor allem durch den massiven Grad der Zerstörung des österreichischen Kapitalstocks zurückzuführen. *„Ein Drittel des Eisenbahnnetzes war zerstört, der Bestand der Lokomotiven betrug nur die Hälfte des Jahres 1937, 10 Prozent aller Wohnungen lagen in Trümmern, die Einbußen am Kapitalstock beliefen sich auf 16 Prozent, das Ernteergebnis des Jahres 1945 erreichte nur die Hälfte der Ernte des Jahres 1937.“* 20 Dies ermöglichte einen grundlegenden Wiederaufbau des Wirtschaftssystems und ist die Ursache für die enormen Wachstumsraten. Dieser Nachkriegsboom führte zu einer Niedrighaltung von Arbeitslosigkeit, der Integra-

Tabelle 1: Wirtschaftsentwicklung zwischen 1946 und 2005 (22)

Zeitraum	Durchschnittliche Wachstumsraten	Durchschnitte
1946-52	12,0	12,0
1953-63	5,7	5,36
1964-69	4,8	
1970-73	5,6	
1974-82	2,3	2,36
1983-91	2,7	
1990-95	2,1	
1995-00	3,0	
2000-05	1,7	

tion breiter Teile der Arbeiterklasse in den Verwertungsprozess und somit zu einem Absinken der organischen Zusammensetzung des Kapitals. 21 Ab den 1980ern ist jedoch wieder ein stärkerer Anstieg der Arbeitslosigkeit und der organischen Zusammensetzung zu verzeichnen, was mit ein Grund für die verstärkt einsetzende niedergehende Wachstumsdynamik ist (siehe Tabelle 2).

2. Trotz der an sich günstigen Bedingungen für das österreichische Kapital nach dem zweiten Weltkrieg, konnten die Chancen für die Bourgeoisie aufgrund ihrer eigenen Schwäche und dem Fehlen von privatem Kapital nicht in vollem Umfang genutzt werden. Zwar musste Österreich keine Reparationen (Lasten, die den Kriegsverlierern auferlegt werden) zahlen, das während der NS-Herrschaft unter deutscher Kontrolle stehende Eigentum musste jedoch nach den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz an die jeweiligen Besatzungsmächte übergeben werden. Die einzige Möglichkeit die österreichische Wirtschaft wieder aufzubauen lag also in der Verstaatlichung. Für insgesamt 6.000 Betriebe mussten 1945 öffentliche Verwalter bestellt werden. 1946 beschloss das österreichische Parlament die Verstaatlichung der Bergbau- und Hüttenbetriebe, mehrerer weiterverarbeitender Industrien und drei großer Banken, nämlich: Österreichisches Creditinstitut, Länderbank und Creditanstalt-Bankverein. 1947 folgte die Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft. 24 Anfang der 1950er Jahre fasste der verstaatlichte Sektor insgesamt 22 Prozent der Gesamtbeschäftigung und zeichnete für ein Viertel der Wertschöpfung verantwortlich. 25

3. Diese Besonderheit des österreichischen Kapitalismus bedurfte einer besonderen politischen Herrschaftsform. Die relative Schwäche der Bourgeoisie erforderte eine massive Integration der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen in den Staatsapparat. Das System der Sozialpartnerschaft war somit eine wichtige institutionelle Einrichtung, um den Klassenkampf weg von der Straße hin auf den grünen Verhandlungstisch zu verlagern. Als Vorstufe der Sozialpartnerschaft können die zwischen 1947 und 1951 geschlossenen fünf Lohn-Preis Abkommen betrachtet werden. Mit ihnen wurde versucht, die Inflation in den Griff zu bekommen bzw. genauer gesagt die Gewerkschaften zu einer „vernünftigen“ Lohnpolitik zu verpflichten. Die Arbeiterklasse hatte somit eine dreifache Last zu tragen. Erstens mussten unter schlechten Ernährungsbedingungen produziert werden (nach dem Zweiten Welt-

krieg konnte die österreichische Wirtschaft eigenständig durchschnittlich 300 (!!) Kalorien pro Kopf produzieren – dies entspricht etwa einem Achtel des durchschnittlichen Bedarfs), zweitens waren sie auch mit Reallohnseinbußen konfrontiert und drittens mit einer Führung gestraft, die dieses Spiel noch kräftig mitspielte und schon die Schuhe aufpoliert hat, um am Parkett der Herrschenden mittanzeln zu können. Dafür bezeichnend charakterisiert der ÖGB die Zeit zwischen 1945 und 1949 als bewusste „Entscheidung für Demokratie und westlichen Sozialstaat“ und unterstreicht diese Aussage mit der Abbildung, die den damaligen ÖGB Präsidenten Johann Böhm mit US-Außenminister Marshall zeigt. 26

4. Waren die Lohn-Preis-Abkommen eine modellhafte Vorstufe für die späteren Entwicklungen, ist der eigentliche Startpunkt der Sozialpartnerschaft sicherlich mit der Etablierung der Paritätischen Kommission (PK) und der ihr angehängten Unterausschüsse zu finden. 27 Mit der PK wurde eine Institution geschaffen, die organisatorisch und ideologisch den Klassenkompromiss verkörperte. Organisatorisch in der gleichmäßigen Verteilung ihrer Mitglieder zwischen den Kapitalvertretern und den Arbeitervertretern, ideologisch in einer Verpflichtung zu für Kapital und Arbeit wichtigen Werten. So heißt es in der Aufgabenbeschreibung des „Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen“ (einem Unterausschuss der PK): Aufgabe ist es „Untersuchungen anzustellen, deren Ziel es ist, wirtschafts- und sozialpolitische Fragen unter gesamtwirtschaftlichem Aspekt zu behandeln und jene Empfehlungen auszuarbeiten, die zur Stabilisierung der Kaufkraft, zu einem stetigen Wirtschaftswachstum und zur Vollbeschäftigung beitragen.“ 28

5. Ebenso mischten die Sozialpartner auf legislativer Ebene kräftig mit. Das Arbeitszeitgesetz (1969), das Kartellgesetz (1972), das Arbeitsverfassungsgesetz (1973) oder das reaktionäre Ausländerbeschäftigungsgesetz (1974) kamen auf der Grundlage von sozialpartnerschaftlichen Vorschlägen zustande. Mit dieser offiziellen und institutionalisierten Repräsentanz durch die Top-Bürokratie ging auch eine massive Entdemokratisierung und wachsende Passivität der Arbeiterbewegung einher. Die geringe Anzahl von Klassenkämpfen ist kein Spezifikum einer „österreichischen Mentalität“, sondern das unmittelbare Resultat einer stark in den staatlichen Willensbildungsprozess integrierten Arbeiterbürokratie. Nur dadurch ist die „Friedhofsruhe“ des österreichischen Klassenkampfes zu erklären. Und so ist es auch kein Wunder, dass mit der Etablierung der Paritätischen Kommission im Jahr 1957 ist ein langfristiges Absinken der Streikzahlen zu beobachten ist. Waren es zwischen 1951 und 1956 durchschnittlich noch 175,2 Minuten pro Arbeiter, sank dieser Wert zwischen 1957 und 2002 durchschnittlich auf 14,1 Minuten. 29

6. Es wäre jedoch eine große Illusion zu glauben, dass die „guten alten Zeiten“ der Sozialpartnerschaft oder der Kreisky-Jahre wirkliche strukturelle Verbesserungen für das österreichische Proletariat gebracht hätten. In Wirklichkeit hat sich die Situation für das österreichische Kapital, jedoch nicht für die Arbeiterklasse verbessert. Dies ist einerseits an der wachsenden Produktivität und andererseits an der langfristig sinkenden Lohnquote (siehe Tabelle 3) zu sehen. 30 Bei dieser Tabelle ist deutlich zu sehen, dass gerade die „goldenen Kreisky-Jahre“ und die anschließende Koalitionsregierung zwischen SPÖ und FPÖ (zwischen 1983-86) ein massives Absinken der Lohnquote mit sich brachten. Bei gleichzeitigem Steigern der Produktivität der Ware Arbeitskraft deutet dies auf eine Hebung der relativen Mehrwertrate hin.

7. *Trotzdem* war es durch die gute Konjunkturlage möglich, einen Teil des gesellschaftlich geschaffenen monetären Überschusses zu verteilen. In Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwunges konnten somit auch einige soziale Erregenschaften gesichert werden. Zwischen 1950 und 1980 stiegen die Ausgaben für soziale Sicherungssysteme kontinuierlich an (siehe Tabelle 4). Über sehr lange Zeit hinweg, war die Bindung der Arbeiterklasse an die offiziellen betrieblichen

Tabelle 2: Organische Zusammensetzung des Kapital zwischen 1964 und 1985 (23)

Jahr	organische Zusammensetzung	Jahr	organische Zusammensetzung
1964	100,00	1975	78,87
1965	102,35	1976	77,39
1966	97,50	1977	78,04
1967	94,48	1978	78,85
1968	92,92	1979	79,53
1969	88,90	1980	81,50
1970	88,56	1981	83,98
1971	83,94	1982	87,52
1972	86,29	1983	89,24
1973	82,28	1984	89,68
1974	80,71	1985	88,51

Tabelle 3: Lohnquote in unterschiedlichen Wirtschaftszyklen 1948-1986 (31)

Wirtschaftlicher Zyklus	Lohnquote
1948-1953	79,8
1954-1958	78,2
1959-1967	75,6
1968-1975	72,7
1976-1981	72,4
1982-1986	68,4

und politischen Vertretungen (also die Gewerkschaften und die SPÖ) somit besonders stark ausgeprägt, auch wenn ein permanenter Umverteilungsprozess zu beobachten ist.

8. Der österreichischen Arbeiterklasse wurde somit ein auf den Kopf gestelltes Spiegelbild präsentiert. Konnte man sich mit geringen Arbeitslosenraten, allgemeiner Hebung der Sozialstandards und der zweifelhaften Errungenschaft des Massenkonsums brüsten, wurden im Untergrund umfangreiche Umverteilungsmechanismen in Gang gesetzt.

E) Wirtschaftliche Liberalisierung, Aufbrechen der Sozialpartnerschaft und Erosionen der Sozialdemokratie

1. Der österreichische Kapitalismus wurde seit Mitte der 70er Jahre einer stärkeren Entfaltung der imperialistischen Niedergangstendenzen unterworfen und reihte sich somit – etwas verspätet – in die internationale Entwicklung der Weltwirtschaft ein. 33 Damit einherging auch eine umfangreiche Liberalisierung und Privatisierung. Man kann zweifelsohne behaupten, dass der Staat in Österreich nicht nur die Rolle eines ideellen, sondern auch in manchen Bereichen eines realen, ökonomischen Gesamtkapitalisten gespielt hat. War das Privatkapital für kapitalintensive Schlüsselbereiche der österreichischen Industrie über lange Zeit zu schwach, wurde sein Platz auch in Zeiten der Verstaatlichung immer warm gehalten und Privatisierungen vorbereitet.

2. Das Nominalkapital des Privatbesitzes stieg von 24 Milliarden (1978) auf 85 Milliarden (1989) und überholte somit wieder den staatlichen Besitz. 1989 waren noch 26 Prozent des Nominalkapitals in Besitz des Staates. 34 Diese Tendenz wird bis heute fortgeführt. Alleine zwischen 2000 und 2005 wurde staatlicher Besitz von insgesamt 5 Milliarden Euro privatisiert (darunter: PSK, Austria Tabak, VOEST, VATEch, Boehler Udeholm).

3. Mit der strukturellen Umwandlung der österreichischen Wirtschaft und der stärkeren Privatisierung veränderte sich auch die politische Landschaft. Vor allem ist ein Bedeutungsverlust der Sozialpartnerschaft zu verzeichnen, der von quantitativen Veränderungen in den 80er und 90er Jahren eine qualitative Veränderung in Form der fast vollkommenen Demontage umgeschlagen ist. Wurde das zweite Sparpaket der großen Koalition (1996) und die Pensionsreform schon weitgehend ohne die Sozialpartner beschlossen, hat die Bürgerblockregierung (2000-2002 / 2002-2006) endgültig zum Angriff geblasen. Die letzte Sitzung der Paritätischen Kommission fand am 15.7.1998 statt, eine Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit ist nicht in Sicht. Dass während der Gusenbauer-Koalition die Sozialpartner wieder einen Vorschlag für eine gesetzgebende Maßnahme unterbreiten durften (Arbeitszeitflexibilisierung) ist nicht als Neuauflage der institutionalisierten Sozialpartnerschaft zu verstehen, sondern stellt vielmehr den Versuch des Kapitals dar, die Gewerkschaften in einen weiteren massiven Angriff auf die Lohnabhängigen ins Boot zu holen, um Proteste im vornhinein abzuwürgen. Auch die Ära Faymann bringt hier keine Veränderungen. Gerade der Konflikt zwischen Regierung und Lehrgewerkschaft im März 2009 zeigt, dass die Gewerkschaften immer weniger in die Ausarbeitung von Gesetzen einbezogen, sondern damit konfrontiert werden.

4. Die nun stärker einsetzenden wirtschaftlichen Niedergangstendenzen, die daraus resultierende stärkere Liberalisierung und das Aufbrechen der Sozialpartnerschaft brachte nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die SPÖ selbst in eine stärkere Krise. Auf die Beschleunigung des Mitgliederverlustes wurde bereits hingewiesen, auch auf Wahlebene fuhr die SPÖ immer schlechtere Ergebnisse ein. Die SPÖ musste – wollte sie als das Privateigentum schützende und verteidigende Partei weiter ihre Rolle spielen – einen umfangreichen Prozess der ideologischen und organisatorischen Umwandlung vollziehen. Ideologisch hat man sich immer mehr der angebotsorientierten Wirtschaftsdoctrin unterworfen, organisatorisch ist eine weitere Abkoppelung von der Basis zu beobachten. Auch wenn es schwer ist, diese Abkoppelung zu messen, so gibt es doch einige Indikatoren, die eben jenen Prozess signalisieren. Zum einen haben sozialdemokratische Vertrauensmänner eine immer geringere Rolle gespielt. Anstatt auf ihre Meinung und Verankerung zu setzen, etablierte man Meinungsforschungsinstitute, statt den regelmäßigen Besuchen von sozialdemokratischen Kassieren in den Gemeindebauten wurde der Mitgliedsbeitrag per Zahlschein eingehoben, die Parteipropaganda wurde mit der Aufgabe der damals (März 1989) gerade 100 Jahre gewordenen Arbeiter-Zeitung auf ein Minimum reduziert.

5. Gleichzeitig konnten jedoch alleine durch die Tradition und Geschichte der SPÖ große Teile der Arbeiterklasse nach wie vor an die Partei gebunden werden. Genauso wie sich ökonomische Wandlungsprozesse nicht unmittelbar in der Ideologie niederschlagen, sondern der eigentlichen Entwicklung nachhinken, ist auch das politische Bewusstsein oft durch generationenübergreifende Traditionen geprägt. Eine kurze Periodisierung der Entwicklung der Sozialdemokratie verdeutlicht diese Tatsache:

- 1889-1914:** Gründungsphase und Aufstieg zur Massenpartei
- 1914-1918:** Krisenhaftigkeit, starker Mitgliederverlust (auch durch das kriminelle Verhalten während des Ersten Weltkrieges)
- 1918-1934:** Fast vollkommene Hegemonie über die österreichische Arbeiterklasse
- 1934-1945:** Illegalität und Zerstörung der organisierten Arbeiterbewegung
- 1945-1980:** Wiedererlangen der hegemonialen Stellung, massiver Mitgliederzugewinn
- 1980-2008:** verstärktes Einsetzen der Krisenhaftigkeit bei trotzdem bestehenden starken Verbindungen zur Arbeiterbewegung und der Arbeiterklasse

Der Loslösungsprozess ist somit ein Phänomen, das sich – nicht immer in rasantem Tempo – erst seit den 1980er Jahren entfaltet hat. Damit einher ging ein langsamer Abbau der Illusionen in die Partei und deren bürokratischer Vertretungspolitik, das sich jedoch noch nicht in explosiven Erosionen (Spaltungen, Linkspositionen, etc.) artikuliert hat.

6. Diese starke Bindung der Arbeiterklasse an die SPÖ war auch der Grund für den kritischen Wahlaufbruch der SPÖ, den die LSR (vormals ASt) abgegeben hat. Durch eine kritische Wahlunterstützung bei einem gleichzeitigen Kampf um Forderungen

Tabelle 4: Ausgaben für das Sozialsystem in Prozent des BIP (32)

Jahr	Sozialausgaben
1950	14
1960	15
1970	19
1980	22

gen gegen die Führung sollen einerseits die fortschrittlichsten Elemente dazu gebracht werden, Organisationen gegen die Bürokratie (Aktionskomitees) aufzubauen und gleichzeitig durch die Erkenntnis der Unmöglichkeit der Veränderung der Partei von der selben weggebrochen werden. So haben wir 2002 geschrieben: „Wählt SPÖ, aber organisiert den Kampf! Gegen eine Koalition der SPÖ mit der FPÖ, ÖVP oder den Grünen! Für eine SPÖ-Alleinregierung - offen bürgerliche Parteien raus aus der Regierung! So hat die SPÖ nicht die Möglichkeit, ihren Unwillen, sich auf die Seite der Massen zu schlagen, mit ‚Koalitionswänge‘ zu ‚erklären‘! (...) All diese Maßnahmen wird Gusenbauer nie von selbst ergreifen. Nur wenn die ArbeiterInnen dafür auf die Straße gehen bzw. in den Streik treten, können Schritte in diese Richtung gemacht werden und die drohenden Angriffe abgewehrt werden. (...) Deswegen müssen sich die ArbeiterInnen und Jugendlichen an der Basis selbständig organisieren, um sich unabhängig von den BürokratInnen zu machen. Solche demokratischen Kampfkomitees - angefangen von Streikkomitees bis hin zu ArbeiterInnenräten in Perioden der Klassenkampfschärfung - bieten die beste Basis, damit die ArbeiterInnenklasse ihre grundlegendsten Interessen durchsetzen kann.“ 35

7. Diese Taktik der kritischen Wahlunterstützung war vollkommen richtig, da sie auf folgende Phänomene eine Antwort zu geben weiss:

a. Bindung der relativen Mehrheit der Arbeiterklasse und auch deren fortschrittlichen Element an die Sozialdemokratie (trotz verbrecherischer Politik der Privatisierung und der Sparpakete)

b. Illusionen in die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Veränderung durch die mandatsmäßige (d.h. parlamentarische) Stärkung der SPÖ (eine Herangehensweise, die heute die SJ immer noch in den Vordergrund ihres Wahlkampfes mit der Losung „Die Mehrheit der Rechten brechen“ stellt)

c. Starke Verbindungen zwischen der Partei und den sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaften

F) Entwicklungen in den letzten Jahren

1. Die oben angeführten Tendenzen der Verbürgerlichung haben sich in den letzten Jahren weiter verschärft. Auch Mitgliederverlust und Stimmenverlust bei den Nationalratswahlen 2006 und 2008 haben sich beschleunigt. 36

2. Diese Beschleunigung ist in erster Linie auf die skandalöse Politik der SPÖ in sechs Jahren Opposition und in den zwei Jahren der großen Koalition zurückzuführen. Auch wenn die Maßnahmen der Großen Koalition weitgehend bekannt sind, sollen hier noch einmal die Höhepunkte der Skandalträchtigkeit angeführt werden. Erstens hat man alle zentralen Wahlversprechen gebrochen (Eurofighter, Studiengebühren, Pensionsversicherung), zweitens wurden unter sozialdemokratischen Ministern wichtige Meilensteine für die österreichische Bourgeoisie durchgesetzt (Arbeitszeitflexibilisierung, Tschad-Einsatz, EU-Reformvertrag).

3. Gleichzeitig wurde unter der Gusenbauer-SPÖ der Einfluss der Gewerkschaften aufgrund der BAWAG-Krise zurückgedrängt. Zwar wurden die FrauenreferentIn des ÖGB auf Platz 6 und der FSG-Vorsitzende Wilhelm Haberzettl auf Platz 13 der Bundeswahlliste für die Nationalratswahlen 2006 gesetzt. Beide haben somit auch einen Platz im Nationalrat ergattert. Die anderen Gewerkschaftsvertreter waren jedoch nur auf den hintersten Plätzen wiederzufinden (Bittner (Vors. GDJP): 59, Frauenberger (Bundesfrauenvorsitzende GPA): 60, Katzian (Vors. GPA): 71, etc.). Neu war, dass der Posten für den Sozialminister nach der Wahl nicht an einen Gewerkschafter gegangen ist.

4. Im Angesicht der Krise hat die SPÖ durch diverse Manöver wieder versucht, kurz vor der Wahl 2008 ihren Einfluss etwas zurückzugewinnen (Abschaffung der Studiengebühren, Halbierung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel, Volksabstimmung), um die eigenen Organisationen und Mitglieder für den Wahlkampf zu mobilisieren und zu motivieren.

5. Gleichzeitig hat die Parteibürokratie auch wieder zentrale Vertreter der Gewerkschaftsbürokratie während des Wahlkampfes stärker integriert und mit Laura Rudas auch versucht, eine „Jugendliche“ in den Vordergrund zu rücken (die jetzt – im März 2009 – an vorderster Front in der Verteidigung des Angriffs auf das Bildungssystem steht). So war Haberzettl auf Platz 3 der Bundeswahlliste (+10), Csörgits auf Platz 14 (-8), Katzian auf Platz 25 (+46). Alle drei und auch der vormalige ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer haben nun einen Platz im Nationalrat, Hundstorfer signalisiert auch die traditionelle Wiederaufnahme der Besetzung des Sozialministeriums durch einen Gewerkschafter. Während die Zahlenspiele die wieder stärkere Integration der Gewerkschaftsbürokratie signalisieren, hatten sie auch einen symbolischen Wert, um die mittleren und unteren Funktionäre, die sozialdemokratischen Betriebsräte und Vertrauenspersonen und somit auch die Gewerkschaftsmitglieder wieder stärker an die Partei zu binden bzw. sie zumindest zu einem Gang zur Wahlurne zu bewegen.

6. Insgesamt deuten diese Maßnahmen jedoch keineswegs auf einen grundlegenden Veränderungsprozess oder gar eine progressivere Politik hin, sondern sind vielmehr Ausdruck der Notwendigkeit zur wieder stärkeren Integration der reformistischen Arbeiterbürokratie im Angesicht der Wirtschaftskrise. Die SPÖ und die FSG sollen somit die Rolle als Schock-Absorber spielen, um Proteste schon vor deren Ausbrechen einzudämmen.

7. Die Sozialdemokratie wird sich in diesem Vorhaben jedoch mit zwei zentralen Problemen konfrontiert sehen. Erstens muss sie eine kapitalistische Angriffspolitik durchsetzen und zweitens gibt es einen wachsenden Pool von Beschäftigten, die atypischen Beschäftigungsverhältnisse unterliegen und einen geringeren gewerkschaftlichen Organisationsgrad aufweisen. Zählt man noch vor allem junge Arbeiter wie auch MigrantInnen hinzu, die die Tradition der sozialpartnerschaftlichen Verhandlungspolitik nicht bewusst miterlebt haben, ist dies ein weiterer erschwerender Faktor für dieses Vorhaben.

8. Trotzdem darf nicht übersehen werden, dass die SPÖ nach wie vor eine bürgerliche Arbeiterpartei ist, mit all sich den

Revolutionärer Marxismus Nr.39

zu bestellen über unsere Kontaktadresse

Finanzmarktkrise und fallende Profitraten

Beiträge zur marxistischen Imperialismus- und Krisentheorie



daraus ergebenden Konsequenzen.

G) Resümee

1. Die Sozialdemokratie ist die historische gewachsene Partei des österreichischen Proletariats. Der Charakter der Partei ist seit 1914 als *bürgerliche Arbeiterpartei* zu kennzeichnen. Diese spezifische Bezeichnung drückt einerseits den bürgerlichen Charakter der Partei im Sinne der Verteidigung bürgerlicher Eigentumsverhältnisse und somit kapitalistischer Klasseninteressen aus, berücksichtigt jedoch andererseits die organische Verbindung mit der Arbeiterklasse und die soziale Zusammensetzung der Partei.

2. Die starke Rolle der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften als hegemonialer Faktor in der Arbeiterbewegung ist auch auf die spezifische Struktur des österreichischen Kapitalismus zurückzuführen, der sich durch einen besonders hohen Grad an Verstaatlichung ausgezeichnet hat. Die Sozialpartnerschaft als dementsprechendem Herrschaftsmodell hat diese Stärke noch weiter manifestiert und maßgeblich zur Integration der Top-Bürokratie von SPÖ und ÖGB in den kapitalistischen Herrschaftsapparat und zur ideologischen Unterordnung der Arbeiteraristokratie und auch weiten Teilen der Arbeiterklasse unter die Interessen des österreichischen Kapitals beigetragen.

3. Eine bürgerliche Arbeiterpartei kann Prozesse durchlaufen, in denen unterschiedliche Teile ihrer eigenen Existenz quantitativen Veränderungsprozessen unterworfen werden, ohne dass sie dabei einen qualitativen Veränderungsprozess durchmacht.

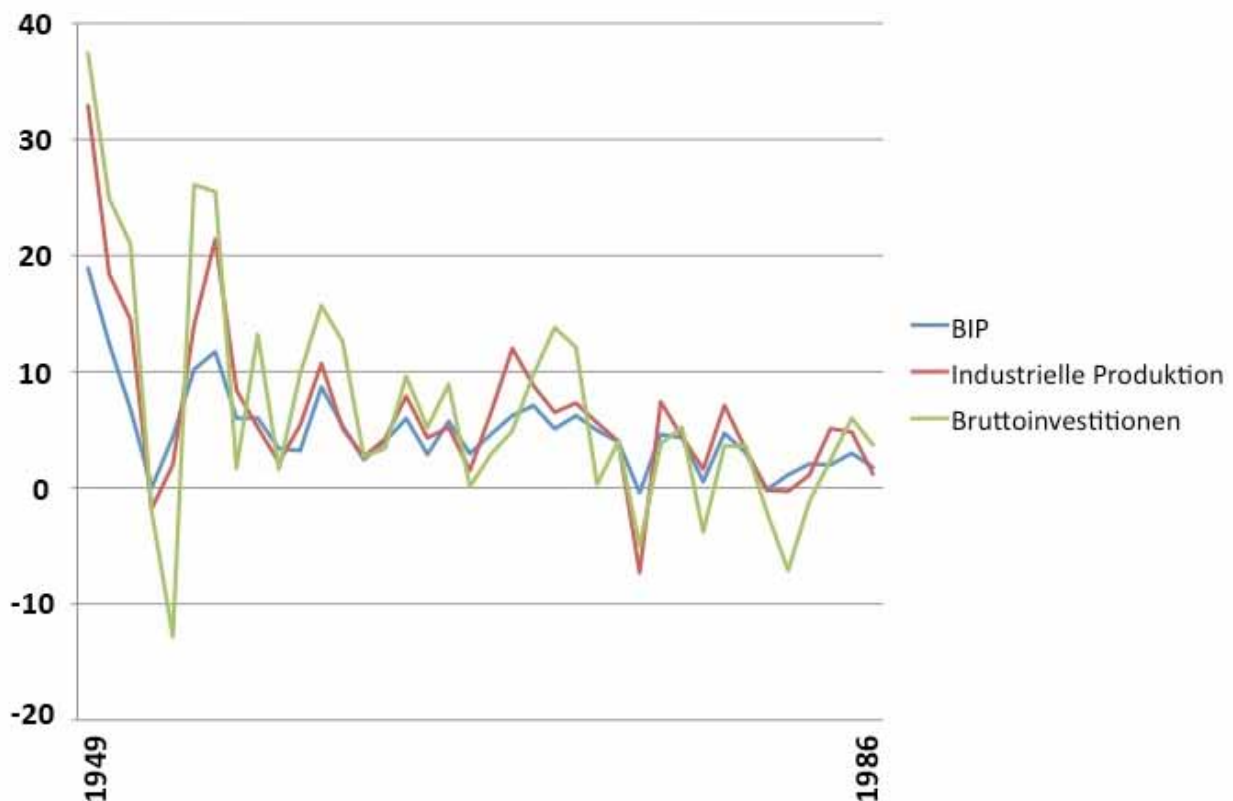
4. Die stärker einsetzenden Tendenzen zur Verbürgerlichung ist ein Prozess der sich durch die ganze zweite Republik (sogar durch die ganze Geschichte der SPÖ) zieht, jedoch durch ein relativ dynamisches Wirtschaftswachstum des österreichischen Kapitalismus bis Mitte der 1970er Jahre überdeckt werden konnte. Durch die stärker einsetzenden Niedergangstendenzen des österreichischen Kapitalismus (siehe Graphik 2) – als Resultat der Entfaltung selbiger Tendenzen der Weltwirtschaft – setzt eine

stärkere Krisenhaftigkeit der österreichischen Sozialdemokratie ein. Diese Krisenhaftigkeit ist vor allem durch Mitgliederverlust, Stimmenverlust und stärkerer Verbürokratisierung und somit Abkoppelung von der eigentlichen Basis zu sehen.

5. Auch wenn die Gewerkschaften bis jetzt vollkommen den österreichischen Traditionen entsprechend auf die Auswirkungen der Krise reagiert haben (Akzeptieren von Kurzarbeit, keine Kämpfe zur Abwehr von Maßnahmen, Bauen auf die Verhandlungslogik, etc.), gibt es doch erste entgegenwirkende Tendenzen. Die Unterstützung der Demonstration gegen die Auswirkungen der Krise am 28.3. von Teilgewerkschaften (GPA, Vida) ist eine solche Gegentendenz. Auch wenn natürlich vollkommen auf der Hand liegt, dass die Gewerkschaftsbürokratie hier ein doppeltes Spiel spielt – geheuchelter Protest auf der Straße auf der einen, Unterstützung für alle „Konjunkturpakete“ und auch das „Bankenpaket“ im Parlament auf der anderen Seite – bieten diese Aktionen einen Ansatzpunkt für eine offensive Einheitsfrontpolitik mit den Gewerkschaften und somit auch Teilen der Sozialdemokratie.

6. Für jede Organisation, die in Österreich eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse aufbauen möchte, führt kein Weg an einer ernsthaften Analyse der Stellung des Reformismus für den österreichischen Klassenkampf vorbei. Gleichzeitig darf trotz der hegemonialen Stellung der Sozialdemokratie die Aufgabe eine revolutionäre Organisation und Partei aufzubauen nicht von Entwicklungen innerhalb der Sozialdemokratie abhängig gemacht werden. Die LSR kämpft somit für ein eigenes revolutionäres Programm auch in Auseinandersetzungen mit der Sozialdemokratie. Wenngleich jegliche Spannung innerhalb der Sozialdemokratie aufgegriffen werden muss, verwehren wir uns gegen das Konzept, dass Veränderung nur in und durch die Sozialdemokratie passieren kann. Vielmehr ist die SPÖ heute das größte Hindernis für den Klassenkampf. Dies durch den Aufbau einer alternativen, revolutionären Führung aufzubrechen ist eine der wichtigsten Aufgaben, mit denen sich die LSR konfrontiert sieht.

Graphik 2: Entwicklung des BIP, der industriellen Produktion und der Bruttoinvestitionen 37



Fußnoten

1 Die beiden Zitate entstammen einem auf der SLP-Konferenz 2005 angenommenen Dokument „Keine faulen Kompromisse – Vorwärts zum Sozialismus. Ein historischer Abriss unserer Arbeit und Methoden“, die im gleichen Jahr als Broschüre veröffentlicht wurde (S. 28 bzw. 30.)

2 Siehe dazu: Liga für die Fünfte Internationale: Thesen zu Reformismus / Wahltaktik, Neuauflage März 2007, S. 5-7.

3 So hatte der Gothaer Einigungsparteitag zwischen der deutschen SDAP und dem ADAV unmittelbare Auswirkungen auf die österreichische Situation und eröffnete die Diskussion über die Einigung zwischen marxistischen und lassalleanischen Kräften, die im österreichischen Einigungsparteitag in Hainfeld (vom 30. Dezember 1888 bis zum 1. Jänner 1889) gipfelte. Siehe dazu: Seidel, Jutta (et al): Internationale Stellung und internationale Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie 1871-1895/96, Dietz Verlag, Berlin, 1982, S. 32-40.

4 Der am 15. Dezember 1867 gegründete Arbeiterbildungsverein wies im Juni des nächsten Jahres schon 5.500 Mitglieder auf, trotz des zwar liberalisierten, aber immer noch rigiden Vereinsrechts. Siehe dazu: Hemala, Franz: Geschichte der Gewerkschaften, Verlag der Typographischen Anstalt, 2. Auflage, Wien, 1930, S. 142ff.

5 Gleichzeitig muss gesagt werden, dass die Nationalitätenfrage unausreichend beantwortet wird und die sehr allgemein gehaltenen Formulierungen im Vergleich zur Forderung des Selbstbestimmungsrechts der Völker aus dem Neudörfler

Programm von 1874 einen Schritt zurück darstellen. Auch Engels erkannte dies und schrieb in einem Brief an Karl Kautsky: „Deine Nachrichten über den Parteistand in Österreich (sic!) sind wenig erbaulich, wenn auch kaum unerwartet. Der Nationalitätenhader sitzt auch der Masse der Arbeiter noch zu tief in den Knochen“ (siehe: MEW, Bd. 37, S. 115).

6 Konecny, Albrecht K. (Hrsg.): Modelle für die Zukunft. Die österreichische Sozialdemokratie und ihre Programme, Löcker Verlag, Wien, 1993, S. 21f.

7 Ebenda. S. 21.

8 Neben Karl Renner als Reichsabgeordnetem waren auch noch ein Großindustrieller, ein Großgrundbesitzer, zwei Vertreter des Militärs und zwei weitere Reichstagsabgeordnete Mitglieder des dem „Amt für Volksernährung“ beigegebenem Direktoriums. Dieses Direktorium stellt also in gewissen Sinn eine erste Form von Sozialpartnerschaftsinstitution dar. Siehe dazu: Hautmann, Hans: Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918-1924, Europaverlag, Wien-Zürich, 1987, S. 80f.

9 Am 4. August stimmte der deutsche Reichstag den Kriegskrediten zu. Die deutsche SDAP gab geschlossen ihre Zustimmung. Siehe dazu: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 2, Dietz Verlag, Berlin, 1966, S. 217f. Die österreichische Sozialdemokratie ersparte sich eine offizielle Zustimmung zu den Kriegskrediten, weil es keine entsprechende Abstimmung im Parlament gab. Zum Vergleich der politischen Haltungen der Sozialdemokratie auf der einen und der russischen Bolschewiki auf der anderen Seite zum imperialistischen Weltkrieg 1914-18 siehe auch Michael Pröbsting: Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg. Die Strategie Lenins und der Bolschewiki; in: Revolutionärer Marxismus Nr. 40 (2009).

10 Arbeiter-Zeitung, 11. August 1914, S.1.

11 Hautmann: S. 93.

12 Vgl. Löw, Raimund (et al): Der Austromarxismus. Eine Autopsie, isp-Verlag, Frankfurt am Main, 1986, S. 56.

13 Eine Kritik des Austromarxismus findet sich in der Arbeit des Begründers des österreichischen Trotzismus Josef Frey „Integraler Sozialismus - ein neuer Weg? Antwort an Otto Bauer“ sowie dem Artikel von Michael Pröbsting „Die Theorie und Praxis des Austromarxismus: Österreichische Passivität ohne Marxismus“, beide sind in der LSR-Broschüre „Sozialdemokratie und Austromarxismus“ (2008) veröffentlicht.

14 Konecny: S. 88.

15 Müller, Wolfgang: Die Organisation der SPÖ. 1945-1995, in: Maderthaler, Wolfgang; Müller, Wolfgang (Hrsg.): Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie. 1889-1995, Löcker Verlag, Wien, 1996, S. 198.

16 Ebenda, S. 266.

17 Ebenda, S. 272.

18 Parteitagsprotokolle (siehe: Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung), Pressemeldungen und eigene Berechnungen.

19 Vergleiche: Hwaletz, Otto: Über den Prozess von Akkumulation und Kapitalverwertung in Österreich. Reale und monetäre Akkumulation, Rentabilität, Wachstum, Konzentration und Zentralisation, „Nachholende Fordisierung“, Internationalisierung. Ein Beitrag zu einer Strukturgeschichte der österreichischen Wirtschaft nach 1945, Institut für Geschichte an der Universität Graz, 1987, S. 31.

20 Hanisch, S. 407.

21 Unter organischer Zusammensetzung des Kapitals verstand Marx das Verhältnis zwischen konstantem Kapital (Maschinerie, Rohstoffe, Immobilien etc.) und variablen Kapital (Arbeitslöhnen). Die allgemeine Entwicklung im Kapitalismus geht in die Richtung, dass der Anteil des variablen Kapitals – also der menschlichen Arbeit, die alleine Warenwerte schafft – sinkt und der Anteil des konstanten Kapitals – der keine Werte

LSR-Broschüre



Neoliberale SPÖ: Ursachen und Alternativen

von Michael Pröbsting und Roman Birke



März 2007

Preis: 2,5 Euro

neu hinzufügt – steigt. Eine zusammengefaßte Darlegung der Marx'schen Theorie der kapitalistischen Akkumulation und Krise findet sich bei Richard Brenner: Die Marxsche Krisentheorie. Ein kurzer Überblick; in: Finanzmarktkrise und fallende Profitraten. Beiträge zur marxistischen Imperialismus- und Krisentheorie (Revolutionärer Marxismus Nr. 39, 2008).

22 Zahlen von 1946-91 aus: Hanisch, Ernst: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Ueberreuter, Wien, 2005, S. 438/472. Zahlen von 1990-2005 aus WKO-Statistik (siehe www.wko.at)

23 Hwaletz, S. 34.

24 Bruckmüller, Ernst: Sozialgeschichte Österreichs, Verlag für Geschichte und Politik, Wien, 2001, S. 436.

25 Hanisch: S. 412.

26 Siehe: Institut zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften und der Arbeiterkammern (Hrsg.): Stationen der österreichischen Gewerkschaftsbewegung. Vom Revolution-jahr 1848 bis in das Elektronikzeitalter, ÖGB-Verlag, Wien, 2000, S. 36.

27 Eine ausführlichere Auseinandersetzung mit Herausbildung der kapitalistischen II. Republik und der Klassenzusammenarbeit findet sich in der LSR-Broschüre von Michael Pröbsting: Die Gründung der II. Republik - eine marxistische Analyse. Der Aufbau des Kapitalismus in Österreich nach 1945, die Rolle von SPÖ und KPÖ und der Kampf der ArbeiterInnenklasse.

28 Vgl. Karhofer, Ferdinand; Tálos, Emmerich: Sozialpartnerschaft. Österreichische und europäische Perspektiven, Verlag für wissenschaftliche Literatur, Wien, 2005, S. 190.

29 Siehe: <http://wko.at/statistik/Extranet/Langzeit/lang->

streiks.pdf. Um statistische Verzerrungen zu vermeiden ist das Jahr 1950 wegen des Oktoberstreiks nicht miteinbezogen, das Jahr 2003 wegen der Streiks gegen die Pensionsreform ist auch nicht berücksichtigt.

30 Für eine ausführlichere Einschätzung der Rolle der Sozialpartnerschaft vom marxistischen Gesichtspunkt verweisen wir auf den Artikel von Michael Pröbsting: Die historisch reaktionäre Rolle der Sozialpartnerschaft. Aufstieg, Geschichte und Niedergang eines arbeiterInnenfeindlichen System der Klassenzusammenarbeit; in: LSR-Broschüre „Neoliberale SPÖ“ (2007)

31 Hwaletz: S. 38. Wir verwenden hier die bereinigte Lohnquote, also der Anteil der Löhne am Volkseinkommen, bereinigt um die numerische Veränderung der unselbständig Beschäftigten.

32 Hanisch: S. 441.

33 Zur Entwicklung der Weltwirtschaft in den vergangenen 30 Jahren verweisen wir auf Michael Pröbsting: Imperialismus, Globalisierung und der Niedergang des Kapitalismus; in: Revolutionärer Marxismus Nr. 39 (2008)

34 Hanisch: S. 459.

35 Siehe: „Aktionsprogramm des ArbeiterInnenstandpunkt für die Wahlen 2002: Wählt SPÖ, aber organisiert den Kampf!“, in: ArbeiterInnenstandpunkt Nr. 123, November 2002, <http://arbeiterinnenstandpunkt.net/alt/rn48apnrw.html>

36 Zur Analyse der Entwicklung der SPÖ siehe auch die LSR-Broschüre von Roman Birke und Michael Pröbsting: Neoliberale SPÖ. Ursachen und Alternativen (2007)

37 Hwaletz, S. 12.

Theoretisches Journal der Liga der Sozialistischen Revolution

UNTER DER FAHNE DER REVOLUTION

Zu Bestellen über unsere Kontaktadresse



Der Marxismus als theoretische Praxis und praktische Theorie

Roman Birke

Kampf dem Klerikalismus

Thesen zur christlichen Religion und Kirche

ArbeiterInnenstandpunkt

Das reaktionäre Weltbild von Papst Benedikt XVI

Michael Pröbsting

Das Christentum als Rechtfertigungsideologie des imperialistischen „Krieg gegen den Terror“

Michael Pröbsting

ARCHIV DES MARXISMUS

Sozialismus und Religion (1905)

Wladimir Iljitsch Lenin

Des Revisionismus letzte Weisheit (1924)

Abram Deborin



Ist eine Vereinigung Europas im Kapitalismus möglich? Lenin und Trotzki zur Frage eines sozialistischen Europas

Michael Pröbsting

Der Tschad-Konflikt und die Linke:

Schein-Antiimperialismus mit marxistischen Phrasen getarnt

Michael Pröbsting

Europäische Linkspartei und KPÖ:

Degenerationsprozess zeigt sich in Kosova-Frage

Roman Birke

Tierbefreiung als Teil des revolutionären Programms?

Roman Birke

ARCHIV DES MARXISMUS

Materialistische Dialektik und Arbeiterbewegung (1928)

Leon E. Dargoff

Texte über die Losung der

Vereinigten Staaten von Europa (1923 und 1928)

Leon Trotzki

Doppelnummer

NORBERT LESER: „DER STURZ DES ADLERS“

Eine Rezension zu Norbert Lesers Buch über 120 Jahre Sozialdemokratie

Von Roman Birke

Man weiß nicht genau womit man es eigentlich zu tun hat, wenn man die ersten Seiten von Norbert Lesers neuem Buch zur Geschichte der Sozialdemokratie gelesen hat. (1) Geht es hier um eine geschichtliche Darstellung der einzelnen Ereignisse, möchte er kritisch mit den Positionen der Sozialdemokratie abrechnen oder ist das Buch nur Mittel zur Befriedigung seines zwanghaften Drangs zur Selbstdarstellung, für den mehrere Seiten des Buches geopfert werden? Die Aussagen zu unterschiedlichen Ereignissen sind mitunter genauso widersprüchlich wie Norbert Leser selbst. Nachdem er als Kritiker der Parteibürokratie seine zentrale Stellung als sozialdemokratischer Parteiideologe verloren hat, begab er sich vermehrt in akademische Bereiche, bekleidete den ersten Politologie-Lehrstuhl in Salzburg und darauf folgend jenen der Gesellschaftsphilosophie an der Universität Wien. Nach seiner Emeritierung leitete er das Ludwig-Boltzmann-Institut für Zeitgeschichte. Doch weder sozialdemokratische Vergangenheit noch „akademische Weisheit“ konnten ihn von seiner katholischen Überzeugung abbringen. Im Gegenteil: Er versteht sich heute als Gelenkter Gottes und somit ist es auch kein Wunder, dass er zwischen den Abschnitten über Julius Deutsch und Bruno Pittermann den Lesern auch kurz sein Lebensmotto verrät: „Ich fahre unerlöst durch diese Fremdnis hin, Gott sagt es mir dereinst, wer ich gewesen bin“, so der Wortlaut dieses Mottos. Nachdem er auch noch ausführt, dass er stolz auf seinen Beitritt zur Landsmannschaft Maximiliana ist, da er lieber „Kappe und Band ins offene Grab nachgeworfen“ bekommt, „als Sichel und Hammer bzw. die drei Pfeile“ muss man sich schon die ernsthafte Frage stellen, inwieweit man dieses Buch ernst nehmen soll. Doch Norbert Leser und sein Buch bekommen eine alles andere als gerechtfertigte Aufmerksamkeit von den bürgerlichen Medien, sodass es nicht reicht ihn als alten Narren abzustempeln, sondern ein paar kritische Bemerkungen durchaus angebracht sind.

Unwissenschaftlicher Marxismus?

Die erste seiner „Abrechnungen“ mit der Sozialdemokratie beginnt mit einer Verteufelung der marxistischen Vergangenheit. In einigen Zeilen wird dem Marxismus der wissenschaftliche Anspruch abgesprochen, denn es hätte ja in der Praxis nicht funktioniert. Außerdem macht Leser zwei Grundwidersprüche



Sozialdemokratisches Plakat für die 1. Mai-Feier 1901

in der marxistischen Theorie aus, die – das scheint er zumindest zu glauben – dem Marxismus auf ideologischem Gebiet den Todesstoß versetzen.

Erstens argumentiert er, dass entgegen der marxistischen Theorie über die Durchsetzung langfristiger historischer Tendenzen in der ArbeiterInnenbewegung immer Persönlichkeiten im Mittelpunkt standen, ohne die sich solche Tendenzen nicht entfalten hätte können. Für Österreich nimmt er das Beispiel Victor Adlers, der eine wichtige Rolle bei der Gründung der österreichischen Sozialdemokratie und darüber hinaus gespielt hat. International führt er das Beispiel Lenins an, dessen bloße Existenz eben zeigen würde, dass langfristige historische Tendenzen sich nicht in einer eigenen Entwicklungslogik manifestieren, sondern nur von der Initiative einzelner Personen abhängen. Man muss schon eine besondere Gabe zum oberflächlichen und platten Eklektizismus besitzen, um in diesen Beispielen einen Widerspruch innerhalb der marxistischen Theorie ausmachen zu wollen. Denn wenn der Marxismus davon spricht, dass die Geschichte immer als Geschichte von Klassenkämpfen aufgefasst werden muss, so sagt uns das zweierlei. Zum einen ist klar, dass durch die Kollision zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte mit den sie verwaltenden gesellschaftlichen Verhältnissen Eruptionen, sprich Aufbrüche, geschaffen werden, die eben als Kämpfe zwischen verschiedenen Klassen und Schichten ihren Ausdruck finden. Zum anderen bringen solche Kämpfe natürlich auch Parteien und Personen hervor, die in besonderen geschichtlichen Momenten eine zentrale Rolle spielen können. Aber die Dialektik liegt eben darin verborgen, dass der geschichtliche Moment bestimmten Personen auch eine geschichtliche Rolle zukommen lässt und nicht einzelne Personen geschichtliche Momente hervorzaubern, diese jedoch trotzdem hemmen oder verstärken können.

Rolle der Intellektuellen

Zweitens kritisiert er die von Kautsky (und auch Lenin) hervorgehobene Rolle der Intellektuellen in der revolutionären Partei. Auf Grundlage der Erkenntnis, dass sich das Bewusstsein der ArbeiterInnenklasse zwar spontan entwickeln kann, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft und ihrem ideologischen Dickicht jedoch mit unterschiedlichen Fehlern behaftet ist, wurde von unterschiedlichen marxistischen Theoretikern betont, dass es eine Partei braucht, die von außen ein sozialistisches Bewusstsein in diverse Bewegungen hineinbringen muss. Richtigerweise haben Kautsky und Lenin den Intellektuellen eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang zugewiesen – reden wir doch von Zeiten in der Allgemeinbildung kaum vorhanden war und für die ArbeiterInnenklasse wenig Zeit blieb neben einem meist weit über zehnstündigen Arbeitstag sich auch mit Fragen des wissenschaftlichen Sozialismus auseinanderzusetzen. Vor allem wird außer Acht gelassen, dass sich die Intellektuellen der revolutionären Partei bewusst in den Dienst der ArbeiterInnenklasse stellten und im Zuge dessen mit jeglichen materiellen Privilegien ihrer Klasse brachen bzw. diese der Partei übergaben. Doch Norbert Leser denkt, dass darin schon die Diktatur des Proletariats widerlegt sei. Denn wenn Intellektuelle in der revolutionären Partei eine wichtige Rolle spielen, so wäre es eben keine Diktatur des Proletariats mehr, sondern eine bürokratisierte Elitenherrschaft. Natürlich wäre es falsch, die bürokratische Entartung der Sowjetunion zu leugnen – die Tradition des Trotzismus

der wir uns zugehörig fühlen war vielmehr die einzige Kraft, die eine konsequente, weil materialistisch begründete Kritik des Stalinismus präsentiert hat – doch Leser macht es sich zu einfach, die komplette Degeneration der Sowjetunion auf die Rolle der Intellektuellen in der revolutionären Partei zurückzuführen.

In Wirklichkeit geht es hier aber auch nicht um eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie, sondern um deren oberflächliche Ablehnung. Somit ist es auch kein Wunder, dass Leser dem ersten Teil seines Buches ein Zitat von Karl Popper voranstellt: „Der Marxismus hat besonders die österreichische Sozialdemokratie in eine Sackgasse geführt und außerdem in eine Situation gebracht, wo die wirklichen Probleme durch andere verdrängt wurden.“ Vielmehr ist es der Fall, dass die österreichische Auslegung des Marxismus – der Austromarxismus – die Sozialdemokratie in eine Sackgasse geführt hat.

Nationalitätenpolitik des Austromarxismus

Einer der grundlegenden Bestandteile des Austromarxismus und somit des österreichischen Revisionismus – nämlich die Frage der Nation und die daraus abgeleitete Nationalitätenpolitik – wird auch von Leser aufgegriffen und arg verstümmelt. Nicht nur, dass er eine Ehrenrettung der österreichischen Sozialdemokratie versucht, indem er den „tschechischen Separatismus“ für die Spaltung der Sozialdemokratie verantwortlich macht, ohne auch nur ansatzweise auf den deutschen Nationalismus der österreichischen Parteitheoretiker einzugehen, vertritt er auch eine absurde psychologische Position zur Frage der Nation. Die Betonung des „tschechischen Separatismus“ und somit die Ausblendung des deutschösterreichischen Nationalismus kommt schon fast einer Geschichtsfälschung gleich. Insbesondere Karl Renner fällt hier auf, der aus seinem deutsch-österreichischen Nationalismus nie ein Geheimnis machte. So schieb Renner 1902: „Der Deutschösterreicher war einmal der herrschende Stamm in Österreich, mit der Herrschaft hat es ein Ende, aber das führende Volk wird er immer sein. Und besser ist es sieben Nationen zu führen, als ein Hinterland der Hohenzollern zu bilden. (...) Jede deutschösterreichische Irredenta ist Flucht vom Posten, ist nationale und kulturelle Fahnenflucht.“ (2) Die Spaltungen in der Sozialdemokratie müssen also vielmehr als Reaktion auf die Zentralisation und Dominanz der österreichischen Partei verstanden werden, die in ihrer Programmatik den Kampf für nationales Selbstbestimmungsrecht schon in Hainfeld 1889 aufgegeben hat.

Insgesamt spricht Leser dem Nationalismus ein entscheidendes Moment in jeglicher politischer Auseinandersetzung zu. Die Argumente dafür können absurder kaum sein. Anstatt Nationalismus und nationalistische Bewegungen in erster Linie durch nationale Unterdrückung bzw. nationale Vorherrschaft im Rahmen der Klassengesellschaft zu erklären, sagt er, dass der Nationalstolz der „wohlfeilste Stolz“ sei, der so gefährlich ist, da der Mensch „einen immer sprunghaften Aggressionstrieb besitzt und ein Konfliktwesen ist.“ (3)

Bürgerlich-psychologische Erklärungsmuster

Damit sind wir eigentlich auch schon am Kern der Methode Lesers angelangt, die sich wie ein roter Faden durch das ganze Buch hindurchzieht. Alle Ereignisse werden durch individualpsychologische Momente erklärt. Dies nimmt sogar solch absurde Ausmaße an, dass sich Leser dazu hinreißen lässt, die Ermordung des habsburgischen Ministerpräsidenten durch Friedrich Adler 1916 als ödipale Kurzschlussreaktion hinzustellen. Es handle sich um „Vatermord mit vertauschtem Objekt“. Eigentlich wollte ich auf diesen Satz verzichten, aber ich komme nicht umhin zu sagen, dass man dieses Buch nicht immer ohne physische Schmerzen lesen kann. Doch Leser selbst kann mir wahrscheinlich am besten den psychosomatischen Zusammenhang zwischen dem Lesen dieser Absurditäten und plötzlich auftretender Übelkeit erklären.

Durch diese psychologistischen Erklärungsmuster ist es auch kein Wunder, dass Leser eine brennende Sympathie für Max Adlers Idealismus entwickelt. Er lobt ihn dafür, dass er sich st-

att auf dialektischen Materialismus auf den Idealismus von Kant und Fichte bezieht und seine Theorien darauf aufbaut. Dieser Idealismus Adlers zieht sich durch fast alle seine Schriften. In Fragen der Erziehungsarbeit tritt er für die Schaffung eines „neuen Menschen“ nach geistigen Idealen an, der Klassenkampf ist für ihn „seinem Wesen nach [etwas] durchaus Geistiges“ (4). Auch bei Leser wird die Welt – um sich einem bekannten Ausspruch zu bedienen – von den Füßen auf den Kopf gestellt.

Charakter der Ersten Republik

Durch diesen prinzipiellen Idealismus Lesers ist auch seine gesamte Deutung der Ersten Republik absolut unzureichend. In der Frage, ob man 1918 von einer Revolution in Österreich sprechen kann, meint er, dass „psychologisch sehr wohl eine solche“ stattgefunden habe. Sich einem breiten Diskurs anschließend, argumentiert er weiter, dass das Scheitern der Demokratie und das Ende der Ersten Republik vor allem auf einen fehlenden Grundkonsens zurückzuführen ist, der durch die Auswahl gemäßigter Personen bei Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen überwinden hätte werden können. Deshalb hätte auch der Austromarxismus Schuld an den Ereignissen in Schattendorf, denn er hat zu einer Polarisierung beigetragen. Statt dieser Polarisierung präsentiert Leser auch die Abrüstung durch die Sozialdemokratie und somit das Signalisieren eines guten Willens als Möglichkeit die Grabenkämpfe in der Ersten Republik zu überwinden (es sei hier noch darauf verwiesen, dass er die Abrüstung als Alternative zum bewaffneten Kampf nach Ausschaltung des Parlaments durch Dollfuß präsentiert!) (5). Im Nachhinein wäre es sowieso schwer, sich auf eine Seite der Lager zu stellen, so Leser. Und heute kann er durchaus beiden Seiten etwas abgewinnen. Somit fällt es ihm auch nicht schwer in „Dollfuß sowohl Verfassungsbrecher und Arbeitermörder als auch Märtyrer und Blutzügel der österreichischen Idee“ (6) zu sehen. Die theoretische Bewertung der Ersten Republik bewegt sich auf selbem Niveau wie die vorherigen Darstellungen, auch wenn sie die Erklärung des Adler-Mordes durch einen ödipalen Komplex vielleicht etwas übertrifft. Doch aus diesen Tiefen der Erkenntnis aufzusteigen, heißt noch lange nicht, sich in den Höhen derselben zu bewegen. Leser zur Zwischenkriegszeit: „Das Österreich der Zwischenkriegszeit ist ein wie aus einem politologischen Lehrbuch entnommenes Beispiel für eine Staat, der nicht jenes Minimum an Gemeinsamkeit aufwies, ohne das ein Gemeinwesen nicht gedeihen, ja auch nur überleben kann.“ (7) Hier ist alles verkehrt und auf den Kopf gestellt. Man muss kein Genie sein, um zu erkennen, dass ein gewisser nationaler Grundkonsens gefehlt hat, die Ursache dafür hat man damit aber noch nicht erklärt. Österreich ist vielmehr ein Beispiel dafür, dass durch die historisch bedingte Schwäche des Bürgertums auf der einen und dem Unwillen des Austromarxismus die Macht zu ergreifen auf der anderen Seite lange Zeit ein entwickelter Staat und somit ein – um mit Engels zu sprechen – „Schränken der Ordnung“ fehlte. Nicht nur, dass die wirtschaftlich rückständige Habsburger-Monarchie der neu aufgestiegenen Republik keine großen Kapitalisten vererbt hat, gab es auch kaum eine militärische Organisation der Bourgeoisie in der Form eines Heeres. Es ist somit kein Zufall, dass die bürgerlichen Kräfte alles daran setzten, die aus sozialdemokratischen Arbeitern zusammengesetzte und von den Arbeiter- und Soldatenräten kontrollierte Volkswehr so schnell wie möglich in ein dem Nationalrat unterstehendes Bundesheer zu integrieren. Diese historisch begründete Stärke der ArbeiterInnenklasse im Verhältnis zur Schwäche des Bürgertums musste unmittelbar zu vermehrten Kämpfen führen. Denn fehlendes Privatkapital heißt auch fehlende Einheiten zur Führung und Verwaltung von Betrieben. Deshalb die wichtige Stellung der Arbeiterräte zur Verwaltung der Betriebe. Die österreichische Situation schuf somit unmittelbar nach dem Zerfall der Habsburger-Monarchie eine Situation der Doppelmacht. Diese Situation zwang das Bürgertum zu einigen Zugeständnissen, der Verzicht auf die Macht durch die zurückweichende Sozialdemokratie bedeutete aber die Aufhebung dieser Zugeständnisse und auch die Diktatur vorzubereiten. Darin liegt die grundlegende Instabilität der Zwischenkriegszeit die als Instabilität der Herrschaftsverhältnisse ins-

gesamt zusammengefasst werden kann. Es ist somit eine große Täuschung zu glauben, dass das Proletariat eine Alternative zur Ergreifung der Staatsmacht gehabt hätte, die nicht in Diktatur und letztendlich Faschismus enden würde.

Die Darstellungen der SPÖ in der Zweiten Republik werden nicht viel spannender als die vorigen Kapitel, sondern sind durch dieselbe Ignoranz aller wesentlichen Entwicklungslinien geprägt. Vor allem wird vollkommen ignoriert, dass die SPÖ eigentlich kaum etwas von ihrer austromarxistischen Tradition „hinübergerettet“ hat, die sich zumindest noch in Worten für Kämpfe ausgesprochen hat. Vielmehr wurde jeglichem Klassenkampf abgeschworen (8), der integrale Sozialismus aufgrund der im Widerstand und Verbannung stärker gewordenen KPÖ abgelehnt und – wie auch Leser schreibt – wird linken Parteipersonlichkeiten geraten, aus der Emigration lieber nicht wieder zurück nach Österreich zu kehren (z.B. Otto Leichter).

Selbstbeweihräucherung

Neben den ein oder anderen interessanten biographischen Details über unterschiedliche sozialdemokratische Parteifunktionäre sind alle Kapitel durchsetzt von einer unglaublich arroganten Selbstdarstellung. So soll sich Julius Deutsch bei einem Vortrag am Tag seines Ablebens noch extra erkundigt haben, ob Leser unter den Zuhörern sei. Norbert Leser selbst sei weiters verantwortlich dafür, dass es zu dem Wechsel von Pittermann zu Kreisky kam, indem er einen Vortrag von Ernst Koref über die Frage „Pittermann ja oder nein?“ „herbeiführte“ (sic!). Auf Seite 172 von Lesers Buch wird ein ganzer Brief Kreiskys an ihn abgedruckt, „in dem er sich“, so Leser, „sogar zu dem vertraulichen ‚wir beide‘ hinreißen ließ“. Doch auch mit etwas eigenartig anmutenden Federn schmückt sich Leser. Nachdem er in einem Artikel 1974 die Position vertreten hat, dass das Bestehen der Monarchie kein Grund für das weitere Wachstum der Sozialdemokratie gewesen wäre, schrieb ihm Otto Habsburg einen Brief in dem er – wie Leser stolz berichtet – sagte, „dass es ihm Leid tue, dass sein seliger Vater es nicht mehr erlebt habe, einen so habsburgerfreundlichen Artikel in einer sozialistischen Zeitschrift lesen zu können.“ (9)

Zur Entstehungsgeschichte des Parteiprogramms von 1958

Interessant im zweiten Teil ist einzig und allein die Darstellung der Entstehungsgeschichte des Parteiprogramms von 1958. Den Vorentwurf dafür schrieb der Sohn Karl Kautskys, Benedikt. Nachdem der Entwurf Kautskys eine revisionistische Formulierung nach der anderen beinhalten wurde, wurden Teile dieses Revisionismus wieder zurückgenommen. Der Einleitungssatz, der von Kautsky formuliert wurde, lautete: „Die moderne Gesellschaft hat sich völlig anders entwickelt, als Marx es im Kommunistischen Manifest voraussagte.“ Kautsky hatte auch kein Problem damit, Faschismus und Kommunismus auf eine Stufe zu stellen, in dem er schrieb, dass „der demokratische Sozialismus (...) der Todfeind sowohl des Faschismus wie des Kommunismus [ist].“ (10) Dass diese Passagen keinen Eingang ins Parteiprogramm fanden liegt wahr-

scheinlich an zwei Gründen: Erstens war klar, dass die Kommunistische Partei noch am ehesten jenen Widerstand gegen den Faschismus in Österreich geleistet hat, den die Sozialdemokratie so oft versäumt hat und somit eine Gleichschaltung von Faschismus und Kommunismus auch für die eigenen parteigeschichtlichen Versäumnisse problematisch gewesen wäre. Zweitens wäre dies ein radikaler Bruch mit jeglicher Tradition und ein Angriff auf unterschiedliche ideologische Parteiinstitutionen gewesen. Der noch zwanghaft aufrechterhaltene Pathos wäre somit vollends verloren gegangen.

Mehrheitswahlrecht

Die Kritik, die Leser an unterschiedlicher Stelle an der Partei äußert, ist keineswegs eine prinzipiell ideologische Kritik, sondern dreht sich meistens um die Bürokratisierung der Partei, die richtigerweise angeprangert wird. Doch zur Lösung dieses Problems hat Leser – wie würde man es anders erwarten – keinerlei Konzepte. Anstatt das Offensichtliche wie jederzeitige Abwählbarkeit, durchschnittlicher Facharbeiterlohn und andere Kontrollmaßnahmen durch die Arbeiterbasis zu fordern, verfällt er in den Jargon bürgerlicher Ideologen zu Zeiten von Wirtschaftskrisen und stellt eine ideologische Erneuerung, eine Rückbesinnung auf Werte, die nicht mit so viel Gier besetzt waren, in den Vordergrund. In diesem Zusammenhang schafft er es auch noch mit aller Ernsthaftigkeit die Ehrenhaftigkeit des Habsburger-Adels zu würdigen. Denn dieser hätte noch gewusst wie man sich verhalten soll und wäre – von Ausnahmen abgesehen – nicht so gierig gewesen. Abschließend behandelt Leser auch noch die Frage der Einführung des Mehrheitswahlrechts, die er, so rühmt er sich, schon seit 1965 gefordert hat und argumentiert, dass „die Einführung des Mehrheitswahlrechtes (...) also ein Systemsprung und Befreiungsschlag zugleich [wäre].“

Anstatt den Aufbau von politischen Alternativen zu forcieren, mag er bestehenden politischen Parteien mehr Gewicht geben um nicht immer auf Koalitionen angewiesen zu sein. Man sieht: Auch in aktuellen politischen Fragen ist es durchaus gut, dass Leser einen nicht mehr all zu großen Einfluss auf die politische Gestaltung hat.

Insgesamt ist das Buch ermüdend. Es bietet weder historische Neuigkeiten, noch tiefgreifende Analysen der Geschehnisse. Vielmehr versucht Leser verzweifelt akademisch klingende Sätze zu formulieren, mit möglichst vielen lateinischen Sprichwörtern um sich zu werfen und eine Reihe unnützer Adverbien zu verwenden, um möglichst lange Sätze zu formulieren. Doch auch diese Versuche der Blendung können nicht darüber hinweg täuschen, dass in diesem Buch altes neu aufgewärmt wird, anstatt neue Erkenntnisse oder Tatsachen zu präsentieren. Die einzelnen interessanten Details oder zitierten Stellen werden durch einen fehlenden wissenschaftlichen Apparat unnützlich, da sie für weitere Forschungen nicht einmal nachverfolgt werden können. Alles in allem kann man sich die 22,90 Euro für dieses Buch durchaus sparen und für bessere Alternativen verwenden.

Fußnoten

(1) Leser, Norbert: Der Sturz des Adlers. 120 Jahre österreichische Sozialdemokratie, Verlag Kremayr & Scheriau KG, Wien, 2008.

(2) Vgl. Löw, Raimund (et al): Der Austromarxismus. Eine Autopsie, isp-Verlag, Frankfurt, 1986, S. 55.

(3) Leser, S. 32.

(4) Vgl. Löw (et al), S. 105.

(5) Die Argumentation ist so kurios, dass sie dem Leser / der Leserin nicht vorenthalten werden soll. Die zwei Möglichkeiten nach Ausschaltung des Parlaments hätten laut Norbert Leser wie folgt ausgesehen: „Die eine riskante, aber durchaus erwägenswerte hätte darin bestanden, einseitig abzurüsten und daraus moralisches Kapital zu schlagen, die andere hätte es erforderlich gemacht, ein wirk-

liches und ernst gemeintes Wehrkonzept zu entwickeln und es am Tage X auch in die Tat umzusetzen oder dies wenigstens zu versuchen.“ (Leser, S. 104)

(6) Leser, S. 84.

(7) Leser, S. 95.

(8) Auch der kurze Verweis auf den „Klassenkampf der Arbeiter“ im Aktionsprogramm von 1947 ändert hierbei nichts. Insbesondere wenn im Satz später gesagt wird, dass die Sozialdemokratie im „freien Kräftespiel politischer Parteien die notwendige Grundlage der Demokratie“ sieht.

(9) Leser, S. 154.

(10) Vgl. Leser, S. 148f.

DER JÄNNERSTREIK 1918 UND DIE RÄTEBEWEGUNG IN ÖSTERREICH

Die Rolle der Sozialdemokratie und der Linksradikalen. Eine historische Aufarbeitung

Von Roman Birke

Der Jännerstreik 1918 ist in vielfacher Hinsicht ein historisches Ereignis. Zum einen ist er Ausgangs- und gleichzeitig auch Höhepunkt der akuten revolutionären Situation des Jahres 1918, zum anderen repräsentiert er auch eine Zäsur der österreichischen Arbeiterbewegung und der sozialdemokratischen Partei. Während die Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg an der Burgfriedenspolitik festhielt und die Kriegsbestrebungen des Habsburgerstaates teilweise aktiv unterstützte, markierte das letzte Jahr des Krieges einen Umschwung auf eine pazifistische Politik und zwang die Partei schlussendlich eine praktische Richtungsentscheidung zwischen revolutionärer Machtübernahme oder konterrevolutionärer Teilnahme an einer bürgerlichen Regierung zu fällen.

Insgesamt muss die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) ab 1914 als eine reformistische Partei bezeichnet werden, die mit der Zustimmung zum Krieg die Interessen des österreichischen Bürgertums bediente und auch im Jännerstreik als wirksames Werkzeug der Monarchie zur Abwendung einer revolutionären Krise benutzt werden konnte. Die zwischen ihrer Gründung und dem Ersten Weltkrieg erlangte hegemoniale Stellung in der österreichischen Arbeiterbewegung ist einerseits Grund für die Möglichkeit zur Besänftigung der aufgebrachtten Massen, andererseits war die Hegemonie auch gleichzeitig ausschlaggebend für die Rätebewegung selbst. Geht man von einer absoluten politischen und organisatorischen Dominanz der Sozialdemokratie über die Arbeiterklasse aus, handelt es sich während der Jännerereignisse um Aktionen zentraler Kernsektoren der Klasse, die den von der Führung vorgegeben Rahmen sprengten. Der Widerspruch zwischen Radikalität der Massen und der indirekten Verteidigung der bestehenden Ordnung durch die Führung wurde in der Praxis durch die spontane Schaffung neuer Organisationsformen – der Räte – synthetisch aufgelöst.

Während der Jännerstreik die Diskrepanz zwischen den Bestrebungen der Massen und den praktischen Aktionen der SDAP offenbarte, zeigte er gleichzeitig auch, dass die österreichische Arbeiterbewegung keine andere Partei hervorbrachte, welche befähigt gewesen wäre, dieses Vakuum aufzufüllen. Während das „Aktionskomitee der Linksradikalen“ zwar eine zu seiner Größe überproportionale und hervorragende Rolle spielte, konnten die Linksradikalen langfristig keine alternative Führung für die Klasse – eine revolutionäre Partei – aufbauen. Vielmehr gelang es der Sozialdemokratie selbst als sie abseits der Streikereignisse standen die Führung über zentrale Sektoren der Bewegung wiederzuerlangen. Die unmittelbar nach den Jännerereignissen erlangte Dominanz der Sozialdemokratie über die Arbeiter- und Soldatenräte unterstreicht jedoch nicht die aktive Zustimmung zur SDAP, sondern die zur damaligen Zeit stark ausgeprägte *Führungskrise* der österreichischen Arbeiterklasse – nicht wegen, sondern trotz der Politik kamen wichtige Teile der Arbeiterklasse wieder unter die Fittiche „ihrer“ Partei. Das Aktionskomitee der Linksradikalen wurde mehrheitlich aufgrund der harten Repressionspolitik des Habsburgerstaates nach dem Jännerstreik in den Hintergrund gedrängt. Auch die am 3. November 1918 gegründete Kommunistische Partei Deutsch-Österreichs (KPDÖ) konnte diese Führungskrise teilweise aufgrund ultralinken Politik und teilweise aus der objektiven Lage heraus nicht lösen. Eine historische Chance wurde 1918 also in doppelter Hinsicht vertan: Erstens wurde eine revolutionäre Situation aufgrund der subjektiven Rolle der Sozialdemokratie vertan, zweitens gelang es radikalisierte Teile der Arbeiterklasse in einer neuen revolutionären Partei zu organisieren. Das Schick-

sal des österreichischen Proletariats wurde somit nicht nur für 1918, sondern für die gesamte 1. Republik besiegelt. Es sollte ein Schicksal der verlorenen Kämpfe und verpassten Chancen werden. Eine Aufarbeitung dieses zentralen Ereignisses für die österreichische Geschichte im allgemeinen und für die österreichische Arbeiterbewegung im besonderen, ist deshalb auch für heutige Generationen mehr als fruchtbringend.

Große Geschichte wird immer dann gemacht, wenn sich aufeinanderprallende Widersprüche in punktuellen Ereignissen entladen. Eine rein chronologische Abfolge über den Jännerstreik zu schreiben, kann daher zwar darstellen aber nicht erklären, veranschaulichen aber nicht dahinter blicken. Die Ereignisse im Jänner 1918 können somit nur verstanden werden, wenn die Vorbedingungen zur Genüge geklärt sind. Diese Arbeit versucht somit den Jännerstreik in einen politisch-gesellschaftlichen Rahmen einzuordnen, um die Ereignisse während des Streiks selbst verständlich zu machen. Der Darstellungen zum Jännerstreik wird somit ein Überblick über die Entwicklung wichtiger politischer Faktoren (der Sozialdemokratie und der Linksradikalen), ökonomischer und militärischer Entwicklungen vorangestellt.

DAS ERSTARKEN DER ÖSTERREICHISCHEN ARBEITERBEWEGUNG BIS ZUM KRIEG

Sozialdemokratie

Nachdem die österreichische Arbeiterbewegung 1848 eine deutliche Niederlage erlitten hat, in den Jahren des Neoabsolutismus starkem ökonomischen Druck und politischer Verfolgung 1 ausgesetzt war und die bereits aufgebauten Organisationen aufgrund der massiven wirtschaftlichen Krise 1873 einen einschneidenden Mitgliederverlust hinnehmen mussten 2, war der Einigungsparteitag in Hainfeld 1889 der Ausgangspunkt für ein wiedereinsetzendes rapides Wachstum der Arbeiterbewegung. Das von der SDAP in Hainfeld angenommene Programm stützte sich theoretisch auf den Marxismus und orientiert sich von seiner Struktur stark an den von der deutschen Sozialdemokratie in Gotha und Erfurt verabschiedeten Programme. Als Ziel benennt das Hainfelder Programm:

„Das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten ist daher das eigentliche Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.“ 3 Der Staat wird im Hainfelder Programm als „Klassenstaat“ begriffen, in dem die „politische und ökonomische Herrschaft“ der „Kapitalistenklasse“ ihren „Ausdruck findet“ 4. Dies ist insofern interessant, als es eine klare Zusage zum Marxismus gegenüber den Theorien von Ferdinand Lassalle bedeutet, die sich in vielen Arbeiterbildungsvereinen durchaus einiger Popularität erfreuten. 5 Nachdem das Programm erklärt, dass die Ursache für die gesellschaftlichen Probleme „nicht in einzelnen politischen Einrichtungen zu suchen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Tatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisiert sind“, liegen und als Endziel den „Übergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitzes des arbeitenden Volkes“ benennt, finden sich noch einige konkrete Forderungen die sich vom Wahlrecht über Bildungsmaßnahmen bis zur allgemeinen Volksbewaffnung erstrecken. 6

Von seinem Charakter her, handelt es sich beim Hainfelder Programm um ein klassisch sozialdemokratisches Minimal- und Maximalprogramm, das auf der einen Seite gewisse Forderungen als Sofortmaßnahmen auflistet und auf der anderen Seite den Sozialismus als entferntes Endziel benennt. Während diese Form des Programms in sich selbst Ausdruck des damaligen Stands der gerade auf die Bühne der Geschichte tretenden Arbeiterbewegung ist, musste es ab einem gewissen Zeitpunkt an seine Grenzen stoßen. Nämlich dann, wenn die Er kämpfung bestimmter Reformen mit den vom Kapitalismus vorgegebenen Rahmenbedingungen kollidiert. Auch wenn es noch einige Jahre bis zur Überwindung dieser Probleme durch die Übergangsmethode Trotzki und der Bolschewiki dauern sollte, sah bereits Engels im Erfurter Programmentwurf zentrale Schwächen dieser Trennung. So schrieb er in einem Brief an die deutsche Sozialdemokratie:

„Die politischen Forderungen des Entwurfs haben einen großen Fehler. Das, was eigentlich gesagt werden sollte, steht nicht drin. Wenn alle diese 10 Forderungen bewilligt wären, so hätten wir zwar diverse Mittel mehr, um die politische Hauptsache durchzusetzen, aber keineswegs die Hauptsache selbst.“ 7

Und weiter:

„Dies Vergessen der großen Hauptgesichtspunkte über den augenblicklichen Interessen des Tages, dies Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg on Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart der Bewegung willen mag ‚ehrlich‘ gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es, und der ‚ehrliche‘ Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen.“ 8

Das Hainfelder Programm macht sich auch einiger dieser Fehler schuldig, wenngleich es im Vergleich zum zwei Jahre später beschlossenen Erfurter Programm durchaus Vorzüge hat: Die Benennung des Staats als Klassenstaat, die Einschränkung der Möglichkeiten parlamentarischer Veränderung und die – zwar verklausulierte aber trotzdem eindeutige Formulierung – sich im politischen Kampf *„aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel“* zu bedienen. Die SDAP stand – trotz diverser anzubringender Kritik – nach Hainfeld also auf einer durchaus soliden programmatischen Grundlage.

Gleichzeitig sah man sich jedoch mit schwerwiegenden Problemen in der Organisierung der Parteiarbeit konfrontiert. Ein rigides Vereins- und Versammlungsrecht behinderte überregionale Zusammenschlüsse (Koalitionsverbot) und ließ die Partei gegenüber der Schaffung offizieller zentralisierter Strukturen zögern. Dies fand auch seinen Ausdruck im Referat des Rudolf Pokorny zum Tagesordnungspunkt „Organisation“, das am Parteitag 1892 gehalten wurde:

„Organisation ist eine Sache, die man macht, über die man aber möglichst wenig spricht. Es ist jedenfalls für die Partei besser, wenn man sich ganz präzis und kurz entschließt, die Organisation in der und der Richtung einzurichten, und im Uebrigen darüber möglichst schweigt.“ 9

Trotz dieser eher legeren Haltung zu Fragen der Organisation wurde mit der Etablierung eines Systems von Vertrauensmännern, die *„von den lokalorganisierten Genossen und Genossinnen gewählt“* 10 wurden, und der Wahl einer neunköpfigen Parteile-

itung und einer fünfköpfigen Kontrollkommission ein Schritt in Richtung eines höheren Organisationsgrades gemacht. 11

Auch wenn Victor Adler bereits 1891 in einem Brief an Engels konstatierte, dass die Sozialdemokratie *„von einer Horde Radaumachern zu einer politischen Partei avanciert“* 12, brachte die nach wie vor relativ lose und regionalistische Organisationsstruktur erhebliche Nachteile für die praktische Arbeit der SDAP. Erstens herrschte über den tatsächlichen Mitgliederstand aufgrund der unterschiedlichen Mitgliedskriterien (Abonnement der Wochenzeitung „Gleichheit“; Aktivität für die Partei; als Sozialdemokrat bekannt) nie volle Klarheit. Zweitens konnten überregionale Aktivitäten nicht in ausreichendem Ausmaß koordiniert werden, was wiederum zentrifugale Tendenzen zur Loslösung einzelner Sektionen (v.a. der Wiener Organisation) verstärkte. Drittens war eine lose Organisationsstruktur bei gleichzeitiger Nicht-Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker in der Habsburgermonarchie prädestiniert für das am Parteitag 1907 erfolgte Auseinanderbrechen in nationale Organisationen. Trotz dieser organisatorischer Schwächen entwickelte sich die SDAP in den Jahren nach ihrer Gründung zu einer Massenpartei, die sich über das Vertrauensmännersystem und der später eingerichteten Häuserorganisation in den Arbeitervierteln zu verankern versuchte.

Im Rahmen praktischer Politik wurde eine der Forderungen des Hainfelder Programms (das allgemein, gleiche und direkte Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts) in den Jahren nach 1889 immer mehr in den Mittelpunkt der Agitation und Propaganda der neu geschaffenen Partei gerückt. Nachdem vermehrte Diskussionen in der Partei um die Durchführung eines Generalstreiks zur Er kämpfung des Wahlrechts geführt wurden und es zu mehreren politischen Versammlungen und Straßendemonstrationen kam, fühlte sich die Regierung Badeni im Jahr 1896 gezwungen, die (männlichen) Arbeitern in einer fünften Kurie zur Stimmabgabe zu bemächtigen.

Insgesamt war die Arbeiterkurie jedoch eine Verhöhnung demokratischer Grundsätze. Während in der ersten Kurie 69 Stimmen für ein Mandat ausreichten, benötigte eine Partei in der fünften Kurie 69.697 (!) Stimmen, also um mehr als tausend mal so viel. 13 Trotz dieser undemokratischen Regelung ging die Sozialdemokratie daran, ihre Organisationsstruktur mit der Wahlkreiseinteilung in Einklang zu bringen, obwohl mit der Wahlkreisordnung von Seiten der Regierung bewusst versucht wurde, Industriegebiete zu teilen, um konservative Mehrheiten zu sichern. 14 Die 1897 stattfindenden Wahlen zum Reichsrat brachten der Sozialdemokratie insgesamt 14 Mandate. Trotz dieser geringen Anzahl und der permanenten Ausschaltung des Parlaments durch §14-Verordnungen (zwischen 1897 und 1914 wurde das Parlament insgesamt 152 mal mittels §14-Verordnungen ausgeschaltet 15) konzentrierte sich die Sozialdemokratie stark auf parlamentarische Arbeit.

Zwei Beispiele sollen diese starke Konzentration auf den bürgerlichen Parlamentarismus veranschaulichen. Zum einen findet sich in der Rede von Julius Popp am Parteitag 1897 eine bezeichnende Stelle, in der er der Bewegung auf der Straße die Funktion der Unterstützerin für die Parlamentsarbeit zuspricht, anstatt die sozialdemokratischen Abgeordneten als Sprachrohr der Bewegung zu sehen.

Tabelle 1: Vergleich der Formulierungen zum Wahlrecht zwischen Hainfelder und Wiener Programm

Hainfelder Programm

*„Ohne sich über den Wert des Parlamentarismus, einer Form der modernen Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie (die Sozialdemokratie, RB) das allgemeine, gleich und direkte Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug anstreben, als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation.“*¹⁸

Wiener Programm

*„Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahr an; Proportionswahlssystem; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetag; dreijährige Gesetzgebungsperioden; Diätenbezug für die Gewählten.“*¹⁹

„Unsere Abgeordneten, die sich hier befinden und die ich mir ausdrücklich zu begrüßen erlaube, werden jetzt die Arbeit, die hier nur außerhalb des Parlaments gemacht werden mußte, im Parlament selbst machen müssen. Sie werden im Parlament immer die Interessen des Proletariats vertreten müssen, und die Arbeit der Partei wird darin bestehen, die Forderungen, welche unsere Abgeordneten im Parlament erheben, von außen zu unterstützen.“ 16

Zuvor hat Popp in seiner Rede noch bekräftigt, dass die Sozialdemokratie „mit diesem Siege eine parlamentarische Partei geworden“ 17 ist.

Zum anderen hat das 1901 am Wiener Parteitag angenommene Programm einen zentralen Anhang zur Forderung nach allgemeinem und gleichem Wahlrecht fallengelassen. Findet sich im Hainfelder Programm noch eine Relativierung der Möglichkeit die Gesellschaft durch das Parlament grundlegend umzugestalten, wurde diese Formulierung im Wiener Programm gestrichen (siehe Tabelle 1).

Ihrem Wesen nach war die Sozialdemokratie eine Partei, die zwischen Aufrechterhaltung einer revolutionär-marxistischen Doktrin und praktischer Massenaktion einerseits und Anpassung an die staatlichen Strukturen und Zurückweichen vor Klassenkämpfen andererseits hin und her schwankte, wobei man grob davon sprechen kann, dass die Anpassungstendenzen nach Einführung des allgemeinen und gleichen Männerwahlrechts stärker zugenommen haben. Gleichzeitig ließ der organisatorische Aufstieg der Partei „eine Schicht von Parlamentariern, Arbeiterbürokraten und Verwaltungsfunktionären entstehen (...), die nicht mehr für, sondern auch von der Arbeiterbewegung lebten.“ 20

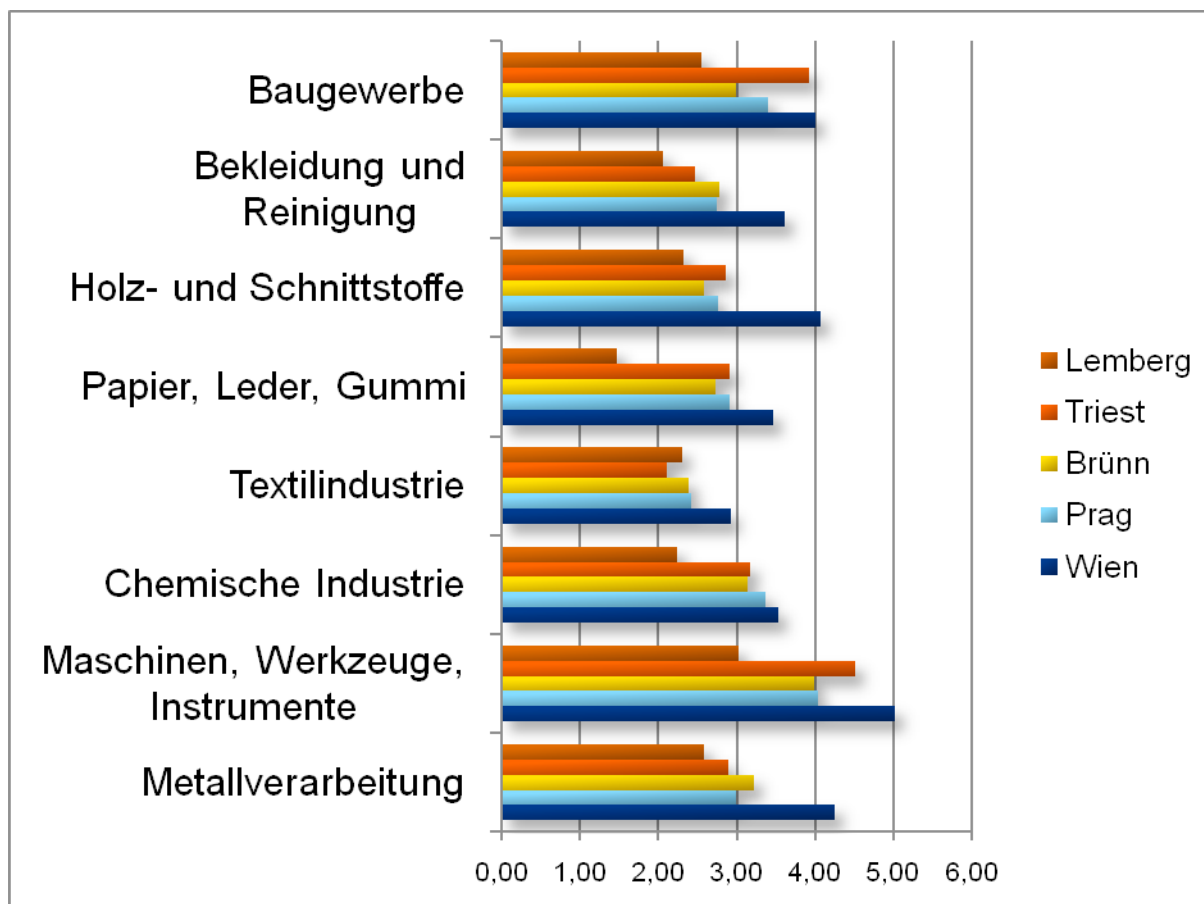
Die Führung der SDAP sah sich somit mit einer Situation konfrontiert, in der sie vor allem aufgrund der Sektorenverschiebungen in der österreichischen Wirtschaft einen starken Mitgliederzuwachs verzeichnen konnte 21, nach den Wahlen von 1907 insgesamt 84 Mandatare im Abgeordnetenhaus stellte und

sich auf eine (in den Industrieregionen Cisleithaniens) starke Gewerkschaftsbewegung stützen konnte, in der wichtige Kernsektoren der Arbeiterklasse organisiert waren. 22 Dieser Situation, wo eine Massenpartei mit revolutionärer Ideologie und parlamentarischer Vertretung auf einen entscheidenden Bruch mit der herrschenden Ordnung zusteuerte und daher vor der Frage der Macht stand, war das Programm der Sozialdemokratie nun nicht mehr gewachsen, da zwischen konkreten tagespolitischen Forderungen und dem Endziel der Abschaffung dieser Verhältnisse keine Brücke geschlagen wurde.

Neben den ideologischen / programmatischen Faktoren gibt es jedoch auch grundlegendere, nämlich handfeste materielle Ursachen für die revisionistischen Tendenzen innerhalb der Sozialdemokratie. Die Entstehung einer Arbeiterbürokratie in den österreichischen Kronländern, die sich ökonomisch auf die besser gestellten Schichten der Monarchie stützen konnten (siehe Grafik 1), ist der Hauptgrund für die stärkeren Anpassungstendenzen gegenüber dem Habsburger-Staat.

Während die Periode zwischen dem frühen 20. Jahrhundert und dem Ersten Weltkrieg als Übergangsperiode beschrieben werden kann, in der ihr endgültiger Charakter – revolutionär oder reformistisch – noch nicht entschieden war, stellte die Entscheidung, im Kriegsfall 1914 einen Sieg der Mittelmächte zu begrüßen, einen endgültigen Bruch mit zentralen Prinzipien der revolutionären Arbeiterbewegung dar. Es wurde somit das eigene Programm und diverse Manifeste der II. Internationale verraten. Auf ihren Konferenzen in Stuttgart (1907), Kopenhagen (1910) und Basel (1912) sprach sich die II. Internationale nicht nur gegen den Krieg und für Völkerverständigung aus, sondern verpflichtete die sozialistischen Organisationen im Falle eines Kriegsausbruches „für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes

Grafik 1: Jahresdurchschnittsverdienst bei den wichtigsten Berufsgruppen der Industriearbeiter in Kronen (um 1911) (23)



auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“ 24

Ganz im Gegensatz dazu verhielten sich die meisten Parteien der II. Internationale, unter ihnen auch die österreichische Sozialdemokratie. Während man mit einiger Berechtigung davon sprechen kann, dass „1914 (...) der Revisionismus offen“ ausbrach und „offen der Weg der Staatstreue beschritten“ 25 wurde, so wäre es falsch einen vollkommenen Bruch mit der bisherigen praktischen Politik der Sozialdemokratie zu sehen. Vielmehr handelte es sich bei dem Verrat am Sozialismus 1914 um das qualitative Umschlagen eines bereits vorher jahrelangen Prozesses.

Dass es sich 1914 um das Resultat eines systematischen Wandels und nicht um einen abrupten Bruch handelt, kann anhand einer Diskussion am Parteitag 1903 anschaulich gemacht werden. Grundlage der Diskussion war ein Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Reichsratsfraktion zur Rekrutenvorlage. Im Februar 1903 wurde mittels dieses Antrags eine Verkürzung der Dienstzeit bei gleichzeitiger Hebung der Rekrutenzahl beantragt. 26 Der Führer der organisierten Arbeiterjugend, Leopold Winarsky, kritisierte bereits in einer Zeitschrift an die Arbeiter-Zeitung vom 27. September 1903 die Politik der Reichstagsfraktion und lehnte eine „positive Politik“ gegenüber dem Militarismus entschieden ab. Die meisten damaligen sozialdemokratischen Führer traten offen gegen Winarskys Kritik auf. Unter ihnen Friedrich Austerlitz und Victor Adler. Letzterer war sogar bereit „für die einjährige Dienstzeit“ „bei einer Demokratisierung des Heeres“ „ein volles Kontingent aller waffenfähigen Leute ohne weiteres“ einzutauschen. 27

Hier wird also ganz klar ein Schritt in Richtung Anerkennung der Möglichkeiten der Demokratisierung zentraler Instanzen (hier dem Militär) des bürgerlichen Staatsapparates gemacht. Indirekt wird somit auch eine Analyse des Staates und der ihm angehängten „Formation bewaffneter Menschen“ (Engels) als Klasseninstrument für die Bourgeoisie abgelehnt. Im Gegensatz dazu schrieb Lenin 1917 angelehnt an die Analyse Engels': „Es bildet sich der Staat heraus, es wird eine besondere Macht geschaffen, besondere Formationen bewaffneter Menschen entstehen, und jede Revolution, die den Staatsapparat zerstört, zeigt uns sehr deutlich, wie die herrschende Klasse die ihr dienenden besonderen Formationen bewaffneter Menschen zu erneuern sucht und wie die unterdrückte Klasse danach strebt, eine neue Organisation dieser Art zu schaffen, die fähig ist, nicht den Ausbeutern, sondern den Ausgebeuteten zu dienen.“ 28 Neu schaffen und somit zerschlagen und nicht übernehmen ist der Hauptpunkt bei Lenin, demokratisieren und für das Proletariat nutzen ist hingegen die Herangehensweise Adlers. Anstatt also die Staatsmaschinerie zu brechen und durch die Diktatur des Proletariats zu ersetzen, wird die Möglichkeit anerkannt, zentrale staatliche Strukturen – wie eben das Militär – zu demokratisieren anstatt sie zu zerschlagen und durch proletarische Machtorgane zu ersetzen.

Konsequent zu Ende gedacht eröffnete diese Argumentation von Adler auch die Möglichkeit zur Verteidigung des bürgerlichen Staatsapparates bei gleichzeitigem Versuch seiner Demokratisierung. Es ist somit auch kein Wunder, dass die ersten Aktionen zum drohenden Krieg, sich nicht gegen den Krieg selbst, sondern für eine Wiedereinsetzung des Parlaments stark machten. 29 Die Zustimmung zum Krieg war also keineswegs ein spontaner ideologischer Zusammenbruch vor den Wellen des Nationalismus, sondern ein letzter Schritt einer quantitativen Entwicklung, der endgültig die Überschreitung der Grenze zum Reformismus bedeutet.

Insgesamt verteidigte die Sozialdemokratie den Krieg nicht nur, sondern machte auch aktiv Kriegspropaganda. Dem Postulat der Völkerverständigung entgegengesetzt, ließ man in der Arbeiter-Zeitung vom 11. August 1914 Artikeln mit den Überschriften „Nach Paris“ 30 oder „Sturm! Hurra! Vorwärts!“ 31. Die Monarchie wurde jedoch nicht nur militärisch unterstützt, sondern auch auf betrieblicher Ebene hielt man sich an den Burgfrieden. Die Gewerkschaften haben „die gewerkschaftlichen Vertrauensmänner in Österreich aufgefordert, die gesetzlichen Bestimmungen und behördlichen Verfügungen genauestens zu beachten und ‚Lohnbewegungen‘ für die gesamte Kriegsdauer zu unterlassen.“ 32 Die

Gewerkschaft der Hutarbeiter ließ sogar verkünden: „In diesem Augenblick gilt unser erster Gruß unseren Soldaten, unser heißester Wunsch den Hutarbeitern, die zur Fahne berufen sind.“ 33 Die SDAP ging sogar soweit, zwischen den im Besitz der Sozialdemokratie befindlichen Hammerbrotwerke und der Armee Verträge zur Brotlieferung zu schließen. 34

„Linke“ und „Aktionskomitee der Linksradiكالen“

Die Burgfriedenspolitik der Sozialdemokratie blieb, wenn sie auch im ganzen Krieg ihre dominierende Stellung behielt, auch innerhalb der Partei nicht unwidersprochen. Schon sehr früh gab es Protest gegen das Ultimatum an Serbien, der von der Reichsberger Organisation in ihrem Propagandaorgan „Vorwärts“ veröffentlicht wurde. Bereits am Tag der Veröffentlichung (28. Juli 1914) schlug die Repression des Habsburger-Staates zu und erklärte die weitere Herausgabe der Zeitung für illegal. 35

In den Gebieten der Alpenländer war der einflussreichste sozialdemokratische Vertreter einer kritischen Haltung zum Krieg Friedrich Adler, der versuchte eine linke Strömung aufzubauen, zu der sich 1915/16 etwa 120 Parteimitglieder bekannten. 36 Die Arbeit der Parteilinken hatte jedoch zwei zentrale Schwächen. Erstens entwickelten die Linken keine eigene programmatische Homogenität. Somit beschränkte man sich bei der 1. Reichskonferenz der Sozialdemokratie im Krieg auf eine Ablehnung der Resolution des Parteivorstandes und brachte keine Alternativresolution ein. Die zweite und folgenreichste Schwäche lag jedoch im konkreten Verhalten gegenüber der Partei und der fehlenden Verbindung von theoretischer Ablehnung des Krieges mit konkreten praktischen Aktionen. Vielmehr beschränkte man sich darauf, theoretische Vorträge zu halten und – soweit im Rahmen der Zensur möglich – Kritik im theoretischen Organ „Der Kampf“ zu formulieren und vermied tunlichst eine Spaltung der Partei. Gleichzeitig fußte die Form der theoretischen Ablehnung nicht auf einer klassenkämpferischen sondern einer pazifistischen Haltung. 37 Statt Organisierung illegaler Parteitätigkeit meinten Friedlich Adler und die Linken, dass „während die Kanonen donnern, dem Sozialismus nur die Politik des Schweigens übrigbleibt.“ 38

Anders stellte sich dies in einigen Ortsgruppen der sozialdemokratischen Jugendorganisationen dar, die durch ihre aufkommende ablehnende Haltung gegenüber dem Krieg einen wichtigen Ausgangspunkt für die Linksradiكالen stellten. Auch wenn der „Verband jugendlicher Arbeiter“ insgesamt auf die politische Linie der Mutterpartei einschwenkte, druckten die Ortsgruppen Ottakring und Leopoldstadt bereits im September 1914 illegale Flugblätter gegen den Krieg. 39 Durch Kontakt zur Gruppe „Internationale“ um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und dem Studium ihrer Leitsätze rückte man auch den internationalen Aspekt der antimilitaristischen Tätigkeit in den Vordergrund. 40 Insgesamt ist die wichtige Stellung einzelner Jugendorganisationen in der Arbeit gegen den Krieg bemerkenswert, da sie einerseits immer auch international geprägt war und andererseits auch illegale Arbeit gegen den Krieg leistete. Trotz einer stärkeren Radikalisierung und Bereitschaft zur illegalen Arbeit unter den sozialistischen Jugendlichen, gelang es, abgesehen von einer kurzen Periode zwischen April und August 1917, nicht, den „Verband jugendlicher Arbeiter“ insgesamt für eine Ablehnung gegenüber dem Krieg und einem aktiven Eingreifen in die Parteidiskussion zu bewegen. Als sich im August 1917 die parteitreue Mehrheit wieder durchsetzen konnte, wurde eine Resolution mit der hauchdünnen Mehrheit von 46 gegen 45 Stimmen angenommen, die sich ganz klar von einer Intervention in die Parteidiskussion lossagte:

„Wird die Jugendorganisation zu einer Stätte, auf der sich ein Stück des Parteistreits abspielt, so wird die Jugendbewegung geschädigt und die Arbeiterjugend statt mit Begeisterung und Erkenntnis beseelt zu werden, allzu leicht abgestoßen, und ihrer Klassenbewegung entfremdet.“ 41

Nichtsdestotrotz fanden die Linksradiكالen ein wichtiges Agitations- und Organisationsfeld in den Jugendorganisationen und hier besonders in den Ortsgruppen Ottakring, Favoriten und Leopoldstadt. Trotz ihrer eindeutigen Schwächung durch den

Krieg, hielten die Jugendorganisation ein relativ umfangreiches Parteileben aufrecht und organisierten regelmäßige Veranstaltungen. Im Jahr 1915 wurden insgesamt 75.000 Flugblätter verteilt, davon alleine 32.000 Stück eines Flugblattes zur Mitgliederwerbung. Im Jahr 1914 wurden 5304 Veranstaltungen durchgeführt an denen sich 117.769 Personen beteiligten, für das Jahr 1915 sind die Zahlen 5572 und 113.587, trotz der „Einrückendmachung“ von 2799 Mitgliedern. 42 „Der jugendliche Arbeiter“, die monatlich erscheinende Zeitung, hatte Ende 1915 immer noch eine Auflage von 9.200 Exemplaren. 43

Die unabhängige Organisierung der Linksradikalen war dabei eine wichtige Bedingung, um eine systematische Intervention innerhalb der Jugend organisieren zu können. Nachdem die Linksradikalen bereits im September 1914 ein illegales, mit der Schreibmaschine vervielfältigtes, Flugblatt „gegen die chauvinistische Hetze der Arbeiterzeitung verbreiteten“ 44 kam es im Winter 1915/16 zur endgültigen Konstituierung des „Aktionskomitees der Linksradikalen“, dem Franz Koritschoner, Anna Strömer, Dr. Karl Maurer, Leo Pjatigorskij und Maximilian Lazarowitz angehörten. 45 Zusätzlich zu ihrer Arbeit in den Jugendorganisationen schlossen sich die Linksradikalen relativ bald dem von Friedrich Adler 1916 gegründeten Verein „Karl Marx“ an. Innerhalb des Vereins behielten sie eine oppositionelle Strömung und vertraten die Ansichten der Zimmerwalder Linken. Im Zuge dieser Arbeit gelang es den Linksradikalen unter anderem eine Resolution durchzusetzen, in der die Notwendigkeit illegaler Arbeit anerkannt wurde. 46

Nachdem der Verein „Karl Marx“ nach dem Attentat Friedrich Adlers auf den damaligen Ministerpräsidenten Stürgkh behördlich aufgelöst wurde, konzentrierten sich die Linksradikalen auf die Ausarbeitung eines Programms. Dieses, nach Biel, einem Mitglied der Linksradikalen, benannte Programm, spricht von einem Kampf gegen diejenigen, „die das Wesen des proletarischen Klassenkampfes nicht in der revolutionären Massenbewegung, sondern allein in der Bildung möglichst umfangreicher Organisationen, in der Erringung vieler Parlamentsmandate sehen, damit die Führer durch Kompromisse, Bündnisse mit Teilen der Gegner, durch diplomatische Schachzüge usw. den Arbeitern auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung karge Vorteile erringen können.“ 47 Das Programm wurde zwar auf der am 22. April 1917 stattfindenden Wiener Kreiskonferenz mit 76 gegen 38 Stimmen angenommen 48, wie schon oben dargestellt wurde jedoch bald wieder ein gegenteiliger Beschluss gefasst. Auch wenn die linksradikal dominierten Gruppen nach der Konferenz im August 1917 ausgeschlossen wurden, brachte die programmatische Klärung während der Ausarbeitung des Biel-Programms wichtige Vorteile für die späteren Aktivitäten der Linksradikalen vor und während des Jännerstreiks, die ihnen halfen, die zunehmende Radikalisierung für revolutionäre Propaganda und Agitation zu nutzen. Ohne die Erfahrungen der illegalen Tätigkeit gegen den Krieg, die Sammlung radikalisierten Arbeiter und Vertrauensleute in ihren Reihen und die Klärung programmatischer Grundfragen, wäre es den Linksradikalen nie möglich gewesen eine solch hervorragende Rolle in der Vorbereitung des Jännerstreiks und im Streik selbst zu spielen.

HABSBURGER-MONARCHIE AM ENDE DES ERSTEN WELTKRIEGS

Auch wenn das subjektive Wirken der Linksradikalen einen wichtigen Anteil an deren Erfolg hatte, waren auch objektive Faktoren von wichtiger Bedeutung für die Radikalisierung zentraler Teile der Arbeiterklasse. Vor allem die gegen Ende des Ersten Weltkriegs auftretenden Verfallserscheinungen der Monarchie führten zur Entwicklung einer revolutionären Situation – einer Situation also, in der es den Herrschenden nicht mehr möglich war weiter zu regieren wie bisher und die Unterdrückten nicht mehr weiterleben wollten wie gewohnt.

Militär

Insgesamt war die Donaumonarchie militärisch nicht gut für einen Krieg dieses Ausmaßes gerüstet. Während die Bevölkerung

zwischen 1870 und 1914 um insgesamt 40 Prozent anwuchs, stiegen die Militärausgaben im selben Zeitraum um lediglich 12 Prozent. 49 Somit hat die Monarchie weniger für militärische Zwecke ausgegeben als irgendeine andere Großmacht (1/4 der russischen und deutschen Ausgaben; 1/3 der französischen und britischen Investitionen). 50 Zu Beginn des Krieges dienten 1,8 Millionen Mann in der österreichisch-ungarischen Armee, an Bodentruppen stand ein Kontingent von 48 Infanterie Divisionen zur Verfügung (vgl: Russland 93, Frankreich 88). 51

Diese Militärmaschinerie wies sehr schnell grobe quantitative und qualitative Mangelerscheinungen auf. Zu den Problemen eine multinationale Armee zu führen (von 1.000 Soldaten kamen 267 aus den deutschen Gebieten, 223 aus Ungarn, 135 aus Tschechien, 85 aus Polen, 81 waren Ruthenen, 67 Kroaten und Serben, 38 stammten aus der Slowakei, 26 aus Slowenien und 14 aus Italien 52) kamen auch noch massive Verluste in den ersten Kriegsmonaten und eine für die Mittelmächte insgesamt problematische Kriegslage hinzu. So hat die Habsburger Armee in den ersten sechs Monaten des Krieges um 750.000 Mann verloren, unter denen sich zum Teil trainierte Offiziere und Kader befanden. 53

„Bei Betrachtung der moralischen Verfassung des öst.-ung. Heeres ist daran zu erinnern, daß dieses gegen Ende des opferreichen Feldzuges 1914 zu einer Landsturm- und Milizarmee geworden war. An dieser Tatsache hat sich während des Karpathenwinters bei der täglich und stündlich herrschenden Not an Mann nichts bessern lassen. Es war im Gegenteil der ohnehin schon schwache Stamm an geeigneten Offizieren und gedienter Mannschaft noch geschwächt worden.“ 54

Natürlich hatte auch die schlechte Lage der gesamten Wirtschaft, die sich vor allem seit Ende 1916 akut äußerte, Rückwirkungen auf das Militär. Vor allem der miserable Zustand des Transportsystems der Monarchie kann dafür verantwortlich gemacht werden, dass Kriegsmaterial sich oftmals verspätete. Im August 1915 hat das Armee Oberkommando den Mangel an Eisenbahnwaggons als wichtigste Ursache für die verspätete Lieferung von Kriegsmaterial benannt und darauf hingewiesen, dass die Ursache des Mangels nicht zu geringe Produktion, sondern die fehlenden Waggons im Transportwesen sind. 55 Gleichzeitig konnten die bestehenden Waggons aufgrund der immer schlechter werdenden Bremsleistung (nur an einem von vier Waggons waren Bremsen montiert) nie mit voller Geschwindigkeit fahren, was zu weiteren Verzögerungen führte. 56

Die revolutionäre Situation 1918 beschleunigte den Prozess des Zusammenbruchs auf militärischer Ebene aufgrund zweier Faktoren. Erstens wurden sieben Kampfdivisionen für interne Zwecke verschoben 57, zweitens kam es schon zu Beginn des Jahres 1918 im Rahmen des Jännerstreiks zu Verbrüderungen zwischen Streikenden und Soldaten, die sich weigerten auf die Menge zu schießen und die Anordnungen ihrer Offiziere somit missachteten. 58 Dies ist mitunter ein Indikator, welcher der Charakterisierung des Jahres 1918 (beginnend mit dem Jännerstreik) als revolutionäre Situation eine wichtige Legitimation verleiht. In allen sich zuspitzenden sozialen Kämpfen (zu dieser Zeit vgl. z.B. Russland, Deutschland) ist das Auseinanderbrechen der militärischen Befehlsgewalt ein zentrales Merkmal von gesellschaftlichen Umbruchsituationen. Sieht man den Staat als eine „aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht“ 59 und begreift man den Polizei- und Militärapparat als bewaffnete Formation zur Sicherung dieser staatlichen Macht, so drückt die Durchbrechung der Befehlsgewalt einen Legitimationsverlust der bürgerlichen Machtorgane aus, der meist in der Schaffung von Doppelmachtorganen, um das entstandene Vakuum zu füllen, seinen Höhepunkt findet. Wie sich zeigen wird, waren es gerade die Arbeiter- und Soldatenräte, die diese Doppelmachtfunktionen erfüllten und die Möglichkeit zur Machtergreifung eröffneten.

Wirtschaft

Am Vorabend des Weltkrieges zeichnete sich die Wirtschaft der Monarchie durch eine starke Arbeitsteilung auf Grundlage komparativer Kostenvorteile aus. Die Entwicklung der wirtschaftli-

chen Leistung der Monarchie weist somit starke regionale Unterschiede auf. Während man zweifelsohne für die cis- und transleithanischen Gebiete insgesamt von einem industrialisierten Agrarstaat sprechen muss, stellt sich die Sache vor allem in den fortgeschrittensten Kronländern anders dar. Insbesondere die industrialisierten Teile Niederösterreichs, der Steiermark, Kärntens, Böhmens, Mährens und Schlesiens waren den westeuropäischen Staaten technologisch ebenbürtig. 60 Diese partikuläre Analyse der Wirtschaftsleistung ist deshalb legitim, da die Hauptmasse des Kriegsmaterials eben in jenen Gebieten der Monarchie erzeugt wurde. Ein 45%iger Anteil am gesamten Volkseinkommen unterstreicht zusätzlich die zentrale Rolle der böhmischen und mährischen Produktion.⁶¹

Das Gesamtgebiet der Monarchie war jedoch vor Kriegsbeginn immer noch stark agrarisch geprägt und hinter den restlichen westeuropäischen Staaten stark zurückgeblieben, wenn auch in den Jahren zwischen 1890 und 1913 ein Aufholprozess festzustellen ist. Trotzdem lag die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten für die österreichischen Gebiete bei immer noch 53% im Gegensatz zu 24% in der Industrie, in Ungarn gar bei 61% landwirtschaftlicher und 16% industrieller Beschäftigung. 62 Gleichzeitig war die städtische Bevölkerungskonzentration noch wenig ausgeprägt. 1910 lebten noch 62% der ungarischen und 73% der österreichischen Bevölkerung (Wien ausgenommen) in Gemeinden mit einem Bevölkerungsstand von weniger als 5.000 Personen. 63

Im Krieg selbst musste diese stark arbeitsteilige Wirtschaftslage unbedingt zu einer stark zentralisierten Kontrolle führen, um die Produktion aufrechtzuerhalten und die zweckmäßige Verteilung sicherzustellen. Um die Distribution der Waren für militärische Zwecke zu gewährleisten wurden drei Warengruppen geschaffen, um den kriegswichtigen Lieferungen eine höhere Priorität einzuräumen. 64 Die diesen ökonomischen Bedingungen entsprechende politische Herrschaftsform wurde in der Form eines *stark zentralisierten und militärisch durchwachsenen Staatskapitalismus ohne demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten* gefunden. Zentrale Bestandteile dieses Systems waren das Armeeeoberkommando unter der Leitung von Erzherzog Friedrich, der militärische Generalstab (und besonders dessen Chef Conrad v. Hötzendorf) und die Zentralen für die Beschaffung von Rohstoffen. Bereits im November 1914 wurde eine österreichische Metallzentrale gegründet, deren Aufgabe in der Beschaffung von Buntmetallen zur Deckung der industriellen Bedürfnisse lag. 65 Das Parlament wurde ausgeschaltet und durch die kombinierte Herrschaftsstruktur Kaiser-Ministerpräsident-Armeeeoberkommando-Generalstab ersetzt.

Betrachtet man die Kriegswirtschaft im Rückblick, so lassen sich vier Phasen 66 der Entwicklung feststellen. Die erste Phase dauerte bis zum Winter 1914/15 und zeichnete sich durch eine Erschöpfung der vorhandenen Bestände aus. Beispielhaft für diese Phase war die am 1. August erlassene Notverordnung, die Vorschriften bezüglich der Aufnahme von Vorräten machte und die Bevölkerung unter Strafdrohung anwies Vorratsansammlungen auszuliefern. 67 Beginnend mit dem Jahr 1915 setzte eine kräftigere Kriegskonjunktur ein, die in den meisten Branchen Ende 1916 zu einer Hebung der Produktionszahlen über den Vorkriegsstand hinaus resultierte. Beispielhaft dafür sei die Erzeugung von Rohstahl und Steinkohle und die Rüs-

tungsproduktion genannt, wobei letztere erst 1917 ihren Höhepunkt erreichte (siehe Tabelle 2 und 3).

Eine akuter werdender Mangel an Nahrungsmitteln für die Zivilbevölkerung charakterisiert die dritte Phase der Kriegswirtschaft, die mit Ende des ersten Quartals im Jahr 1915 festzumachen ist und in der vierten Phase in eine absolute Not überging. In diesen Phasen nahmen die zentralstaatlichen Verfügungen zur Regelung der Lebensmittelversorgung nochmals einen neuen Aufschwung, da man sich mit zentralen Versorgungsschwierigkeiten im Bereich der Fleisch-, Fett-, Milch- und Futtermittelversorgung konfrontiert sah. So wurden Verordnungen erlassen, die Bebauung von brachliegenden Grundstücken, Sparmaßnahmen beim Fleischverbrauch (zwei fleischlose Tage) oder auch die Streckung von Lebensmitteln vorsahen. 70 In diese Periode fällt auch die Einführung von Lebensmittelkarten. Am 11. April 1915 wurde die Brotkarte, im März 1916 die Zuckerkarte, im Mai 1916 die Milchkarte und im September 1916 die Fettkarte eingeführt. In den Jahren 1917/18 erfolgte schließlich noch die Einführung der Kartoffel-, Marmelade- und Fleischkarte. 71 Auf den Karten waren zusätzlich zur entsprechenden Anzahl von abreißbaren Abschnitten auch Angaben über das Geltungsgebiet und die Gültigkeitsdauer abgedruckt. Um eine Verwendung über die Geltungsdauer zu vermeiden, wurde die Kartenfarbe variiert. 72

Gleichzeitig wurden unterschiedliche Kategorien von Kartenbezieher eingeleitet. Bei landwirtschaftlichen Produkten unterschied man zwischen „Selbstversorgern“ und „Nicht-Selbstversorgern“. Unter die Kategorie der Selbstversorger (36% aller Kartenbezieher Cisleithaniens) fielen alle „Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe“ und ihre Angehörigen und Hilfskräfte (soweit sie auf Verköstigung im Haushalt des Dienstgebers oder auf Naturallohn Anspruch hatten). 73 Später wurde auch noch die Kategorie „Schwerarbeiter“ eingeführt, in der alle Personen „mit einer besonderen Inanspruchnahme der körperlichen Kräfte“ 74 zusammengefasst wurden.

DER JÄNNERSTREIK

Lage der Arbeiterklasse in den letzten Kriegsjahren

Die immer prekärere Lage der militärisch organisierten Wirtschaft musste unmittelbar jene am härtesten treffen, deren Möglichkeiten zur Versorgung von deren Einkommen einerseits und von den staatlichen Quotenregelungen andererseits abhängig war. Zu dieser schlechten ökonomischen Lage der Arbeiterklasse kam noch eine brutale Unterdrückung durch das 1912 erlassene Kriegsdienstleistungsgesetz (KLG), das die Inanspruchnahme für den Waffendienst untauglicher ziviler Personen unter 50 für die Industrie, die Verpflichtung zum Verbleiben in Arbeitsverhältnissen und die Unterstellung der Arbeiter unter militärische Disziplin ermöglichte. Gleichzeitig wurde für die dem Kriegsdienstleistungsgesetz unterstellten Arbeiter bis 1916 nur der niedrigere militärische Sold bezahlt, eine Maßnahme die in Deutschland durch die Gewerkschaften abgewendet werden konnte. 75 Kurz und gut wurden die Fabriken in Kasernen ver-

Tabelle 2: Produktion von Rohstahl und Steinkohle im Jahr 1916 (1913=100) (68)

Produkt	Index
Rohstahl	149
Steinkohle	108

Tabelle 3: Produktion von Gewehren, Maschinengewehren u. Geschützen im Jahr 1917 (1915=100) (69)

Produkt	Index
Gewehre	120
Maschinengewehre	413
Geschütze	445

wandelt, in denen es zu regelmäßigen Erniedrigungen (Beschimpfungen, Ohrfeigen, etc) der Arbeiter durch das eingesetzte Militärpersonal kam. 76 Zusätzlich war mit der Militarisierung der Betriebe auch ein Verbot der politischen Betätigung verbunden. Verstöße gegen die Bestimmungen des KLG wurden durch die (meist pensionierten) Offiziere mit „Einrückendmachung“ (Einziehung zum Militärdienst) bestraft.

Während des Krieges setzte sich der Strukturwandlung in der Zusammensetzung der Arbeiterklasse fort. Vor allem der Anteil von Frauen und Jugendlichen, die in vielen Arbeitskämpfen eine initiativ Rolle spielten, nahm deutlich zu. Dass es nicht zu einem massiven Zuwachs kam, lag vor allem daran, dass der Ausfall der männlichen Arbeiter durch Rationalisierung, Verlängerung des Arbeitstages und Intensivierung der Arbeitsleistung kompensiert werden konnte. Nichtsdestotrotz war ein Anstieg der lohnabhängigen Frauen nicht zu übersehen. Oftmals von der Landwirtschaft kommend, arbeiteten Frauen in immer größerem Ausmaß nun auch in der Industrie, was den Frauenanteil von 30% (1914) auf 34% (1916) anwachsen ließ. 77 In Wien war der Anstieg der Frauenarbeit noch größer. Waren vor Kriegsbeginn 29,9% aller Frauen bei der Wiener Allgemeinen Arbeiter-Krankenkasse unfallversichert, so erhöhte sich die Zahl Ende 1917 auf 42,6%. 78 Die Lage der Frauen war mehr als prekär. Einerseits lag ihr Gehalt weit unter jenem ihrer männlichen Kollegen und andererseits traf sie die Doppelbelastung von Lohn- und Reproduktionsarbeit. So kamen zu einer manchmal bis zu 16-Stunden umfassenden Arbeitszeit auch noch die Kinderversorgung und das stundenlange Schlagenstehen vor den Lebensmittelgeschäften.

Gewerkschaften, Vertrauensleute und Beschwerdekommisionen

Der höhere Anteil von Frauen schlug sich auch in der gewerkschaftlichen Organisierung nieder, die ab 1917 wieder einen zahlenmäßigen Aufschwung erfuhr (siehe Tabelle 4). Der Grund für diesen Aufschwung ist unter anderem in der sich ändernden militärischen Lage, der größeren Friedenssehnsucht und einer Veränderung der Position der Partei hin zum Pazifismus zu suchen. Gleichzeitig hat auch die Monarchie aufgrund vermehrt auftretender Proteste immer mehr auf die Institutionalisierung des Klassenkonfliktes im Betrieb gepocht und teilweise sogar die Einrichtung von Vertrauensleuten und Fabriksausschüssen angeordnet. Im Jänner 1916 z.B. befahl (!) die Heeresverwaltung die Wahl von Vertrauensleuten in der Munitionsfabrik Wöllersdorf. 79 Trotz des hohen Anteils von Frauen v.a. in den Munitionsfabriken waren sie in den einzelnen betrieblichen Vertretungsstrukturen jedoch deutlich unterrepräsentiert. Den Höhepunkt der Institutionalisierung der betrieblichen Interessenskonflikte bildete die im März 1917 eingerichteten Beschwerdekommisionen, die von Arbeiter- und Unternehmensseite paritätisch besetzt wurden.

Die Gewerkschaften und die Vertrauensleute müssen in vielen Fällen als Organe der *Klassenkollaboration* bezeichnet werden, die von der Sorge um die „ruhige und ungestörte Fortsetzung der Produktion“ 81 als „ein unerlässliches Gebot des Staatsbedürfnisses“ 82 getrieben waren. Nachdem das Streikniveau in den ersten zwei Jahren des Krieges massiv gesunken war, mussten sich die mit dem Maistreik 1917 wieder aufflammenden Streikbewegungen somit auch oftmals gegen ihre offiziellen Führungen durchsetzen. Die Streikstatistik, die seit ihrer Einführung 1894 den zweithöchsten Wert im Jahr 1917 verzeichnete, lässt darauf schließen, dass sie damit durchaus erfolgreich waren. 83 Diese Bewegungen erkämpften trotz des repressiven Kriegsregimes umfangreiche sozialrechtliche Besserstellungen für die Arbeiterklasse. Hierbei

sind zu erwähnen: Das Verbot der Nacharbeit im Bäckergewerbe (8. Februar 1917), die Errichtung von Beschwerdekommisionen (18. März 1917), Verbesserungen in der Kranken- und Unfallversicherung der Arbeiter, die Mieterschutzverordnung (26. Jänner 1917) und die Errichtung eines eigenen Ministeriums für soziale Fürsorge (27. Dezember 1917). 84

Vorbereitungen des Jännerstreiks

Nachdem es bereits im März, April, Mai, Juni, Juli und August 1917 zu für die damaligen Umstände imposanten Streikbewegungen (im Mai waren 42.000 Wiener Industriearbeiter im Ausstand) kam, folgten bald Versuche sich unabhängig von Partei und Gewerkschaft zu organisieren. Anschließend an den Streik der Arbeiter der Alpine-Montan im August in Neuberg fand zu diesem Ziel am 5. September 1917 eine der bedeutungsvollsten Versammlung der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung statt, deren Ergebnis die weitere gesellschaftliche Entwicklung nachhaltig beeinflussen sollte. In einem kleinen Gasthaus in St. Egyden versammelten sich 35 Männer und hielten eine Konferenz mit einem einzigen Tagesordnungspunkt ab. Der Punkt dieser kurzen Agenda war der „Beratung und Beschlussfassung von Maßnahmen, um den Krieg zu beenden“ gewidmet. 85 Teilnehmer dieses Treffens waren Buchleitner, Urbanek und Wandera aus der dem KLG unterstehenden Daimler-Motorenfabrik, Richter, Zehnder, Stochor aus dem Ternitzer Schoeller-Bleckmann Stahlwerk, Wehdam aus der Wöllersdorfer Munitionsfabrik und einige Vertrauensmänner aus Wiener Betrieben. Die Leitung der Konferenz besorgte der Gebietsobmann der Metallarbeitergewerkschaft, Eduard Schönfeld, der selbst zwischen 05.08.1907 und 11.12.1908 in den Daimler-Werken beschäftigt war. 86 Das Resultat der Konferenz war die Wahl einer siebenköpfigen Leitung, die sich anschließend an die Konferenz weiterhin mit der Frage eines politischen Generalstreiks befassen sollte.

Die Initiative für diese Konferenz setzte das oben beschriebene „Aktionskomitee der Linksradiakalen“, das während der Streikbewegungen im Jahr 1917 eine engere Verbindung zu Teilen der Arbeiterklasse des südlichen Wiener Beckens erlangen konnte. So wurde nach dem erfolgreichen Streik der Elektriker in Wöllersdorf, der die Antwort auf ein Explosionsunglück in der Blumauer Pulverfabrik am 17. Juli 1917 darstellte, erstmals ein Vertreter der Linksradiakalen dem Streikkomitee beigezogen. 87 Die Konferenz in St. Egyden ermöglichte es den Linksradiakalen ihre Verankerung weiter zu vertiefen. Schon im Herbst 1917 traten Arbeitervertrauensmänner des Traisental (Eisenwerk St. Aegydt, Feilenfabrik Hohenberg, Stahlgießerei Traisen, Firma Neumann in Marktl) dem Aktionskomitee bei. 88

Die Tätigkeit der Linksradiakalen und insbesondere jene des Eduard Schönfeld hat schon sehr bald die Aufmerksamkeit der Spitze der Daimler-Werke auf sich gezogen. Einer dieser Spitzel schrieb an den militärischen Leiter des Betriebs:

„Die Daimlerarbeiter sind brav, aber die Hetzer, diese Hunde, sind bestochen und wollen einen Frieden um jeden Preis...da ist ein gewisser Schönfeld, das ist der Führer, der hält alle Hetzreden, der verteilt Flugschriften, er ist der ganze Schaden, um den kümmern Sie sich...“ 89

Tabelle 4: Mitgliederzahlen der Gewerkschaften in der österreichischen Reichshälfte (80)

	Männer	Frauen	Gesamt
1913	372.216	42.979	415.195
1914	210.421	30.260	240.681
1915	151.424	25.689	177.113
1916	138.789	28.148	166.937
1917	232.066	79.002	311.068
1918	307.044	105.866	412.910

Frieden ohne Annexionen und Kontributionen

Wie die Diskussionen bei der Konferenz in St. Egidien zeigten, stand die Forderung nach Beendigung des Krieges im Vordergrund. Im Gegensatz zu den Streikbewegungen, die sich vor allem über ökonomische und betriebliche Fragen entzündeten, wurde somit bewusst ein politischer Punkt in den Vordergrund gerückt.

Kurz nach der St. Egidener Konferenz hat sich die weltpolitische Situation durch die Machtergreifung der Bolschewiki in Russland während der Oktoberrevolution grundlegend verändert. Das erste Dekret, das die junge Sowjetmacht verabschiedete, war das Dekret über den Frieden. In diesem von Wladimir Iljich Lenin verfassten Dekret werden alle kriegführenden Nationen aufgefordert, einen „sofortigen Frieden ohne Annexionen (...) und ohne Kontributionen“ 90 zu schließen. Die Fortführung des Krieges bezeichnet das Dekret als Verbrechen.

„Diesen Krieg fortzusetzen, um die Fragen zu entscheiden, wie die starken und reichen Nationen die von ihnen annektierten schwachen Völkerschaften unter sich aufteilen sollen, hält die Regierung für das größte Verbrechen an der Menschheit, und sie verkündet feierlich ihre Entschlossenheit, unverzüglich die Bedingungen eines Friedens zu unterzeichnen, der diesem Krieg unter den obengenannten, für ausnahmslos alle Völkerschaften gleich gerechten Bedingungen ein Ende macht.“ 91

In der Zwischenzeit ist auch die österreichische Sozialdemokratie auf einen pazifistischen Kurs zurückgekehrt. Die Parteiführung hat sich auf dem sozialdemokratischen Parteitag im Oktober 1917 in wichtigen Fragen der linken und pazifistischen Strömung angepasst.⁹²

Nach der Aufforderung zum Friedensschluss durch Sowjet-Russland kommt es am 22. Dezember 1917, zwei Monate nach dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie, zu den ersten Verhandlungen in Brest-Litowsk zwischen den Mittelmächten und Sowjet-Russland. In den deutschsprachigen Gebieten der Monarchie scheinen die Arbeiter relativ gut über die Entwicklungen in Brest-Litowsk informiert gewesen zu sein, da die Arbeiter-Zeitung regelmäßig Bericht erstattete und auch in den Kinos vor den Filmen über die Friedensverhandlungen berichtet worden ist. Nach der Forderung der deutschen Vertreter nach Abtrennung russischer Gebiete und einer darauf folgenden Verhandlungsunterbrechung durch die russische Delegation, kehrte dieselbe unter der Führung Leo Trotzki wieder an den Verhandlungstisch zurück. Nachdem jedoch der deutsche Generalmajor Hoffmann am 12. Jänner bekanntgab, dass er nicht bereit wäre, seine Truppen aus den besetzten Gebieten zurückziehen, löste dies eine spontane Empörung der Arbeiterklasse auch der europäischen Länder inkl. Österreichs aus.

Während schon zuvor umfangreiche Vorbereitungen zur Durchführung eines Streiks getroffen wurden und sich die revolutionären Organisationen zu einer einheitlichen Organisation namens „Arbeiter- und Soldatenrat“ zusammengeschlossen haben, entschied man sich nun aufgrund der Verhandlungsergebnisse von Brest-Litowsk den schon seit der Konferenz in St. Egidien geplanten Streik nun früher beginnen zu lassen.

Streikverlauf und Entstehen der Räteorganisation

Nach mittlerweile langen Vorbereitungen gingen die Linksradikalen daran, den Streik in die Praxis umzusetzen. Am 13. Jänner schickt Schönfeld eine Delegation von Vertrauensmännern aus Ternitz und Wiener Neustadt nach St. Egidien und nach Wien, um die Nachricht zu überbringen, dass in Wiener Neustadt am 14. Jänner mit dem Generalstreik begonnen wird. Zusätzlich zu den Forderungen nach Waffenstillstand und Frieden entfalteten die seit 9. Jänner bekannten und am 14. Jänner erfolgten Kürzungen der Brot- und Mehrlationen weitere Funken der Empörung. Für Selbstversorger wurde die Quote für Brot von 300 auf 225, für Nicht-Selbstversorger von 200 auf 165 und für Schwerarbeiter von 300 auf 264 Gramm pro Tag gekürzt. Zusätzlich wurde die Mehrlation auf 250 Gramm pro Woche halbiert. 93

Entgegen oft vertretener Anschauungen war der Jännerstreik jedoch keine spontane Reaktion auf die Quotenkürzungen, sondern eine schon seit langem durch die Wr. Neustädter Linksradikalen geplante und nun vor dem Hintergrund einer allgemeinen Empörung ausgelösten Massenaktion. Gleichzeitig dominierten klar politische Motive während des Streiks und hier vor allem die Forderung nach einem allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen. Schon die Sozialdemokratie hatte aufgrund der Entwicklungen in Brest-Litowsk für 13. Jänner fünf Versammlungen in Wien einberufen, die von den Linksradikalen als Möglichkeit zur Agitation genutzt wurden. Gleich am nächsten Tag veröffentlichten sie ein Flugblatt, das sich gegen die pazifistischen Anschauungen der Sozialdemokratie richtete. 94

Trotz gewisser Einwände der Wiener Vertrauensmänner gegenüber dem Streik, versammelten sich am Morgen des 14. Jänner 4.500 Daimler-Arbeiter im Fabrikshof und hielten eine (natürlich illegale) Betriebsversammlung ab, die von den Vertrauensmännern einberufen worden war. Nach stürmischen Verhandlungen beschloss die Versammlung einstimmig den Streik und zog zu einer Demonstration zum Hauptplatz los, wo sich insgesamt 10.000 Arbeiter versammelten. 95 Auf Transparenten und Flugblättern wurden Losungen nach sofortigem Frieden erhoben, der Bürgermeister wurde von einer Delegation aufgefordert, eine Antwort der Regierung auf die Forderungen der Arbeiterschaft zu verlangen. Sich der explosiven Lage bewusst, sandte die Regierung unmittelbar 1.000 Soldaten mit zwei Maschinengewehrzielen nach Wr. Neustadt, um die Lage zu beruhigen. 400 Mann einer vor Ort stationierten bosnischen Militäreinheit erhielt den Befehl mit der Bajonette den Hauptplatz zu räumen. 96 Es kam zu Handgemengen und Tumulten, einige Fenster gingen zu Bruch.

Noch am selben Tag schlossen sich andere Fabriken aus dem südlichen Wiener Becken der Streikbewegung an. An dem Ausstand beteiligten sich 1.700 Arbeiter der Lokomotiv- und Maschinenfabrik, 1.200 Arbeiter der Flugzeugwerke, 300 Arbeiter der Radiatorenfabrik, 1.100 Arbeiter der Munitionsfabrik Roth und 40.000 Arbeiter der Wöllersdorfer Munitionsfabrik. 97

Vom Hauptplatz zogen die streikenden Arbeiter weiter zum Arbeiterheim und wählten auf Antrag Schönfelds je einen Vertreter aus den betrieblichen Streikleitungen in den Arbeiterrat. Die Entstehung des Arbeiterrats muss als Kombination aus fehlender Unterstützung für den Streik von Partei, Gewerkschaft und den meisten Fabriksausschüssen und bewusster Intervention der Linksradikalen angesehen werden. Nach den lebendigen Erfahrungen der russischen Rätebewegung verschmolz somit ein politischer Verallgemeinerungsprozess, der die Notwendigkeit der Räteorganisation anerkannte, mit einer sich rasch ausbreitenden Massenbewegung, die zu radikalem Protest gegen den Krieg und die schlechte Versorgungslage bereit war und sich Massenorgane zur Organisation des Streiks schuf. Im Wiener Neustädter Arbeiterrat hatten die Linksradikalen bedeutenden Einfluss, da zwei ihrer Mitglieder (Schönfeld und Urbanek) der Leitung angehörten. Sie stellten auch die Verbindung mit den Wiener Linksradikalen her und organisierten einen Kurierdienst, der Betriebe in Wien und in den oberösterreichischen Industriegebieten zum Anschluss an den Streik aufgefordert hat. 98 Am 14. und 15. Jänner standen alle Betriebe in Berndorf, Hirtenberg, Enzesfeld, Leobersdorf, Neunkirchen, St. Veit, Ternitz, Wimpassing, Weißenbach und Wöllersdorf still. Ein wenig später schloss sich auch noch zahlreiche Betriebe in Brunn am Gebirge, Gumpoldskirchen, Klosterneuburg, Blumau, Ebreichsdorf und Marchegg der Streikbewegung an. 99

Die Sozialdemokratie reagierte auf den Streiks bereits am 15. Jänner mit einem Artikel für die am nächsten Tag erscheinende Arbeiter-Zeitung. Die Zensur ließ den Artikel mit einigen Einschränkungen passieren, nachdem selbiger in einem Telegramm an Graf Czernin als „Preis für Einwirkung sozialdemokratische[r] Führer auf [die] Streikbewegung“ 100 bezeichnet wurde. Kurz und gut: Die Regierung ließ den relativ radikal geschriebenen Artikel passieren, da sie sich eine Beruhigung der Bewegung durch die Sozialdemokratie erhoffte. Im Zusammenhang mit dem ausge-

brochenen Streik erwähnt der mit Zensurlücken abgedruckte Artikel der Parteivertretung lediglich, dass „die Verpflegungsschwierigkeiten der jüngsten Zeit (...) in weiten Kreisen der Arbeiterschaft große Beunruhigung hervorgerufen“ 101 haben, verliert jedoch kein einziges Wort über den Streik selbst. Ungefähr zwei Drittel des Artikels behandeln die Frage des Krieges und erklären, dass wenn die Regierung nichts anderes im Sinne haben würde „als die Verteidigung unseres Landes und der Länder unserer Verbündeten, dann kann der Friede mit Rußland noch heute geschlossen werden.“

102 Der wortradikale Artikel endet mit einer Aufforderungen an die „Arbeiter und Arbeiterinnen (...) überall und immer wieder laut und nachdrücklich eure Stimme zu erheben und mit uns zu kämpfen: Für die schnellste Beendigung des Krieges! Für den Frieden ohne offene und ohne verhüllte Eroberungen! Für den Frieden auf der Grundlage des unverfälschten Selbstbestimmungsrechts der Völker!“ 103

Einerseits durch die Intervention der Linksradiكالen, andererseits durch den Artikel in der Arbeiter-Zeitung breitete sich der Streik trotz der vorherigen Bedenken der Wiener Vertrauensmänner nun auch in den Wiener Betrieben rasch aus. Die ersten Betriebe, die in den Streik traten waren das Arsenal mit 15.000 und die Fiatwerke in Floridsdorf mit 2.000 Arbeitern. Am Abend des 16. Jänner befanden sich in Wien insgesamt bereits 84.300 Arbeiter und Arbeiterinnen im Ausstand. 104

Das Ziel der Sozialdemokratie war klar abgesteckt. Durch eine Intervention in die nicht mehr aufzuhaltende Streikbewegung sollte die Kontrolle über dieselbe erlangt werden, „um die Bewegung zu erfassen, zu leiten und vor Mißdeutung wie vor Abirrungen zu schützen“ 105 Um dieses Ziel zu erreichen, wurde versucht der Bewegung klar abgesteckte Ziele zu geben. In der Arbeiter-Zeitung vom 17. Jänner wird ein 4-Punkte-Forderungskatalog formuliert, unter dessen Erfüllung der Parteivorstand „eine Beruhigung der Arbeitermassen“ 106 für möglich hält. Diese Forderungen waren zusammengefasst: 107

1. Die Regierung darf die Friedensverhandlungen nicht an territorialen Forderungen scheitern lassen
2. Eine Verbesserung der Versorgungssituation und eine Gleichstellung der Selbstversorger mit der übrigen Bevölkerung
3. Demokratisierung des Gemeindevahlrechts nach dem Grundsatz des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts
4. Aufhebung der Militarisierung der Betriebe

Zusätzlich wurde auch noch ein Aufruf an die „Vertrauensmänner der streikenden Arbeiter“ gerichtet, sich „um 9 Uhr vormittags in den Parteilokalen der betreffenden Bezirke einzufinden und dort Bezirkskomitees zu wählen, die für die ordnungsgemäße Regelung des Ausstandes Sorge tragen sollen.“ 108 Auch hier tritt die Strategie der Parteiführung deutlich in den Vordergrund. Auf Grundlage der durchaus realistischen Einschätzung, dass man die Herausbildung von Räten, die in Wiener Neustadt und Umgebung bereits zur Tatsache geworden waren, nicht mehr verhindern könnte, tat die Parteiführung alles, um diese entstehenden Organe selbst kontrollieren zu können.

Laut den Angaben der Broschüre von Karl Renner ging die Anzahl der Versammlungen in die Hunderte, allein in Favoriten kam es zu 53 Zusammenkünften, um die weitere Vorgehensweise zu diskutieren, die Vertrauensmänner auf die politische Linie des 4-Punkte-Programms einzuschwören und um Arbeiterräte zu wählen. Bei der Wahl des Arbeiterrates sicherte sich die Parteiführung zusätzlich zu den in Urwahlen gewählten Vertretern zahlreiche Mandate, eine Strategie zur bürokratischen Kontrolle der Räte die später weiter institutionalisiert werden sollte. 109 Mit 17. Jänner war die Rätebewegung nun zu einer machtvollen Tatsache geworden. Was jetzt aus Sicht der Sozialdemokratie noch fehlte, war die breite Zustimmung zu ihrem 4-Punkte-Programm und eine Zusage der Regierung diese Forderungen zu erfüllen, damit die Streiks wieder beendet werden konnten. Es wurde daher eine Sitzung aller Mitglieder des Arbeiterrates für den nächsten Tag einberufen, um einen positiven Entschluss zum 4-Punkte-Programm herbeizuführen und sich somit durch den Arbeiterrat eine höhere moralische Autorität zu sichern.

Die Linksradiكالen reagierten auf diese verräterischen Intentionen der sozialdemokratischen Parteiführung mit einem eigenen Flugblatt, indem ein alternatives 4-Punkte-Programm formuliert

wurde:

1. „Die Friedensdelegierten sind vom Volk zu wählen!
2. Auf allen Fronten ist sofort Waffenstillstand zu schließen!
3. Das Kriegsleistungsgesetz und die Militarisierung der Betriebe sind sofort aufzuheben! Alle Beschränkungen des Koalitionsrechtes und der politischen Freiheit sind abzuschaffen!
4. Friedrich Adler und alle anderen sind sofort freizulassen!“ 110

Darüber hinaus beinhaltet das Flugblatt auch ein klares Bekenntnis zu den Grundsätzen der bolschewistischen Delegation in Brest-Litowsk: „Das Interesse der Volksmassen vertreten nicht Czernin und Kühlmann mit ihren herrschsüchtigen Ansichten, sondern Lenin und Trotzki mit ihren internationalen Grundsätzen über das Selbstbestimmungsrecht der Völker.“ 111 Des weiteren finden sich eine klare Ablehnung gegenüber der sozialdemokratischen Parteiführung und eine Aufforderung zur Ausweitung des Streiks und zur Wahl von Arbeiterräten:

„Misstraut jenen patriotischen ‚Arbeiterführern‘, die euch seit dem ersten Tage des Krieges verraten und euch auch jetzt eure Streikgelder vorenthalten. Hört nicht auf ihre Beschwichtigungsreden, sondern bleibt fest im Streite für unsere Ziele. Habt ihr und eure Arbeiterbrüder im Schützengraben euer Leben für die Interessen eurer Unterdrücker eingesetzt? Dann fürchtet auch jetzt nicht den Säbel der Polizisten und ihre Maschinengewehre. Ihr Anderen aber steht nicht länger abseits. Heraus aus euren Werkstätten! Bringt nicht länger mehr Mordgranaten hervor! Heraus aus den Bergwerken ans Tageslicht! Lasst alle Räder stillstehen, Eisenbahnen und Straßenbahnen! Schart euch zusammen auf Straßen und Plätzen! Wählt Arbeiterräte so wie in Russland, und der Massengewalt des Proletariats wird der Sieg gehören!“ 112

Auch am 17. und am 18. Jänner breiteten sich die Streiks weiter aus. Vor allem die oberösterreichischen und steirischen Industriegebiete schlossen sich in diesen Tagen den Ausständen an. Aus Graz wurde am 18. Jänner berichtet, dass alle Betriebe in Donawitz, Bruck, Kapfenberg, Karlsdorf, Knittelfeld, Wartberg und Weiz die Arbeit niedergelegt haben. 113 Am 17. Jänner kam es auch in Galizien zu Demonstrationen und Streiks. Auch in Budapest traten die Arbeiter sämtlicher Industrierwerke in den Streik. Bereits am Vormittag schlossen sich die Straßenbahnarbeiter an, am nächsten Tag wurden auch die Warenhäuser und Banken bestreikt. Am 18. Jänner fanden in Budapest 15 Versammlungen statt. Die Parteileitung der ungarischen Sozialdemokratie verfasste einen Aufruf, in dem sie auf die Streikbewegung der österreichischen Arbeiter verwies und bestimmt feststellt, dass „die sozialdemokratischen Arbeiter Ungarns ihrem Beispiel [folgen]“ 114. Am 18. Jänner umfasste der mittlerweile überregionale Streik somit zwischen 550.000 (Angaben der Regierung) und 1.000.000 (Angaben Ernst Winkler) Arbeiter und Arbeiterinnen.

Beendigung des Streiks

Bei der ersten Sitzung des Arbeiterrates am 18. Jänner im Margaretener Eisenbahnerheim gab der Sozialdemokrat Karl Seitz Berichte über die Streiks und die bereits stattgefundenen Verhandlungen zwischen sozialdemokratischen Parteiführern und der Regierung ab. Im Namen des Parteivorstandes schlug er auch die Annahme des 4-Punkte-Programms der Sozialdemokratie vor. 115 Bei dem am Abend zuvor stattgefundenen Treffen zwischen sozialdemokratischer Delegation und Regierung wurden bereits erste vage Zusicherungen der Regierung eingeholt. Graf Czernin ließ folgendes telegraphieren:

„Ich hafte und büрге ... dafür, daß der Friede unsererseits nicht an Eroberungsabsichten scheitern wird ... Wir wollen nichts von Rußland, weder Gebietsabtretungen noch Kriegsentschädigungen. Wir wollen nur ein freundnachbarliches, auf sicherer Grundlage beruhendes Verhältnis, das von Dauer ist und auf gegenseitigem Vertrauen ruht.“

Am 19. Jänner kam es zu einer neuerlichen Sitzung des Arbeiterrates, auf der versucht wurde einen Entschluss zum Streikabbruch herbeizuführen. Während der Streik an diesem Tag seinen Höhepunkt erreichte, die Regierung sich in einer defensiven Lage befand und die Arbeiter bereit waren weiter zu kämpfen, unternahm die Parteileitung jeden Versuch, noch weitere verbale

Zugeständnisse von Seiten der Regierung zu erhalten. Zu den anderen drei Punkten aus dem sozialdemokratischen Programm gab es vage und nichtssagende Bekundungen eines guten Willens. Victor Adler, Renner, Seitz und Ellenbogen, die die Verhandlungen geführt haben, hatten nichtsdestotrotz konkrete Aussagen in der Hand, die sie der Sitzung des Arbeiterrates vorlegen konnten, um ihr Ziel der Beendigung des Streiks zu erreichen. Unter anderem gestützt auf die Nachricht von Czernin, gelang es den sozialdemokratischen Agitatoren den Arbeiterrat zu überzeugen. Nach mehrstündigen Debatten, in denen auch zusätzliche Forderungen (Achtstundentag, Freilassung Friedrich Adlers) aufkamen, nahm der Arbeiterrat das 4-Punkte-Programm als politische Grundlage an.

Trotz der vagen Versprechungen der Regierung, die eine konkrete Umsetzung der Forderungen auf einen unbestimmten Zeitpunkt verschoben hat, entschloss sich der Parteivorstand der Sozialdemokratie den Streik nun zu beenden. Erst nach dem Jännerstreik wurde bekannt, dass die Antwort der Regierung auf die Forderungen der Sozialdemokratie „nach dem Vorschlag der Arbeiterführer“ verfasst wurde. 116

Auf der seit 18 Uhr im Eisenbahnerheim Margareten tagenden Sitzung wurde bis 21 Uhr über den Streik selbst diskutiert, während die sozialdemokratischen Führer noch in Verhandlung mit der Regierung waren. Dass man Berichte über den Streik entgegennahm und über seinen weiteren Verlauf diskutierte, demonstrierte deutlich die Stimmung des Arbeiterrats vor der Beeinflussung der Sozialdemokratie – man wollte den Streik fortführen. Nach dem die Verhandlungen mit der Regierung beendet wurden, begaben sich die Verhandlungsführer ebenfalls in das Eisenbahnerheim. Bis 03.30 wurde diskutiert, bis ein Entschluss gefasst wurde: Mit 308 gegen 2 Stimmen wurde für die Beendigung des Streiks gestimmt. 117

Am nächsten Tag wurde in zahlreichen Versammlungen versucht die Arbeiter von einer Wiederaufnahme der Produktion zu überzeugen. Dabei stieß man auf durchaus breiten Widerstand der Arbeiterbasis. Rufe wie „Verräter“ oder „Räuber“ waren keine Seltenheit, linksradikale Redner heizten die Stimmung zusätzlich an. In einem Polizeibericht ist zu lesen, dass „tausende von Arbeitern im Banne von Leuten wie Baral und Genossen standen, daß nach den Reden Barals stürmische Hochrufe auf die Revolution ausgebracht und der Redner umarmt und geküßt wurde.“ 118

Franz Zehetner, ein Vertrauensmann aus dem Arsenal und Mitglied des Wiener Arbeiterrates berichtete über die Versuche des Streikabbruchs:

„Zum Abbruch des Streiks haben im Ottakringer und im Favoritner Arbeiterheim sowie im Eisenbahnerheim Berichtsversammlungen stattgefunden, wo die Vertrauensmänner das berichteten, was ihnen Viktor Adler gesagt hat, weshalb sie von den Arbeitern Verräter genannt wurden.“ 119

Trotz des Beschlusses des Arbeiterrates dauerte es bis 23. Jänner bis in Wien alle Streikenden wieder die Arbeit aufnahmen, in Ternitz, Wiener Neustadt und Neunkirchen wurde bis 24. (25.) Jänner weitergestreikt. 120 Durch die Intervention der Sozialdemokratie, das moralische Gewicht des Wiener Arbeiterrates und die Verhaftung vieler linksradikaler Führer, war die Bewegung nun zersplittert worden. Jene Teile, die entschlossen waren den Streik weiterzuführen, sahen sich bald in einer isolierten Position. Auch die Agitation von Mitgliedern der Linksradikalen den Streik wieder zu beginnen, konnte zwar einige Betriebe noch für einige Tage weiter im Ausstand halten, trug jedoch insgesamt aufgrund der stärkeren Isolierung wenig Früchte.

„Außerstande, den Streik zum Siege zu führen, mussten wir wenigstens den Versuch unternehmen, die Wiener Proletarier zum Anschluß an den Protest der Neustädter zu vermögen. Während der Arbeiterrat in Floridsdorf beriet, ob er dem Beschlusse der Wiener Arbeiterratssitzung beitreten solle, mobilisierten wir die Fabriksarbeiter, Fiat verharrete im Streik und riß die meisten der anderen Betriebe mit sich fort. Ebenso ging es in anderen Bezirken. Rothmüller wirkte beispielgebend auf einige Betriebe, das Arsenal verharrete im Kampfe, und wieder flammte die Bewegung empor. (...) Am 24. Jänner wurde überall die Arbeit wiederaufgenommen. Nur Ternitz, das allzeit getreue, das Bethlehem des Kommunismus, streikte einen Tag länger“ 121

Rolle der Sozialdemokratie

„Während des grossen Ausstandes in Deutschösterreich ist unverkennbar eine starke radikale Unterströmung wirksam gewesen, die sich mehrmals mit grosser Leidenschaft gegen die Parteimehrheit und vor allem gegen den Parteivorstand kehrte. Man hat in grossen Volksversammlungen heftige Worte gegen den Parteivorstand geschleudert, ihm vorgeworfen, dass er unentwegt ‚bremse‘ und die wahre radikale Volksstimmung nicht zum Durchbruch kommen lasse. Es hat so mancher in vielen Kämpfen ergraute Vertrauensmann vor einer erbitterten Menge zurückweichen müssen, während irgendein unbekannter Mann, wenn er nur trotzig aufbegehrt, leichthin das Feld behauptete.“ 122

Dieses aus einem Artikel von Julius Deutsch stammende Zitat benennt die zentralen Momente des Widerspruches zwischen der Radikalität der Streikbewegung und der Anschauungen der Sozialdemokratie. Es wäre noch weitere Untersuchungen wert, inwiefern es zutrifft, dass Deutsch hier von der Deckungsgleichheit zwischen den Anschauungen des Parteivorstandes und der Parteimehrheit spricht, oder ob es nicht vielmehr der Fall ist, dass auch die Mehrheit der sozialdemokratischen Parteimitglieder für die Fortführung des Streiks war.

Klar ist auf jeden Fall, dass die Parteiführung kein Interesse hatte, die im Jännerstreik entstehende Rätebewegung zu alternativen Machtorganen auszubauen und die politische Macht durch diese Doppelmachtorgane zu ergreifen. Dies ist einerseits auf die oben geschilderten Anpassungstendenzen an das System des bürgerlichen Parlamentarismus, andererseits jedoch auch auf die Ablehnung des Räteystems als Herrschaftsform in Westeuropa zurückzuführen. Statt einen revolutionären Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung anzustreben, wollte die Sozialdemokratie „von einem Schritt zum anderen zielbewußt fortschreitend, die sozialistische Gesellschaft allmählich aufbauen.“ 123

Objektiv betrachtet hat die Sozialdemokratie somit über die direkte beschwichtigende Einwirkung auf den Arbeiterrat zur Beendigung des Jännerstreiks, den Zusammenbruch der Habsburger-Monarchie hinausgezögert und sich gegen die letzte Konsequenz einer Machtergreifung entschieden. Der Linksradikale und spätere Führer der KPÖ Franz Koritschoner bewerte dies wie folgt:

„Überall erscholl der Kampfruf des illegalen Arbeiter- und Soldatenrates: Kampf gegen den imperialistischen Krieg, sofortiger Frieden mit Sowjetrußland, Frieden um jeden Preis, Wahl von Arbeiterräten und Entsendung von Arbeiterräten als Friedensmission, Aufhebung der Militarisierung, Haftentlassung aller politisch Verfolgten. Da griff die sozialdemokratische Parteileitung ein, sie hatte zuerst die Bewegung verhindern wollen, sie hatte dann die Aktion in rein wirtschaftliche umzufüßchen gesucht, sie trat an die Spitze der Bewegung, die ohne ihren Willen, gegen ihre Tendenzen des ‚Burgfriedens‘ entstanden war, um Sabotage zu üben.“ 124

Diese Rolle hat sie auch zu Beginn der 1. Republik fortgesetzt, indem sie trotz einer relativen Schwäche der österreichischen Bourgeoisie und der dadurch resultierenden Stärke der Arbeiterbewegung zwischen 1918 und 1920 eine Koalitionsregierung einging. Trotz dieses von vielen Arbeitern als „Verrat“ empfundenen Verhaltens gegenüber der Streikbewegung konnte die Sozialdemokratie ihre hegemoniale Rolle über die Arbeiterklasse behalten. Dies liegt vor allem daran, dass die Einheit der Partei gewahrt werden konnte und die austromarxistische Herangehensweise von radikaler Wortwahl kombiniert mit gemäßigter Politik innerhalb eines bürgerlich parlamentarischen Rahmens der am 3. November 1918 gegründeten Kommunistischen Partei den Wind aus den Segeln nahm.

Das Verhalten der SDAP nicht nur während des Weltkrieges, sondern vor allem auch während des Jännerstreiks demonstriert ganz deutlich, dass sie als Instrument der Revolution unbrauchbar geworden ist und sich vielmehr als entscheidendes Hindernis erwies. Vielmehr hat man versucht die Streikbewegung so schnell wie möglich zu beenden, die radikalisierten Teile der Arbeiterklasse zu kanalisieren und die entstandene Rätebewegung bürokratisch zu dominieren. Die Sozialdemokratie wurde eine konterrevolutionäre Kraft – eine Kraft also, die trotz ihrer partiellen Erkämpfung weiterer Reformen und der Organisierung

weiter Teile der Arbeiterklasse sich in allen wichtigen historischen Momenten revolutionärer Situationen auf die Seite der Abwiegler stellte, anstatt das Proletariat offen auf die Machtergreifung vorzubereiten und zu organisieren.

Das Verhalten zur Rätebewegung ist diesbezüglich besonders ausdrucksvoll. Während Räte nicht nur spontane Organe zur praktischen Organisation von Klassenkämpfen, sondern in erster Linie gesellschaftliche Doppelmachtorgane auf betrieblicher und politischer Ebene sind, versuchte die Sozialdemokratie letzteren Aspekt vollkommen auszublenden. Mit einer in den Statuten der Räte festgeschriebenen Dominanz der Sozialdemokratie, versucht man die Räte nur dann einzusetzen, wenn es zu Streikbewegungen kam, anstatt in ihnen alternative gesellschaftliche Machtorgane zur Erkämpfung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu sehen. Die Verneinung dieser revolutionären Aufgabe von Räten ist unmittelbar mit der Herausbildung der Arbeiterbürokratie verbunden, die jegliches Interesse am Sturz des Kapitalismus verloren hatte, da sie – gut integriert in den bürgerlichen Staatsapparat – selbst von ihm profitierte. Die Schaffung einer neuen revolutionären Partei wurde somit zu einer vordringlichen Aufgabe für die weitere Entwicklung des Klassenkampfes in Österreich – eine Aufgabe die bis heute nicht gelöst wurde.

Rolle der Linksradikalen

Die Linksradikalen konnten im Jännerstreik eine zu ihrer Größe überproportionale Rolle spielen. Dass dies möglich war liegt vor allem daran, dass sie schon sehr früh damit begonnen haben, eine unabhängige Organisation aufzubauen und eine eigene programmatische Grundlage als Anleitung für ihre Tätigkeiten auszuarbeiten.

Besonders soll hier noch einmal auf das Verhältnis zwischen Linksradikalen und der Sozialdemokratie eingegangen werden. Wie aus oben zitierten Flugblättern klar hervorgeht, haben die Linksradikalen in jeder Situation des Jännerstreiks die Rolle der Sozialdemokratie stark kritisiert, gleichzeitig jedoch eine Differenzierung zwischen Führung der Partei und der in ihr organisierten Arbeiter gemacht. Schon im September 1916 brachte Franz Koritschoner einen Vorschlag zur Schaffung einer gemeinsamen Plattform aller oppositioneller Sozialdemokratien ein. Dies ist insofern interessant, da es eine praktische Vorwegnahme der später von der Komintern theoretisierten Einheitsfronttaktik darstellt und die Linksradikalen damit auch in einen Gegensatz zur teilweise ultralinken Politik der später gegründeten KPÖ bringt.

Nach dem Jännerstreik wurden die meisten Führer der Linksradikalen verhaftet bzw. einrückend gemacht. Im Fall von Eduard Schönfeld bedeutete dies zum Beispiel, dass er an den weiteren Protesten und Streikbewegungen (Mai, Juni 1918) nicht teilnehmen konnte, da er von 30.01.1918-14.12.1918 in der III. Ersatzkompanie des k. u. k. Infanterieregimentes Nr. 94 dienen musste.

Diverse Versuche zur Neuorganisation der Linksradikalen, die teilweise noch illegale Arbeit in den nach der Konferenz im August 1917 ausgeschlossenen Jugendorganisationen leisteten, konnten keine Erfolge verzeichnen. Versuche einer Parteigründung wurden von der Polizei zerschlagen. Die Repression führte auch zum Abbruch vieler Kontakte der Gruppen untereinander, die Phase zwischen Sommer 1918 und der Gründung der KPÖ war eine Phase der Stagnation der Bewegung, der auch die Linksradikalen endgültig zum Opfer vielen. 125

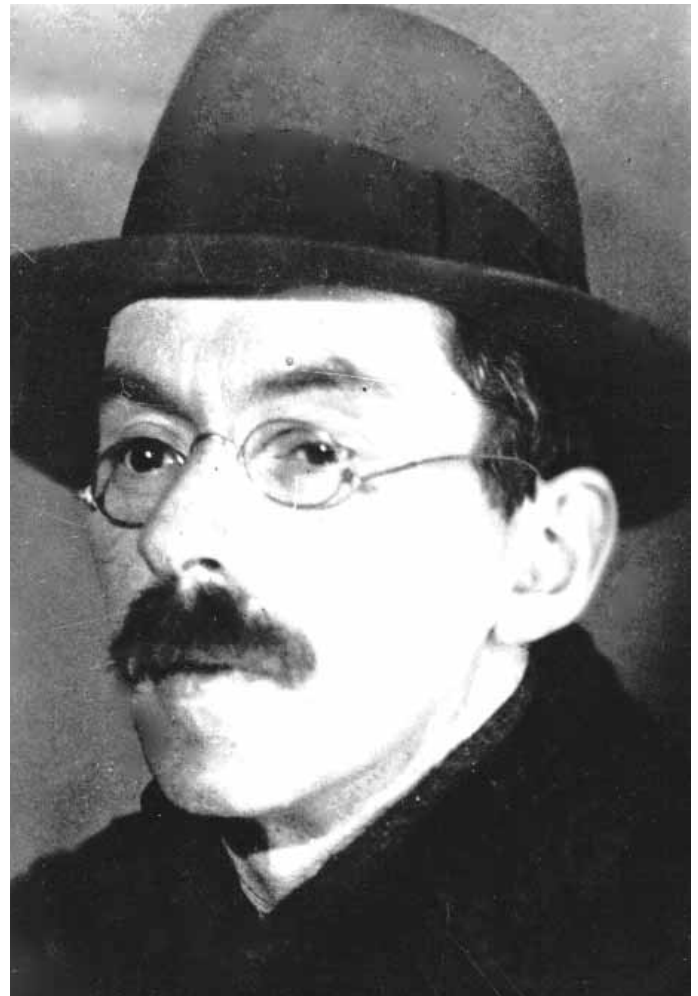
Als zentrale Lehre der Tätigkeiten der Linksradikalen bleibt für heute die Erkenntnis der absoluten Notwendigkeit eines subjektiven Faktors in den Kämpfen der Arbeiterklasse. Während spontane Empörung über Repression im Betrieb, den schlechten Zuständen der Lebensmittelversorgung und die Ablehnung einer Fortführung des Krieges sich immer wieder Bahn brachen, wurde ein verallgemeinerter Ausstand unter politischem Vorzeichen erst durch die bewusste Intervention der Linksradikalen losgetreten. Die Unterordnung zuerst des Wiener und späterer anderer Arbeiterräte unter das 4-Punkte-Programm der Sozial-

demokratie hat die nach wie vor bestehende Schwäche der Linksradikalen als subjektiven Faktor aufgezeigt. Während es unter schwierigen Bedingungen, die der Erste Weltkrieg hervorgerufen hat, gelungen ist, wichtige Revolutionärinnen und Revolutionäre in einer einheitlichen Organisation zusammenzufassen und ein einheitliches Programm auszuarbeiten, konnte der Schritt zur politischen Partei mit relevanter Verankerung innerhalb der Arbeiterklasse nie genommen werden. Schuld daran sind neben der geringen Größe der Linksradikalen auch objektive Umstände (Repression nach dem Jännerstreik) und die fehlende Herausbildung eines wirklich linken Flügels (ähnlich wie Luxemburg und Liebknecht in Deutschland) innerhalb der Sozialdemokratie. Anstatt dass es zum Bruch kam, war der linke Flügel in der Sozialdemokratie immer das nützliche ideologische Feigenblatt für die reaktionären Vorhaben der Parteiführung. Dadurch gelang es eine hegemoniale Stellung innerhalb der Arbeiterbewegung zu erhalten, die sich auf unmittelbar auf Versuche zur Schaffung revolutionärer Parteien auswirkte.

WEITERE ENTWICKLUNGEN DER RÄTEORGANISATION

Nachdem der Streik durch die Intervention der sozialdemokratischen Parteiführung beendet wurde, trat der Arbeiterrat am 24. Jänner erneut zusammen. Eine in die Tiefe gehende Durchorganisation der Arbeiterschaft bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Kontrolle durch die Sozialdemokratie, sollte das Ziel dieses Treffens sein. Zusätzlich wollte man von Seiten des Parteivorstands natürlich versuchen, Fälle zu vermeiden, in denen wieder von ihnen unkontrollierte Bewegungen entstehen können. Hans Hautmann zitiert dazu Karl Renner:

„Es genügt nicht den Bericht (über den Streik, H.H.) zur Kenntnis



Franz Koritschoner: Führer der österreichischen Linksradikalen

zu nehmen, sondern wir müssen nachdenken, wie wir uns für solche künftigen Fälle so rüsten, daß unsere Parteiorganisation instande ist, die Bewegung zu leiten und in solchen Bahnen zu erhalten, daß sie dem Proletariat nützt. Für die Partei besteht die schwere Aufgabe, die Unorganisierten zu beeinflussen. Die Partei muß ihren Vertrauensmännerapparat behalten, aber mehr in die Tiefe ausbauen. (...) Das Institut der Arbeiterräte muß mit viel Eifer von der Partei aufgegriffen werden. Es muß über den Arbeiterräten eine gemeinsame Exekutive sein, um die Einheitlichkeit der Aktion zu gewinnen, die diesmal gefehlt hat – beim Anfang wie beim Abbau.“126

Ein unmittelbares Resultat dieser Anschauungen ist die Veränderung der Statuten des Arbeiterrates. Laut Statuten musste man mindestens seit sechs Monaten Mitglied der sozialdemokratischen Partei sein, um dem Arbeiterrat angehören zu dürfen. Gleichzeitig sollte er nicht ein ständiges Gremium sein, sondern nur im Falle von Streiks und anderen auf Betriebsebene organisierten Protesten einberufen werden.

Zusätzlich zur sozialdemokratischen Kontrolle hat man somit auch die Konzeption des Arbeiterrates fundamental verändert: Von einem politischen Organ zur Behauptung der Macht des Proletariats wurde er zu einem von oben kontrollierten ökonomischen Organ zur Organisation und Überwachung von Streikbewegungen.

LEHREN FÜR HEUTE

Jede Idee braucht einen Träger, braucht ein gesellschaftliches Subjekt, das ihr zur Durchsetzung und materiellen Manifestierung zu helfen vermag. Es reicht jedoch nicht aus darauf zu warten, bis Subjekt und Idee sich in einem zufälligen geschichtlichen Moment treffen, vielmehr bedarf es eines Transmissionsriemens, der in zugespitzten sozialen Kämpfen die Massen mit einer richtigen Strategie des Kampfes ausstatten kann. Für uns ist die Idee das revolutionäre Programm, das Subjekt die Arbeiterklasse und der Transmissionsriemen die revolutionäre Partei. Eine Kombination dieser drei Faktoren – d.h. die Zusammenfassung der fortgeschrittenen Teile der Arbeiterklasse in einer Partei auf der Grundlage eines revolutionären Programms – bildet die Basis, auf der die Widersprüche des Kapitalismus durch Sprengung der Gegensätze aufgelöst werden können.

Ein Glied dieser Kette war in den Tagen des Jännerstreiks

besonders schwach – jenes der revolutionären Partei. Die Räte – so wichtig sie auch für die Organisation des Streiks und als erste Ansätze zur Doppelmacht waren – konnten auch die Partei nicht ersetzen. Denn während eine revolutionäre Partei ihr Programm aus einer wissenschaftlichen Analyse der Gesellschaft und der ihr innewohnenden sozialen Gegensätze ableitet, sind Räte spontane Organe der Massenaktion, deren politisches Programm durch die Anforderungen der gerade aktuellen Fragen des Kampfes bestimmt wird. Während die vom Wr. Neustädter Arbeiterrat erhobenen Forderungen (Schluss mit dem Krieg, Aufhebung der Militarisierung der Betriebe, Freilassung der politischen Gefangenen, etc.) durchaus zentrale Artikulationspunkte der damaligen sozialen Auseinandersetzung waren, so fehlte ihnen doch eine Verbindung mit der Frage der politischen Macht in der Gesellschaft. Der Sturz der kaiserlichen Regierung oder die Einberufung einer konstituierenden Versammlung sind Forderungen, die von niemand erhoben worden sind. Die Differenzen zwischen den 4-Punkte-Programmen der Sozialdemokratie und der Linksradiكالen mögen deshalb vielleicht als taktische Fragen über die unmittelbar anstehenden Aufgaben anstatt als grundlegende strategische Differenzen angesehen worden sein. Warum auch nicht? Nirgends wurde klar ausgesprochen, dass es ein Gebot der Stunde sei, die bestehende politische und soziale Ordnung aus ihrem Rahmen zu reißen und eine neue Ordnung aufzubauen.

Kurz: der entscheidende Faktor, der zum Umwandlung der revolutionären Situation 1918-1920 in eine erfolgreichen Revolution fehlte, war eine revolutionäre Partei. Eine revolutionäre Partei, die ein klares Programm, das auf den Sturz des Kapitalismus und die proletarische Machtergreifung abzielte, besaß und die es verstand, ein solches Programm mit den notwendigen Taktiken und Methoden der Massenmobilisierung und –organisation sowie der Einheitsfronttaktik gegenüber der Sozialdemokratie zu verbinden. Eine solche Partei kann nicht erst in einer revolutionären Situation selber geschaffen werden, denn – so betonten Lenin und Trotzki immer wieder – dann ist es zu spät. Eine solche Partei muß vorher, in den Klassenkämpfen und durch die Verarbeitung der politischen und theoretischen Lehren, geschmiedet werden. Diesem Ziel hat sich die LSR verschrieben.

Fußnoten

1 So wurden z.B. Streiks durch das Strafgesetz von 1852 verboten und bei Nichtbeachtung Arreststrafen von bis zu drei Monaten verhängt. Auch wurden die von den Arbeitern selbst eingerichteten Fabrikskassen oft als sozialistisch denunziert und daraufhin aufgelöst (siehe dazu: Hautmann, Hans; Kropf, Rudolf: Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik, Europaverlag, Wien, 1974, S. 43.

2 Siehe dazu: Hautmann, Hans; Kropf, Rudolf: Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945, S. 74f.

3 Verhandlungen des Parteitagess der Österreichischen Sozialdemokratie in Hainfeld, 30./31. Dezember 1888 und 1. Januar 1889, Wien, 1889, S. 3. Vgl.: Konecny, Albrecht K. (Hrsg.): Modelle für die Zukunft. Die österreichische Sozialdemokratie und ihre Programme, Löcker Verlag, Wien, 1993, S. 21f.

Die Hervorhebungen sind dem abgedruckten Protokoll des Parteitagess entsprechend. Der Referent Pokorny strich diesen Paragraphen noch gesondert hervor, indem er in seinem Redebeitrag darauf verwies, dass man auf dieses Ziel „alle Kraft verwenden“ müsse.

4 ebenda, S. 21.

5 Mit marxistischer Theorie beschäftigten sich die Parteiführer jedoch eher spärlich bzw. spät. Victor Adler z.B. hat Marx' Kapital erst 1895 gelesen (siehe: Adler: Reden und Schriften, Heft 1, S. 127.)

6 ebenda.

7 Engels, Friedrich: Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891, in: MEW, Bd. 22, Dietz Verlag, Berlin, 1972, S. 233.

8 ebenda, S. 235.

9 Verhandlungen des dritten österreichischen Sozialdemokratischen Parteitagess abgehalten zu Wien am 5., 6., 7., 8. und 9. Juni 1892 (PT-Protokoll), Wien, 1892, S. 118f.

10 Verhandlungen des vierten österreichischen sozialdemokratischen Parteitagess abgehalten zu Wien vom 25. bis einschließlich 31. März 1894, Wien, 1894, S. IX.

11 PT-Protokoll 1892, S. 142ff.

12 Victor Adler Aufsätze, Reden und Briefe. Hrsg. vom Parteivorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs, Heft 1, Wien, 1929, S. 25. VGA A1 15/1

13 Ucakar, Karl: Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik in: Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik Band 24, Wiener Neustadt 1985, S. 266.

14 Maderthaler, Wolfgang: Die Entstehung einer demokratischen Massenpartei: Sozialdemokratische Organisation von 1889 bis 1918, in: Maderthaler, Wolfgang; Müller, Wolfgang C. (Hrsg.): Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie 1889-1995, Löcker Verlag, Wien, 1996, S. 50.

15 Hanisch, Ernst: Der lange Schatten des Staates. Öster-

- reichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Ueberreuter, Wien, 2005, S. 231.
- 16 Verhandlungen des sechsten österreichischen Sozialdemokratischen Parteitag abgehalten zu Wien vom 6. bis einschließlich 12. Juni 1897, Wien, 1897, S. 49.
- 17 ebenda.
- 18 Konecny (Hrsg.): Modelle für die Zukunft, S. 22.
- 19 ebenda, S. 33.
- 20 Hautmann, Kropf: Die österreichischen Arbeiterbewegung, S. 116.
- 21 Maderthaler: Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie, S. 66ff.
- 22 So wuchs der Organisationsgrad der sozialdemokratischen Gewerkschaften in Wien von 20 (1904) auf 39 Prozent (1907). Für Niederösterreich, Böhmen und Schlesien sind die entsprechenden Zahlen: 6 (1904) / 27 (1907), 6 (1904) / 20 (1907), 6 (1904) / 24 (1907). Den mit Abstand am besten organisierten Sektor stellte das Graphische Gewerbe mit 94%, danach kamen Papier und Leder mit 37% und die Chemische Industrie mit 36%. (siehe dazu: Mesch, Michael: Arbeiterexistenz in der Spätgründerzeit. Gewerkschaften und Lohnentwicklung in Österreich 1890-1914, Europaverlag, Wien, 1984, S. 44, S. 47.
- 23 Österreichisches statistisches Handbuch für die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder, Jg. 31, 1912, Wien 1913, S. 166, zitiert in: Hautmann; Kropf: Die österreichische Arbeiterbewegung..., S. 102.
- 24 Siehe Stuttgarter Resolution über Militarismus und die internationalen Konflikte; abgedruckt in: Julius Braunthal: Geschichte der Internationale, Hannover 1961, S. 370-72
- 25 Hautmann, Kropf: Die österreichische Arbeiterbewegung, S. 117.
- 26 Heiß, Gernot: Zur antimilitaristischen Taktik der österreichischen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg. Die Diskussion auf dem Gesamtparteitag von 1903, in: Botz, Gerhard; Hautmann, Hans (et al.): Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte, Europaverlag, Wien-München-Zürich, 1978, S. 562.
- 27 ebenda, S. 564.
- 28 Lenin, Wladimir I.: Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution, in: Lenin: Gesammelte Werke (nachstehend LW), Bd. 25, Dietz Verlag, Berlin, 1960, S. 402.
- 29 Ardel, Rudolf G.: Vom Kampf um Bürgerrechte zum „Burgfrieden“. Studien zur Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 1888-1914, Verlag für Gesellschaftskritik, Wien, 1994, S. 83.
- 30 Arbeiter-Zeitung, 5. September 1914, S. 1.
- 31 Arbeiter-Zeitung, 14. September, S. 3.
- 32 Zitiert in: Hautmann, Hans: Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918-1924, Europaverlag, Wien-Zürich, 1987, S. 93.
- 33 Arbeiter-Zeitung, 11. August 1914, S. 6.
- 34 Ardel: Vom Kampf um Bürgerrechte zum „Burgfrieden“, S. 107.
- 35 Hautmann, Hans: Die Anfänge der linksradikalen Bewegung und der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs 1916-1919, Europa Verlag, Wien, 1970, S. 1.
- 36 Braunthal, Julius: Victor und Friedrich Adler. Zwei Generationen Arbeiterbewegung, Wien, 1965, S. 233.
- 37 Zum Vergleich der politischen Haltungen der Sozialdemokratie auf der einen und der russischen Bolschewiki auf der anderen Seite zum imperialistischen Weltkrieg 1914-18 siehe auch Michael Pröbsting: Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg. Die Strategie Lenins und der Bolschewiki; in: Revolutionärer Marxismus Nr. 40 (2009).
- 38 zitiert in: Böhm, Joachim: Die österreichische Sozialdemokratie (DSAPÖ) im Ersten Weltkrieg, Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Hohen Philosophischen Fakultät der Martin-Luther-Universität zu Halle Wittenberg, 1964, S. 114, vgl: Der Kampf, Januar 1915.
- 39 Hautmann: Die Anfänge der linksradikalen Bewegung..., S. 3.
- 40 Böhm: Die österreichische Sozialdemokratie..., S. 119.
- 41 ebenda, S. 168f.
- 42 Heinz, Karl: Kampf und Aufstieg. Die Geschichte der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung Österreichs, Sasi-Verlag für Jugend- und Sportliteratur, Wien, 1932, S. 114.
- 43 ebenda.
- 44 Böhm: Die österreichische Sozialdemokratie..., S. 119.
- 45 ebenda, S. 119.
- 46 ebenda, S. 116ff.
- 47 ebenda, S. 166.
- 48 ebenda, S. 165.
- 49 Rothenberg, Gunther E.: The Habsburg Army in the First World War. 1914-1918, in: The Habsburg Empire in World War I. Essays on the intellectual, military, political and economic aspects of the Habsburg war effort, East European Monographs, No. XXIII, Columbia University Press, New York, 1977, S. 73.
- 50 ebenda.
- 51 ebenda, S. 74.
- 52 Militärstatistisches Jahrbuch für 1913, zitiert in: Rothenberg, Gunther E.: The Habsburg Army in the First World War, S. 74f.
- 53 Rothenberg: The Habsburg Army in the First World War, S. 77.
- 54 Österreich-Ungarns letzter Krieg 1914-1918, Österreichisches Bundesministerium für Heereswesen, Band 2, Verlag der militärwissenschaftlichen Mitteilungen, Wien, 1931, S. 271.
- 55 Wegs: Transporation, S. 124.
- 56 ebenda, S. 129.
- 57 Rothenberg: The Habsburg Army in the First World War, S. 81.
- 58 Flanner, Karl: Nieder mit dem Krieg! Für sofortigen Frieden! Der große Jännerstreik 1918 in Wiener Neustadt, Verein Museum und Archiv für Arbeit und Industrie im Viertel unter dem Wienerwald, Wiener Neustadt, 1997/71, S. 12.
- 59 Engels, Friedrich: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: Marx, Karl; Engels, Friedrich: Gesammelte Werke, Bd. 21, Dietz Verlag, Berlin 1973, S. 165.
- 60 Wegs, Robert J.: Die österreichische Kriegswirtschaft 1914-1918, Verlag Dr. A. Schendl, Wien, 1979, S. 20.
- 61 ebenda.
- 62 ebenda, S. 19.
- 63 ebenda, S. 18.
- 64 Wegs, Robert J.: Transporation. The Achilles Heel of the Habsburg War Effort, in: The Habsburg Empire in World War I, a.a.O., S. 122.
- 65 Wegs: Die österreichische Kriegswirtschaft, S. 27.
- 66 Angelehnt an das Modell von Hautmann und Kropf, die sich wiederum auf das Werk von Gustav Gratz (Gratz, Gustav; Schüller, Richard: Der wirtschaftliche Zusammenbruch Österreich-Ungarns. Die Tragödie der Erschöpfung. Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges: Österreichische und ungarische Serie, Wien, 1930, S. 37-204) stützen.
- 67 Loewenfeld-Russ, Hans: Die Regelung der Volksernährung im Kriege, Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden. Abteilung für Volkswirtschaft und Geschichte, Wien, 1926, S. 47.
- 68 Wegs: Die österreichische Kriegswirtschaft, S. 54, S. 85.
- 69 ebenda, S. 120.
- 70 Loewenfeld-Russ: Die Regelung der Volksernährung im Kriege, S. 52ff.
- 71 ebenda, S. 328.
- 72 ebenda, S. 328f.
- 73 ebenda, S. 329.
- 74 ebenda, S. 337.
- 75 Wegs: Die österreichische Kriegswirtschaft, S. 94.
- 76 Bruckmüller, Ernst: Sozialgeschichte Österreichs, Verlag für Geschichte und Politik, Wien, 2001, S. 354ff.
- 77 ebenda, S. 357.
- 78 Unfried, Berthold: Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung im 1. Weltkrieg. Wien und Niederösterreich, in: Maderthaler, Wolfgang (Hrsg.): Sozialdemokratie und Habsburgerstaat, Löcker Verlag, Wien, 1988, S. 133.

- 79 ebenda, S. 136
- 80 Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs. Abgehalten in Wien vom 31. Oktober bis zum 3. November 1919, Wien, 1920, S. 94f.
- 81 Bericht der Gewerkschaftskommission Deutschösterreichs an den Ersten deutschösterreichischen (Achten österreichischen) Gewerkschaftskongress in Wien 1919, Wien, 1910, S. 102.
- 82 „Die Gewerkschaft“, 12.6.1917, S. 134, zitiert in: Unfried: Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung im 1. Weltkrieg, S. 141.
- 83 Unfried: Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung im 1. Weltkrieg, S. 138.
- 84 Hautmann, Hans; Garscha, Winfried R.: Soziale und politische Veränderungen in Österreich im Gefolge des Ersten Weltkriegs, in: Soziale und politische Veränderungen in der Welt am Ende des Ersten Weltkrieges und die Arbeiterbewegung (1917-1920), Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung, 15. Linzer Konferenz 1979, Europaverlag, Wien, 1981, S. 112f.
- 85 Flanner: Der große Jännerstreik 1918, S. 1f.
- 86 Flanner: Der große Jännerstreik 1918, S. 1f. Der Zeitraum der Beschäftigung Schönfelds in den Daimler-Werken stammen aus Aufzeichnungen aus dem Archiv des Industriemuseums, 16 (Karton) / 15 (Kuvert)
- 87 Hautmann: Geschichte der Rätebewegung, S. 145.
- 88 ebenda, S. 146.
- 89 zitiert in: Flanner: Der große Jännerstreik 1918, S. 6.
- 90 Dekret über den Frieden, in: LW, Bd. 26, S. 239.
- 91 ebenda, S. 240.
- 92 Hautmann; Kropf: Die österreichische Arbeiterbewegung..., S. 122.
- 93 Hautmann: Die österreichische Rätebewegung..., S. 46. Diese Zahlen, die auf die Gemeindeverwaltung Wiens verweisen decken sich nur teilweise mit jenen, die von Loewenfeld-Russ angeführt werden: 300g auf 225g Getreide pro Tag für Selbstversorger, 366g auf 300g Getreide pro Tag für Schwerarbeiter (Selbstversorger), 200g auf 165g Mehl pro Tag für Nichtselbstversorger, 300g auf 264g Mehl pro Tag für Schwerarbeiter (Nicht-Selbstversorger); Für die konkreten massenpsychologischen Auswirkungen sind diese kleinen Abweichungen jedoch vernachlässigbar.
- 94 Unfried, Berthold: Krieg und Übergang zur Republik im Wiener Neustädter Industriegebiet, im Besitz des Archivs des IVM, 16/3, S. 7.
- 95 Flanner: Der große Jännerstreik 1918, S. 9.
- 96 ebenda, S. 12.
- 97 ebenda, S. 10f.
- 98 Hautmann: Die österreichische Rätebewegung..., S. 154.
- 99 Winkler, Ernst: Der Jännerstreik 1918, erschienen in: Die Zukunft. Sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur, Heft 1, Jänner 1968, S. 3.
- 100 zitiert in: Hautmann: Die österreichische Rätebewegung..., S. 155.
- 101 Arbeiter-Zeitung, 16. Jänner 1918, S. 1.
- 102 ebenda.
- 103 ebenda.
- 104 Hautmann: Die österreichische Rätebewegung..., S. 156.
- 105 Dieses Zitat stammt aus der Broschüre von Karl Renner „Um Friede, Freiheit und Recht! Der Jännerausstand des innerösterreichischen Proletariats, Wien, 1918“. Zitiert in: Hautmann: Die österreichische Rätebewegung..., S. 155.
- 106 Arbeiter-Zeitung, 17. Jänner 1918, S. 1.
- 107 ebenda.
- 108 ebenda.
- 109 Hautmann: Die österreichische Rätebewegung..., S. 160.
- 110 Das Volk steht auf! (Flugblatt der Linksradikalen), zitiert aus dem Archiv des IVM, 16/7
- 111 ebenda.
- 112 ebenda.
- 113 Winkler: Der Jännerstreik 1918, S. 3.
- 114 ebenda.
- 115 ebenda, S. 5.
- 116 Hautmann: Die österreichische Rätebewegung..., S. 167.
- 117 ebenda, S. 169.
- 118 zitiert in: ebenda.
- 119 Archiv des IVM, 16/17.
- 120 Hautmann: Die österreichische Rätebewegung..., S. 171. Laut einem Artikel von Franz Koritschoner, einem wichtigen Führer der linksradikalen Bewegung, dauerte der Streik in Ternitz bis zum 25. Jänner (siehe: Franz Koritschoner: Der Jännerstreik und seine Vorgeschichte. Die sozialistische Demokratie vor dem Kriege, abgedruckt in: Theorie und Praxis. Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik, Nummer 2/3 1970, S. 12.)
- 121 Koritschoner: Der Jännerstreik..., a.a.O., S. 12.
- 122 Deutsch, Julius: Radikale Strömungen, Artikel im „Der Kampf“, Jahrgang 11, Februar 1918, Nummer 2, in: Der Kampf, sozialdemokratische Monatsschrift, Elfter Band, Jänner 1918 bis Dezember 1918, Wien, 1918, Verlag von Georg Emmerling, S. 71.
- 123 Bauer, Otto: Der Weg zum Sozialismus, zitiert in: Löw, Raimund: Otto Bauer und die russische Revolution, Europaverlag, Wien 1980, S. 46.
- 124 Koritschoner: Der Jännerstreik, a.a.O., S. 11.
- 125 Hautmann: Die Anfänge der linksradikalen Bewegung..., S. 35.
- 126 zitiert in: Hautmann: Geschichte der Rätebewegung in Österreich..., S. 172f.

LSR-Broschüre

arbeiterInnen
STANDPUNKT
Revolution Räte-demokratie Sozialismus

Die Gründung der II. Republik - eine marxistische Analyse

**Der Aufbau des Kapitalismus in Österreich
nach 1945, die Rolle von SPÖ und KPÖ
und der Kampf der ArbeiterInnenklasse**

von Michael Pröbsting



April 2005

Preis: 2 Euro

DER VERRAT DER 'LINKEN' IM GAZA-KRIEG

Warum scheitern die meisten „marxistischen“ Linken an der Solidarität mit dem palästinensischen Volk?

Von Michael Pröbsting

Der erste Entwurf für den folgenden Artikel wurde nach Ende des israelischen Angriffskrieges gegen den Gaza im Jänner 2009 verfaßt und ein kleiner Auszug daraus erschien in unserer Monatszeitung BEFREIUNG im Februar. Hier veröffentlichen wir die vollständige Fassung.

FAREV-Redaktion
Wien, 20.3.2009

* * *

Freunde erkennt man nicht in guten Zeiten, sondern in der Not. Das palästinensische Volk war in den vergangenen Monaten mehr denn je in Not. Es wurde vom Staat Israel im Gaza in ein Ghetto eingesperrt, ausgehungert und niedergemetzelt. Der Großteil der österreichischen Linken stand in dieser schweren Zeit abseits, blieb neutral oder unterstützte gar den Kriegsverbrecherstaat Israel. Solche Linke sind keine Freunde, sondern Verräter und Feinde.

Die Solidaritätsbewegung gegen den Gaza-Krieg war weltweit und auch in Österreich die wichtigste Massenbewegung gegen Krieg und Besatzung seit den Antikriegsmobilisierungen und den Streiks im Jahre 2003. Am Höhepunkt – dem 9./10. Jänner – gingen 1 ¼ Millionen Menschen auf die Straße, um ihre Unterstützung für das palästinensische Volk zum Ausdruck zu bringen. Diese Bewegung war gerade auch deswegen so bedeutend, da sie auch viele MigrantInnen umfaßte – also eine Schicht, die zu den unterdrücktesten Teilen der ArbeiterInnenklasse und des Kleinbürgertums gehört. Die Haltung zum Gaza-Krieg und der Solidaritätsbewegung in Theorie und Praxis war daher einer der wichtigsten Tests der jüngeren Vergangenheit für jede sich als fortschrittlich verstehende Organisation.

LSR: Auf der Seite des palästinensischen Widerstandes

Unsere Organisation – die *Liga der Sozialistischen Revolution* (LSR) – hat bereits zu Beginn des Krieges klar dargelegt, welchen Klassencharakter der Krieg besitzt und auf wessen Seite wir daher stehen:

„Die LSR und unsere Schwesterorganisationen in der Liga für die 5. Internationale (LFI) verurteilen den israelischen Überfall auf den Gaza als Terrorkrieg. Der Krieg ist von Seiten Israels ein reaktionärer Angriffskrieg im Dienste der imperialistischen Großmächte und ihres „Krieges gegen den Terror“. Er ist ein gerechter Verteidigungskrieg von Seiten des palästinensischen Widerstandes. Wir treten daher für den Sieg des palästinensischen Widerstandes und für die Niederlage Israels ein.“

„Die Liga der Sozialistischen Revolution und die LFI treten für den militärischen Sieg aller palästinensischen Kräfte ein, die heute Widerstand gegen die israelische Aggression leisten und verteidigen die Hamas ganz klar gegen die israelische Aggression. (...) Die Unterstützung ihres militärischen Kampfes beinhaltet allerdings keinerlei politische Unterstützung für diese Organisationen. Wir teilen weder die Idee eines islamischen Sharia-Staates noch die einer illusionären bürgerlichen Demokratie, die nur eine Verschleierung für die Diktatur der Kapitalistenklasse ist. Unser Ziel ist der Kommunismus, den wir

durch eine internationale Revolution der ArbeiterInnenklasse, der Jugend und der Unterdrückten erreichen werden.“ 1

Auf der Grundlage dieser marxistischen, antiimperialistischen Haltung nahmen wir von Anfang an aktiv an der Solidaritätsbewegung teil und waren bei den Protesten in Wien eine der organisierenden Kräfte. 2

Neutralität als Grundhaltung

Was viele kleinbürgerliche Linke – von der KPÖ über die Werkstatt Frieden & Solidarität bis zu SLP und Funke vereint – ist die Weigerung, Seite für die Partei der Unterdrückten zu ergreifen – entweder hat man die Verteidigung der PalästinenserInnen vollkommen abgelehnt oder diese nur platonisch-abstrakt (z.B. keine Unterstützung für die Hamas) befürwortet. Unter den verschiedensten Vorwänden und mit den unterschiedlichsten Ausreden beziehen diese Kräfte eine neutrale Position in einem Konflikt zwischen dem Unterdrücker und dem Unterdrückten, zwischen Sklavenhalter und Sklave, zwischen dem Staat Israel und dem palästinensischen Volk. 3

Offen reformistische Kräfte wie die KPÖ und die Europäische Linkspartei (ELP, die KPÖ ist deren österreichische Sektion) stellen daher die bewaffneten Kräfte des Unterdrückerstaates und der unterdrückten Nation auf ein und dieselbe Stufe. 4

„Die KPÖ erklärt ihre Solidarität mit allen Opfern und mit allen Menschen in Palästina und Israel, die sich für einen gerechten und dauerhaften Frieden einsetzen. Die KPÖ fordert die österreichische Bundesregierung, die UNO und die EU auf, für einen sofortigen Stopp der israelischen Angriffe sowie einen Stopp der Beschießung Israels durch Kassam-Raketen, ein Ende der Blockade von Gaza sowie für die Aufnahme ernsthafter Friedensgespräche einzutreten.“ 5

In die gleiche Richtung gingen die ELP-Stellungnahmen vom 29.12. und vom 10.12., die beide Seiten – den Staat Israel und den palästinensischen Widerstand gleichermaßen verurteilten.

Ähnlich auch die Werkstatt Frieden & Solidarität, auch wenn sie im Unterschied zur KPÖ deutlich stärker die barbarischen Attacken der israelischen Armee gegen das Gaza-Ghetto verurteilt. Aber die neutrale, pazifistische, bürgerliche Logik bleibt die gleiche: beide Seiten werden auf eine Stufe gestellt und verurteilt.

„Die Werkstatt Frieden & Solidarität fordert daher die israelische Regierung auf, die militärischen Angriffe auf den Gaza-Streifen zu stoppen und wir fordern die politisch Verantwortlichen im Gaza-Streifen auf, die weitere Beschießung Israels durch Kassam-Raketen zu beenden.“ 6

Diese Äquidistanz – diese gleichgewichtende Distanzierung von den Taten des israelischen Apartheidstaates und jenen des palästinensischen Widerstandes – deckt sich nicht zufälligerweise mit der Politik den Spitzenpolitikern der imperialistischen EU. So verurteilte der Leiter der EU-Auslandshilfe, der ehemalige belgische Außenminister, Louis Michel, während seines Besuches im Gaza am 26.1. sowohl die „terroristischen Aktionen“ der Hamas als auch den „unverhältnismäßigen Gewalteininsatz“ Israels.

Die Werkstatt versucht die perverse Logik auch noch dadurch zu rechtfertigen, indem sie nahelegt, daß sowohl Israel als auch der palästinensische Widerstand von den imperialistischen Großmächten direkt bzw. indirekt unterstützt werden: *„Auch die*

„Großmächte USA und EU haben offensichtlich kein Interesse an einer friedlichen Lösung des Nahost-Konflikts. Sie pumpen die Region mit Waffen voll. Beliefert werden sowohl Israel als auch reaktionäre arabische Regime wie Saudi-Arabien, die die Hamas unterstützen.“

Hier paart sich politischer Verrat am palästinensischen Widerstand mit blanker Unwissenheit. Denn würde Saudi-Arabien tatsächlich die Hamas in irgendeiner Art und Weise ernsthaft unterstützen, warum hat es dann in der Arabischen Liga gemeinsam mit Ägypten zu jenen Kräften gehört, die jede Unterstützung für die PalästinenserInnen verhindert hat?!

Orientierung auf imperialistische Institutionen

KPÖ und Werkstatt lehnen die Unterstützung des bewaffneten Widerstands des palästinensischen Volkes ab, weil sie die herrschende imperialistische Ordnung nicht mittels des Kampfs der Unterdrückten zerschlagen wollen. Stattdessen verbreiten sie die illusionäre Hoffnung, die herrschende imperialistische Ordnung könne mittels der Institutionen derselben imperialistischen Ordnung verbessert werden.

Daher ist die ganze Strategie dieser reformistischen Organisationen nicht auf den Kampf von unten ausgerichtet, sondern vielmehr auf Appelle an imperialistische Institutionen wie die EU und die UNO. So fordert die ELP die UNO in der Sprache einer Kolonialmacht auf, den Unterdrücker und den Unterdrückten zu Verhandlungen zu zwingen: *„Die internationale Gemeinschaft wird nicht erlauben, daß sich die israelische Regierung und die Mehrheit der Knesset sowie die palästinensischen Autonomiebehörden und die Hamas vor dem Verhandlungstisch drücken – und die UNO muß der Rahmen für solche Verhandlungen sein...“* 7

Die gleiche arrogante Sprache des Imperialismus, die die westlichen Großmächte auffordert, die „uneinsichtigen“ israelischen und palästinensischen Führungen zur „Versöhnung“ zu zwingen, tönt aus dem Mund des langjährigen Vorsitzenden der KPÖ, Walter Baier:

„Die internationale Gemeinschaft muss dazu beitragen, eine Wende zu erreichen! Der neuerliche Krieg im Gaza, dessen Anlass der anhaltende Raketenbeschuss israelischer Siedlungen ist, demonstriert, dass die lokalen Akteure, die israelische und die palästinensische Führung, aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln zu solch einer Politik nicht in der Lage ist.“ 8

Während der ELP kein Wort der Unterstützung für den palästinensischen Widerstand über die Lippen kommt, ist ihr Ansprechpartner die imperialistische EU und die UNO: *„Wir fordern die europäischen Regierungen auf, alles zu tun, damit die UNO sich sofort einmischt und den Krieg stoppt. ... die Europäische Linke fordert von der EU und den EU-Regierungen, daß sie endlich eine aktive Rolle in diese Richtung spielt...“* 9

Also die Regierungen, die „internationale Gemeinschaft“ wie sie in der Sprache der Bürgerlichen und des Walter Baiers heißt, die in Wirklichkeit nichts anderes als die Vertreter der herrschenden Klassen des imperialistischen Weltsystems sind, diese Herrscher sollen nun das Feuer löschen, das sie selber ausgelöst haben?! Diese Logik ist komplett naiv und gefährlich, denn sie verbreitet die Illusion, daß die ArbeiterInnenklasse und die unterdrückten Völker nicht auf ihre eigene Kampfkraft vertrauen, sondern auf die Einsicht ihre Unterdrücker hoffen können.

Ähnlich die Werkstatt, die auf ihrer Homepage einen Appell an die österreichische Bundesregierung veröffentlicht hat. Der vollständige (!) Inhalt dieses „Offener Brief an Bundeskanzler und Außenminister“ lautet: *„Wir fordern die österreichische Bundesregierung auf, sich für einen sofortigen Waffenstillstand einzusetzen und eine aktive friedenspolitische Rolle in der EU und im UNO-Sicherheitsrat einzunehmen, um so ernsthaft eine politische Lösung des Konflikts zu erreichen!“* 10

Wenn man dem Widerstand des unterdrückten Volkes seine Unterstützung verweigert, wenn man vielmehr Hoffnungen in die imperialistischen Großmächte hegt, dann ist es nur ein kleiner Schritt zu der monströsen Forderung des KPÖ-Funktionärs Walter Baier nach Stationierung von imperialistischen Truppen im Gaza:

„Der einzige Ausweg, der sich daher abzeichnet, ist die Stationierung

einer UNO-Friedenstruppe, die auf der Basis der einschlägigen UN-Resolutionen, die Errichtung eines lebensfähigen palästinensischen Staats wie die Sicherheit Israels garantiert.“ 11

Exkurs: Stalinismus und der Zionismus in der KPÖ/ELP

Der Stalinismus – eine Variante der reformistischen, bürgerlichen Politik, die aus der bürokratischen Herrschaft Stalins in der UdSSR seit den 1920er Jahren erwuchs – zeichnete sich stets durch eine zwiespältige Haltung zum Antisemitismus und Zionismus aus. Bereits Mitte der 1920er Jahre schlug sich die konservative Politik der Stalin-Führung in einer teils offenen, teils versteckten Anpassung an antisemitische Vorurteile nieder. 12 Dieser Antisemitismus ging Hand in Hand mit dem Kampf der Bürokratie gegen das revolutionär-internationalistische Programm der Trotzisten und dem immer unverhohleneren Patriotismus des Stalinismus. Auch in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren wurden zahlreiche jüdische Intellektuelle und Wissenschaftler unter abstrusen Anschuldigungen angeklagt und verurteilt. (So z.B. im sogenannten Ärzte-Prozeß in der Sowjetunion, bei dem eine Reihe jüdischer Mediziner beschuldigt wurden, die Partiführung vergiften zu wollen. Ebenso sei hier der Slansky-Prozeß in der Tschechoslowakei im November 1952 erwähnt.) 13

Diese Instrumentalisierung des Antisemitismus im Kampf gegen oppositionelle Strömungen im Inneren ging Hand in Hand mit einer Anpassung der stalinistischen Bürokratie an den Zionismus im Bereich der Außenpolitik. So stimmte die Sowjetunion nicht nur der Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 in der UNO zu, sie belieferte die zionistische Armee sogar massiv mit Waffen, was entscheidend zu deren Sieg über die arabischen Armeen beitrug. 14 Seitdem unterstützte der Stalinismus immer eine Politik, die das Existenzrecht des rassistischen Siedlerstaates Israel anerkannte. Dieser Verrat am nationalen Selbstbestimmungsrecht der PalästinenserInnen trug zu einer schweren Diskreditierung der Kommunistischen Parteien in der arabischen Welt bei.

Durch den Zusammenbruch des Stalinismus in der Sowjetunion und Osteuropa 1989-91 erfuhren auch die stalinistischen Parteien im Westen eine Wandlung. Bis dorthin orientierten sie sich auf die Bürokratie im Osten und unterstützten deren Außenpolitik der konfliktreichen Zusammenarbeit mit den imperialistischen Großmächten (der „Politik der friedlichen Koexistenz“ wie es im Jargon des Stalinismus hieß). Seit 1989 nimmt die reformistische, letztlich bürgerliche Politik der stalinistischen Parteien immer offenere, von marxistischen Phrasen befreite, Formen an. Heute unterstützt die ELP offen die Herausbildung einer imperialistischen Großmacht EU und beteiligt sich an Regierungen, die imperialistische Kolonialkriege führen und neoliberalen Sozialabbau betreiben. 15

Vor diesem Hintergrund der strategischen Orientierung auf den EU-Imperialismus und seine Ideologie erklärt sich auch, warum in der ELP und der KPÖ die pro-israelische, zionistische Haltung immer stärker wird. In der Periode des „Krieges gegen den Terror“, unter dessen Schlagwort die imperialistischen Großmächte und ihre Handlanger seit 2001 einen Kolonialkrieg nach dem anderen im Nahen Osten führen, gewinnt einerseits Israel als zentraler Verbündeter in der Region massiv an Bedeutung. Andererseits steht vor diesem Hintergrund die Frage des Islams als der Mehrheitsreligion im Nahen Osten – und auch eines wichtigen Teils der großen MigrantInnen-Gemeinde in Europa – im Zentrum der Auseinandersetzung. Daraus ergibt sich geradezu automatisch die zentrale Bedeutung der Palästina-Frage und des nationalen Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes gegen den Staat Israel.

Nur so läßt sich erklären, daß immer mehr führende Funktionäre der ELP öffentlich ihre Zustimmung zum Apartheidstaat Israel und ihre Feindschaft gegenüber der antiimperialistischen Linken bekunden. Beispielhaft dafür ist die pro-israelische Rede von deutschen Ex-Stalinisten und Linkspartei-Vordenkers Gregor Gysi vom April 2008. In dieser definiert er die Grundhaltung seiner Partei als *„Solidarität mit Israel“* und stellt diese – akademisch verklausuliert – in einen Zusammenhang mit der Bejahung des imperialistischen Staates Deutschland durch die Linkspartei:

„die Solidarität mit Israel (ist) ein moralisch gut begründbares Element deutscher Staatsräson.“ 16

Im gleichen Zusammenhang sind die politischen Äußerungen des führenden KPÖ-Funktionärs (und Vorsitzenden des ELP-Denkfabrik „transform“) Walter Baiers zu sehen. Schon nach dem Libanon-Krieg 2006 verleumdete er LSR-AktivistInnen und andere linke AntiimperialistInnen als „AntisemitInnen“ und widmete dieser Denunziation sogar einen ganzen Artikel, der dann auch im Zentralorgan der österreichischen Bourgeoisie – der Zeitung „Die Presse“ – abgedruckt wurde. 17 Bald darauf wurde er ein prominenter Unterstützer der aggressiv-zionistischen Kampagne gegen den Iran „Stop the Bomb“, bei deren Veranstaltung Anfang Mai 2008 der israelische Publizist Benny Morris sogar der Einsatz von Atombomben gegen den Iran forderte.

So ist es nur konsequent, daß während des aktuellen Gaza-Krieges der Vorsitzende der Linkspartei in Berlin, Klaus Lederer, gemeinsam mit VertreterInnen der Jüdischen Gemeinde, von FDP, CDU, SPD und Grünen auf einer Demonstration „Support Israel - Operation Cast-Lead“ (Unterstützt Israel - Operation gegossenes Blei) als einer der Hauptredner auftrat. 18 Ebensovienig verwundert es, daß wenige Tage nach Kriegsbeginn von der KPÖ eine (intellektuell nicht sehr gehaltvolle) Polemik gegen die LSR veröffentlicht wurde. 19

Trotz unterschiedlicher Anschauungen zum Gaza-Krieg innerhalb der ELP und der Linkspartei ist diese offene Unterstützung für den rassistischen Apartheidstaat Israel jedoch kein extremer Ausreißer einiger durchgeknallter ELP-Funktionäre, sondern vielmehr bloß die logische Schlußfolgerung einer grundsätzlichen Bejahung der imperialistischen Weltordnung und seiner Institutionen (UNO, EU usw.). Wer das kapitalistische Weltsystem und seine Institutionen akzeptiert anstatt ihnen den Krieg zu

erklären, für den ist es nur ein kleiner Schritt auch jene Staaten und deren Kriege zu bejahen, die zur „internationalen Gemeinschaft“ jener herrschenden Großmächte gehören, die an der Spitze eben dieses Weltsystems stehen.

Israel und sein Kriege repräsentieren in Reinkultur die imperialistische Zivilisation, deren herrschende Klasse mit brachialer Gewalt ihre Vorherrschaft und ihre Privilegien gegen die arabische „Barbaren“ durchsetzt. Vergessen wir nicht, daß dieser Gedanke den Zionismus von Anfang an prägte. In seinem 1896 veröffentlichten Buch „Der Judenstaat“ beschreibt der Gründer der zionistischen Bewegung, Theodor Herzl, prophetisch die Funktion des Staates Israel für den Imperialismus: „Für Europa würden wir dort ein Stück des Schutzwalles gegen Asien bilden, wir werden der Vorposten der Zivilisation gegen die Barbarei.“

Bei vielen führenden ELP-Funktionären steckt hinter der Israel-Freundschaft ein klares Kalkül, dadurch von der herrschenden Kapitalistenklasse leichter als Regierungspartner akzeptiert zu werden. Eine Reihe einfacher ELP-Mitglieder glaubt sicherlich ehrlich an eine Kombination von Sympathie für Israel, Menschenrechte und pazifistischen Illusionen in die UNO. Doch es gilt das eherner Gesetz: Wer nicht den Imperialismus konsequent bekämpft, der endet – bewußt oder unbewußt – als sein Handlanger.

Keine Hoffnung in die UNO!

Die Forderungen von sogenannten Linken an die Großmächte bzw. sogar nach deren militärischen Eingreifen in der halbkolonialen Welt wirft die grundlegende Frage auf, wie sich fortschrittlich gesinnte Organisationen zu den Großmächten und ihren Institutionen verhalten sollen.

SJ: Keine Haltung ist auch eine Haltung

Eigentlich könnte man die SJ in der Frage des Gaza-Krieges schweigend übergehen. Denn die SPÖ-Jugendorganisation hat zum Krieg konsequent geschwiegen und sage und schreibe keine einzige Stellungnahme und keinen Artikel während des 22-Tage dauernden Krieges veröffentlicht. Nicht, daß die Führung um Moitzi, Breiteneder auf den Mund gefallen oder ihnen der Computer abhanden gekommen wäre. Auf der Homepage der SJ, der SJ Wien usw. findet man aus dieser Zeit eine Reihe neuer Artikel über den Antisemitismus, über das aktuelle „FemSem“ usw. Bloß für solche „Lappalien“ wie dem Gaza-Krieg fand man offenkundig keine Zeit. Aber im politischen Leben, in einer Gesellschaft des stetigen Kampfes zwischen Klassen und Staaten, gibt es kein Wegschauen, kein Kopf-in-den-Sand-stecken. Aus der Geschichte wissen wir, daß Schweigen bereits eine indirekte Stellungnahme ist und seine Gründe hat.

So lag das Schweigen vieler bürgerlicher und sozialdemokratischer Kräfte zur Ausrottung der trotzkistischen Opposition in der UdSSR in den späten 1930er Jahren durch die Stalin-Diktatur in deren politischer Zusammenarbeit und der Angst vor der Revolution begründet. Wegen der politischen Zusammenarbeit mit den westlichen imperialistischen Großmächten Grund schwiegen die Sozialdemokraten und Stalinisten zu den antikolonialen Aufständen der unterdrückten Völker in Indien (1942) und Algerien (1945). Und wegen der Hoffnung, einen Ausgleich mit den Nazis zu finden, schwiegen viele westeuropäische bürgerliche Kräfte zur Ermordung der Kommunisten in den Konzentrationslagern in den 1930er Jahren.

Die Gründe für die Haltung der SJ heute liegen in ihrer engen politischen Verbindung zum imperialistischen Staatsapparat Österreichs und somit der EU und der damit zusammenhängenden politischen Unterstützung für den Zionismus und den Staat Israel. Die Funktionärsschicht in der SJ ist in vielfältiger Weise von der SPÖ und dem Staat abhängig. Man denke nur

an die knappe halbe Million Euro, die sie jährlich an Staatssubventionen bekommt, die zahlreichen von der Parteibürokratie zur Verfügung gestellten Lokale, die Karrieremöglichkeiten usw. Diese materielle Abhängigkeit vom bürgerlichen Staat und der SPÖ als einer mit dem Staatsapparat eng verbundene bürgerliche ArbeiterInnenpartei findet ihren politischen und programmatischen Niederschlag in der grundsätzlichen Bejahung der imperialistischen Demokratie (Orientierung auf die UNO, Veränderung der Gesellschaft durch Regierungsbeteiligung und das bürgerliche Parlament und ohne Revolution etc.). Daher lehnt die SJ die Unterstützung für nationale Befreiungsbewegungen ab, die Widerstand gegen die imperialistischen Großmächte und ihre Handlanger leisten.

Eine besondere Abscheu hegt die SJ-Führung gegen den palästinensischen Befreiungskampf. Bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit bejaht sie das Existenzrecht des rassistischen Apartheidstaates Israel. Kräfte wie die LSR oder die AIK, die den Zionismus ablehnen und für einen gemeinsamen palästinensisch-jüdischen Staat eintreten, werden dagegen verleumdet und eines sogenannten „sekundären Antisemitismus“ beschuldigt. Mit diesem haarsträubenden „Argument“ verweigert die SJ-Führung seit Jahren sogar die Teilnahme an Aktionseinheiten, an denen sich die AIK beteiligt.

Angesichts dieses pro-zionistischen politischen Klimas ist es daher kein Zufall, daß Kräfte in der Sozialdemokratie während des Krieges offen für den israelischen Völkermordkrieg eintraten. So sprach z.B. der Wiener Landtagsabgeordnete und langjährige SPÖ-Vertreter in Sozialforum, Peter Florianschütz, auf der pro-israelischen Kundgebung in Wien am 12.1. Deren Aufruf endete mit den zynischen Losungen: „Gegen den Terror der Hamas! Für das Recht Israels auf Selbstverteidigung! Solidarität mit Israel!“ Angesichts der grundlegenden Unterstützung der SJ für den zionistischen Staat Israel nimmt es nicht Wunder, daß die SJ-Spitze keinen Kampf für den Ausschluß solcher Kriegstreiber aus den Reihen der Sozialdemokratie führt.

Die Orientierung vieler Linker auf die UNO ist politisch verheerend. Denn sie verkennt vollkommen den Charakter der UNO. Sie ist kein Weltrat der Völker. In Wirklichkeit ist die UNO eine Bande von Räubern und ihren Helfershelfern.

Gehen wir in folgendem kurz auf das Wesen der UNO ein. Die UNO-BotschafterInnen vertreten nicht die breite Masse der Bevölkerung ihres Landes, sondern deren Regierung. Diese Regierungen wiederum schweben nicht im luftleeren Raum, sondern vertreten konkrete Interessen. Nämlich jene des Systems, das ihr Land beherrscht – des Kapitalismus. Genaugenommen sitzen in der UNO also die VertreterInnen der jeweiligen herrschenden Klassen.

In der UNO-Generalsversammlung mögen alle Staaten gleich mit je einer Stimme vertreten sein. Aber diese Gleichheit ist rein formal. In Wirklichkeit gilt – wie überall im Kapitalismus – das Prinzip: „Wer zahlt, schafft an“. Die mächtigsten und reichsten Staaten – die imperialistischen Großmächte – bestimmen, wo es lang geht. Die USA sind mit 22% aller Beitragszahlungen der größte Beitragszahler. Gemeinsam mit anderen imperialistischen Staaten – Japan, Deutschland, Frankreich und Großbritannien bestreiten sie 62,3% der gesamten Zahlungen der UNO.

Ein UNO-Diplomat sprach vor dem Irak-Krieg 2003 offen aus, was jeder und jede weiß: die USA – und die anderen Großmächte – haben viele Staaten in der Tasche, da sie diese mittels Anbieten bzw. Zurückziehen von Krediten, Subventionen u.ä. bestechen können. „Die USA werden in der Region einige sehr große Schecks ausstellen.“

Auf diese Weise verhindern die imperialistischen Mächte, daß die UNO jemals ernsthafte Maßnahmen gegen sie oder gegen einen ihrer Verbündeten ergreift. Daher verpuffen alle Resolutionen wirkungslos, die gegen Israel gefaßt werden.

Schon bei der Gründung des Staates Israel zeigte sich diese Übermacht der imperialistischen Großmächte in der UNO. Selbst innerhalb der UNO mußte eingestanden werden, daß die auf dem Landraub beruhende Gründung des Staates Israel der eigenen Charta widerspricht. Die Studie einer Unterkommission der UNO – das „Subcommittee 2 of the ‚UN Special Committee on Palestine‘“ – vom 11. November 1947 stellte fest, daß die Mehrheitsentscheidung der UNO, Palästina zu teilen und den Staat Israel zu schaffen, im Widerspruch zur UN-Charta steht. Artikel 1 der Charta geht davon aus, daß das „Prinzip gleicher Rechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker“ respektiert werden müsse. Der gleiche Paragraph verlangt, daß „Rücksicht auf die politischen Aspirationen der Völker zu nehmen“ sei. Die Studie kommt zur Schlußfolgerung, daß eine Teilung Palästinas – noch dazu, wo eine (jüdische) Minderheit die Mehrheit des Landes zugesprochen bekommt – dieser Charta widerspreche und völkerrechtswidrig sei. Viele Staaten – v.a. aus der sogenannten Dritten Welt lehnten die Gründung Israels daher ab. Doch das alles half nichts. Wie auch heute setzten die Großmächte massive politische und finanzielle Druckmittel ein, um die Zustimmung armer Länder zu erzwingen und hatten letztlich dabei Erfolg. 20

Schließlich ist in der UNO selbst die formale Gleichheit im höchsten Maße eingeschränkt. Nur die Resolutionen des kleinen UNO-Sicherheitsrates sind für alle Staaten bindend, nicht jedoch die des Generalrates, in dem alle Mitgliedsstaaten vertreten sind! Innerhalb des UNO-Sicherheitsrates mit seinen 15 Staaten besitzen bekanntlich die fünf ständigen Mitglieder (USA, Großbritannien, Frankreich, Rußland und China) ein Veto-Recht. Kurz und gut: während die Resolutionen des Generalrates ohne Folgen bleiben, kann jeder einzelne aus der kleinen Gruppe der Großmächte mit einem Veto alles blockieren (wie z.B. die USA zugunsten Israels).

Letztlich dient die UNO nur den Interessen der imperialistischen Großmächte. Entweder die UNO fügt sich den Wünschen ihrer Finanziere und verurteilt einen widerspenstigen Staat wie z.B. den Irak. Dann werden die UNO-Beschlüsse natürlich Länge mal Breite durchgesetzt, da diese ja den Interessen der Imperialisten dienen. Siehe z.B. das UNO-Embargo gegen den Irak, dem eineinhalb Millionen IrakerInnen zum Opfer fielen und der Golfkrieg 1991 oder auch der Korea-Krieg 1950-53, wo die USA formell im Auftrag der UNO Krieg gegen Nordkorea führte.

Oder die UNO beschließt Protestnoten und Sanktionen, die befreundete Staaten der Imperialisten betreffen. In diesem Fall wird niemand diese Sanktionen durchsetzen, da die Großmächte ihren Freunden nichts antun wollen. Ein gutes Beispiel dafür sind die UNO-Verurteilungen gegen Israel. Israel hat bereits 69 UNO-Sicherheitsresolutionen gebrochen und wurde von 29 weiteren Verurteilungen nur durch ein Veto der USA gerettet. Doch dies hat keinerlei Konsequenzen, denn Israel ist im Unterschied zu anderen Staaten wie dem Irak früher, Nordkorea oder Iran heute, ein Verbündeter der USA. Im übrigen: als Saddam Hussein in den 1980er Jahren in Washington noch als Freund und Verbündeter galt, blieben auch die Verurteilungen der UNO gegen den Irak (wegen des blutigen Krieges gegen den Iran) ohne Konsequenzen.

Forderungen an die UNO sind daher für die Antikriegsbewegung vollkommen nutzlos. Mehr noch: Sie sind nicht nur nutzlos, sondern auch politisch gefährlich, da sie Illusionen in eine Institution der herrschenden Klassen schüren. Anstatt auf die eigene Kraft, auf den Widerstand gegen den Krieg mit den Methoden des Massenkampfes (Streiks, Sabotage, direkte Aktionen etc.) zu setzen, delegiert der Reformismus die Lösung des Krieges an eine Institution der herrschenden Klasse.

Deswegen lehnen wir aus diesen prinzipiellen Erwägungen jegliche Einmischung der UNO ab. (Stationierung von UNO-Truppen, UNO-Embargo, UNO-Waffeninspektoren u.ä.). Die Antikriegsbewegung muß eine Politik zurückweisen, die sich auf die UNO orientiert und Forderungen an sie richtet. Wer die Räuber mit Hilfe des Räuber-Dachverbandes bekämpfen will, ist entweder ein politischer Schwachkopf oder ein rettungsloser Naivling. Beides ist im Kampf gegen Imperialismus und Krieg gefährlich.

Ebenso darf die Bewegung keinerlei Forderungen an die imperialistischen Konkurrenten der USA – wie die EU – richten, diese doch vom Krieg abzuhalten oder deren Besatzungspolitik zu ändern. Imperialistische Besatzungstruppen im Gaza auf Geheiß der UNO sind um nichts besser als imperialistische Besatzungstruppen auf Geheiß eines einzelnen Staates.

Um die Besatzung zu beenden, kann man nicht auf imperialistische Regierungen hoffen, sondern nur auf die unterdrückten Klassen und Völker selber setzen. Deswegen richten wir unsere Forderungen an die Unterdrückten selber – die ArbeiterInnenklasse, die Gewerkschaften, die Antikriegsbewegung.

Es ist der Kapitalismus, was sonst?!

Die jahrzehntelange Politik der UNO im Interesse der Großmächte, die permanenten Kriege und Interventionen, die wachsende Armut, die Weltwirtschaftskrise – all dies hat eine gemeinsame Ursache. Und diese gemeinsame Ursache ist das System, in dem wir leben: der Kapitalismus. Das System des Kapitalismus besteht aus der Gesamtheit sozialer Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse einer in gegensätzliche – herrschende und beherrschte – Klassen gespaltenen Gesellschaftsformation (Marx). Die Basis dieser Gesellschaftsformation ist das Privateigentum an Produktionsmitteln (Betriebe, Grund und Boden), welche der besitzenden Kapitalistenklasse die unentgeltliche Aneignung eines Mehrwertes aus dem von der Arbeiterklasse geschaffenen gesellschaftlichen Wertprodukt erlaubt. Auf der Grundlage dieser ökonomischen Produktionsbedingungen erhebt sich ein politischer und ideologischer Überbau (Staat, Kultur etc.).

Mit der Entwicklung des Kapitalismus haben sich unausweichlich auch seine Widersprüche weiterentwickelt. Heute ist der Kapitalismus zu einem Monopolkapitalismus – wir nennen dieses System auch Imperialismus – geworden. Einige wenige Monopole und Großmächte beherrschen die Welt.

Mitte der 1990er Jahre kontrollierten 300 multinationale Konzerne 70% aller Auslandsinvestitionen sowie des Welthandels und ein Viertel des weltweiten Kapitalstocks. Seitdem hat das Ausmaß an Kapitalkonzentration in wenigen Händen noch mehr zugenommen. Alleine die größten 100 multinationalen Konzerne haben einen Gesamtumsatz von fast 9,15% des globalen

Nationaleinkommens. 21 Diese weltbeherrschenden Konzerne befinden sich fast ausschließlich in den reichen, imperialistischen Metropolen. Von den international größten 1000 Konzernen kommen 895 aus den USA, der EU oder Japan und die anderen kommen fast alle aus weiteren reichen kapitalistischen Staaten in Europa und Nordamerika. 22

Daher sind es auch diese imperialistischen Großmächte, die die Weltpolitik beherrschen. Eine kleine Gruppe von Staaten in Westeuropa und Nordamerika zusammen mit Japan und Rußland sind imperialistische Staaten, d.h. sie nehmen am Weltmarkt bzw. in der Weltpolitik eine dominierende, beherrschende Stellung ein. Die meisten anderen Staaten sind zwar formal unabhängig, tatsächlich aber vom Imperialismus abhängig. Deswegen nennen wir sie halb-koloniale Staaten. Diese halb-kolonialen Staaten können sich in der UNO daher nicht allzu sehr mit den USA, der EU und Japan anlegen, wollen sie nicht Sanktionen, Schwierigkeiten bei der Kreditvergabe etc. provozieren.

In diesem monopolkapitalistischen, imperialistischen System, in dem die wirtschaftliche und politische Macht in den Händen einiger weniger Konzerne und Großmächte konzentriert ist, muß es unausweichlich zur Unterdrückung zahlreicher Völker und Nationen kommen. Eine tatsächliche Beseitigung nationaler Unterdrückung ist daher nur möglich, wenn sie Hand in Hand geht mit der Beseitigung seiner Grundlage – dem Kapitalismus. Aus diesen Gründen ist die Politik der KPÖ und der linken SozialdemokratInnen, die Appelle an die UNO, die EU richten und mit Hilfe dieser großen Räuber die Folgen des Räuber-Systems bekämpfen wollen, hoffnungslos utopisch und reaktionär.

„Marxistisch“ getarnte Neutralität

Gruppen wie die SLP oder der Funke, die sich als revolutionär-marxistisch bezeichnen, haben durch ihre Haltung während des Krieges gezeigt, daß ihr „Marxismus light“ versucht, ohne Marx, Lenin und Antiimperialismus auszukommen. Hinter ihrem anti-revolutionären „Marxismus“ verbirgt sich eine tiefgreifende Anpassung an den Imperialismus, die ihren geistigen Ahnherren in der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie im frühen 20. Jahrhundert alle Ehre macht.

Natürlich findet man in den Erklärungen der SLP und des Funke wortreiche Verurteilungen des Imperialismus, der barbarischen Kriegspolitik des Staates Israel usw. Manchmal schleicht sich sogar ein kurzes Bekenntnis zum „Recht der PalästinenserInnen auf bewaffnete Verteidigung“ oder „für die Schaffung demokratischer Selbstverteidigungskomitees auf Massenbasis gegen die israelischen Angriffe auf Gaza“ (SLP) ein und daß der Krieg seitens der PalästinenserInnen ein „gerechter Krieg“ (Funke) ist. 23

Aber all dies sind bloß zynische, vollkommen abstrakte Worthüllen, denn sie schweigen sich über den konkreten, bewaffneten Widerstand des palästinensischen Volkes aus, der heute stattfindet und zwar unter der Führung von Hamas, Islamischen Jihad, Volkswiderstandskomitees, Al-Aksa-Märtyrer-Brigaden, PFLP u.a.. Wie ist es damit? Sind SLP und Funke bereit, diesen konkreten Widerstand – nicht bloß abstrakte Luftblasen zukünftiger „Selbstverteidigungskomitees auf Massenbasis“ – zu unterstützen?! Natürlich nicht, denn das hieße ja den Antiimperialismus von den Niederungen der zentristischen Phraseologie auf die Höhen der konkreten, revolutionären Praxis zu heben und dies würde einen kompletten Bruch mit der bisherigen, jahrzehntelangen Politik des Schein-Antiimperialismus dieser Gruppen bedeuten. Daher propagieren SLP und Funke zwar auf der Ebene allgemeiner Prinzipien linkere Formeln als die ELP und andere Reformisten. In den konkreten praktischen Schlußfolgerungen, in ihrer Weigerung zur Parteinahme auf Seiten der Unterdrückten, gelangen sie jedoch zu den gleichen Konsequenzen wie der Reformismus.

„Denn die Politik der herrschenden kapitalistischen Klasse in Israel führt weder zu Wohlstand noch zu Sicherheit für die jüdisch-israelische Bevölkerung, sondern zu Armut, Arbeitslosigkeit und einer Vertiefung des nationalen Konflikts. Genauso ist die Politik der palästinensischen Eliten von Fatah/PLO und der Hamas eine Sackgasse für die verarmten und unterdrückten Massen Palästinas. Diese verteidigen nur

ihre eigenen Interessen. Die reaktionär-islamische Politik der Hamas, insbesondere die Raketenangriffe auf israelische Wohngebiete – welche von SAV und CWI abgelehnt werden – sind keine erfolgversprechende Politik des Widerstands, sondern nur dazu geeignet die israelischen Massen in die Arme ihrer kriegführenden und pro-kapitalistischen Regierung zu treiben.“ 24

Auch wenn wir natürlich die Kritik am Charakter der kleinbürgerlichen PLO/Fatah- und Hamas-Führung teilen, hält uns dies nicht davon ab, sie als objektiv fortschrittlicher zu bewerten als die israelische Bourgeoisie. Im Gegensatz zu Israel sind sie, trotz all ihrer politischen Fehler, Ausdruck einer antiimperialistischen Befreiungsbewegung und müssen somit, bei gleichzeitiger Kritik an ihrem Programm, in diesem Kampf unterstützt werden.

Daher ist es auch absurd, so wie der Funke die Kriegsverbrechen Israels und den Widerstand der Hamas mit demselben Wort – „Terrorismus“ – zu verurteilen:

„- Das sofortige Ende aller Aggressionshandlungen gegen die Menschen im Gazastreifen! Abzug der israelischen Bodentruppen! Nein zum Staatsterror und zum individuellen Terror!

- Ein Ende der Blockade, damit die Menschen mit Lebensmitteln, Brennstoff und Medikamenten versorgt werden und sich frei bewegen können!

- Schluss mit den terroristischen Angriffen gegen die Zivilbevölkerung in Israel; die Führung des palästinensischen Widerstands muss die Massen bewaffnen und regionale Verteidigungskomitees in jeder Stadt und jedem Dorf organisieren!“ 25

Wir sehen: die Gewänder mögen verschieden sein, aber in der Verurteilung des „Terrorismus“ sowohl des Unterdrückerstaates als auch des unterdrückten palästinensischen Volkes sind sich EU-Michel, KPÖ, SLP und Funke einig.

Um ihre Verweigerung der Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand zu rechtfertigen, versuchen SLP und Funke den Kampf der Hamas klein zu reden. Am gleichen Tag, als Israel einen Waffenstillstand verkünden mußte, veröffentlichte der Funke den Artikel ihres Führungskaders Alan Woods, indem dieser – nicht zum ersten Mal – seine Fehlprognosen zum Besten gab:

„Der Krieg wird fortgesetzt und wird fortgesetzt werden, bis die

Revolutionärer Marxismus Nr.40

zu bestellen über unsere Kontaktadresse

60 Jahre NATO

Geschichte und Perspektiven einer imperialistischen Kriegsallianz



Außerdem: ● Lenin, die Bolschewiki und der Kampf gegen den Krieg ● Thesen zum Kampf gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit ● Deutschland: Wer hat Angst vor der Linkspartei? ● Buchbesprechung: Moody zur US-Arbeiterklasse
verlag global red

5
Liga für die
5. Internationale

Herrschenden in Israel befinden, dass sie alle oder die meisten ihrer Ziele erreicht haben.“

„Was wird das Endergebnis dieses Kriegs sein? In militärischer Hinsicht wird die Hamas massiv verloren haben. Viele ihrer Kader werden getötet oder gefangen worden sein. Ihre militärische Infrastruktur wird zertrümmert sein. Hinsichtlich äußerer Vermögenswerte wird Gaza völlig ruiniert zurückbleiben. Der wirtschaftliche Schaden wird erst in vielen Jahren behoben sein. In diesem Sinn werden die Israelis haben, was sie wollten. Ernstzunehmender werden für Israel die langfristigen politischen Auswirkungen sein. Obwohl sie einen schweren Schlag erhalten haben wird, wird die Hamas nicht zerstört sein.“

In Wirklichkeit natürlich hat Israel keine einziges seiner politischen oder militärischen Kriegsziele erreicht. Das wollen aber Woods & Co nicht eingestehen, denn dann ließe es sich schwerer rechtfertigen, warum dem von Hamas geführten Widerstand die Unterstützung verweigern.

Anstatt also Partei für den konkreten Widerstandskampf der PalästinenserInnen zu ergreifen, fordert die SLP viel mehr die Antikriegsbewegung dazu auf, nur ja NICHT den Widerstandskampf zu unterstützen! In ihrer Zeitung schreibt die SLP mit fetten Buchstaben: „Keine Unterstützung der Hamas durch die Antikriegsbewegung!“²⁶ Sicherlich, die Politik der Hamas können SozialistInnen niemals unterstützen. Ihren praktischen, heldenhaften Widerstandskampf, der – neben der internationalen Solidaritätsbewegung – der entscheidende Faktor dafür war, daß Israel eine Niederlage im Gaza erlitt, müssen jedoch alle aufrichtigen SozialistInnen bedingungslos unterstützen!²⁷

Der antiimperialistische Internationalismus darf sich nicht nur auf eine Ablehnung des Imperialismus beschränken, sondern muß sich auch in der Unterstützung jener Kräfte der unterdrückten Völker, die konkret gegen die Herrschaft der Großmächte bzw. deren Handlanger kämpfen, ausdrücken. Tut man dies nicht, endet man unweigerlich bei der Politik des Zentrismus, dessen pseudo-revolutionäres Wortgeprassel eine opportunistische Anpassung an die imperialistische Weltordnung zu verdecken versucht.

Der marxistische Revolutionär Trotzki formulierte die Unfähigkeit des Zentrismus, diese Konsequenz zu ziehen, folgendermaßen:

„Nichtsdestotrotz überschreitet Ledebours Position auch in dieser Frage nicht die Grenzen des Zentrismus. Ledebour fordert den Kampf gegen koloniale Unterdrückung, er wird im Parlament gegen Kolonialkredite stimmen, er wird die kühne Verteidigung der Opfer eines Kolonialaufstandes auf sich nehmen. Aber Ledebour wird nie teilnehmen an der Vorbereitung eines Kolonialaufstandes. Solch eine Arbeit hält er für Putschismus, Abenteuerertum, Bolschewismus. Und hier liegt der Kern der Sache.“

Was den Bolschewismus in der nationalen Frage kennzeichnet, ist, daß er die unterdrückten Nationen, selbst die rückständigsten, nicht nur als Objekte, sondern auch als Subjekte der Politik betrachtet. Der Bolschewismus begnügt sich nicht mit der Anerkennung des ‚Rechtes‘ auf Selbstbestimmung und mit parlamentarischen Protesten gegen die Mißachtung dieses Rechtes. Der Bolschewismus dringt tief in die unterdrückten Nationen ein, erhebt sie gegen die Unterdrücker, verbindet ihren Kampf mit dem Kampf des Proletariats der kapitalistischen Länder, unterweist die unterdrückten Chinesen, Inder und Araber in der Kunst des Aufstandes und nimmt die volle Verantwortung für diese Arbeit vor dem Angesicht der zivilisierten Henkersknechte auf sich. Hier erst beginnt der wahre Bolschewismus, d.h. der revolutionäre Marxismus der Tat. Was vor dieser Grenze stehenbleibt, bleibt alles Zentrismus.“²⁸

Man braucht nur das Wort „Ledebour“ durch SLP/CWI oder Funke/IMT ersetzen und man erhält eine treffende, aktuelle Verurteilung der Politik dieser Gruppen.

Anpassung an die imperialistische Weltordnung

Diese Neutralität im Krieg zwischen dem Staat Israel und dem palästinensischen Widerstand ist in keinsten Weise zufällig, sondern liegt in der systematischen politischen Anpassung der zentristischen Gruppen an die im Zeitalter des Imperialismus groß gewordenen reformistische Bürokratie. Diese Anpassung

schlägt sich auch in der Theorie und Programmatik dieser Organisationen nieder. Die SLP ist hier keineswegs das einzige, aber sicherlich ein herausstechendes Beispiel für eine solche Anpassung an den Imperialismus.

Die SLP und ihre internationale Strömung – das CWI – haben in den vergangenen Jahrzehnten wiederholt nationalen Befreiungskämpfen die Unterstützung verweigert und in Kriegen imperialistischer Großmächte gegen halbkoloniale Staaten eine neutrale Position eingenommen. Dies war z.B. im jahrzehntelangen Bürgerkrieg zwischen dem republikanischen Widerstand und der britischen Besatzungsmacht in Nordirland der Fall, im britischen Eroberungskrieg gegen Argentinien um die Malvinas-Inseln 1982, im imperialistischen Angriffskrieg in Afghanistan seit 2001 oder beim israelischen Überfall auf den Libanon 2006. Immer und überall verweigert das CWI den Kräften des unterdrückten Volkes seine Unterstützung und bezieht eine neutrale Position.²⁹

Diese Anpassung geht sogar soweit, daß die SLP nicht für die Zerschlagung des rassistischen Siedlerstaates Israel und einen gemeinsamen palästinensisch-jüdischen ArbeiterInnenstaat eintritt, sondern vielmehr die Ergebnisse des Kolonialismus akzeptiert und ein „sozialistisches Israel neben einem sozialistischen Palästina“ fordert. Diese Losung ist nichts anderes als eine Akzeptierung der Vertreibung und des Völkermordes an den PalästinenserInnen durch den rassistischen Siedlerstaat Israel. Ein solcher sozialistischer Zionismus steht mit dem Marxismus genauso auf Kriegsfuß, wie die Führung des ÖGB mit den ursprünglichen Idealen der ArbeiterInnenbewegung.³⁰

Zum Wesen des Zentrismus

Was sind die Ursachen dieser wiederholten Kapitulationen vor der Bourgeoisie und der politischen Anpassung an die imperialistische Weltordnung? Ein Teil der Antwort ist der Theorie der diversen zentristischen Gruppen zu suchen, die ihnen eine klare Analyse des Imperialismus und der Bedingungen des Kampfes gegen diesen verunmöglicht. Aber dies wirft wiederum die Frage nach den Ursachen ihrer falschen Theorie auf. Mangelnde Kenntnisse der Schriften der marxistischen Klassiker? Sicherlich nicht, zumindest wenn man die internationale Führungsspitze von Strömungen wie dem CWI oder der IMT hernimmt.

Nein, die Ursache ist – wie bei allen politischen Phänomenen – in seinem Wesen, in seinem politischen Klassencharakter zu suchen. Der Zentrismus erscheint als marxistische Strömung, denn er läßt den Marxismus in zahlreichen Worten hochleben. Doch Marx selber wies darauf hin, daß „alle Wissenschaft überflüssig (wäre), wenn die Erscheinungsform und das Wesen der Dinge unmittelbar zusammenfielen“.³¹

Tatsächlich ist der Zentrismus keine proletarische, sondern eine kleinbürgerliche, schwankende Kraft. Der Zentrismus transportiert kein proletarisch-sozialistisches, sondern ein verwirrendes, letztlich bürgerliches Bewußtsein in die Reihen der ArbeiterInnenbewegung. Treffend charakterisierten die Bolschewiki den Zentrismus folgendermaßen: „Eine bürgerliche Entstellung des Sozialismus ist andererseits die Strömung des ‚Zentrums‘, die ebenfalls in allen kapitalistischen Ländern zu beobachten ist und zwischen Sozialchauvinisten und Kommunisten schwankt (...)“³²

Durch seine Unfähigkeit, einen unabhängigen proletarischen Standpunkt einzunehmen, ist der Zentrismus unausweichlich gezwungen – bei allen Zick-Zacks – sich an Teile der Gewerkschaftsbürokratie bzw. der sozialdemokratischen Bürokratie anzupassen und, statt ihre Politik konsequent zu bekämpfen, deren Denkweise und Vorurteile anzunehmen. Daraus ergibt sich – und wir haben darauf in der Vergangenheit wiederholt hingewiesen –, daß große Teile der Linken sich an den Imperialismus und den damit verbundenen sozialchauvinistische Vorurteile anpassen. Diese organische Anpassung an den Chauvinismus zeigte sich nicht nur in der Gaza-Kampagne, sondern – um nur besonders aktuelle Beispiele zu nehmen – auch in der Tatsache, daß eine Organisation wie das CWI im Februar 2009 in Britannien eine führende Rolle in einem chauvinistischen Streik spielte, der sich gegen die Einstellung von ausländischen ArbeiterInnen

richtete und unter dem Motto „British Jobs for British Workers“ stand. Ebenso sei an die heftige Ablehnung der LSR-Forderung nach mehrsprachigen Schulen zur Integration der MigrantInnen während des LINKE-Wahlkampfes durch SLP & Co mit dem Argument, daß würden die österreichischen ArbeiterInnen „nicht verstehen“, erinnert.

Die gesamte politische Methode dieser Linken zeichnet sich durch eine magnetische Anpassung an den Imperialismus und den Sozialchauvinismus aus. Statt konsequenter Unterstützung und Förderung des Kampfes der unterdrückten Schichten betreibt der linke Reformismus und der Zentrismus Kapitulation vor der Bürokratie in der ArbeiterInnenbewegung und den Vorurteilen der privilegiertesten Schicht des Proletariats – der Arbeiteraristokratie. Der Zentrismus ist nicht gleichzusetzen mit dem Reformismus. Daher auch die Schwankungen und die zeitweilig marxistischen Ansätze in seinen Analyse und Losungen. Aber diese Ansätze werden umgehend zunichte gemacht durch die Furcht des Zentrismus, sich „zu isolieren“ und als „sektiererisch“ zu erscheinen. Darunter versteht der Zentrismus jedoch nicht die Isolation von der ArbeiterInnenklasse, sondern von Teilen der

reformistischen Bürokratie. Daher unternimmt der Funke alles, um die SJ-Bürokratie zu besänftigen und nicht ausgeschlossen zu werden. Daher die stetige Weichheit der SLP gegenüber den linkeren GewerkschaftsbürokratInnen.

Der Imperialismus teilt die Welt in herrschende und beherrschte Nationen

Der Marxismus geht davon aus, daß in der imperialistischen Epoche sich die Klassengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat in einem solchen Ausmaße entwickeln, daß es weltweit zu einer Spaltung der Staaten und Völker in eine kleine Minderheit herrschender, imperialistischer Staaten und dem großen Rest der Welt, den unterdrückten Nationen kommt. Diese beherrschten Länder – zumeist halbkoloniale Staaten, z.T. aber auch von fremden Nationen direkt besetzte Kolonien – werden vom imperialistischen Kapital direkt oder indirekt ausgebeutet und unterdrückt. Denn der sich im Niedergang befindende Kapitalismus zwingt die herrschenden Klassen der imperialistischen Mächte, immer verbissener und verzweifelter jede sich bietende

Die internationalistische Boycott-Kampagne gegen Israel

Antiimperialistische Kräfte – darunter auch die LSR und unsere internationale Organisation LFI – unterstützen seit Jahren eine Boycott-Kampagne gegen den rassistischen Apartheidstaat Israel. 41 In den letzten Monaten haben viele Kräfte diese Forderung aufgegriffen. Mittlerweile unterstützen zahlreiche Kräfte einen Boycott Israels: darunter Gewerkschaften in Norwegen, Italien, Südafrika usw., diverse Studentenorganisationen in Westeuropa und Nordamerika, Organisationen wie die „Jüdische Stimmen für einen gerechten Frieden im Nahen Osten“, zahlreiche jüdisch-israelische Akademiker usw. 42 Auch das Weltsozialforum erklärte bei seinem jüngsten Treffen im Jänner 2009 in Belem seine Unterstützung für die Boycott-Kampagne gegen Israel.

Es ist jedoch auffallend, daß eine solche Boycottkampagne hierzulande nur von wenigen linken Organisationen (neben uns v.a. von der AIK) aufgegriffen wird. Im Gegenteil, verschiedene reformistische, antinationale beeinflusste Kräfte haben einen Boycott des Staates Israel als antisemitisch verurteilt und – so z.B. der damalige KPÖ-Funktionär Franz Schäfer – mit der Nazi-Kampagne „Kauft nicht bei Juden“ verglichen. Dieser Vergleich ist typisch für die sogenannten Antinationalen und pro-zionistischen Freunde Israels, die jegliche Ablehnung dieses Apartheidstaates als Antisemitismus verleumdend. Eine angebliche Parallele zwischen der Boycott-Kampagne gegen Israel und der Nazi-Hetze „Kauft nicht bei Juden“ ist eine willkürlich Erfindung – entsprungen aus der Werkstatt der politischen Giftmischer im Lager der antinationalen und pro-zionistischen Freunde des Staates Israel.

Die Juden in Deutschland der 1930er Jahre waren eine durch den Faschismus unterdrückte, verfolgte und schließlich vernichtete Minderheit. Die Nazi-Kampagne „Kauft nicht bei Juden“ richtete sich gegen ALLE Juden, WEIL sie Juden waren. Sie diente den Nazis, um von der verheerenden soziale Krise des Kapitalismus in Deutschland und weltweit abzulenken und einen hilflosen Sündenbock zu finden.

Die weltweite Boycott-Kampagne gegen Israel ist etwas völlig anderes: Sie richtet sich gegen den STAAT ISRAEL, der fälschlicher- und anmaßenderweise von sich behauptet, das weltweite Judentum zu repräsentieren. Sie ist in keiner Weise ein Versuch Juden und Jüdinnen zu schaden und schon gar nicht Ausdruck einer antisemitischen Haltung. Daher wird sie auch von zahlreichen fortschrittlichen jüdischen AktivistInnen und Intellektuellen unterstützt.

Die Boycottkampagne hat sich auch immer wieder gegen wichtige (nicht-jüdische) Freunde und Helfershelfer des Staates Israel gerichtet (z.B. Caterpillar oder Starbucks).

Die israelische Bourgeoisie stärkt und bereichert sich fortwährend mittels des kapitalistischen Staates Israel. Die jüdisch-israelischen ArbeiterInnen dagegen leben durch die Kriegsstrategie „ihrer“ herrschenden Klasse im permanenten Ausnahmezustand und haben zusätzlich noch mit tagtäglichem kapitalistischer Ausbeutung zu kämpfen. Somit ist der israelische Staat ein Unterdrücker- und Kriegsinstrument, das im Interesse der imperialistischen Großmächte – allen voran den USA – zur Aufrechterhaltung ihrer Ordnung im Nahen Osten Kriege führt, die arabischen Staaten bedroht und die PalästinenserInnen unterdrückt.

Jede/r ernsthafte Antikriegsaktivist und -aktivistin muß sich gegen diesen israelischen Angriffskrieg stellen. Wer hier im Westen verhindern will, daß Israel wieder einen Krieg beginnt oder weiterhin die palästinensische Bevölkerung in diesem riesigen Freiluftgefängnis namens Gaza-Streifen tyrannisiert, muß alles daran setzen, diesen Apartheidstaat politisch und ökonomisch zu schwächen. Venezuela hat einen ersten Schritt gesetzt und die diplomatischen Beziehungen zu Israel abgebrochen. Ausgezeichnet! Warum soll Israel besser behandelt werden als der rassistische Apartheidstaat Südafrika in den 1980er Jahren?!

Unsere Herangehensweise in der Boycott-Kampagne steht in der alten Tradition der internationalistischen Solidaritäts- und ArbeiterInnenbewegung, die zwischen dem Staat und der herrschenden Klasse auf der einen Seite und der einfachen Bevölkerung auf der anderen Seite unterscheidet. Nach 1933 lancierten die antifaschistische ArbeiterInnenbewegung und jüdische Organisationen eine Boycottkampagne gegen Hitler-Deutschland. In der Zeit des italienischen Überfalls auf Abessinien 1935 gab es ebenso eine Boycottkampagne gegen Italien. Und in den 1980er Jahren existierte eine weltweite Boycott-Bewegung gegen den Apartheidstaat Südafrika. All diese Kampagnen waren nicht gegen die einfache Bevölkerung gerichtet, sondern gegen den Staat und die herrschende Klasse.

Die erfundene Parallele zwischen der Boycott-Kampagne gegen Israel und der Nazi-Hetze „Kauft nicht bei Juden“ ist nichts anderes als ein Versuch, die internationalen Proteste gegen den Kriegs- und Unterdrückerstaat Israel zu verleumdend.

Gelegenheit nützen und nach neuen Möglichkeiten suchen, um mehr Profit aus der Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse weltweit und mehr Extraprofite aus den unterdrückten Völkern in den Halbkolonien herauszuschlagen zu können.

Um sich ein Bild von dem Ausmaß der imperialistischen Plünderung der halbkolonialen Welt zu machen, verweisen wir auf folgende Tatsachen: Alleine in den letzten 15 Jahren ist es zu einem enormen Anstieg des Netto-Transfer von finanziellen Ressourcen aus den halbkolonialen Staaten – den sogenannten Entwicklungsländer und ehemalige stalinistische Staaten in die imperialistischen Metropolen gekommen (siehe Tabelle 1).

Zusammengerechnet ergibt dies alleine für den Zeitraum 1995-2007 einen Netto-Abfluß von 3.736,7 Milliarden US-Dollar, die von den halb-kolonialen Ländern in Richtung imperialistische Zentren flossen! Um sich ein Bild vom Ausmaß dieser finanziellen Aussaugung durch das imperialistische Finanzkapital zu machen, wollen wir folgende Berechnung vornehmen: Im Jahr 2007 betrug das kombinierte Brutto-Inlandsprodukts dieser Regionen 14.150 Milliarden US-Dollar.³⁴ Der Abfluß von 859 Milliarden US-Dollar in diesem Jahr entsprach daher knapp 6.1% des Brutto-Inlandsprodukts der halb-kolonialen Welt. Wohl gemerkt, bei dieser Zahl handelt es sich nicht um die Profite des imperialistischen Kapitals – von denen ja ein Gutteil im Land selber entweder konsumiert wird oder in die Kapitalakkumulation zwecks neuer Profitgewinnung fließt – sondern ausschließlich um jenen Teil, der direkt aus der halb-kolonialen Welt geplündert wird.

Der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat und der Klassengegensatz zwischen den imperialistischen Mächten und den unterdrückten Völkern ist daher *auf das engste miteinander verweben*. Deswegen unterdrückt das imperialistische Monopolkapital in erster Linie das Weltproletariat, aber *zusätzlich* unterdrückt es auch ganze Nationen, das bedeutet auch das Kleinbürgertum und teilweise auch die Bourgeoisie in der halbkolonialen Welt.

Daher ist die Spaltung der Nationen in herrschende und unterdrückte weder eine nebensächliche Angelegenheit noch eine separate, vom Klassenkampf für die sozialistische Revolution getrennte Frage. Vielmehr gehen MarxistInnen davon aus, daß der Kapitalismus nur durch eine Strategie bekämpft werden kann, die auch jede Form nationaler Unterdrückung angreift.

Lenin betonte daher: „Der Imperialismus ist die fortschreitende Un-

terdrückung der Nationen der Welt durch eine Handvoll Großmächte. (...) Eben deshalb muß die Einteilung der Nationen in unterdrückende und unterdrückte den Zentralpunkt in den sozialdemokratischen Programmen bilden, da diese Einteilung das Wesen des Imperialismus ausmacht und von den Sozialpatrioten, Kautsky inbegriffen, verlogen-erweise umgangen wird. Diese Einteilung ist nicht wesentlich vom Standpunkt des bürgerlichen Pazifismus oder der kleinbürgerlichen Utopie der friedlichen Konkurrenz der freien Nationen unter dem Kapitalismus, aber sie ist eben das Wesentlichste vom Standpunkt des revolutionären Kampfes gegen den Imperialismus.“³⁵

Marxismus ist Antiimperialismus oder er ist kein Marxismus!

Für den wirklichen, also den revolutionären, Marxismus sind die Befreiungskämpfe unterdrückter Völker daher integraler Bestandteil des Klassenkampfes. Dieses Verständnis begann bereits bei Karl Marx und Friedrich Engels, als diese unmißverständlich feststellten: „Eine Nation kann nicht frei werden und zugleich fortfahren, andre Nationen zu unterdrücken.“³⁶

Die Kommunistische Internationale unter Lenin und Trotzki entwickelte diese Herangehensweise unter den Bedingungen der imperialistischen Epoche weiter und faßte sie 1920 in der Losung – „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereint Euch!“ – zusammen.³⁷

Wirklich sozialistische Kräfte müssen jede nationale Befreiungsbewegung unterstützen, die Widerstand gegen die imperialistischen Großmächte oder deren Handlanger leistet. Diese Solidarität darf nicht abhängig davon sein, ob die Führung dieser Befreiungsbewegungen unsere sozialistischen Ideale teilt. Oft tut sie das nicht und RevolutionärInnen kämpfen daher in solchen Bewegungen für eine andere, sozialistische, Ausrichtung und auch eine solche Führung. Aber wir verweigern dem gerechten Widerstand nicht die Unterstützung, nur weil dieser nicht unter unserer, sozialistischen, Fahne geführt wird. Dies wäre reaktionär und sektiererisch.³⁸

Für eine solche Haltung, wie es Gruppen wie CWI/SLP oder IMT/Funke auszeichnet, hatte die Kommunistische Internationale in der Zeit von Lenin und Trotzki nur scharfe Verurteilung über:

„Die Weigerung der Kommunisten der Kolonien, am Kampf gegen die imperialistische Vergewaltigung teilzunehmen, unter Vorgabe angebli-

Tabelle 1: Netto-Transfer von finanziellen Ressourcen in Entwicklungsländer und ehemalige stalinistische Staaten 1995-2007 (in Milliarden US-Dollar)³³

	1995	1997	1999	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Afrika	5.9	-4.7	4.2	-16.8	-6.7	-21	-35	-63.4	-95.3	-59.2
Ost- und Südasiens	21.8	-31.9	-137.6	-115.6	-146	-170.7	-162.1	-230.5	-244.7	-468.1
West-Asien	20.1	12.6	7.7	-23.8	-18.4	-43.3	-69.8	-125.9	-194.7	-132.7
Lateinamerika	-1.7	23.4	9.8	4.3	-31.6	-60.6	-80	-105.2	-123.1	-99.8
Entwicklungsländer insgesamt	46.2	-0.6	-115.9	-151.9	-202.7	-295.6	-346.8	-525	-657.7	-759.8
Ehemalige stalinistische Staaten	-2.7	2.8	-23.7	-29.1	-26.1	-33.7	-54.6	-86.8	-125.1	-109.2
Entwicklungsländer und ehemalige stalinistische Staaten insgesamt	43.5	2.2	-139.6	-181.0	-228.8	-329.3	-410.4	-611.8	-782.8	-859.0

cher ‚Verteidigung‘ selbständiger Klasseninteressen, ist Opportunismus schlimmster Sorte, der die proletarische Revolution im Osten nur diskreditieren kann.“³⁹

Die Argumentation, dass MarxistInnen keine von bürgerlichen nationalistischen Kräften geführten Befreiungsbewegungen unterstützen könnten, ist dabei eine vollkommene Verkenning der Notwendigkeiten des proletarischen Kampfes in diesen Ländern. Man tut so, als wäre die Frage der nationalen Befreiung einzig eine Frage, die zu lösen im Interesse der halbkolonialen Bourgeoisie liegt. In Wirklichkeit besteht jedoch ein wichtiger Zusammenhang zwischen nationaler Befreiung und proletarischer Revolution: Ohne Trennung der Fesseln des Imperialismus wird eine revolutionär-sozialistische Umwandlung der Gesellschaft nicht vonstatten gehen können. Der Kampf gegen Imperialismus ist somit ein objektives Grundinteresse auch der proletarischen Kräfte im Nahen Osten. Die Verbindung zwischen Antiimperialismus und proletarischer Revolution macht die unabhängige Organisierung von Kräften der ArbeiterInnenbewegung natürlich zur wichtigen Voraussetzung für die Weitertreibung der nationalen Befreiung hin zur sozialistischen Revolution. Die Verweigerung der Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen (auch mit bürgerlicher Führung) bedeutet praktisch nichts anderes als die bürgerliche Führung zu stärken, anstatt den politischen Kampf mit ihnen aufzunehmen. Eine neutrale Position bedeutet somit Festigung der reaktionären Führung des antiimperialistischen Widerstands einerseits und indirekte Unterstützung des Imperialismus andererseits.

Leo Trotzki, der neben Lenin wichtigste Führer der Oktoberrevolution und spätere Begründer der IV. Internationale, unterstrich diesen Grundsatz des revolutionären Antiimperialismus:

„Der Kampf gegen Krieg und seinen sozialen Ursprung, den Kapitalismus, setzt direkte, aktive und unzweideutige Unterstützung für die unterdrückten kolonialen Völker in ihren Kämpfen und Kriegen gegen den Imperialismus voraus. Eine ‚neutrale‘ Position ist gleichbedeutend mit einer Unterstützung des Imperialismus.“⁴⁰

Diese Herangehensweise gilt auch für uns heute in der LSR. Ein Marxismus ist nur dann wirklicher Marxismus, wenn er die Prinzipien des Antiimperialismus beinhaltet. Ansonsten ist er bloßer Schein-Marxismus, „Marxismus“, der als Deckmantel für Verrat dient.

Schlußfolgerungen

Die permanente Aggression des Staates Israel und die fortgesetzte Offensive des US-Imperialismus sind heute eine der Hauptfragen der Weltpolitik und somit auch der Politik von internationalistisch denkenden MarxistInnen. In der Haltung zu diesen brennenden Fragen zeigt sich, wer auf welcher Seite der Barrikade steht und wer eine fortschrittliche Rolle in der ArbeiterInnen- und Jugendbewegung spielt. Große Teile der Linken waren unfähig und unwillig, während des Kriegs eine internationalistische, antiimperialistische Haltung einzunehmen. Sie lehnen eine konsequente Ablehnung des Zionismus ab und solidarisieren sich nicht mit dem Kampf der Unterdrückten.

Der Gaza-Krieg hat mehr denn zuvor aufgezeigt, daß der Großteil der sogenannten linken Organisationen nichts weiter als kleinbürgerliche Maulhelden sind, deren Politik die grundlegendsten Prinzipien des Antiimperialismus fehlen.

Krieg und Widerstand in Palästina, Afghanistan und Irak unterstreichen, daß sich die Widersprüche der imperialistischen Weltordnung massiv zuspitzen. Die herrschende Klasse greift immer offener zu Krieg, Terror und Unterdrückung, um ihren Drang nach Extra-Profiten und weltweiter Vorherrschaft mit Gewalt durchzusetzen. Die Menschheit steht vor der Alternative: Sozialismus oder Barbarei. Wir leben in einer Periode, in der Revolution und Konterrevolution mehr und mehr auf der Tagesordnung stehen. Es ist unsere Aufgabe, den Kampf gegen die Herrschaft der Kapitalistenklasse zu organisieren und bis zum Aufstand und zur Machteroberung durch die ArbeiterInnenklasse zu führen. Vor dieser Herausforderung stehen die sozialistischen RevolutionärInnen nicht nur weltweit, sondern auch Österreich. Und diese Frage ist von höchster Dringlichkeit,

denn nur durch eine sozialistische Weltrevolution können wir ein Absinken der Menschheit in eine endlose Abfolge von Krisen und Kriege verhindern.

Eine zentrale Schlußfolgerung der vergangenen Wochen besteht darin, daß der ArbeiterInnenklasse eine schlagkräftige Führung mit einem klaren Programm und einer entschlossenen Praxis fehlt, die diese Aufgabe auch erfüllen kann. An der Spitze der österreichischen ArbeiterInnenbewegung steht eine Sozialdemokratie, die neoliberalen Sozialabbau betreibt und die proisraelische EU-Politik vollinhaltlich mitträgt. Die kleine Opposition links von der SPÖ wird von Kräften dominiert, die im Krieg zwischen Unterdrücker und Unterdrückten eine neutrale, gleichgültige Position beziehen und keinen Finger für Mobilisierungen gegen den Krieg rühren. Die Führungen der moslemischen Vereine wiederum mobilisierten nur zögerlich gegen den Krieg und bieten keine politische Perspektive. Nur ganz wenige antiimperialistische Organisationen – darunter die LSR und die Jugendorganisation REVOLUTION – mobilisierten gegen Israels Krieg. Kurz, es mangelt mehr denn je an einer revolutionären Führung. Doch ohne den rechtzeitigen Aufbau einer organisierten revolutionären Kraft werden wir nicht in der Lage sein, den künftigen Bewegungen gegen Kriege und kapitalistische Krise eine Perspektive zu weisen. Ohne den rechtzeitigen Aufbau einer organisierten revolutionären Kraft wird es nicht möglich sein, das krisenhafte System des Kapitalismus zu beseitigen, seinen mächtigen kapitalistischen Staatsapparat zu stürzen und die Revolution zum Sieg zu führen. Wir bauen die LSR auf und sind Teil der internationalen Tendenz – der Liga für die 5. Internationale –, um diese Führungskrise zu lösen, um eine revolutionäre Partei als Teil der künftigen 5. Internationale aufzubauen.

LSR-Broschüre

Israel, Zionismus und Antisemitismus

Eine Auseinandersetzung mit den Mythen und Legenden der Antinationalen



von Michael Pröbsting

Jänner 2006

Preis: 2,50 Euro

Eine Broschüre der
Liga der Sozialistischen Revolution



Fußnoten

1 Siehe „Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand! Die Position der Liga der Sozialistischen Revolution zum israelischen Terrorkrieg gegen das palästinensische Volk - Fragen und Antworten“, Stellungnahme des Politischen Büros der LSR, 1.1.2009; veröffentlicht in BEFREIUNG Nr. 172 sowie im Internet www.sozialistische-revolution.org

2 Siehe dazu die Berichte auf unserer Homepage www.sozialistische-revolution.org sowie den Artikel von Max Kutschner „Unsere Aktivitäten während des Krieges“ (in: BEFREIUNG Nr. 173)

3 Unter Reformismus verstehen MarxistInnen die Politik von sozialdemokratischen oder „kommunistischen“ Parteien (z.B. SPD, SPÖ oder Linkspartei). Der Reformismus dient in Wirklichkeit nur den Interessen der Schicht von BürokratInnen, die diese Parteien und die Gewerkschaften beherrschen und sich so auf eine organisierte Arbeiterbasis stützen. Während sie in Worten (und oft nicht einmal mehr das) für eine nicht-kapitalistische, sozialistische Gesellschaft eintreten, beschränken sie sich in der Praxis auf das Verbessern des kapitalistischen Systems. In der Regel beschränken sie sich sogar nur darauf, nicht ganz so scharfe Angriffe auf die breite Masse der Bevölkerung zu unternehmen oder unternehmen solche, bemänteln sie aber mit sozialer Phraseologie. Der Reformismus versucht die ArbeiterInnen als Stimmvieh bei Wahlen zu benützen. Die ArbeiterInnen sollen sich nicht eigenständig in Aktionskomitees oder Räten an der Basis organisieren und direktdemokratisch entscheiden, sondern als Manövriermasse unter Kontrolle der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie dienen.

Unter Zentrismus verstehen MarxistInnen jene Organisationen, die zwischen reformistischen und revolutionären Positionen hin und her schwanken und dadurch Verwirrung statt Klarheit stiften. Zentrismus bedeutet in der Regel Anpassung an den Reformismus unter dem Deckmantel der marxistischen Buchstaben-treue. *„Die Politik des ‚Zentrums‘ besteht darin, daß es ohnmächtig zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat hin und her pendelt, über seine eigenen Füße stolpert, da es das Unversöhnliche zu versöhnen wünscht und in entscheidenden Augenblicken das Proletariat verrät.“* (Bucharin/Preobraschenski: Das ABC des Kommunismus. Populäre Erläuterung des Programms der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki), 1920) Der Zentrismus zeichnet sich durch auf der allgemeinen-abstrakten Ebene oft richtige Kritik-

punkte am Reformismus aus, um dann jedoch vor *„den praktischen Schlußfolgerungen auszuweichen und somit seine Kritik gegenstandslos zu machen.“* (Trotzki: *„Zentrismus und die IV. Internationale“*, 1934)

4 Eine ausführlichere Auseinandersetzung mit der reformistischen Ablehnung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes für unterdrückte Völker durch die KPÖ findet sich u.a. in dem Artikel von Roman Birke *„Europäische Linkspartei und KPÖ: Degenerationsprozeß zeigt sich*

in der Kosova-Frage“. Der Artikel wurde im theoretischen Organ der LSR *„Unter der Fahne der Revolution“* (FAREV) Nr. 2/3 (April 2008) veröffentlicht. (FAREV steht auf unserer Homepage als download zur Verfügung <http://arbeiterinnenstandpunkt.net/phpwcmcs/download.php?3aa8e9fc2632e19f63e69f5b48b1d747>) Siehe ebenso unsere Auseinandersetzung mit der neutralen, verräterischen Haltung der KPÖ während des israelischen Angriffskrieges gegen den Libanon in dem Artikel von Michael Pröbsting: *„Europäische Linkspartei, CWI und der Libanon-Krieg: Kleinbürgerliche Linke als verkleidete Diener des Imperialismus“* (Revolutionärer Marxismus Nr. 36, 2006; im Internet: <http://www.arbeitermacht.de/rm/rm36/libanon.htm>)

5 KPÖ: Stopp dem Morden in Gaza, 30.12.08, <http://www.kpoe.at/home/anzeige/browse/1/article/2/KPOE-Stoppdem-Morden-in-Gaza/frieden.html>

6 Werkstatt Frieden & Solidarität: „Israel/Gaza: Stoppt die Gewalt !“, 30.12.2008, http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=140&Itemid=1

7 ELP-Statement: Ceasefire now! Stop the war! 29.12.2009,

8 Walter Baier: Gibt es einen Ausweg?, 09.01.09, <http://www.kpoe.at/home/anzeige/article/2/Gibt-es-einen-Ausweg/frieden.html>

9 ELP-Statement: Ceasefire now! Stop the war! 29.12.2009,

10 Werkstatt Frieden & Solidarität: Stoppt das Blutbad in Gaza! Offener Brief an Bundeskanzler und Außenminister, <http://www.werkstatt.or.at/Forum/Gaza.php>

11 Walter Baier: Gibt es einen Ausweg?, 09.01.09, <http://www.kpoe.at/home/anzeige/article/2/Gibt-es-einen-Ausweg/frieden.html>

12 Siehe dazu u.a. Leo Trotzki: Thermidor und Antisemitismus (1937); in: Leo Trotzki: Werke 1.2., S. 1040-1052

13 Zum von der stalinistischen Bürokratie geförderten Antisemitismus in der UdSSR und in Osteuropa in der Nachkriegsperiode siehe u.a. Francois Fejtö: *Judentum und Kommunismus. Antisemitismus in Osteuropa*, Wien 1967.

14 Dies streicht heute auch der Israel-Freund und deutsche Linkspartei-Vordenker Gregor Gysi hervor: *„Der Staat Israel hätte den Akt seiner Ausrufung nicht lange überlebt, wenn er nicht durch die Supermächte USA und Sowjetunion umgehend anerkannt worden wäre und - anfangs insbesondere aufgrund der von vielen vergessenen sowjetischen und tschechoslowakischen Militärhilfe - sofortige militärische Unterstützung erfahren hätte.“* (Siehe *„Die Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel“*, Vortrag von Dr. Gregor Gysi auf einer Veranstaltung *„60 Jahre Israel“* der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 14.4.2008, http://www.juedische.at/TCgi/_v2/TCgi.cgi?target=home&Param_Kat=3&Param_RB=33&Param_Red=9722)

15 So beteiligte sich die französische KP an der Regierung Jospin 1997-2002, die zahlreiche Privatisierungen staatlicher Unternehmen vornahm und sich am Krieg und der Besetzung gegen Afghanistan beteiligte. Ebenso saßen die italienische „KommunistInnen“ in der neoliberalen Regierung Prodi 2006-2008 und die Berliner Linkspartei betreibt in der Landesregierung seit Jahren eine neoliberale Spar- und Privatisierungspolitik.

16 Siehe *„Die Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel“*, Vortrag von Dr. Gregor Gysi auf einer Veranstaltung *„60 Jahre Israel“* der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 14.4.2008, http://www.juedische.at/TCgi/_v2/TCgi.cgi?target=home&Param_Kat=3&Param_RB=33&Param_Red=9722

17 *„Ein anderer Wortführer der ‚anti-imperialistischen‘ Szene in Wien, Michael Pröbsting, nimmt sich nun auch kein Blatt mehr vor den Mund und fordert in einer Rede die endgültige Lösung des Problems: ‚Frieden kann es nur dann geben, wenn ein für alle Mal (!) Schluss gemacht wird mit dieser staatlichen Unterdrückungsmaschinerie namens Israel.‘ Was mit den Menschen, die diese ‚Maschine‘ bilden, zu geschehen habe, soll gemäß der ‚anti-zionistischen‘ Logik of-*

LSR-Aktionsprogramm

**Keine Zukunft ohne Sozialismus!
Kein Sozialismus ohne Revolution!
Keine Revolution ohne Partei!**

Aktionsprogramm für Österreich



Liga der Sozialistischen Revolution



fenbar Hamas und Hisbollah überlassen werden. Meine also niemand, man könne nicht wissen, wo der Diskurs hinzielt. Begreiflich ob derartiger Tiraden ist die Befriedigung darüber am rechten Rand.“ (Walter Baier: Können Linke antisemitisch sein? Antiintellektualistische und antisemitische Ressentiments haben auch in der Linken eine lange Geschichte; 30. 8. 2006, <http://volksstimmen.at/news/article.php?story=20060830141110473>)

Baiers neue Weggefährten der zionistischen Antinationalen haben in der letzten Zeit eine Reihe von Polemiken gegen die LSR und andere AntiimperialistInnen veröffentlicht, u.a. auch in dem Buch von Stephan Grigat „Freunde der Mullahs. Über rechte und linke Verteidiger des iranischen Regimes“. Siehe auch den Artikel von Stephan Grigat: Freunde der Mullahs. Über rechte und linke Verteidiger des iranischen Regimes (erschieden in „Jüdische Zeitung“, Januar 2009) <http://www.j-zeit.de/archiv/artikel.1588.html>, <http://www.cafecritique.priv.at/FreundeDerMullahs.html>, <http://www.hagalil.com/archiv/2009/01/17/mullahs/>. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit den Antinationalen vom marxistischen Standpunkt findet sich in der LSR-Broschüre Michael Pröbsting: „Israel, Zionismus und Antisemitismus. Eine Auseinandersetzung mit den Mythen und Legenden der Antinationalen“. (Sie steht auf unserer Homepage als download zur Verfügung <http://www.sozialistische-revolution.org/stor/broschueren/anti-pfeifer.pdf>)

18 Siehe dazu den Artikel von Martin Suchanek: Berliner Linkspartei unterstützt zionistische Kriegshetzer, <http://www.arbeitermacht.de/infomail/403/berlinerlinkspartei.htm> (Arbeitermacht ist die deutsche Sektion der LFI)

19 Siehe Sepp Haller: „2+2=7“, 4.1.2009, <http://wien.kpoe.at/news/article.php/20090104172822305>

20 siehe Walter Hollstein: Kein Frieden um Israel, Frankfurt a. M., 1972, S. 155ff.

21 Siehe World Bank: World Development Report 2008, S. 335 sowie UNCTAD: World Investment Report 2008, S. 27

22 The Business Week Global 1000; in: Business Week 14.7.2003

23 „SozialistInnen verteidigen vollkommen das Recht der PalästinenserInnen auf bewaffnete Verteidigung gegen die brutale Besatzung.“ (CWI: Naher Osten: Stoppt das Morden in Gaza, 07.01.2009). Das Funke-Zitat findet sich im Artikel des internationalen Führers der IMT – der internationalen Strömung des Funke – Alan Woods „Die Bedeutung des Kriegs im Gaza - eine marxistische Analyse“ (19. Januar 2009), der auf der Funke-Homepage veröffentlicht wurde.

24 CWI: Naher Osten: Stoppt das Morden in Gaza, 07.01.2009

25 IMT/Funke: Stoppt Israels Aggressionskrieg in Gaza! Eine erste Stellungnahme zum Krieg in Gaza, 4. 1. 2009

26 SLP: Gegen den Krieg in Gaza; in: Vorwärts Nr. 178, S. 7

27 Nebenbei sei erwähnt, daß ultralinke Grüppchen wie die „Gruppe Klassenkampf“ in dieser Frage die gleiche, neutrale Haltung einnimmt und sich zu keiner Unterstützung des von Hamas u.a. geführten militärischen Widerstandes gegen den zionistischen Staat durchringen kann. Siehe die gemeinsame Resolution des Kollektiv Permanente Revolution (CRP Peru, GB Frankreich, KPR Österreich) und der Gruppe Klassenkampf (Österreich): „Israel massakriert die PalästinenserInnen in Gaza!“ (15. Januar 2009); in: Klassenkampf Nr. 4 (Februar 2009), Damit setzen diese Ultralinken im übrigen die gleiche Methode fort, als sie angesichts des EU-Militäreinsatzes im Tschad vor einem Jahr erklärten, keine Partei für das Lager der Rebellen beziehen zu wollen. In Wirklichkeit sind die Ultralinken nichts anderes als sich hinter radikalen Phrasen versteckende Opportunisten. Trotzki schrieb einmal über Ultralinke, die in einem Krieg zwischen den Armeen eines national unterdrückten und eines unterdrückenden Landes nicht die Partei ersterer ergreift, daß es sich hierbei „um Verräter oder um komplette Idioten handelt. Aber wenn Dummheit ein solches Ausmaß erreicht, kommt sie dem Verrat gleich“ (Leo Trotzki: Über den chinesisch-japanischen Krieg (1937); in: Schriften 2.2, S. 864)

28 Leo Trotzki: Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats (1932); in: Schriften über Deutschland, S. 246f.

29 Eine ausführlichere Auseinandersetzung mit dieser Methode des „imperialistischen Ökonomismus“ (Lenin) von SLP und Funke findet sich u.a. in dem Artikel von Michael Pröbsting „Der Tschad-Konflikt und die Linke: Schein-Antiimperialismus mit marxistischen Phrasen getarnt“. Der Artikel wurde im theoretischen Organ der LSR „Unter der Fahne der Revolution“ Nr. 2/3 (April 2008) veröffentlicht. Mit der neutralen, verräterische Haltung von KPÖ und SLP während des israelischen Angriffskrieges gegen den Libanon haben wir uns in dem Artikel „Europäische Linkspartei, CWI und der Libanon-Krieg: Kleinbürgerliche Linke als verkleidete Diener des Imperialismus“ (Revolutionärer Marxismus Nr. 36, 2006) auseinandergesetzt.

30 Siehe dazu das Kapitel „Der ‚sozialistische‘ Zionismus des CWI“ in „Europäische Linkspartei, CWI und der Libanon-Krieg: Kleinbürgerliche Linke als verkleidete Diener des Imperialismus“ (Revolutionärer Marxismus Nr. 36, 2006, S. 69-73). Die Haltung der revolutionären IV. Internationale bei der Gründung des Staates Israel findet sich in der Resolution „Vorläufige Thesen zur Judenfrage heute“ (1947). Darin bekunden die Trotzlisten klar und eindeutig ihre Ablehnung des Zionismus und des Staates Israel. Diese Resolution haben wir 2001 in der Broschüre „Marxismus, Antisemitismus und Zionismus“ neu abgedruckt.

31 Karl Marx: Das Kapital, Band 3; in: MEW 25, S. 825

32 In: Boris Meissner: Das Parteiprogramm der KPdSU 1906-1961, Köln 1962, S. 124

33 United Nations: World Economic Situation and Prospects 2007, S. 58 sowie United Nations: World Economic Situation and Prospects 2008, S. 69

34 Wir berechnen hierfür anhand der aktuellen Weltbank-Statistik das Welt-Bruttonationaleinkommen minus dem Bruttonationaleinkommen der „high income“-Staaten (die wir für diesen Zweck grob mit den imperialistischen Ländern gleichsetzen). Siehe World Bank: World Development Report 2009, S. 357

35 W. I. Lenin: Das revolutionäre Proletariat und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen (1916), in: LW 21, S. 416 (Hervorhebung im Original)

36 Friedrich Engels: Reden über Polen (1847); in: MEW 4, S. 417

37 Zur Entwicklung und Begründung der antiimperialistischen Strategie der revolutionären Marxisten siehe u.a. „Leitsätze zur Orientfrage“, IV. Weltkongreß der Kommunistische Internationale (1922), in: Die Kommunistische Internationale, Manifeste, Thesen und Resolutionen, Band II, Köln 1984; Baku: Congress of the Peoples of the East, London 1977; W.I. Lenin: Rede an die Aktivversammlung der Moskauer Organisationen der KPR(B) (1920); in: LW 31, S. 448

38 Eine systematische Darlegung der marxistischen Prinzipien der antiimperialistischen Einheitsfronttaktik findet sich in den von uns 1986 veröffentlichten Thesen „Die Taktik der antiimperialistischen Einheitsfront.“ (Ein Neuabdruck dieser Thesen ist in Revolutionärer Marxismus Nr. 36, 2006; im Internet: <http://www.arbeitermacht.de/rm/rm36/antiimperialistische.htm>)

39 Kommunistischen Internationale: Leitsätze zur Orientfrage (Resolution des IV. Weltkongreß, 1922); in: Die Kommunistische Internationale, Manifeste, Thesen und Resolutionen, Band II, Dortmund 1978, S. 47

40 Leo Trotzki: Resolution zum Anti-Kriegs-Kongress des Londoner Büros, Juli 1936, in: Leo Trotzki: Schriften zum imperialistischen Krieg, S. 105

41 Siehe dazu u.a. Michael Pröbsting: Warum eine internationalistische Boykott-Kampagne gegen Israel richtig und notwendig ist (August 2006), <http://arbeiterinnenstandpunkt.net/phpwcm/index.php?id=23,85,0,0,1,0>

42 Siehe u.a. Israeli Academics call for a Boycott of Israel, <http://www.guardian.co.uk/world/2009/jan/17/gaza-israelandtheepalestinians1#history-byline> sowie „EJJP Calls for Immediate Boycott, Divestment and Sanctions against the Israeli Occupation“, <http://www.ejpp.org/>

Aus dem Archiv des Marxismus

Leitsätze über die Kommunistischen Parteien und den Parlamentarismus

Resolution des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (1920)

Im folgenden veröffentlichen wir "Leitsätze über die Kommunistischen Parteien und den Parlamentarismus", die auf dem II. Weltkongress der Kommunistischen Internationale im Jahr 1920 beschlossen wurden. Der Entwurf wurde von im wesentlichen von Nikolai Bucharin verfaßt, einem führenden Mitglied der russischen Bolschewiki.

Das Dokument zeigt, daß es für die Kommunistische Internationale ein unumstößliches Prinzip war, bei Parlamentswahlen mit einem offenen revolutionären Programm aufzutreten und nicht zum Zwecke des Stimmenfangs politische Abstriche zu machen. Die Diskussionen um das LINKE-Wahlprojekt und die Kritik von SLP, KI u.a. an dem LSR-Wahlkampf zeigen, daß das politische Verständnis dieser GenossInnen weit entfernt vom jenem der Kommunistischen Internationale unter Lenin und Trotzki ist.

Das Dokument haben wir folgendem Buch entnommen: Die Kommunistische Internationale, Manifeste, Thesen und Resolutionen, Band I, Köln 1984, S. 167-176

FAREV-Redaktion
Wien, 20.3.2009

* * *

I. Die neue Epoche und der neue Parlamentarismus.

Die Stellung der sozialistischen Parteien zum Parlamentarismus war anfänglich, in der Zeit der I. Internationale, die der Ausnützung der bürgerlichen Parlamente zum Zwecke der Agitation. Die Teilnahme am Parlament wurde vom Gesichtspunkte der Entwicklung des Klassenbewußtseins, d. h. des Erwachens der Klassenfeindschaft des Proletariats gegen die herrschende Klasse betrachtet. Dieses Verhältnis wandelte sich nicht unter dem Einfluß ihrer Theorie, sondern unter dem Einfluß der politischen Entwicklung. Durch die ununterbrochene Steigerung der Produktivkräfte und die Erweiterung des kapitalistischen Ausbeutungsgebietes gewann der Kapitalismus und gewannen mit ihm die parlamentarischen Staaten dauernd an Festigkeit.

Hieraus entstanden: die Anpassung der parlamentarischen Taktik der sozialistischen Parteien an die „organische“ gesetzgeberische Arbeit des bürgerlichen Parlaments und die immer größere Bedeutung des Kampfes um Reformen im Rahmen des Kapitalismus, die Herrschaft des sogenannten Mindestprogramms der Sozialdemokratie; die Wandlung des Maximalprogramms in eine Debattierformel für ein überaus entferntes „Endziel“. Auf dieser Grundlage entwickelten sich dann die Erscheinungen des parlamentarischen Strebertums, der Korruption, des offenen oder versteckten Verrates an den elementarsten Interessen der Arbeiterklasse.

Das Verhältnis der III. Internationale zum Parlamentarismus wird nicht durch eine neue reine Lehre, sondern durch die Veränderung der Rolle des Parlamentarismus selbst bestimmt. In der vorhergehenden Epoche hat das Parlament als Werkzeug des sich entwickelnden Kapitalismus eine in gewissem Maße historisch fortschrittliche Arbeit geleistet. Unter den gegenwärtigen Bedingungen des zügellosen Imperialismus aber, hat sich das Parlament in eines der Werkzeuge der Lüge, des Betrug, der Gewalttat und des entnervenden Geschwätzes verwandelt.

Angesichts der imperialistischen Verheerungen, Plünderungen, Vergewaltigungen, Räubereien und Zerstörungen, verlieren parlamentarische Reformen, des Systems, der Stetigkeit und der Planmäßigkeit beraubt, für die werktätigen Massen jede praktische Bedeutung.

Wie die ganze bürgerliche Gesellschaft, verliert auch der Parlamentarismus seine Festigkeit. Der plötzliche Übergang von der organischen zur kritischen Epoche, schafft die Grundlage für eine neue Taktik des Proletariats auf dem Gebiete des Parlamentarismus. So hat die russische Arbeiterpartei (die Bolschewiki) das Wesen des revolutionären Parlamentarismus schon in der vorhergegangenen Periode ausgearbeitet, weil Rußland seit 1905 aus dem politischen und sozialen Gleichgewicht gebracht und in die Periode der Stürme und Erschütterungen eingetreten war.

So weit einige Sozialisten, die zum Kommunismus neigen, darauf hinweisen, daß der Augenblick für die Revolution in ihren Ländern noch nicht gekommen sei, und es ablehnen, sich von den parlamentarischen Opportunisten abzuspalten, gehen sie dem Wesen, der Sache nach aus von der bewußten Schätzung der bevorstehenden Epoche als eine Epoche der relativen Festigkeit der imperialistischen Gesellschaft und nehmen an, daß auf dieser Grundlage im Kampf um Reformen eine Koalition mit den Turati und Longuet praktische Resultate ergeben könne. Der theoretische klare Kommunismus muß dagegen den Charakter der gegenwärtigen Epoche richtig einschätzen. (Höhepunkt des Kapitalismus; imperialistische Selbstverneinung und Selbstvernichtung; ununterbrochenes Anwachsen des Bürgerkrieges usw.). In den verschiedenen Ländern können die Formen der politischen Beziehungen und Gruppierungen verschieden sein. Das Wesen bleibt aber überall ein und dasselbe; es handelt sich für uns um die unmittelbare politische und technische Vorbereitung des Aufstandes des Proletariats zur Zerstörung der bürgerlichen und für die Aufrichtung der neuen proletarischen Macht. Das Parlament kann gegenwärtig für die Kommunisten auf keinen Fall der Schauplatz des Kampfes um Reformen, um Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse sein, wie dies in gewissen Augenblicken in der vorhergegangenen Periode der Fall war. Der Schwerpunkt des politischen Lebens ist gegenwärtig ganz und endgültig über die Grenzen des Parlaments hinausverlegt. Andererseits ist die Bourgeoisie nicht nur kraft ihrer Beziehung zu den werktätigen Massen, sondern auch kraft ihrer verwickelten Wechselbeziehungen innerhalb der bürgerlichen Klassen gezwungen, einen Teil ihrer Maßnahmen auf die eine oder andere Weise im Parlament durchzuführen, wo die verschiedenen Cliques um die Macht handeln, ihre starken Seiten offenbaren, ihre schwachen Seiten verraten, sich bloßstellen usw.

Deshalb ist es die unmittelbare historische Aufgabe der Arbeiterklasse, diese Apparate den Händen der herrschenden Klassen zu entreißen, sie zu zerbrechen, zu vernichten und an ihre Stelle neue proletarische Machtorgane zu setzen. Gleichzeitig aber ist der revolutionäre Stab der Arbeiterklasse stark daran interessiert, seine Kundschafter in den parlamentarischen Einrichtungen der Bourgeoisie zu haben, um diese zerstörende Aufgabe zu erleichtern.

Hieraus ergibt sich ganz klar der Grundunterschied zwischen der Taktik des Kommunisten, der mit revolutionären Zielen in das Parlament tritt und der Taktik des sozialistischen Parlamen-

tariers. Der letztere geht von der Voraussetzung der relativen Festigkeit, der unbestimmten Dauer der bestehenden Herrschaft aus. Er macht es sich zur Aufgabe, mit allen Mitteln Reformen zu erreichen und ist daran interessiert, daß jede Errungenschaft von der Masse in gebührender Weise als Verdienst des sozialistischen Parlamentarismus geschätzt werde. (Turati, Longuet und Co.) An die Stelle des alten Anpassungsparlamentarismus tritt der neue Parlamentarismus als eines der Werkzeuge zur Vernichtung des Parlamentarismus überhaupt. Die widerwärtigen Überlieferungen der alten parlamentarischen Taktik jedoch stoßen einige revolutionäre Elemente in das Lager der grundsätzlichen Gegner des Parlamentarismus (I. W. W.), der revolutionären Syndikalisten (K.A.P.D.). Der II. Kongreß erhebt daher folgende Thesen zum Beschluß:

II. Der Kommunismus. Der Kampf um die Diktatur des Proletariats, um die Ausnützung der bürgerlichen Parlamente.

I.

1. Der Parlamentarismus als Staatssystem ist eine „demokratische“ Herrschaftsform der Bourgeoisie geworden, die auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der Täuschung einer Volksvertretung bedarf, die äußerlich als eine Organisation eines außerhalb der Klassen stehenden „Volkswillens“ erscheint, im Wesentlichen aber eine Maschine zur Unterdrückung und Unterjochung in den Händen des herrschenden Kapitals ist.

2. Der Parlamentarismus ist eine bestimmte Form der Staatsordnung; daher kann er durchaus nicht die Form der kommunistischen Gesellschaft sein, die weder Klassen noch Klassenkampf, noch irgendeine Staatsmacht kennt.

3. Der Parlamentarismus kann auch keine Form der proletarischen Staatsverwaltung in der Übergangsperiode von der Diktatur der Bourgeoisie zur Diktatur des Proletariats sein. Im Augenblick des zugespitzten Klassenkampfes, im Bürgerkrieg, muß das Proletariat seine staatliche Organisation unvermeidlich als *Kampforganisation* aufbauen, in welche die Vertreter der früher herrschenden Klassen nicht zugelassen werden. Dem Proletariat ist in diesem Stadium jede Fiktion des „Volkswillens“ direkt schädlich. Das Proletariat bedarf keiner parlamentarischen Teilung der Macht, sie ist ihm schädlich. Die Form der proletarischen Diktatur ist die Sowjetrepublik.

4. Die bürgerlichen Parlamente, einer der wichtigsten Apparate der bürgerlichen Staatsmaschine, können als solche nicht auf die Dauer erobert werden, wie das Proletariat überhaupt nicht den bürgerlichen Staat erobern kann. Die Aufgabe des Proletariats besteht darin, die Staatsmaschine der Bourgeoisie zu sprengen, sie zu zerstören und zugleich mit ihr die Parlamentsinstitutionen, mögen es republikanische oder konstitutionell-monarchistische sein.

5. Nicht anders ist es mit den Kommunaleinrichtungen der Bourgeoisie, die den Staatsorganen gegenüberzustellen theoretisch unrichtig ist. In Wirklichkeit sind sie ähnliche Apparate des Staatsmechanismus der Bourgeoisie, die von dem revolutionären Proletariat vernichtet und durch örtliche Sowjets der Arbeiterdeputierten ersetzt werden müssen.

6. Folglich verneint der Kommunismus den Parlamentarismus als Form der Zukunftsgesellschaft; er verneint ihn als Form der Klassendiktatur des Klassenproletariats. Er verneint die Möglichkeit die Parlamente dauernd zu erobern, er setzt sich die Zerstörung des Parlaments zum Ziel. Daher kann nur von der Ausnützung der bürgerlichen Staatseinrichtungen zum Zweck ihrer Zerstörung die Rede sein. In diesem und nur in diesem Sinne kann die Frage gestellt werden.

II.

7. Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf, denn er ist letzten Endes ein Kampf um die Macht. Jeder beliebige

Ausstand, der sich über das ganze Land verbreitet, wird dem bürgerlichen Staat bedrohlich und nimmt dadurch einen politischen Charakter an. Jeder Versuch, die Bourgeoisie zu stürzen und ihren Staat zu zerstören, das heißt, einen politischen Kampf führen. Einen proletarischen Klassenapparat zur Verwaltung und zur Unterdrückung der sich widersetzenen Bourgeoisie schaffen, welcher Art dieser Apparat auch wäre, heißt, die politische Macht erobern.

8. Folglich ist die Frage des politischen Kampfes durchaus nicht identisch mit der Frage des Verhaltens zum Parlamentarismus. Jene ist eine allgemeine Frage des proletarischen Klassenkampfes, der charakterisiert wird durch die Steigerung von kleinen und Teilkämpfen zum allgemeinen Kampf für den Schutz der kapitalistischen Ordnung überhaupt.

9. Die wichtigste Kampfmethod des Proletariats gegen die Bourgeoisie, d. h. gegen ihre Staatsmacht, ist vor allen Dingen die Massenaktion. Die Massenaktionen werden von den revolutionären Massenorganisationen (Gewerkschaften, Parteien, Räten) des Proletariats unter der allgemeinen Führung einer einheitlichen, disziplinierten, zentralisierten kommunistischen Partei organisiert und geleitet. Der Bürgerkrieg ist ein Krieg; in diesem Kriege muß das Proletariat sein tapferes politisches Offizierkorps, seinen starken politischen Generalstab haben, der alle Operationen auf allen Gebieten des Kampfes leitet.

10. Der Massenkampf ist ein ganzes System sich entwickelnder Aktionen, die sich in ihrer Form verschärfen und logisch zum Aufstand gegen den kapitalistischen Staat führen. In diesem Massenkampf, der sich zum Bürgerkrieg entwickelt, muß die führende Partei des Proletariats alle legalen Stellungen festigen, indem sie sie zu Hilfsstützpunkten in ihrer revolutionären Tätig-



Wladimir illich Lenin: Führer der Kommunistischen Internationale

keit macht und diese Stellungen dem Plan des Hauptfeldzugs, der Kampagne des Massenkampfes, unterordnet.

11. Ein solcher Hilfsstützpunkt ist die Tribüne des bürgerlichen Parlaments. Gegen die Teilnahme am parlamentarischen Kampf kann durchaus nicht die Begründung angeführt werden, daß das Parlament eine bürgerliche Staatsinstitution sei. Die Kommunistische Partei geht in diese Institution nicht hinein, um dort eine organische Arbeit zu leisten, sondern um vom Parlament aus den Massen zu helfen die Staatsmaschine und das Parlament selbst durch die Aktion zu sprengen (wie z. B. die Tätigkeit Liebknechts in Deutschland, der Bolschewiki in der zaristischen Duma, in der „demokratischen Beratung“, in dem „Vorparlament“ Kerenskis, in der „Konstituierenden Versammlung“ und in den Stadtdumas, schließlich die Tätigkeit der bulgarischen Kommunisten).

12. Diese Tätigkeit im Parlament, die hauptsächlich in revolutionärer Agitation, von der Parlamentstribüne, in der Entlarvung der Gegner, im geistigen Zusammenschluß der Massen, die noch immer namentlich in den rückständigen Gebieten, befangen von demokratischen Illusionen, nach der Parlamentstribüne schauen, usw. besteht soll ganz und gar den Zielen und Aufgaben des Massenkampfes außerhalb des Parlaments untergeordnet sein. Die Teilnahme am Kampf und die revolutionäre Propaganda von der Parlamentstribüne herab ist von besonderer Wichtigkeit für die politische Erfassung derjenigen Schichten der Arbeiterschaft, die bisher etwa wie die ländlichen werktätigen Massen dem politischen Leben fernstanden.

13. Falls die Kommunisten die Mehrheit in Kommunaleinrichtungen haben, so sollen sie a) revolutionäre Opposition gegen die bürgerliche Zentralgewalt treiben; b) alles tun, um der ärmeren Bevölkerung Dienste zu leisten (wirtschaftliche Maßnahmen, Durchführung oder Versuche der Durchführung der bewaffneten Arbeitermiliz usw.); c) bei jeder Gelegenheit die Schranken zeigen, die die bürgerliche Staatsgewalt wirklich großen Veränderungen entgegengesetzt; d) auf dieser Grundlage schärfste revolutionäre Propaganda entwickeln, ohne den Konflikt mit der Staatsgewalt zu fürchten; e) unter gewissen Bedingungen die Gemeindeverwaltungen usw. durch lokale Arbeiterräte ersetzen. Die ganze Tätigkeit der Kommunisten in der Kommunalverwaltung muß also ein Bestandteil der allgemeinen Zersetzungsarbeit des kapitalistischen Systems sein.

14. Die Wahlkampagne selbst soll nicht im Geiste der Jagd auf eine Höchstzahl von Parlamentsmandaten geführt werden, sondern im Geiste revolutionärer Mobilisierung der Massen für die Losung der proletarischen Revolution. Die Wahlkampagne soll von der gesamten Masse der Parteimitglieder geführt werden und nicht nur von der Elite der Partei. Es ist notwendig, dabei alle Massenaktionen (Ausstände, Demonstrationen, Gärungen unter den Soldaten und Matrosen usw.), die gerade stattfinden, auszunutzen und mit ihnen in enge Fühlung zu kommen. Das Heranziehen aller proletarischen Massenorganisationen zur aktiven Tätigkeit ist notwendig.

15. Bei Wahrnehmung aller dieser, wie auch der in einer besonderen Instruktion angeführten Vorbedingungen ist die parlamentarische Tätigkeit das direkte Gegenteil jenes gemeinen Politikasters, das die sozialdemokratischen Parteien aller Länder anwenden, die ins Parlament gehen, um diese „demokratische“ Institution zu unterstützen oder sie bestenfalls zu „erobern“. Die Kommunistische Partei kann ausschließlich nur für die revolutionäre Ausnützung des Parlamentarismus im Geiste Karl Liebknechts und der Bolschewiki sein.

III.

16. Der prinzipielle „Antiparlamentarismus“ in dem Sinne absoluter und kategorischer Ablehnung der Teilnahme an den Wahlen und der parlamentarischen revolutionären Tätigkeit ist also eine naive, kindische Doktrin unter jeder Kritik, eine Politik, die bisweilen einen gesunden Ekel vor den politikasternden Parlamentariern zur Grundlage hat, die aber nicht zugleich die Möglichkeit eines revolutionären Parlamentarismus sieht. Außerdem ist diese Doktrin oft mit einer ganz unrichtigen Vorstellung von der

Rolle der Partei verbunden, die in der Kommunistischen Partei nicht den zentralisierten Stoßtrupp der Arbeiter, sondern ein dezentralisiertes System lose miteinander verbundener Gruppen sieht.

17. Andererseits folgt aus der prinzipiellen Anerkennung der parlamentarischen Tätigkeit durchaus nicht die absolute Anerkennung der Notwendigkeit konkreter Teilnahme an den Parlamentsitzungen unter allen Umständen. Das ist von einer ganzen Reihe spezifischer Bedingungen abhängig. Bei einer bestimmten Kombination dieser Bedingungen kann der Austritt aus dem Parlament notwendig sein. Das taten die Bolschewiki, als sie aus dem Parlament austraten, um es zu sprengen, ihm jede Kraft zu nehmen und es dem am Vorabend des Aufstandes stehenden Petersburger Sowjet schroff gegenüberzustellen. Ein gleiches taten sie in der Konstituierenden Versammlung am Tage der Auflösung, indem sie den III. Kongreß der Sowjets zum Mittelpunkt der politischen Geschehnisse erhoben. Je nach den Umständen kann Boykott der Wahlen und unmittelbare gewaltsame Beseitigung, wie des ganzen bürgerlichen Staatsapparates, so auch der bürgerlichen Parlamentsclique oder aber Teilnahme an den Wahlen, während das Parlament selbst boykottiert wird usw. notwendig sein.

18. Auf diese Weise soll die Kommunistische Partei, die die Notwendigkeit der Teilnahme an den Wahlen, sowohl in die zentralen Parlamente, als auch in die Organe der lokalen Selbstverwaltung, sowie die Arbeit in diesen Institutionen als allgemeine Regel anerkennt, von der Wertung der spezifischen Besonderheiten des jeweiligen Augenblicks ausgehend, die Frage konkret lösen. Boykott der Wahlen oder der Parlamente, sowie Austritt aus den letzteren, ist hauptsächlich dann zulässig, wenn die Vorbedingungen unmittelbaren Überganges zum bewaffneten Kampf und zur Machtergreifung schon vorhanden sind.

19. Dabei soll man beständig die relative Unwichtigkeit dieser Frage im Auge behalten. Da der Schwerpunkt im *außerhalb des Parlaments geführten Kampf* um die Staatsmacht liegt, so versteht es sich von selbst, daß die Frage der proletarischen Diktatur und des *Massenkampfes* dafür mit der besonderen Frage der Ausnützung des Parlamentarismus nicht gleichzustellen ist.

20. Daher betont die Kommunistische Internationale mit aller Entschiedenheit, daß sie jede Spaltung oder jeden Spaltungsversuch innerhalb der kommunistischen Parteien in dieser Richtung und nur aus diesem Grunde für einen schweren Fehler hält. Der Kongreß ruft alle Elemente, die auf dem Boden der Anerkennung des Massenkampfes um die proletarische Diktatur unter der Führung der zentralisierten Partei des revolutionären Proletariats stehen, die ihren Einfluß auf alle Massenorganisationen der Arbeiter ausübt, auf völlige Einheit der kommunistischen Elemente anzustreben trotz der möglichen Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Ausnützung der bürgerlichen Parlamente.

III. Der revolutionäre Parlamentarismus.

Um die wirkliche Durchführung der revolutionären parlamentarischen Taktik sicherzustellen, ist es notwendig, daß:

1. Die Kommunistische Partei in ihrer Gesamtheit und ihr Zentralkomitee *bereits im Vorbereitungsstadium*, d. h. vor den Parlamentswahlen, für die hohe Qualität des persönlichen Bestandes der Parlamentsfraktionen sorgen müssen. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei muß für die gesamte Arbeit der kommunistischen Parlamentsfraktion verantwortlich sein. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei muß das unbestreitbare Recht haben, gegen einen beliebigen Kandidaten einer beliebigen Organisation Einspruch zu erheben, wenn keine Gewähr besteht, daß dieser Kandidat, wenn er ins Parlament gelangt, eine wirklich kommunistische Politik verfolgen wird.

Die Kommunistische Partei muß mit der alten sozialdemokratischen Gewohnheit brechen, ausschließlich sogenannte „erfahrene“ Parlamentarier, vorwiegend Rechtsanwälte und dergl., als Abgeordnete aufzustellen. In der Regel ist es notwendig, Arbeiter als Kandidaten aufzustellen, ohne sich daran zu stoßen, daß diese meist einfache Parteimitglieder ohne große parlamenta-

rische Erfahrung sind. Diejenigen Streberelemente, die sich an die Kommunistische Partei heranmachen, um ins Parlament zu gelangen, muß die Kommunistische Partei rücksichtslos brandmarken. Die Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien müssen nur die Kandidaturen derjenigen Leuten bestätigen, die durch langjährige Arbeit ihre unbedingte Ergebenheit gegenüber der Arbeiterklasse gezeigt haben.

2. Wenn die Wahlen vollendet sind, muß die Organisation der Parlamentsfraktion sich vollständig in den Händen des Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien befinden, ganz abgesehen davon, ob die Gesamtpartei in dem betreffenden Zeitpunkt legal oder illegal ist. Der Vorsitzende und der Vorstand der kommunistischen Parlamentsfraktion müssen von dem Zentralkomitee der Partei bestätigt werden. Das Zentralkomitee muß in der Parlamentsfraktion einen ständigen Vertreter mit Einspruchsrecht haben, und in allen politischen wichtigen Fragen muß sich die Parlamentsfraktion vorher Verhaltensmaßregeln vom Zentralkomitee der Parteien erbitten. Das Zentralkomitee hat das Recht und die Pflicht, bei einer bevorstehenden großen Aktion der Kommunisten im Parlament den Redner der Fraktion aufzustellen bzw. zu beanstanden, von ihm die vorherige Vorlegung der Leitsätze seiner Rede bzw. der Rede selbst zwecks Genehmigung durch das Zentralkomitee usw. zu fordern. Jedem Kandidaten, der auf der Wahlvorschlagsliste der Kommunisten steht, muß ganz offiziell die schriftliche Verpflichtung abgenommen werden, daß er auf die erste Aufforderung des Zentralkomitees der Partei hin das Mandat niederzulegen bereit ist, um in einer gegebenen Situation des Austritts aus dem Parlament geschlossen durchzuführen.

3. In denjenigen Ländern, in denen es reformistischen, halbreformistischen und einfachen Streberelementen gelungen ist, in die kommunistische Fraktion einzudringen (das ist bereits in einigen Ländern geschehen), sind die Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien verpflichtet, eine gründliche Säuberung des persönlichen Bestandes der Fraktion vorzunehmen, von dem Prinzip ausgehend, daß es für die Sache der Arbeiterklasse viel nützlicher ist, eine kleine, aber wirklich kommunistische Fraktion zu haben, als eine zahlreiche Fraktion ohne konsequente kommunistische Politik.

4. Der kommunistische Abgeordnete ist auf Beschluß des Zentralkomitees verpflichtet, die legale Arbeit mit der illegalen zu vereinigen. In denjenigen Ländern, wo sich der kommunistische Abgeordnete der Immunität vor den bürgerlichen Gesetzen erfreut, muß diese Immunität dazu ausgenützt werden, die Partei in ihrer illegalen Tätigkeit der Organisation und Propaganda zu unterstützen.

5. Alle ihre parlamentarischen Aktionen müssen die kommunistischen Abgeordneten der Tätigkeit ihrer Partei außerhalb des Parlaments unterordnen. Die regelmäßige Einbringung von demonstrativen Gesetzentwürfen, die nicht dazu bestimmt sind von der bürgerlichen Mehrheit angenommen zu werden, sondern für die Zwecke der Propaganda, Agitation und Organisation, muß auf Anweisung der Partei und ihres Zentralkomitees geschehen.

6. Bei Straßendemonstrationen der Arbeiter und sonstiger revolutionärer Aktionen hat der kommunistische Abgeordnete die Pflicht, an der Spitze der Arbeitermassen an erster leitender Stelle zu stehen.

7. Die kommunistischen Abgeordneten müssen auf allen ihnen zur Verfügung stehenden Wegen (unter der Kontrolle der Partei) schriftliche und jedwede andere Verbindungen mit revolutionären Arbeitern Bauern und anderen Werkträgern anzuknüpfen suchen; sie dürfen unter keinen Umständen gleich den sozialdemokratischen Abgeordneten handeln, die Geschäftsverbindungen mit ihren Wählern nachlaufen. *Sie müssen sich jederzeit zur Verfügung der kommunistischen Organisation für jede Propagandaarbeit im Lande halten.*

8. Jeder kommunistische Abgeordnete des Parlaments muß dessen eingedenk sein, daß er kein Gesetzgeber ist, der mit anderen Gesetzgebern einer Verständigung sucht, sondern ein Agitator der Partei der ins feindliche Lager entsandt ist, um dort Parteibeschlüssen nachzukommen. Der kommunistische Abgeordnete ist nicht der losen Wählermasse, sondern seiner legalen oder illegalen Kommunistischen Partei gegenüber verantwortlich.

9. Die kommunistischen Abgeordneten müssen im Parlament eine Sprache reden, die jedem einfachen Arbeiter, jedem Bauern, jeder Waschfrau, jedem Hirten verständlich ist, so, daß die Partei die Möglichkeit hat, die Reden als Flugblätter herauszugeben und sie in den entlegensten Winkeln des Landes zu verbreiten.

10. Einfache kommunistische Arbeiter müssen in den bürgerlichen Parlamenten auftreten, ohne den sogenannten erfahrenen Parlamentariern den Vorrang zu überlassen, auch in den Fällen, wenn die Arbeiter erst Anfänger auf parlamentarischem Gebiet sind. Im Notfall können die Abgeordneten aus der Mitte der Arbeiter ihre Reden direkt ablesen, damit die Reden in der Presse und als Flugblätter gedruckt werden können.

11. Die kommunistischen Abgeordneten müssen die Parlamentstribüne zur Entlarvung nicht nur der Bourgeoisie und ihrer offenen Handlanger, sondern auch zur Entlarvung der Sozialpatrioten, Reformisten, der Halbheit der Politiker des „Zentrums“ und anderer Gegner des Kommunismus und zur breiten Propaganda der Ideen der III. Internationale ausnützen.

12. Die kommunistischen Abgeordneten haben sogar in den Fällen, wenn es ihrer nur einige im ganzen Parlament gibt, durch Ihr ganzes Betragen dem Kapitalismus gegenüber eine herausfordernde Haltung zu zeigen. Sie dürfen nie vergessen, daß nur derjenige des Namens eines Kommunisten würdig ist, der nicht nur in Worten, sondern auch in seinen Taten ein Erzfeind der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer sozialpatriotischen Handlanger ist.



Nikolai Bucharin: Führer der russischen Bolschewki

Aus dem Archiv des Marxismus

THESEN ZUM AUFBAU DER IV. INTERNATIONALE

Resolution der Internationalen Kommunisten Deutschlands (1937)

Einleitung der Redaktion

Die Liga der Sozialistischen Revolution (LSR) – die österreichische Sektion der Liga für die Fünften Internationale – freut sich, einen wichtigen, jedoch bislang weitgehend verschollenen Text einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen zu können. Denn die in dieser Broschüre veröffentlichten „Thesen zum Aufbau der IV. Internationale“ sind in politisch-theoretischer als auch in historischer Hinsicht von besonderer Bedeutung.

Die Thesen entstanden als Vorbereitungsdokument für die Gründungskonferenz der trotzkistischen IV. Internationale im September 1938. Sie wurden – basierend auf einem Entwurf von Walter Held – am 23. August 1937 auf einer Auslandskonferenz der „Internationalen Kommunisten Deutschlands“ (IKD) diskutiert und verabschiedet und in ihrer Monatszeitung „Unser Wort“ (Nr. 1 (85), Januar 1938) veröffentlicht. Die IKD war die deutsche Sektion der „Bewegung für die IV. Internationale“ – so nannte sich damals die trotzkistische Bewegung.

De facto handelt es sich bei den Thesen um ein weitgehend verschollenes Dokument. Leo Trotzki – neben Wladimir I. Lenin der zentrale Führer der Oktoberrevolution 1917 und später Kopf der revolutionären Opposition gegen die stalinistische Bürokratie – erwähnt die Thesen positiv als eines der Vorbereitungsdokumente für die Gründung der Vierten Internationale. (1) Doch seitdem entschwand der Text aus dem Blickwinkel marxistischer Organisationen. Unserem Wissen nach wurde der Text von keiner späteren trotzkistischen Organisation neu veröffentlicht. Wir selber stießen auf den Text in einer kleinen Dokumentensammlung von Günther Hillmann (2), die verschiedenste linke Texte aus dem Zeitraum 1920-1970 abdruckt. In englischer Sprache sind die Thesen unseren Informationen nach überhaupt noch nie

übersetzt und veröffentlicht worden.

Doch dieses stiefmütterliche Dasein haben die Thesen keineswegs verdient. Denn sie stellen eine der besten Darstellungen des Lenin'schen Gedankengebäudes dar. Der Leitgedanke des gesamten Textes ist die Herausarbeitung und Verallgemeinerung des Lenin'schen Konzepts, das der Kapitalismus als *gesellschaftliches* System nur durch die Entwicklung einer alle Bereiche der Gesellschaft umfassenden Weltanschauung und Programm und eben auch Organisationsplans gestürzt werden kann.

Ihre Schlussfolgerung ist auch für den heutigen Aufbau der Fünften Internationale von zentraler Bedeutung:

„Auf den Aufbau der IV. Internationale angewandt heißt das: Bei richtiger Erkenntnis der Lage ist heute die objektive Möglichkeit gegeben, die Lenin'sche Konzeption zum ersten Mal international anzuwenden. Sie besteht in einem umfassenden und für die ganze Gesellschaft berechneten politischen Plan, den eine umfassende und alle Gebiete berührende literarische Tätigkeit stützt. Ihre Formel lautet: Mit Zufällen und elementaren Ausbrüchen rechnen und auf sie vorbereitet sein, aber den Plan hartnäckig verfolgen. Alles andere ergibt sich in der praktischen Arbeit von selbst, wenn nur kein Tätigkeitsgebiet ausgeschlossen und der radikal-polemische Charakter der Literatur gewahrt wird.“

FAREV-Redaktion
Wien, 20.3.2009

Fußnoten:

(1) siehe: Leon Trotsky: Writings 1937-38, S.283

(2) Günther Hillmann: Selbstkritik des Kommunismus, Hamburg 1967

1. Die vor dem Weltproletariat stehende Notwendigkeit, neue kommunistische Parteien und eine neue Internationale aufzubauen, ist der direkte Ausdruck der tiefen Krise, in der sich der Sozialismus etwa seit dem Tode Lenins befindet. Gekennzeichnet wird diese Krise durch die Niederlagen des Proletariats in zahlreichen Ländern, durch die bisher vergeblichen Versuche, den Vormarsch der Weltreaktion und insbesondere des Faschismus aufzuhalten. Organisatorisch zeichnet sich die Kurve der Krise im Zerfall der III. Internationale ab, deren Schicksal durch den *neuen Revisionismus* (mit der ‚Theorie des Sozialismus in einem Lande‘) entschieden wurde.

2. Der neue Revisionismus, der Zerfall der III. Internationale und die Niederlagen des Proletariats finden ihre allgemeine Erklärung im völligen Versagen der revolutionären Parteien außerhalb Rußlands. Aber dieses Versagen hat eine engere Ursache, die in der mangelnden theoretischen, politischen und organisatorischen Vorbereitung auf die Revolution zu suchen ist. Das heißt: Die Krise des Sozialismus ist vor allem eine Krise der Führung, eine Krise des revolutionären Bewußtseins. Die spanischen Ereignisse sind der jüngste und schlüssigste Beweis, daß die Massen unter objektiv günstigen Bedingungen instinktiv den richtigen Weg einschlagen und sogar ihre ‚Führer‘ (Anarchisten,

POUM-Führer usw.) für eine Weile mitschleifen können, daß sie aber ohne wahrhaft marxistische Leitung nicht imstande sind, den Endsieg zu erringen und zu sichern.

3. Nimmt man Rußland und den Bolschewismus aus, so hatte keine einzige Partei des Proletariats den Kampf gegen den Revisionismus (Reformismus) konsequent zu Ende geführt; keine einzige hatte die Grundfragen der Revolution gelöst; keine einzige hatte deshalb ein für die *Gesamtgesellschaft* berechnetes politisches und organisatorisches System gefunden. Da dies die Wurzel aller Übel ist und da niemand den letzten Grund der sich kontinuierlich häufenden Mißerfolge klar erkannte, ist die Isolierung der russischen Revolution und der schließliche Zerfall der III. Internationale bis zu einem gewissen Grade unvermeidlich. *Der wissenschaftliche Sozialismus steht vor der Alternative, dieses Theorem anzunehmen oder sich als Wissenschaft aufzugeben.*

4. Beim Streit zwischen Materialismus und Idealismus handelt es sich für den ersteren nicht darum, den Willen der Menschen und die Rolle des Bewußtseins zu negieren, sondern zu *erklären*. So sehr letztlich die äußeren Verhältnisse den Ausschlag geben und so wenig der Mensch *gegen* sie vermag – die sozialistische Revolution bleibt darum doch ein bewußter Akt, und das *richtige* Bewußtsein entscheidet. Will man daher (unter

Berücksichtigung der Tatsache, daß alle objektiven Voraussetzungen für den Sieg des Sozialismus seit langem gegeben sind) an der Wissenschaft festhalten, so bedarf es einer formalen Definition, die erlaubt, die Mängel des revolutionären Bewußtseins bis auf ihren Ursprung zurückzuführen.

Ausgehend von der formalen Feststellung, daß die Krise des Sozialismus eine *Bewußtseinskrise* ist, besteht die wesentliche Definition ihres Inhalts in folgendem:

Man hatte versäumt, den Revisionismus radikal zu bekämpfen, und mußte notwendig auch die von ihm überkommenen Gebrechen in theoretischer, politischer, organisatorischer und methodischer Beziehung mit übernehmen.

Infolgedessen ziehen die revolutionären Parteien bei Ausgang des ersten imperialistischen Krieges fast völlig unvorbereitet in den Kampf, vermögen ihre Versäumnisse nicht nachzuholen und werden mit Naturnotwendigkeit geschlagen.

Trotzdem reproduzieren sich auch weiterhin innerhalb der revolutionären Parteien alle Laster des Revisionismus in dem mehr oder weniger naiven Glauben, der elementare Aufschwung der Massen und die Unterstützung durch die siegreiche Oktoberrevolution werde zur Vollbringung der Weltrevolution ausreichen.

Mit Stabilisierung dieser Illusion ist der Ring der Isolierung um die russische Revolution geschlossen. Als organisches Produkt des international nicht besiegt Revisionismus erscheint die national-russische ‚Theorie des Sozialismus in einem Lande‘, die nichts anderes als die Fortsetzung und Umkehrung des Revisionismus auf dem Boden der isolierten Revolution ist.

Es war also der erste Revisionismus, der den zweiten hervorbrachte und den Untergang der III. Internationale besiegelte.

6. Von hier aus läßt sich der weitere Inhalt der Krise am positiven Beispiel der russischen Revolution konkreter bestimmen. Lenin, der die Schädlichkeit des Revisionismus klar erkannte und ihn bis in seine letzten Schlupfwinkel verfolgte, mußte im Verfolg seiner Aufgabe von selbst zu einer die ganze Gesellschaft umfassenden revolutionären Konzeption gelangen. Deren Ausarbeitung wurde ihm ungeheuer erleichtert, weil alle ihre materiellen Elemente in Form der bevorstehenden bürgerlichen und bäuerlichen Revolution gegeben waren. Am Sturz des Zarismus waren letzten Endes alle entscheidenden Teile der Gesellschaft interessiert, aber weder die bürgerliche Revolution noch die Agrarreform konnten durchgeführt werden, wenn der Revisionismus den Ereignissen seinen Stempel aufdrückte.

7. Auf dieser Einsicht basierte das System der Lenin'schen Politik, das alle Energien in einem gemeinsamen Brennpunkt (Niederwerfung des Zarismus) vereinigte. Die Tatsache, daß Lenin *die politische Erziehung des Proletariats selbst und seine Hegemonie in der Revolution* nur dann gewährleistet sah, wenn es die Fähigkeit erwarb, erstens: sich alle Errungenschaften der bürgerlichen Kultur (in Philosophie, Ökonomie, Literatur, Wissenschaft, Politik, Technik, Kunst, Verwaltung, Presse usw.) anzueignen, *marxistisch* zu verarbeiten, weiterzuentwickeln und *in der Partei zu vereinigen*;

zweitens: *alle* politischen Regungen irgendwelcher Volksschichten (Studenten, religiöse Sektierer, Bauern, Liberale usw.) systematisch zu bedienen [fördern], voranzutreiben und auszunutzen;

drittens: in allen Organisationen (Gewerkschaften, Genossenschaften, Zirkeln, Kultur-, Militärverbänden usw.) tätig zu sein...; diese Tatsache beleuchtet nur die sich gegenseitig bedingenden Formen einer Tätigkeit, die auf die tatsächliche Eroberung und Umorganisation der ganzen Gesellschaft gerichtet ist.

8. Der leitende Gedanke Lenins ist offenbar: Der Kapitalismus ist ein riesenhafter, mächtiger, gut ausgebauter und gesicherter, bis an die Zähne gerüsteter Organismus. Er übt durch Presse, Schule, Kirche, vielfältige Formen der Ideologie, durch Tradition, Gewohnheit, Milieu, Methoden der Korruption, ständige Entfaltung der Privateigentumsinstinkte usw. *auch auf das Proletariat* einen ungeheuren Einfluß aus.

Zur Zerschlagung und Ersetzung einer solchen kolossalen Organisation bedarf es eines Instruments, das ihr in technischer, politischer, geistiger, beeinflussungsmäßiger und aller anderen Hinsicht nicht nur ebenbürtig, sondern kraft der überall angewandten marxistischen Methode auch *überlegen* ist.

9. *Angewandte marxistische Methode* – das will sagen: Die Überlegenheit darf keine beschwörende Phrase sein, sie muß sich auf jedem Tätigkeitsgebiet Schritt für Schritt materialisieren und im Körper der Partei summieren.

Daraus ergibt sich: Die *materiellen Vorbedingungen* für den Vollzug der Revolution und den Umbau der Gesellschaft werden von Lenin im vollsten Sinne des Wortes verstanden – zu ihnen gehören auch die *Menschen selbst*. Ohne Menschen, die fähig sind, das Kommando und die Kontrolle in einem beliebigen Zweig der gesellschaftlichen Arbeit tatsächlich auszuüben, kann von einer ausreichenden und *verhängnisvollen Rückschlägen vorbeugenden* Vorbereitung nicht gesprochen werden.

10. Es ist denn auch kein Zufall, daß die russische Partei eine glänzende Reihe dem Bürgertum überlegener Spezialisten in sich vereinigt und hervorgebracht hat: Spezialisten jeder Art, die nicht nur während des Umsturzes an die Spitze treten, sondern auch in der nachfolgenden Periode des Umbaus die widerstrebenden Teile in Intelligenz, Technik, Militär, Verwaltung usw. durch ihre Überlegenheit anziehen, einordnen und disziplinieren konnten.

Denn man findet und erzieht diese Menschen nicht von selbst ihre ‚Erzeugung‘ bleibt an eine Konzeption gebunden, die erlaubt, in alle Maschen des gesellschaftlichen Gewebes einzudringen, auf jedem Gebiet vorwärtszumarschieren, jede theoretische und politische Lücke auszufüllen und die künftige Organisation der Gesellschaft *im Keime vorwegzunehmen*.

Erst eine solche Konzeption ermöglicht die Schaffung einer Partei, die ideologisch geschlossen ist, in der eiserne (fast militärische) Disziplin herrschen kann, die in allen unterdrückten Klassen und Schichten verankert ist und sie hinter sich herzuführen vermag. Gerade auf der Unerläßlichkeit dieser Konzeption beruht die Notwendigkeit der sog. *ideologischen Avantgarde* – allein ihr Fehlen erklärt, warum die außer-russische Arbeiterbewegung es wohl zu tragisch-heroischen Gestalten gebracht hat, am Ende aber bei der langen Kette der elenden Pieck, Remmele, Cachin, Thorez gelandet ist.

11. Die Schaffung einer ideologisch geschlossenen, disziplinierten, innerlich gefestigten und wahrhaft autoritären Partei hängt also von den Lenin'schen Voraussetzungen in dem hier gekennzeichneten Sinne ab. Sie sind eine Lebensnotwendigkeit, weil jeder einmal etablierte gesellschaftliche Zustand eine Fülle teils unverhüllter und teils ideologisch verkleideter Bedürfnisse erzeugt, die zu befriedigen, ihrer ideologischen Formen zu entblößen und in entwicklungsfähige Bahnen zu lenken *die Grundvoraussetzung für die Entwicklung der Partei selbst ist*.

Ist der Rahmen der Parteitätigkeit für die Befriedigung, Betätigung und Weiterentwicklung dieser wahrhaft *gesellschaftlichen Bedürfnisse* zu eng, so müssen sie gewaltsam zum Durchbruch kommen, den Rahmen der Partei immer wieder sprengen und als einzige Form der ‚Geschlossenheit‘ nur das sterile bürokratische Kommando übriglassen.

Die kommunistischen Parteien, die schon sehr früh gezwungen waren, die besten und aktivsten Elemente der Intelligenz und der Arbeiterschaft zu unterdrücken, fernzuhalten und systematisch auszuschließen, versuchten nur vergeblich, die Geschlossenheit auf einem Wege zu erreichen, auf dem sie nicht erreicht werden kann. Sie bringen statt dessen die Gesetzmäßigkeit zum Ausdruck, daß der Verzicht auf die Lenin'sche Gesamtkonzeption die Vernichtung all jener Elemente in Politik, Theorie, Organisation usw. bedeutet, die für den Sieg der Revolution und für die Umgestaltung der Gesellschaft absolut erforderlich sind.

12. Der Hauptgedanke Lenins ist im Grunde so einfach, daß er sich bei ihm selbst kaum irgendwo eigens ausgesprochen

findet und ob seiner Einfachheit auch nirgendwo ‚entdeckt‘ worden ist. Doch liegt die unvergleichliche Kraft des Bolschewismus ausschließlich in ihm: Er gibt ihm die Fähigkeit, den Spielraum der anderen Parteien zu bescheiden und zwingt sie, sich nach ihm zu richten. Deutschland, als klassisches Gegenbeispiel zu Rußland, bietet das umgekehrte Bild.

13. Es ist gesagt worden: Das gesellschaftliche Bewußtsein duldet keine Lücke. Die mehr und mehr empfindlich werdende Lücke einer umfassenden, auf die totale Umgestaltung der Gesellschaft gerichteten Tätigkeit und eines dementsprechenden politischen und organisatorischen Systems wurde *in Deutschland zuerst auf revisionistische Art* ausgefüllt.

Gleichwohl beruht die nachhaltige Wirkung des Revisionismus in der Folgezeit darauf, daß er ebenfalls eine Gesamtkonzeption hatte, in der für alle Teile der Gesellschaft Platz war. Die Aufstiegsperiode des Kapitalismus schien ständige Vermehrung des Reichtums, ständig zunehmende Übereinstimmung der Interessen zwischen Arbeitern und Kapitalisten, ständig erweiterte Beteiligung der Arbeiter an der Staatsmacht und einen friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu gewährleisten. Dabei brauchte den Kapitalisten kein ‚Unrecht‘ zu geschehen – sie sollten für die Abtretung ihres ‚Eigentums‘ ausreichend entschädigt werden.

14. Auf diese Weise war das Bedürfnis nach einer Perspektive für die Gesamtgesellschaft befriedigt und den verschiedensten gesellschaftlichen Kräften ein weites Spielfeld eröffnet. Wissenschaft, Kunst, Technik, Handel usw. konnten blühen; Menschenfreunde, Lebensreformer, Pazifisten, Freimaurer, Religiöse, Utopisten jeder Art konnten Unterschlupf finden und sich nach Herzenslust betätigen. Die neue Vorstellung fraß sich in alle Poren ein, und der Sozialismus wurde mehr und mehr zur Sache der Philister, der Mode und des guten Tones.

15. Wie nun in Rußland dem Aufstieg aller nur der Zarismus als entscheidendes Hindernis in den Weg trat, gegen das in dieser oder jener Form fast die ganze Gesellschaft mobilisiert werden konnte, so blieb schließlich in Deutschland nur ein einziger Störenfried in dem harmonischen Bilde übrig. Der Störenfried war die *deutsche Linke*. Sie mußte in Schach gehalten werden, und gegen sie war man sich im Notfall von Ebert bis zu Wilhelm II. einig. Und wenn die russischen Verhältnisse die *revolutionäre Konzeption in zulänglicher Gestalt* begünstigten (aber keineswegs automatisch hervorbrachten), so kam der *revisionistische Entwurf* dem moralisch verkleideten Trägheitsgesetz entgegen. Erst auf der Grundlage der aufsteigenden ökonomischen Entwicklung und gegenüber den rebellischen Ansprüchen der deutschen Linken erhält der deutsche Sozialismus seine abgeschmackte ‚ethisch-humanitäre‘ Färbung.

16. Die deutsche Linke war angesichts dieser Entwicklung machtlos und mußte sich *ihrem revolutionären Willen zum Trotz* mit dem begnügen, was der Revisionismus für sie übriggelassen hatte. Sie war außerstande, die Tragweite des Lenin’schen Planes zu erkennen und ihn dem Revisionismus gegenüberzustellen; sie war Gegner der Lenin’schen Methoden und Organisationsprinzipien; sie erschöpfte sich mehr oder weniger in Theorien über den mechanischen Zusammenbruch des Kapitalismus, im Glauben an die Spontaneität der Massen, in Versuchen mit der reinen Arbeiterbewegung usw.

17. Spontaneitätsglaube und reine Arbeiterbewegung waren aber gerade jene Grundpositionen, in die der russische Revisionismus durch die Lenin’sche Strategie gedrängt worden war und die ihm seine Erfolgchancen raubte. Das will sagen: Trotz aller Unterschiede, trotz aller Gegensätzlichkeit und Unversöhnlichkeit der *theoretischen und politischen* Anschauungen beruht die Niederlage des russischen Revisionismus und der deutschen Linken auf der Gemeinsamkeit ihrer *gesellschaftlichen* Positionen. Revolution und Reform agierten auf einem gesellschaftlichen Felde, das – mit welchen Mitteln und Absichten auch immer

bearbeitet – keinen Ertrag liefern konnte. Mit der für die Weltrevolution verhängnisvollen Konsequenz allerdings: Die Gegnerschaft der deutschen Linken zu den bolschewistischen Auffassungen verhinderte auch die Bildung einer auf diesen Prinzipien aufgebauten *Internationale*. Sie entblößte damit die Partei Lenins ihrer unerläßlichen Stütze und führte schließlich die nationalbolschewistische Entartung der Komintern herbei.

18. In Europa galten die Prinzipien des Bolschewismus bestenfalls als durch die eigentümlichen russischen Verhältnisse gerechtfertigt (insbesondere: Herrschaft des Zarismus, Illegalität der Arbeiter- und sogar der bürgerlichen Oppositionsbewegung). Bereits der Ausbruch des imperialistischen Krieges zeigte aber, daß ihre internationale Anwendung die Grundvoraussetzung für die proletarische Revolution in der ganzen Welt ist. Der Krieg mit verschärfter Zensur, Belagerungszustand usw. versetzte die Arbeiterbewegung Europas sehr bald in Bedingungen, die in politischer Beziehung den russischen nahe kamen und denen keine der legalen Massenparteien gewachsen war.

Die kühnen Versuche kleiner Gruppen, sich den neuen Verhältnissen anzupassen, scheiterten als Ganzes an der Unfähigkeit, die bolschewistischen Methoden in ihrer Gesamtheit zu erfassen; sie führten mit Ende des Krieges schnell zu den alten Methoden zurück. Damit war *im Wesen der Sache* am Schicksal der III. Internationale nichts mehr zu ändern: Der Sozialismus trat in das Stadium der akuten Krise ein, das er bis heute nicht mehr verlassen hat. Von den Niederlagen der ersten Nachkriegsjahre bis zum Sieg des Faschismus in Deutschland und den spanischen Ereignissen führt eine ununterbrochene Linie.

19. Letztes Ziel des alten Revisionismus war die Vermeidung der nationalen Revolution; letztes Ziel des neuen Revisionismus (Sozialismus in einem Lande) ist der Versuch, die Organisierung der Weltrevolution zu umgehen. Beides hat sich entsprechend der marxistischen Analyse als pure Illusion erwiesen und führt in jedem Fall zu demselben Ergebnis: *Wer die Revolution vermeiden will, wird zuerst ihr erbittertster Gegner und dann – ihr Opfer*.

20. Immer identifiziert die Arbeiterbürokratie ihre Interessen mit denen des Proletariats. In derselben illusionären Weise, in der der alte Revisionismus durch fortwährende Zugeständnisse an die Bourgeoisie seinem endlichen Schicksal zu entgegen hoffte und die Arbeiterklasse wehrlos an den bürgerlichen Staat schmiedete – in derselben illusionären Weise bedient sich jetzt die russische Bürokratie der Komintern, um ihre Existenz zu sichern und ihrem System von Verträgen, Bündnissen, Konzessionen usw. ein größeres Gewicht zu geben. Sie schmiedet die Komintern an den *Reformismus*, d. h. an ihre beschränkte nationale Politik und an die bürgerlichen Regierungen selbst.

21. Der Prozeß des Niedergangs der zweiten und dritten Internationale verlief selbstverständlich nicht gradlinig, sondern ungleichmäßig. Aber die Grundtendenz setzt sich bei beiden mit unerbittlicher Folgerichtigkeit durch: Ihre *politisch* fortschrittliche Rolle erlischt in demselben Augenblick, in dem die revisionistische Auffassung das Übergewicht erlangt. Nirgendwo vermögen sie mehr einen Kampf des Proletariats mit ihrer ganzen Autorität zu decken und zu unterstützen – ihre Fortschrittlichkeit überträgt sich von dem politischen auf das ökonomische Gebiet, wo sie zunächst (und solange die ökonomischen Grundlagen vorhanden sind) als erfolgreiche ‚Reformer‘ auftreten.

22. Im Namen dieser Reformen unterwirft die Bürokratie die Arbeiterklasse den ökonomischen und politischen Lebensgesetzen der Bourgeoisie. Sie verselbständigt sich, bildet ihre eigenen Interessen aus und verteidigt sie als privilegierte Kaste gegen die Arbeiter, indem sie das politische Kapital, kraft dessen sie hochgekommen ist, bis auf den letzten Heller vergeudet. Aber stets kommt der Moment, wo die Quantität in Qualität umschlägt, wo der ökonomische Kretinismus durch die Politik ersetzt werden muß und die *politischen Gesetze der Bourgeoisie*

sie allein das Feld beherrschen. Sobald der Kapitalismus in sein Niedergangsstadium eingetreten ist, erlischt auch die temporär fortschrittliche Rolle der Bürokratie auf *ökonomischem* Gebiet – für Reformen bleibt kein Raum mehr, und selbst die Hoffnung, das einmal Gewonnene konservieren zu können, schwindet. Die Bourgeoisie kann das Proletariat nicht länger durch Zugeständnisse bändigen, sie muß es mit ihren politischen Gewaltmitteln zerschlagen.

23. Im Anfang dieses Prozesses bedient sich die Bourgeoisie zur Erreichung ihrer Ziele der *sozialdemokratischen* Bürokratie, die das Proletariat in hoffnungslosen ökonomischen Kämpfen zermüht und sich im gegebenen Fall indirekt oder direkt zum Schlächter der Arbeiter macht (Noske, Pilsudski etc.). So verausgabt die jeweils nationale Bürokratie ihr politisches Kapital, verliert das Vertrauen der Arbeiter und wird für die Bourgeoisie in steigendem Maße wertlos. Die ihrer ökonomischen Grundlagen beraubte Sozialdemokratie, ehemals der verlässlichste Diener der Bourgeoisie, schwebt in der Luft und wird kraft ihrer bloßen Weiterexistenz, d. h. als Verwalterin großer Massenorganisationen, zu einem ersten Gefahrenherd. Ein neuer Umschlag von Quantität in Qualität bereitet sich vor: Das politische Gleichgewicht ist in Krisenzeiten so labil, daß die an Frieden, Reform und Duldsamkeit gewöhnten Massen in Bewegung geraten und unvermittelt in das entgegengesetzte Extrem getrieben werden können. Außerdem haben die von 1914 bis 1923 begangenen Verätereien der Sozialdemokratie und die Fehler der revolutionären Vorhut theoretisch alle Voraussetzungen geschaffen, die notwendig sind, um zur Erkenntnis der Lage zu kommen und im Schoße des Proletariats neues politisches Kapital anzuhäufen. Man muß die Ereignisse so nehmen, wie sie tatsächlich verlaufen sind; die Geschichte gewährt der revolutionären Vorhut zur Erfüllung dieser Aufgabe eine Frist von sechs und mehr Jahren (in Deutschland von 1923-1929). Nichts hätte die sozialdemokratische Bürokratie, die die Revolution in ihrem Lande verhindern wollte, vor der Vernichtung durch die *proletarische* Revolution zu bewahren vermocht, wenn nicht eine dritte Macht ihr neuen politischen Kredit verschafft und – der Vernichtung durch die *bürgerliche Konterrevolution* überantwortet hätte.

24. Die dritte Kraft ist die siegreiche Oktoberrevolution, die sich in den ‚natürlichen‘ Ablauf der Dinge als retardierender Faktor einschaltet und den revolutionären Ausweg mit dem neuen Revisionismus abermals verstopft. In den entscheidenden Krisenjahren (1929 bis heute) lebt die Sozialdemokratie nicht vom Vertrauen der Arbeiter, sondern von dem politischen Kredit (besser: von der Galgenfrist), den ihr die Fehler und Verbrechen der Komintern zwangsweise eröffnen. Mit anderen Worten: Eine Bürokratie, die sich auf dem Rücken einer siegreichen proletarischen Revolution emporgeschwungen hat, verwandelt sich in den friedlichen ‚Reformator‘ der Welt und führt dem national unmöglich gewordenen Revisionismus im internationalen Maßstabe neue Kräfte zu (Perspektive des ‚beispielgebenden‘ sozialistischen Aufbaus, unter Verzicht auf Unterstützung durch die Weltrevolution). Das frühere Verhältnis hat sich vollständig umgekehrt: Ehemals der revolutionäre Block, der in den Ring der reformistischen Länder hineinragte, ist Rußland jetzt der Hort aller ‚friedlichen‘ Reformen. Gleichzeitig haben sich in der übrigen Welt die Reformmöglichkeiten erschöpft und lassen als einzigen Ausweg für den Fortschritt der Menschheit nur die sozialistische Revolution übrig.

25. Die Folgen sind doppelt verhängnisvoll. Da die russische Bürokratie ihre Rolle gerade im *niedergehenden* Kapitalismus übernimmt, ist sie den immanenten Bewegungsgesetzen des Revisionismus mit verdoppelter Wucht unterworfen. Alleinherrscher im Staate, verselbständigt sie sich viel schneller als die sozialdemokratische Bürokratie; viel schneller und grausamer verteidigt sie ihre Interessen gegen die Arbeiter; viel schneller bringt sie das Proletariat unter die Botmäßigkeit der bürgerlichen Politik und Ökonomie; viel schneller verschleudert sie das usurpierte politische Kapital; viel schneller büßt sie ihre fortschrittliche Funktion auch auf dem Gebiet ökonomischer Reformen (von vornherein im höchsten Grade problematisch, solange es internationalen Kapitalismus gibt) ein; viel schneller wird sie zum Feind jeder politischen Bewegung der Arbeiterklasse und zu ihrem unbarmherzigen Scharfrichter; viel schneller bringt sie als Kaste ohne eigene Wurzeln im Produktionsprozeß die politischen Methoden auf die tiefste Stufe der Barbarei herunter (denn sie fällt um so tiefer unter die Bourgeoisie, je höher sie über ihr gestanden hat, und reißt erst im Fallen die übrige Gesellschaft mit); viel schneller erreicht sie endlich den Punkt, wo die Quantität in Qualität umschlägt, wo sie alle Errungenschaften im Interesse ihrer Selbsterhaltung opfern muß und zum *ausschließlichen Gefangenen der bürgerlichen Politik* wird.

26. Um den Stand der Dinge im gegenwärtigen Augenblick zu kennzeichnen, müßte man noch sagen: Wo die Kräfte der Sozialdemokratie und die verschleierte Verbrechen der stalinistischen Bürokratie nicht mehr ausreichen, um das Werk des Verrats am Proletariat zu Ende zu führen, kommt ihnen die Sowjetbürokratie in immer offenerer Form zu Hilfe. In Spanien und Frankreich erstarken die sonst bedeutungslosen ‚kommunistischen‘ Parteien einzig und allein als Parteien der *Konterrevolution*. Was den Prieto und Léon Blum allein nicht mehr gelingen würde, vollbringt der Stalinismus: *bewaffneter Henker des Proletariats* im Auftrage der Sowjetbürokratie zu sein, hinter der sich ihrerseits die imperialistische Bourgeoisie versteckt. Aber mit den Erfahrungen in Spanien und Frankreich schließt sich der Kreislauf von neuem: Das politische Guthaben der Oktoberrevolution und ihr Prestige sind restlos vertan; das Vertrauen der Arbeiter zur Stalin-Bürokratie schwindet endgültig dahin: Sie selbst, bisher ein ausgezeichnetes Werkzeug in der



Leo Trotzki - Führer der III. und der IV. Internationale - und Natalia Sedowa (1932)

Hand der Bourgeoisie, wird wertlos, eine unzuverlässige Stütze, ein lästiges Hindernis und (infolge der Unstabilität der in ihrem blinden Selbsterhaltungsdrange durchgeführten Maßnahmen) zu einem Faktor der Unsicherheit für die weitergehenden Ziele der internationalen Bourgeoisie. Mit einem Wort: Sie bringt die Kosten ihrer Erhaltung nicht mehr auf – sie *muß* beseitigt werden, sie *wird* beseitigt werden. Mit jeder Maßnahme, die sie zu ihrer Verteidigung ergreift, treibt sie der historischen Bestimmung aller Arbeiterbürokratie entgegen: der politischen Revolution des Proletariats oder der bürgerlichen Konterrevolution zum Opfer zu fallen. Von sich aus gibt übrigens die Bürokratie der bürgerlichen Konterrevolution den Vorzug, mit der sie durch die Vorbereitungszeit verbunden ist, deren Haß gegen die proletarische Revolution und deren Angst vor den Massen sie teilt und in deren Lager sie zum Teil mit Aussicht auf Erfolg überlaufen kann.

27. Der Kapitalismus führt in den Ländern, in denen seine Herrschaft ernstlich bedroht ist, die Entscheidung durch Errichtung der faschistischen Diktatur herbei. Wo ihm, wie in Rußland, eine lange umschlichene Beute durch die täglich schwächer und unzuverlässiger werdende Bürokratie zu entgleiten droht, stehen ihm die Mittel des bewaffneten Überfalls und der bewaffneten Umwälzung zur Verfügung. Mit absoluter Sicherheit läßt sich (einen, *vorher sogar unwahrscheinlichen*, Kriegsfall ausgenommen) voraussagen, daß *spätestens* nach der Niederschlagung des französischen Proletariats die russische Bürokratie und die russische Arbeiterklasse die nächsten Opfer der faschistischen Weltreaktion sein würden. In jedem Fall (d. h. auch wenn die sozialistische Revolution in Frankreich oder sonstwo siegt) hat sich der Lebenslauf des Revisionismus und seines Trägers (der Arbeiterbürokratie) in beiderlei Gestalt vollendet. Damit kehrt eine Entwicklung, die mit Gründung der Arbeiterbewegung und mit dem Siege der ersten proletarischen Revolution in Rußland ungeheure Perspektiven eröffnete, zu ihrem Ausgangspunkt zurück.

28. Ob dabei die Entwicklung nach der reaktionären Seite bis zu den letzten Konsequenzen ausschwingt oder ob sie durch eine siegreiche neue Revolution aufgehoben werden können – ihr Kulminationspunkt bleibt der Sieg des Faschismus in Deutschland, der die Grundtendenzen verschärfte und die Ursachen der anhaltenden Krise des sozialistischen Bewußtseins erkennbar machte. Schon der Appell zur Schaffung der IV. Internationale fiel keineswegs zufällig mit dem Sieg des deutschen Faschismus zusammen, aber es war zunächst nur die Formulierung eines historischen Bedürfnisses. Es bedurfte weiterer Erfahrungen bei den Versuchen, sie zu formieren, um nach wiederholten Anläufen vor der entwickeltsten Schicht die Frage aufzurichten zu können:

Wie ist überhaupt eine Internationale denkbar und wie muß sie ihre Aufgabe lösen?

29. Man darf bei Betrachtung dessen, was sich in der Arbeiterbewegung abgespielt hat, nicht übersehen, daß die tatsächliche politische Entwicklung in außerordentlichem Maße von Deutschland und Rußland abhängig gewesen ist. Die deutsche Erfahrung bleibt auch weiterhin ausschlaggebend: Sowohl der Sieg über Faschismus wie Kapitalismus ist in Europa und selbst in Amerika usw. direkt davon abhängig, inwieweit die deutsche Erfahrung von Grund aus verstanden und ausgewertet wird. Noch einmal muß also Deutschland die Grundlage für die theoretische Wiederherstellung des Marxismus im *internationalen Maßstabe* abgeben, die es zu Anfang des Jahrhunderts bei dessen Verfälschung geliefert hatte (und wobei damals die revolutionäre Wiederherstellung des Marxismus an Rußland gefallen war, das heute die Fortbildung der Verfälschung übernommen hat).

30. Denn gerade weil sich mit dem Sieg des Faschismus in Deutschland die rückläufige Bewegung schließt (was in anderen Ländern folgt, sind unter theoretischem Gesichtswinkel nur konkrete Ergänzungen), wird sie von Deutschland aus auch

zuerst wieder gesprengt. Trotz aller Rückläufigkeit wiederholt sich die Geschichte nicht unter gleichen Bedingungen und auf der gleichen Ebene, sondern in der Umkehrung: Ihr dialektischer Kreislauf stellt sich zugleich als Rückschritt und als Fortschritt dar. Der Rückschritt liegt in der Zertrümmerung der Arbeiterbewegung und im Bankrott der III. Internationale – der Fortschritt (selbst bei eventuellem Verlust der ökonomischen Errungenschaften der Oktoberrevolution) in der *objektiven* Vernichtung der unmittelbar konservierenden Grundlagen des Reformismus und dem ebenso objektiven Zwange, die Grundfragen der Revolution neu stellen zu müssen.

31. Der Sieg des Faschismus in Deutschland hat objektiv wie subjektiv alle politischen Bedingungen hergestellt, die seinerzeit die Grundlagen der Lenin'schen Konzeption waren und die revolutionäre Entwicklung Rußlands ungemein begünstigten. Der Marxismus verpflichtet, die Kehrseite des Prozesses zu betrachten und die neuen Vorteile der *einmal geschaffenen* politischen Lage zu erkennen. Diese aus den heutigen Verhältnissen entspringenden *neuen Vorteile* sind – *ihrem objektiven Gehalt und ihrer latenten Potenz*. aber *noch nicht ihrer subjektiven Ausprägung nach* – in der Hauptsache:

- a) die Möglichkeit, alle entscheidenden Teile der Gesellschaft (Arbeiter, Bauern, Kleinbürger und selbst weite Kreise des mittleren Bürgertums, der Studenten, Intellektuellen usw.) gegen das faschistische System zu mobilisieren, das ihnen früher oder später als ausschlaggebendes Hindernis erscheinen muß;
- b) die weitere Möglichkeit, die unausweichlich entstehende Volksbewegung gegen den Faschismus voranzutreiben und zum Sturze des Kapitalismus selbst auszunutzen.

32. So bedrohlich also die Lage des Proletariats ist – es besteht kein Grund zur Verzweiflung. Mit der Eroberung Deutschlands ist der Faschismus ebenfalls an seinem Umschlagspunkt angelangt. Sein ungeheurer Druck in einem hochentwickelten Lande zwingt das Proletariat, ganz zu Ende zu lernen und auf die Lenin'sche Konzeption zurückzugehen. Alles hängt vom richtigen Bewußtsein ab! Je weiter die natürliche Frist überschritten und der natürliche Ablauf gestört ist, um so mehr wird die Geburt zur Sache des kundigen Arztes, der die Operationsinstrumente zu handhaben und den Kaiserschnitt auszuführen weiß. Gepreßter Dampf kann den Kessel zum Bersten bringen oder durch ein Notventil wirkungslos entweichen, aber er kann sich auch in alles bewegendende Kraft verwandeln.

Auf den Aufbau der IV. Internationale angewandt heißt das: Bei richtiger Erkenntnis der Lage ist heute die objektive Möglichkeit gegeben, die Lenin'sche Konzeption zum ersten Mal *international* anzuwenden. Sie besteht in einem umfassenden und für die ganze Gesellschaft berechneten politischen Plan, den eine umfassende und alle Gebiete berührende literarische Tätigkeit stützt. Ihre Formel lautet: Mit Zufällen und elementaren Ausbrüchen rechnen und auf sie vorbereitet sein, aber den Plan hartnäckig verfolgen. Alles andere ergibt sich in der praktischen Arbeit von selbst, wenn nur kein Tätigkeitsgebiet ausgeschlossen und der radikal-polemische Charakter der Literatur gewahrt wird.

33. Zweite und dritte Internationale sind ruhmlos untergegangen. Die IV. Internationale wird nur als Mikrokosmos siegen, der den Makrokosmos der künftigen Welt in sich trägt und die Überwindung der alten Welt vorbereitet, indem er ihren gesamten Bewußtseinsinhalt aufsaugt und von oben bis unten umwälzt. Bisher hat z. B. noch niemand für die vom Faschismus unterjochten Länder eine reale Perspektive aufzustellen vermocht. Eine andere aber, als durch Lenin vorgezeichnet, *wird* niemand aufstellen. Die *Möglichkeit*, Lenins Plan aufzugreifen, wird angesichts der drohenden Gefahr des Weltfaschismus und des zweiten imperialistischen Krieges zur absoluten *Notwendigkeit*. Man mag in dieser *erkannten* Notwendigkeit das grundlegende Element der zukünftigen Freiheit und den größten Vorteil der gegenwärtigen Lage des Weltproletariats erblicken.

LIGA DER SOZIALISTISCHEN REVOLUTION WER WIR SIND? WAS WIR WOLLEN?

Die Liga der Sozialistischen Revolution (LSR, vormalig ArbeiterInnenstandpunkt) ist eine internationalistische, kommunistische Organisation. Die LSR ist die österreichische Sektion der Liga für die 5. Internationale, die auch Sektionen in Britannien, Deutschland, Pakistan, Schweden, Sri Lanka und der Tschechischen Republik hat. Wir treten zusammen mit GenossInnen auf der ganzen Welt für die Interessen der ArbeiterInnen und aller Unterdrückten ein. Unserer Ziel ist die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

Eine solche Gesellschaft kann nur international geschaffen werden. Dazu ist eine sozialistische ArbeiterInnenrevolution notwendig und die Schaffung von Staaten, wo die ArbeiterInnenklasse durch Räte herrscht, wo die Regierung und alle anderen Verwaltungen von der Basis direkt gewählt und jederzeit abwählbar sind. Wir kämpfen daher für eine sozialistische Revolution in Österreich und weltweit.

Uns verbindet daher auch nichts mit den Regimes des "real existierenden Sozialismus". In diesen Staaten beherrschte und unterdrückte eine Bürokratie das Proletariat. Mit Sozialismus und Kommunismus hatte das nichts zu tun.

Wir unterstützen alle Kämpfe, alle Aktionen, alle Forderungen, die die Interessen der ArbeiterInnen zum Ausdruck bringen. Wir unterstützen jeden Kampf und sei er noch so klein, um die Lebensbedingungen hier und jetzt zu verbessern.

Organisationen, die nicht in der Lage sind, den Kampf um höhere Löhne, gegen Entlassungen, für demokratische Rechte oder gegen Krieg zu führen, werden auch keine Revolution durchführen können.

Wir arbeiten in den Gewerkschaften und treten dort für Klassenkampf, Sozialismus und ArbeiterInnen Demokratie ein. Die Gewerkschaften werden von einer Bürokratie beherrscht. Diese Bürokratie ist eine Schicht, die in ihren Interessen und Lebensbedingungen den Mitgliedern immer ferner steht, die die Gewerkschaften an die Sozialdemokratie und den Staat bindet, statt konsequent den Klassenkampf gegen die KapitalistInnen zu führen.

Wir unterstützen Befreiungsbewegungen gegen nationale Unterdrückung, auch wenn an ihrer Spitze nicht-revolutionäre Führungen stehen.

Die gegensätzlichen Klasseninteressen driften so weit auseinander, dass es nicht möglich ist, Verbesserungen im bestehenden System langfristig durchzusetzen. Anders als SPÖ, KPÖ, die Führung der Gewerkschaften oder auch des ASF lehnen wir es daher ab, den Kampf nur auf Verbesserungen, Reformen oder "sozialverträgliche" Kürzungen zu beschränken. Warum? Weil unser Ziel nicht die Reform des bestehenden, kapitalistischen Systems ist, sondern dessen Sturz. Wer den Kapitalismus nur reformieren will, ordnet sich damit zwangsläufig diesem System unter.

Arbeitslosigkeit, Krieg, Hunger, Ausbeutung, Unterdrückung - all das sind nicht einfach die "schlechten", "unsozialen" Seiten des Kapitalismus. Kapitalismus ist ohne sie einfach nicht denkbar. Er ist das Problem. Ihn wollen wir beiseitigen.

Daher treten wir in allen Kämpfen dafür ein, dass sie zu einem Schritt zum Sturz des Systems werden. Unser Ziel ist es, die "Tageskämpfe" mit dem Kampf für den Sozialismus zu verbinden, eine Brücke vom Heute zur Befreiung der ArbeiterInnenklasse zu schlagen.

In diesem Sinne wollen wir eine neue revolutionäre ArbeiterInnenpartei als Teil einer 5. Internationale aufbauen!

SOZIALIST DEVRIMCI BIRLIĞI BİZ KİMİZ? AMACIMIZ NE?

LSR - Sozialist Devrimci Birliği enternasyonalist ve devrimci-komünist bir kuruluştur. Dünyanın dört bir yanındaki yoldaşlarımızla birlikte işçilerin ve sömürülen insanların çıkarları için mücadele ediyoruz. Amacımız sömürünün ve baskının ortadan kalkması ol-
dugu sınıfsız bir topluma yaratmak.

Böyle bir topluma yalnızca enternasyonalist bir çerçevede kurabiliriz. Bunun için sosyalist bir işçi devrimi şart. Aynı zamanda işçi sınıfının konseyler vasıtasıyla hüküm sürdüğü devletler kurulmalı. Bu devletlerde hükümetler ve diğer bütün kurumlar taban tarafından seçilmeli ve her an oylama ile azaltılabilmeli. Biz bu yüzden dünyada ve aousturyada gerçekleşmesi gereken sosyalist bir Devrime inanıyoruz ve onun için mücadele ediyoruz.

Ve bu yüzden bizim "var olan sosyalist" rejimlerle hiç bir ortak yanımız veya bağlantımız yok. Bu devletlerde halk bir bürokrasi tarafından ezildi ve sömürüldü. Sosyalizm ve Komünizm ile uzaktan yakından alakası yoktur böyle rejimlerin.

Biz işçilerin çıkarları doğrultusunda olan her mücadeleyi, her kavgaı ve her talebi destekliyoruz. Mevcut yaşam koşullarını değiştirmek ve düzeltmek için yürütülen her kavgaı, ne kadar küçük olursa olsun, destekliyoruz.

Daha yüksek ücretler için, isten çıkarılmalara karsi, demokratik haklar için veya savas karsiti mücadeleler sergilemekten aciz olan örgütlerin devrim yapmalarında olanaksızdır. Biz çalıştığımız sendikalarda sınıf mücadelesi, sosyalizm ve işçi-demokrasisi için mücadele ediyoruz. Ama sendikalar bürokrasi tarafından yönetiliyor. Bu bürokrasi, kendi çıkarları için üyelerinin taleplerini ve çıkarlarını hiç'e sayan, kapitalistlere karsi tutarlı bir sınıfsal mücadele yürüteceği yerde sendikaları sosyal-demokrasiyeye ve devlete bağlayan ve onlara muhtaç eden bir sınıftır.

Biz millî baskılara karsi olan her kavgaı, ona karsi gösterilen her direnisi destekliyoruz. Bu direnilerin baslarında devrimci liderler olmasa bile.

Biz SPÖ'nün, KPÖ'nün veya sendikaları yönetenlerin aksine kavgamızı sadece iyileştirmelerle veya reformlarla sınırlandırmak istemiyoruz. Nedenmi? Çünkü bizim amacımız mevcut olan kapitalist sistemi reformlarla düzeltmek değil, bilakis mevcut sistemi yıkmak. Kim kendini kapitalizmi yenilendirme ve onu düzeltme hayallerine kapırırsa, o ister istemez bu sistemin bir kölesi durumuna gelecektir.

İssizlik, Savas, Açlık, Sömürü ve Zulüm - bunlar sadece kapitalizmin "kötü" veya "sosyal olmayan" yanları değildir kesinlikle. Bu unsurların olmadığı bir kapitalizm hayal bile edilemez, çünkü kapitalizmi besleyen kandir, savastir, açlıktir, sömürüdür, zulümdür...

Yani kapitalizmin olmazsa olmazlarıdır bu saydiklarımız. Bu demek oluyor ki eger ortada bir sorun varsa, ki olduğunu hepimiz görüyoruz, oda kapitalizmin ta kendisidir. Bu durumda bizim yapmamız gereken bu sömürü düzenini ortadan kaldırmak. Biz bu yüzden kapitalizmi yıkmaya yolunda atılan her adimin destekçisiyiz ve bunun için yapılan her kavganın içerisindeyiz. Amacımız, "günlük kavgaları" sosyalizm ugruna yapılan kavgalar ile birleştirmek ve işçi sınıfının özgürlüğüne giden bir köprü kurmak.

Bu doğrultuda 5. Enternasyonalin bir bölümü olan yeni bir devrimci İşçi-Partisi kurmak istiyoruz!

LIGA SOCIALISTIČKE REVOLUCIJE KOSMO MI I ŠTA HOĆEMO

Liga socialističke revolucije (LSR tačke gledišta od radnika) je jedna internacionalna, komunistička organizacija. LSR je austrijska sekcija od lige za 5. Internacionalnu, koja takođe ima sekcije u Britaniji, Nemačkoj, Pakistanu, Švedskoj, Sri Lanka i u Češkoj Republici. Sa našima drugaricama i našim drugovima celog sveta zastupamo interese radnika i od sve potisnute ljude.

Naš cilj je da uspmo jednu bezklasnu zajednicu bez plačke i ugnjetavanja.

Takva zajednica može se samo internacionalno ostvariti. Za to je potrebna radička revolucija i stvaranje od države, gde vodi radička klasa kroz savete gde vlada i sve uprave su glasani directno od osnovice koji u svako vreme mogu biti skinuti.

Zbog toga se mi borimo za jednu socialističnu revoluciju u Austriji i u celom svetu. Zato nas ne povezuje ništa sa režimom od „realnog existiranog socialisma“. U ovim državama birokratija gospodari i ugnjetava proletariat. Sa socializmom i komunizmom nema tu nikake veze.

Mi podržavamo sve borbe i akcije, zahteve koji izražavaju zastup svih interesa radnika.

Mi podržavamo svaku borbu, bilo koliko da je mala, da bi popravili tu i sad životne uslove radnika.

Organizacije, koje nisu u stanju da predvođe borbu za veći lični dohodak, protiv odkaza, za demokratska prava ili protiv rada, nomogu uspešno voditi revoluciju.

Mi radimo u sindikatima, i zastupamo klasičnu borbu, socialismu i radničke demokratije.

Birokratija vlada sindikatima.

Ova birokratija je jedan sloj društva, koja se sve više odaljava od interesa i životnih uslova svih članova i koja povezuje sindikat sa socialnom demokrajom i sa državom, umesto da zastupa konkretnu klasičnu borbu protiv kapitalizma.

Mi podržavamo oslobodilački pokret protiv nacionalnog umalo azavanja i ako ne stoji na čelu revolucionarne pratnje. Suprotne klasične interese se tako daleko jedno od drugog udaljavaju, da nije moguće ostvoriti dugotrajne popravke u sadašnjem sistemu.

Drugo nego SPÖ, KPÖ, ruko vođenje od sindikata ili takođe ASF odbijamo da bi ograničavali borbu samo na ispravke, reforme ili navodno socialna skraćenja. Zašto? Jer naš cilj nije reforma postojanog socialističkog sistema, nego njihovo obranje.

Ko hoće samo da reformira kapitalizam, prinuđeno se potčinava ovom sistemu.

Bezposlenost, rat, glad, iskorišćavanje, suzbijanje - to sve nisu samo „loše“, „nesocialne“ strane kapitalizma.

Kapitalizam nije izvodljiv bez toga. Zato je kapitalizam veliki problem. Njega želimo odstraniti. Zbog toga se uključujemo u sve borbe, da bi došli što bliže rušenju tog sistema.

Naš cilj je svakodnevnu borbu povezati sa socialističkom borbom, dabi napravili most za oslobodenje radničke klase.

U tom smislu želimo ostvariti jednu novu revolucionernu, radničku partiju kao deo 5. Internacionalne.

Publikationen der Liga der Sozialistischen Revolution und der Liga für die 5. Internationale



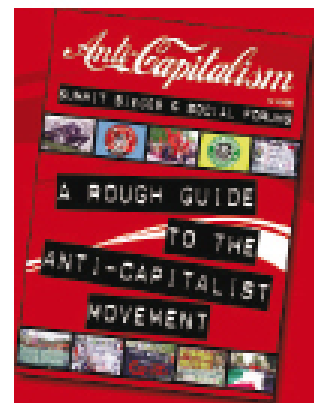
BROSCHÜREN und ZEITUNGEN DER LSR



Buch über Globalisierung, Antikapitalismus und Krieg



Programm der Liga für die Fünfte Internationale



Broschüre über die antikapitalistische Bewegung (englisch)



REVOLUTIONÄRER MARXISMUS - Deutschsprachiges theoretisches Journal der Liga für die Fünfte Internationale